

# Wiener Landtag

## 32. Sitzung vom 23. Jänner 2001

---

### Wörtliches Protokoll

#### Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete (S. 3)
2. Fragestunde:
  1. Anfrage (S. 3); 2. Anfrage (S. 6);
  3. Anfrage (S. 8); 4. Anfrage (S. 10)
3. PrZ 64/AL/01: Aktuelle Stunde zum Thema "Die Region Wien im kulturellen Wettbewerb"  
Redner: Die Abgen Dr Johannes Hahn (S. 14), Mag Christoph Chorherr (S. 15), Mag Heidemarie Unterreiner (S. 16), Ernst Woller (S. 17) und Dr Rüdiger Stix (S. 18), StR Dr Friedrun Huemer (S. 19) sowie die Abgen Dr Andreas Salcher (S. 20), Susanne Kovacic (S. 21) und Renate Winklbauer (S. 22)
4. Mitteilung des Einlaufs (S. 23)
5. PrZ 2/01-MDBLTG, P. 1: Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener Stadtverfassung und die Wiener Gemeindewahlordnung 1996 geändert sowie das Wiener Unvereinbarkeitsgesetz, das Gesetz über das Gesetzblatt der Stadt Wien und das Wiener Wiederverlautbarungsgesetz aufgehoben werden (Beilage Nr. 2/2001)  
Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 23 u. 40)  
Redner: Die Abgen Mag Christoph Chorherr (S. 23), Mag Alexandra Bolena (S. 26), Dr Matthias Tschirf (S. 28), Dr Helmut GÜNTHER (S. 29), Godwin Schuster (S. 31), Dr Wilfried Serles (S. 36), Dr Rüdiger Stix (S. 37) und Johann Hatzl (S. 38)  
Abstimmung (S. 40)
6. PrZ 936/00-MDBLTG, P. 2: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Landes- und Gemeindestatistik in Wien (Wiener Statistikgesetz) geändert wird (Beilage Nr. 1/2001)  
Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 42)  
Abstimmung (S. 42)
7. PrZ 8/01-MDBLTG, P. 3: Bericht des Rechnungshofs gemäß Art 1 § 8 Bezügebegrenzungs-gesetz über die Durchschnittseinkommen der Bevölkerung der Jahre 1998 und 1999  
Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 42 u. 50)  
Redner: Die Abgen Dr Rüdiger Stix (S. 42), Mag Gerald Ebinger (S. 45) und Mag Sonja Wehsely (S. 48)  
Abstimmung (S. 50)
8. PrZ 849/00-MDBLTG, P. 4: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Versteigerungsabgabengesetz geändert wird (Beilage Nr. 46/2000)  
Berichterstatter: Amtsf StR Dr Sepp Rieder (S. 50)  
Abstimmung (S. 50)
9. PrZ 898/00-MDBLTG, P. 5: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Einhebung von Umweltabgaben auf Wasser, Abwasser und Müll (Umweltabgabengesetz – UAG) geändert wird (Beilage Nr. 51/2000)  
Berichterstatter: Amtsf StR Dr Sepp Rieder (S. 50 u. 53)  
Redner: StR Johann Herzog (S. 51)  
Abstimmung (S. 53)

10. PrZ 3/01-MDBLTG, P. 6: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Errichtung eines Fonds zur Finanzierung von Wiener Krankenanstalten (Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds-Gesetz) geändert wird (Beilage Nr. 3/2001)  
Berichterstatter: Amtsf StR Dr Sepp Rieder (S. 53 u. 56)  
Rednerin: Abg Elena Alessandra Kunz (S. 53)  
Abstimmung (S. 56)
11. PrZ 872/00-MDBLTG, P. 7: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betreffend die Regelung des Kindertagesheimwesens geändert wird (Beilage Nr. 47/2000)  
Berichterstatterin: LhptmSt Grete Laska (S. 56 u. 59)  
Redner: Abg Mag Franz KARL (S. 57), StR Karin Landauer (S. 57) sowie Abg Mag Christine Lapp (S. 58)  
Abstimmung (S. 60)
12. PrZ 910/00-MDBLTG, P. 8: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987, das Wiener Rettungsgesetz- und Krankenbeförderungsgesetz und das Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz geändert werden (Euro-Umstellungsgesetz Gesundheitswesen) (Beilage Nr. 48/2000)  
Berichterstatterin: Amtsf StR Dr Elisabeth Pittermann (S. 60 u. 65)  
Redner: Die Abgen Jutta Sander (S. 60), Mag Franz KARL (S. 61), Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch (S. 63) und Elena Alessandra Kunz (S. 64 u. 66)
- Abstimmung (S. 66)
13. PrZ 927/00-MDBLTG, P. 9: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Naturschutzgesetz, das Wiener Nationalparkgesetz, das Wiener Baumschutzgesetz und das Wiener Artenhandelsbegleitgesetz geändert werden (Wiener Euro-Umstellungsgesetz – Umweltschutz) (Beilage Nr. 52/2000)  
Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svihalek (S. 66)  
Rednerinnen: Die Abgen Brigitte Reinberger (S. 66) und Rosemarie Polkorab (S. 68)  
Abstimmung (S. 68)
14. PrZ 9/01-MDBLTG, P. 10: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz geändert wird  
Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svihalek (S. 68)  
Abstimmung (S. 69)
15. PrZ 10/01-MDBLTG, P. 11: Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt 9a vom 3. Jänner 2001, GZZ 9aE Vr 10057/00 und Hv 5889/00 um Zustimmung zur Verfolgung des Herrn Abg Michael Kreißl wegen des Verstoßes gegen §§ 111 Abs 1 und 2 und 152 StGB (Beilage Nr. 6/2001)  
Berichterstatter: Abg Godwin Schuster (S. 69)  
Redner: Die Abgen Mag Maria Vassilakou (S. 69), Dr Rüdiger Stix (S. 69), Harry Kopietz (S. 70), Dr Wilfried Serles (S. 71) und Johann Hatzl (S. 72)  
Abstimmung (S. 72)
16. Abschließende Worte der Ersten Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (S. 72)

*(Beginn um 9 Uhr.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf Sie sehr herzlich zur 32. Sitzung des Wiener Landtags, die aller Wahrscheinlichkeit die letzte in dieser Legislaturperiode ist, willkommen heißen. *(Sehr lautes Plenum.)*

Ich darf die Damen und Herren ersuchen, den Schallpegel etwas zurückzustellen und sich den Angelegenheiten der Fragestunde zuzuwenden, zu der wir jetzt kommen.

Die Fragestunde ist somit eröffnet.

Die 1. Anfrage wurde von Frau Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: *Wie sollte sich der öffentliche Verkehr in der Ostregion gestalten?*

Ich darf aber vorher noch die Entschuldigungen bekannt geben, die ich vergessen habe. Entschuldigt sind Frau Abg Mag Hack, Frau Abg Klier, Frau Abg Kunz bis 12.00 Uhr, Herr Abg Pöschl, Herr Abg Prochaska und Herr Abg Smoliner.

Damit kommen wir jetzt tatsächlich zur Fragestunde und Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung der 1. Anfrage.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete!

Die Landeshauptmänner der Ostregion haben sich in den letzten Jahren massiv für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in der so genannten Ostregion Österreich eingesetzt. Eine erfolgreiche Vertretung der Ostregion gegenüber dem Bund setzt natürlich ein akkordiertes Vorgehen der Länder in dieser Ostregion voraus. Dies wird durch die intensive Kooperation auf Planungs- und Realisierungsebene gewährleistet.

Die Schwerpunkte der laufenden und auch der künftigen Kooperation auf Länderebene bilden unter anderem die Erstellung länderübergreifender Verkehrskonzepte im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost, die Überarbeitung der Tarifzoneneinteilung des Verkehrsverbunds Ostregion, die Verstärkung der Zusammenarbeit beziehungsweise die Integration der regionalen Verkehrsverbünde, die Verbesserung des Angebots im regionalen Busverkehr sowie die Schaffung zusätzlicher Angebote für den Park-and-ride-Verkehr.

Auch der Kooperation mit Städten und Regionen im benachbarten Ausland im Rahmen von Interreg-Projekten und Stadttechnologieabkommen kommt eine bedeutende Rolle zu. Wichtige Kooperationsfelder bilden dabei die Abstimmung der jeweiligen Raumentwicklungs- und Verkehrskonzepte, die Verbesserung des öffentlichen Verkehrsangebots zwischen Wien und Bratislava, die Einbeziehung der Regionen Bratislava und Győr in den Verkehrsverbund Ostregion und der Know-how- und Technologietransfer.

In Kooperation mit dem Bund, den Ländern Niederösterreich und Burgenland und den ÖBB wurde das S-Bahn-Konzept Region Wien ausgearbeitet.

Darin sind die stufenweise bis zum Jahre 2015 zu realisierenden Maßnahmen festgeschrieben, die für eine nachhaltige Beeinflussung der Verkehrsmittelwahl in der Region Wien notwendig sind. Bedauerlicherweise wurden wichtige darin enthaltene kurzfristig zu realisierende Vorhaben wie zum Beispiel der Ausbau der S-Bahn-Station Südtiroler Platz samt Neubau einer Verbindung Ostbahn-S-Bahn-Stammstrecke zwecks Einbindung der S 80 in die S-Bahn-Stammstrecke jedoch in letzter Zeit seitens des Bundes und der ÖBB wiederholt in Frage gestellt.

Dies gilt auch für jene Maßnahmen, die für eine Stärkung der Knotenfunktion Wiens im nationalen und internationalen Bahnnetz unumgänglich sind, wie zum Beispiel der Bau des Kernstücks Lainzer Tunnel, der Verbindungsstrecke zwischen Westbahn, Südbahn und Donauländebahn, der Bau des Bahnhof Wien als zentraler Verknüpfungs- und Durchgangsbahnhof, die Attraktivierung der Fernbahnhöfe im Zuge der Bahnhofsoffensive der ÖBB oder die Anbindung des Flughafens Wien Schwechat an das Regional- und Fernbahnnetz.

Gerade im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Europäischen Union und dem damit zu erwartenden Ansteigen des Transitverkehrs muss ein forcierter Mitteleinsatz für den Ausbau der Infrastruktur in der Ostregion nicht nur im Interesse der drei Bundesländer, sondern im Gesamtinteresse Österreichs und damit auch im Interesse des Bundes liegen. Sollte zufolge der laufenden Evaluierung des Nationalen Schieneninfrastrukturausbauprogramms der Bund einen weiteren Aufschub dieser wichtigen Vorhaben beabsichtigen, werde ich dagegen sicherlich im Einklang mit meinen Kollegen aus dem Burgenland und Niederösterreich massiv Einspruch erheben.

Wien wird auch zukünftig im eigenen Wirkungsbereich in der Vertretung der Interessen gegenüber dem Bund und den österreichischen Bundesländern alles unternehmen, um zu einer weiteren Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in der Ostregion zu gelangen.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die erste Zusatzfrage wird von Frau Abg Dipl Ing Dr Rothauer gestellt. - Ich bitte.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde **Rothauer** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Landeshauptmann!

*Sie haben einige der Ausbaumaßnahmen mit dem Interesse der Beeinflussung des Modal Split begründet, das heißt mit der Verbesserung der Verkehrsmittelwahl zugunsten der öffentlichen Verkehrsmittel. Nun, der Fahrgast hat ja verschiedene Kriterien, nach denen er bei der Verkehrsmittelwahl vorgeht, unter anderem auch Komfort bei den Verkehrsmitteln und Tarif.*

*Jetzt ist im Verkehrsverbund Ostregion unter den Partnern die ÖBB mit einer einseitigen Fahrpreiserhöhung ausgebrochen, das heißt, der Verbundtarif ist ein wenig durcheinander gekommen.*

*Sehen Sie da nicht auch Handlungsbedarf für das Land Wien?*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Selbstverständlich sehe ich hier Handlungsbedarf für Wien, aber natürlich ebenso für Niederösterreich und indirekt natürlich auch für das Burgenland.

Es sind die Mitarbeiter der Wiener Verkehrsbetriebe und der zuständigen Finanzabteilung der Stadt Wien mit ihren jeweiligen Kollegen in Niederösterreich in Vorbereitung, dieses Problem zu lösen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Ramharter gestellt. - Ich bitte.

Abg Karl Ramharter (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): *Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!*

*Öffentlicher Personennahverkehr ist ein Faktum, mit dem wir uns auseinander setzen müssen, Transitverkehr ein zweites Faktum. Im Hinblick auf die kommende EU-Ostöffnung wird natürlich der Personennahverkehr immens zunehmen, aber nicht nur der, sondern auch der Transitverkehr. Wien ist die einzige Stadt, durch die der Transitverkehr noch immer rollt, und zwar über die Südosttangente.*

*Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um*

*a) den Personenverkehr möglichst schon bei den Grenzen auf öffentliche Verkehrswege zu leiten beziehungsweise*

*b) welche Maßnahmen werden Sie setzen, um den Transitverkehr in den Griff zu bekommen, sodass er nicht mehr durch Wien rollt?*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Erstes und wichtiges Ziel der Stadt Wien in diesem Zusammenhang, sowohl was den ÖPNV betrifft als auch den Güterverkehr - wenn Sie den Transitverkehr jetzt auch im Speziellen ansprechen -, wird sein, das Angebot des öffentlichen Verkehrs möglichst attraktiv zu gestalten. Wir können es in diesem Fall nur bei uns selbst gestalten, was etwa U-Bahnausbau und Ähnliches betrifft. Ich will das nicht wiederholen. Sie wissen, wie hier die Vorhaben der Stadt Wien sind.

Wir werden kehrum aber natürlich auch den notwendigen Druck auf die ÖBB machen und selbstverständlich diese Diskussionen auch mit dem zuständigen Bundesinfrastrukturministerium zu führen haben, dass alle jene Bahnvorhaben, die im besonderen Ausmaß in der Ostregion vorgesehen sind, nicht zugunsten von Projekten in anderen Regionen Österreichs zurückgestellt werden. Ich gehe davon aus, nicht zuletzt vor dem Hintergrund bedeutender Bahnausbauten, die etwa in Tirol in Vorbereitung der Schiweltmeisterschaft getätigt wurden, dass für den Schienenausbau hinreichend Geld vorhanden sein muss.

Und ich gehe zum Zweiten davon aus, dass es gerade beim Ausbau des Schieneninfrastrukturbereichs

selbstverständlich nicht um das Ausspielen von Regionen gegeneinander geht, sondern dass durch die Südbahn - als eine Transitstrecke von Nord-Süd - Wien ebenso ausgebaut werden muss wie natürlich auch in der Steiermark und in Kärnten der Eisenbahnausbau zu forcieren ist.

Dasselbe gilt natürlich auch für den Ost-West-Verkehr. Ich bin daher davon überzeugt, dass in einem vernünftigen Zeithorizont, den sehe ich bis 2010, die Eisenbahnanbindung an Bratislava voll hergestellt wird und die Anbindung des Flughafens an das Fernverkehrsnetz entsprechend gewährleistet ist, sodass man davon ausgehen kann, dass die Nachbarstädte, insbesondere auch Budapest, Győr, Brünn und Prag, in ebenso vernünftiger Weise an ein Eisenbahnnetz angebunden sind, wie wir das im Westen natürlich auch gewohnt sind.

Dass wir darüber hinaus, und der Auffassung bin ich natürlich auch, gezwungen sind, auch den Straßenausbau zu forcieren, ist ja nicht zuletzt auch an der Umsetzung der B 301 zu erkennen. Ich bekenne mich persönlich dazu, sowohl den Schienenausbau als auch den Straßenausbau entsprechend zu forcieren, sodass wir auf die Verkehrssituation des Jahres 2005/2015 auch entsprechend vorbereitet sind.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Auf die dritte Zusatzfrage wird verzichtet. Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Kenesei. - Ich bitte.

Abg Günter Kenesei (*Grüner Klub im Rathaus*): *Herr Landeshauptmann!*

*Fakt ist, dass natürlich sehr viele Maßnahmen gerade im öffentlichen Verkehr sowohl vom Bund als auch von den ÖBB abhängig sind, aber natürlich auch Vereinbarungen zwischen den Ländern notwendig sind.*

*Ich erinnere nur daran und knüpfe meine Frage gleich daran, dass es von der PGO seit über fünf Jahren ein fertiges Papier zur Verbesserung der regionalen Maßnahmen Wien, Niederösterreich, Burgenland gibt, vor allem zur Attraktivierung der Busanbindungen an die Schnellbahnstationen als auch an die U-Bahn-Stationen, und es hätte an und für sich mit dem Jänner 2001 eine wesentliche Verbesserung gerade im Regionalbussystem mit einer besseren Anbindung an die Schnellbahnstation Mödling, aber auch eine bessere Busanbindung an die U-Bahn-Stationen sowohl im Norden als auch im Süden der Stadt stattfinden sollen. Auf Grund von, ich sage einmal, Missverständnissen der einzelnen Träger hat diese Verbesserung nicht stattgefunden und ist auf die lange Bank geschoben worden, auf der anderen Seite werden aber immer wieder Maßnahmen im Bereich der Pendler gerade im motorisierten Individualverkehr gefordert.*

*Ich frage Sie daher, Herr Bürgermeister, ob die Gespräche mit Ihren Landeshauptmännern Kollegen so weit fortgeschritten sind, dass zumindest bis zum Sommerfahrplan im Mai 2001 diese Regionalbusverbesserungen in Kraft treten können?*



Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Also, zwischen den Landeshauptleuten, wobei ich mich noch auf Gespräche mit dem Kollegen Stix beziehe und noch nicht mit dem neuen Landeshauptmann, das findet erst nächste Woche statt, aber ich bin überzeugt, das steht in Kontinuität der bisherigen Diskussionen und Gespräche, die es bisher zwischen den Landeshauptleuten Wien, Niederösterreich und Burgenland gegeben hat, sind wir uns absolut einig.

Die Missverständnisse, die Sie angesprochen haben, sind sehr konkret auch zu benennen. Ich bezeichne das nicht als Missverständnis, sondern schlicht und einfach als Finanzierungsverweigerung. Und da kann ich kein Missverständnis darin erkennen, das Kind auch konkret beim Namen zu nennen.

Wir als Landeshauptleute sind uns über diese notwendigen Maßnahmen im Umland von Wien einig, auch mit diesen kleinräumigen Maßnahmen, und wir reden jetzt gar nicht von großen Transitproblemen, sondern von kleinräumigen Maßnahmen - die Verbesserung des Angebots des ÖPNV -, damit es zu einer Verbesserung des Angebots natürlich auch für die Pendler kommen kann, dass diese durchzuführen sind.

Die entsprechenden Organisationen, im besonderen der Bundesbus aber natürlich auch Vertragsfirmen des Bundesbus, verweigerten bisher, die Finanzierung für diese Verbesserung zu gewährleisten. Das wird zwangsläufig zwischen den Firmen und insbesondere auf der einen Seite dem Wiener Landeshauptmann und auf der anderen Seite dem niederösterreichischen Landeshauptmann einen Konflikt auslösen müssen, denn selbst wenn man alle Wünsche erfüllt und noch Autobahnspuren dazubaut und dann womöglich noch auf die absurde Idee kommt, Doppelstockautobahnen zu bauen und Ähnliches, wird das das Problem auf Dauer gesehen nicht lösen, weil hier kein Ende dieses Wegs erkennbar ist.

Die Lösung für den öffentlichen Personennahverkehr, für die Pendler, für den Berufsverkehr, ist im öffentlichen Verkehr zu suchen und daher sind neben den großen wichtigen Projekten der entsprechenden Anbindung durch die Eisenbahn natürlich auch diese kleinräumigen Anbindungen durch den Bus durchzuführen. An diesem halte ich unverbrüchlich fest.

Aber eine Bemerkung möchte ich mir in dem Zusammenhang auch erlauben, damit das nicht nur einseitig betrachtet wird. Es ist auch hier einmal mehr zu sehen, dass selbst bei so "kleinen Dingen" wie die Regionalanbindung durch Busse diese nicht kostendeckend geführt werden können. Wer daher die Auffassung vertritt, dass solche Probleme ausschließlich durch Private zu leisten sind, der irrt, denn hier wird der Markt die notwendigen Bedürfnisse von Pendlern nicht befriedigen können!

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die fünfte Zusatzfrage wird von Frau Abg Dipl Ing Dr Rothauer

gestellt. - Ich bitte.

Abg Dipl Ing Dr Herlinde Rothauer (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Landeshauptmann!

*Wir haben gerade davon gesprochen, dass durch die Vorgangsweise der ÖBB bei der Tarifgestaltung eine sehr unbefriedigende Situation entstanden ist und dass sich jetzt daraus großer Handlungsbedarf für alle beteiligten Länder ergibt.*

*Nun beabsichtigt Wien, und ich stehe dazu, dass wir das tun sollten, einen Vertragsabschluss mit den WIENER LINIEN, nämlich einen so genannten Verkehrsdienstvertrag, wo eine Klausel drinnen ist, dass die WIENER LINIEN die uneingeschränkte Tarifhoheit bekommen, allerdings mit dem beigefügten Satz "Nach Möglichkeit in Abstimmung mit dem Verkehrsverbund Ost-Region", wobei das "Nach Möglichkeit" ja keine sehr starke Auflage ist.*

*Ich frage Sie daher in Anbetracht dieser Situation, ob Sie es richtig finden, dass der Vertrag einen solchen Bestandteil enthält und welche Möglichkeiten Sie sehen, wenn einseitig durch die WIENER LINIEN auch so eine Situation hergestellt wird wie jetzt von den ÖBB, das dann im Nachhinein zu reparieren?*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrte Frau Landtagsabgeordnete!

Zunächst einmal bin ich hocherfreut zu hören, dass Sie einem derartigen Vertrag grundsätzlich Ihr Wohlwollen schenken. Ich habe dazu auch Verschiedenes gehört, aber das ist sicherlich die mediale Verkürzung, die sich hier kommunikationsstörend zwischen uns gestellt hat, und ich will es dem einmal zuschreiben. Dass es bei dieser Frage natürlich auch um Diskussionen und Details geht, das halte ich für wichtig und ich bin überzeugt davon, wenn wir das grundsätzlich auch wollen, dass man dann an diesen Details auch entsprechend feilen kann. Ich kann der Idee durchaus etwas abgewinnen, wenn es sich um einen Betrieb handelt, der doch namhafte Zuschüsse letztendlich auch aus Steuergeldern bekommt, dass man natürlich auch mit gewissen Auflagen zu arbeiten hat.

Grundsätzlich muss man dazu auch feststellen: Wir haben uns gemeinschaftlich dazu entschlossen, die Wiener Stadtwerke auszugliedern und in entsprechende Kapitalgesellschaften mit öffentlichem Eigentum zu versehen. Das zieht natürlich entsprechende Folgerungen nach sich. Von diesem Grundsatz müssen wir ausgehen, das heißt, was wir hier kompatibel machen müssen, ist der verständliche Wunsch dessen, dass uns nicht dasselbe passiert wie den ÖBB auf der einen Seite und den Notwendigkeiten, die sich natürlich aus den Ihnen ja viel besser als mir bekannten Wirtschaftsgesetzen und ihre Umsetzung daraus ergeben. Ich bin überzeugt, dass man diese Kompatibilität herstellen kann und ich bin davon überzeugt, dass damit natürlich auch einem derartigen Vertrag jedenfalls zwischen uns nichts im Wege

steht.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Damit ist die 1. Anfrage beantwortet.

Die 2. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Helmut GÜNTHER gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet: *Inwieweit ist die Vienna Region, bestehend aus Wien, Niederösterreich und Burgenland, auf das von Ihnen und Wirtschaftskammerchef Nettig präsentierte Potential von 240 000 Firmen für den Grenzraum Österreichs, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns vorbereitet?*

Herr Stadtrat, ich bitte um Beantwortung.

Amts StR Dr Sepp Rieder: Herr Abgeordneter!

Sie haben an mich die Frage gerichtet: "Inwieweit ist die Vienna Region, bestehend aus Wien, Niederösterreich und Burgenland, auf das von Ihnen und Wirtschaftskammerchef Nettig präsentierte Potential von 240 000 Firmen für den Grenzraum Österreichs, Tschechiens, der Slowakei und Ungarns vorbereitet?"

Ich nehme an, dass Sie sich dabei auf eine Pressekonzferenz beziehen, die meine Vorgängerin Frau Mag Ederer mit dem Präsidenten der Wiener Wirtschaftskammer Walter Nettig am 22. September anlässlich der Präsentation einer Studie der Technologieimpulsgesellschaft gegeben hat. Diese Studie bringt zum Ausdruck, dass im gesamten Wirtschaftsraum, der durch die Länder eben Ost-Region Österreich, Tschechische Republik, Slowakische Republik und Ungarn beschrieben werden kann, damit zu rechnen ist, dass es 240 000 Betriebe in Österreich und in den anderen Ländern gibt, bei denen Synergieeffekte und Kooperationen einen Sinn geben. Darauf aufbauend sind einige Projekte und Vorstellungen präsentiert worden.

Die Frage, wie weit auf der österreichischen Seite, in unserer Region, die Vorbereitungen für die Wirtschaftsunternehmen gediehen sind, lässt sich, glaube ich, bereits heute am unbestreitbarsten am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen darlegen. Die Frage, wie weit man vorbereitet ist, kann man leicht beantworten: Jetzt sind die Unternehmen oder viele Unternehmen schon in Österreich erfolgreich. Es gibt hier eine im Dezember 2000 vom Regierungsbeauftragten Dr Busek zur Erweiterung der Europäischen Union vorgelegte Studie, die eine Reihe von Fakten enthält, von denen ich aus Zeitgründen hier nur die wichtigsten zitieren möchte. Ich bitte, Frau Präsidentin, das tun zu dürfen.

Es ist hier unter anderem davon die Rede, dass - beginnen wir sozusagen im eigenen Bereich Bundesland Wien - insbesondere die österreichischen Einzelhändler, also ich spreche jetzt nicht von den großen Multis, sondern von den Einzelhändlern in der Ostregion, schon jetzt von der Entwicklung im Osten profitieren, und zwar haben Konsumenten aus der Tschechischen Republik, aus Ungarn, der Slowakei und Polen zwischen Juli 1999 und Juni 2000 15 Milliarden S alleine in Wien und Niederösterreich

ausgegeben. Das ist also ein beachtlicher wirtschaftlicher Impuls, der sich aus dieser sich anbahnenden Öffnung der Europäischen Union ergibt.

Das Zweite ist - und auch das sollte man nicht verkennen -, dass bereits heute eine Reihe von Unternehmen, die an sich in Österreich etabliert sind, in der Ostregion etabliert sind, bereits über der Grenze in Ungarn oder in anderen Ländern investiert haben. Mir ist in einem Bericht der Zeitschrift "Gewinn" aufgefallen, dass es dabei wiederum nicht nur um die Großen wie OMV, Bauholding und andere geht, sondern - und ich zitiere hier: "Vom kleinen Bauernbetrieb aus dem Burgenland, der sich über die berühmten Taschenverträge zahlreiche Hektar auf der anderen Seite des Neusiedler See gesichert hat, bis hin zu INTERSPAR und vielen anderen gibt es ein hohes Investitionspotential." Insgesamt sind es 14 590 österreichische Unternehmungen, insbesondere aus der Ostregion, die hier eingestiegen sind, wobei ich jetzt die Verteilung und das alles weglasse.

Das heißt, ich glaube, dass man heute schon unter dem Gesichtspunkt durchaus sagen kann, dass es einen sehr starken wirtschaftlichen Impuls aus der sich anbahnenden Erweiterung gibt und dass sich bei einem sinnvollen Umgang damit sicherlich - nämlich sinnvoller Umgang heißt auch mit der Frage der Beschäftigungssituation - auch weiterhin wirtschaftliche Nutzen und Erfolge ergeben können. Konkret geht es von Seiten der Stadt Wien, insbesondere des Wirtschaftsförderungsfonds in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Einrichtungen in Niederösterreich und im Burgenland darum, auf bestimmten Gebieten - also vor kurzem etwa habe ich gemeinsam mit den Ministern Bartenstein und Gehrler einen Businessplanwettbewerb präsentiert, der grenzüberschreitend ist, und der sich im besonderen mit dem Thema Biotechnik beschäftigt - solche Kooperationen und Anbindungen an Österreich und insbesondere an Wien im Wissensstand, im Know-how, herzustellen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke für die Beantwortung. - Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr GÜNTHER gestellt. - Ich bitte.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Stadtrat!

*Zur Förderung der Grenzgebiete der östlichen Beitrittswerberkandidaten hat ja die EU spezielle Programme eingerichtet und zur Förderung der Wirtschaft der bisherigen EU-Staaten mit den Beitrittswerberkandidaten wurden Interreg-Programme eingerichtet. Wien grenzt zwar nicht direkt an die Beitrittswerberländer, hat aber gemeinsam mit dem Burgenland und mit Niederösterreich derartige Programme auch bereits in der alten Periode bis 2000 und jetzt wieder aufgenommen.*

*Meine Frage ist deshalb: Welche Wiener Firmen oder welcher Prozentsatz von Wiener Firmen konnte diese Interreg-Programme in Anspruch nehmen, um im Zusammenhang mit Niederösterreich, mit Ungarn und so weiter seine wirtschaftlichen Tätigkeiten aus-*

zuüben?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Dr Sepp Rieder: Ich bin jetzt nicht in der Lage, Ihnen die Zahl konkret zu nennen, insbesondere weil es sich auch hier um ein Projekt handelt, das bewusst für die gesamte Region organisiert ist. Sie haben selbst mit Recht erwähnt, dass heuer eine Einbeziehung der entsprechenden Einrichtungen des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds mit Niederösterreich hergestellt worden ist. Ich glaube, dass es hier sehr wesentlich ist, auch darauf hinzuweisen, dass es schon jetzt darum geht, Kooperationen und Zusammenarbeit auf diesem Gebiet grenzüberschreitend herzustellen.

Also, ich denke, dass es ein wichtiger Faktor ist, im Vorfeld der sich abzeichnenden Erweiterung der Europäischen Union, jetzt schon die Felder grenzüberschreitend zu besetzen, also Unternehmungen auch in der Tschechischen Republik, in der Slowakei, die jetzt noch nicht Beteiligungen österreichischer Firmen sind, an gemeinsame Projekte anzubinden. Ich erwähne daher noch einmal, nicht um es überzubewerten, das doch sehr beispielgebende Projekt, das gemeinsam von der Republik Österreich und vor allem auch von Wien finanziert worden ist, wo es darum geht, solche Anbindungen herzustellen.

Ich glaube, dass genau das auch in dem von Ihnen zitierten EU-Programm drinnen steckt, weil ja eine der Voraussetzungen dieser Förderungsprogramme eben nicht ist, nur die eigene Wirtschaft zu fördern, sondern die Kooperationen zu fördern.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Auf die zweite Zusatzfrage wird verzichtet.

Die dritte Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Vassilakou. - Ich bitte.

Abg Mag Maria Vassilakou (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

*Abseits von Förderungen und einer Verkehrsinfrastruktur ist ein wesentlicher Faktor, um das anteilige Potential dieser Firmengründungen auch für Wien ausschöpfen zu können, das Vorhandensein ausreichender qualifizierter Arbeitskräfte. Nun verunmöglicht gleichzeitig die restriktive Quotenpolitik der Bundesregierung eben genau dieses, und daher meine Frage an Sie.*

*Sehen Sie hier den Standort Wien und Umgebung innerhalb dieses größeren Grenzraums gefährdet und welche Initiativen möchten Sie setzen, um dem entgegenzuwirken?*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Dr Sepp Rieder: Ich glaube, dass man hier zwischen kurzfristig notwendigen Maßnahmen im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung und mittel- und langfristigen Überlegungen unterscheiden muss. Ich will das jetzt gar nicht besonders einordnen, aber mir scheint es in diesem Zusammenhang wichtiger zu erwähnen, dass es auch um die Ausbildung und Fortbildung geht.

Ich habe mich sehr gefreut, die Gelegenheit ge-

habt zu haben, als gerade erst Wirtschaftsstadtrat Gewordener an der Eröffnung der ersten Wiener Fachhochschule in der Brigittenau teilnehmen zu können. Ungeachtet der zahlreichen Fachhochschullehrgänge ist es von der Struktur her quasi die erste Fachhochschule gewesen, die wirtschaftliche oder am Bedarf der Wirtschaftsunternehmen orientierte Spezialausbildungen in Wien anbietet. Das heißt, es geht natürlich auch und wahrscheinlich sogar vorrangig in der längerfristigen Perspektive darum, den eigenen jungen Menschen und auch den bereits vorhandenen Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, sich dem jeweiligen Bedarf anpassend weiterzubilden und fortzubilden.

Darüber hinaus denke ich, dass in der gegenwärtigen Situation die Entscheidung der Bundesregierung, quasi kategorisch jede Zuwanderung auch der notwendigen qualifizierten Arbeitskräfte zu verweigern, ein großes Problem für die Wirtschaft sein kann. Das ist etwas, was auch die Wirtschaftsforscher bestätigen. In einer im Dezember präsentierten Untersuchung haben sowohl Walterskirchen als auch Felderer bestätigt, dass es hier einen Einbruch in der Wirtschaft vor allem auch in der Informationstechnologie geben kann. Ich war selbst Zeuge der Aussage eines durchaus prominenten Vertreters der internationalen Wirtschaft anlässlich eines Neujahrsempfangs eines großen internationalen Konzerns in Wien, der - ohne jetzt die Regierung beim Namen zu nennen - diese Zuwanderungspolitik massiv kritisiert hat.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Tschirf. - Ich bitte. (*Abg Dr Matthias Tschirf: Ich verzichte auf die Zusatzfrage!*) - Er verzichtet.

Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr GÜNTHER.

Abg Dr Helmut GÜNTHER (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Ich darf noch einmal auf die Arbeitsplätze zurückkommen.

*Die Kollegin hat gesagt, es wäre hier wichtig, in Österreich qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Ich glaube auch, dass es vor allem im Hinblick auf die Osterweiterung wichtig ist, dass Wien hier auch ein Zentrum bildet. Die für die Osterweiterung und die von der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer vorgesehenen Übergangsfristen für den freien Zuzug von Arbeitskräften von ungefähr sieben Jahren, die derzeit im Gespräch sind, sind durchaus richtig.*

*Die Frage ist, ob bei diesem Firmenpotential, von dem es derzeit ja schon eine Menge gibt, es möglich ist, neue Firmen, nämlich auch große Firmen, in Wien oder eben in der Wien-Region anzusiedeln, die ihre Firmensitze hier haben und von hier aus den sich öffnenden östlichen Markt betreuen?*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Dr Sepp Rieder: Ich bekenne mich zu dem Ziel, das bereits meine Vorgängerin massiv angegangen ist oder vielleicht fortgesetzt hat, weil ich denke, dass es für die Gesamtentwicklung entschei-

dend ist, welche Qualifikationen der Standort Wien anbietet, um "Hauptquartier" für große Unternehmungen zu sein, die sich dann auch von sich aus in diesem großem neuen Wirtschaftsraum positionieren.

Die Frage lässt sich nicht mit einer Individualmaßnahme beantworten, sondern setzt voraus, dass wir auf dem Gebiet der Qualifikation, dass wir auf dem Gebiet der Infrastruktur nicht nur mit den Nachbarn im Osten, sondern auch mit anderen Wirtschaftsmetropolen im Westen mithalten können, weil ja die Kilometerzahl keine Rolle spielt.

Da spielt sicher die Frage von Infrastrukturmaßnahmen eine vorrangige Rolle. Ich möchte nicht verhehlen, dass ich es sehr bedaure, dass gerade auf einem zentralen Gebiet, das ist die Frage des Schienenverkehrs, sich in den letzten Tagen etwas abzeichnet, was eigentlich niemand gutheißen kann, nämlich dass die zuständige Bundesministerin aus einem mir nicht ganz nachvollziehbaren Grund eine radikale Kürzung der Mittel durchgeführt hat, die auf der einen Seite die ÖBB veranlasst hat, Preissteigerungen herbeizuführen, die darüber hinaus aber auch zum Beispiel den Bahnhofausbau in Wien in Frage stellt.

Ich will es nicht überbewerten, aber solche Sachen, glaube ich, sollte man auch kritisieren, weil nur im gemeinsamen Zusammenwirken von Bund und Land das realisiert werden kann, was wir offenbar alle wollen, nämlich dass Wien auch in Zukunft ein qualifizierter Wirtschaftsstandort ist.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Damit ist die 2. Anfrage beantwortet.

Die 3. Anfrage wurde von Herrn Abg Gerhard Göbl gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination gerichtet: *Welche Möglichkeiten hat das Land Wien, seine einzigartige Trinkwasserqualität gegen die zunehmenden Liberalisierungsversuche der Wasserversorgung europaweit im Allgemeinen und in der Europäischen Union im Besonderen abzusichern?*

Herr Stadtrat, ich bitte um Beantwortung.

Amts StR Fritz Svihalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

In den letzten Jahren hat die Frage des Trinkwassers in vielen Bereichen eine noch höhere Bedeutung bekommen, als das in der Vergangenheit der Fall war. Ich verweise etwa auf die heftigen Diskussionen im Zusammenhang mit der Europäischen Union, auf die Diskussionen etwa zwischen der Europäischen Union und Österreich was die Beitrittsverhandlungen betrifft, et cetera. Ich verweise auch, ausgehend von den verschiedenen internationalen Berichten, vom World Watch Institut und anderen Institutionen, auf die immer häufiger werdende globale Entwicklung dieser Problematik. Nicht zuletzt ist es so, dass die Stadt Wien in den letzten Jahrzehnten sich nicht auf die historische Tatsache verlassen hat, Hochquellenwasserleitungen zu besitzen, sondern - wie Sie wissen, Sie haben das ja hier in diesem Haus mit be-

schlossen - die Stadt Wien ist jedes Jahr in hohem Maße dabei, Investitionen zu tätigen, die diese Situation entsprechend festigen und rechtfertigen.

Es hat in der vergangenen Zeit - ausgehend von öffentlichen Äußerungen der neuen Bundesregierung, vor allem ausgehend von Äußerungen des zuständigen Umweltministers - einige Verwirrung gegeben. Letztendlich hat es eine sehr öffentliche Diskussion gegeben, wie zu dieser Diskussion um die Wasserproblematik auch die Diskussion um die Bundesforste geführt wurde.

Wir können daher sehr froh sein, dass unser Bgm Dr Michael Häupl sofort die Initiative ergriffen hat und durch einen Auftrag und durch klare politische Aussagen veranlasst hat, dass das Wiener Trinkwasser durch Verfassungsbestimmungen im Wiener Wasserversorgungsgesetz entsprechend vor dem Ausverkauf bewahrt werden wird.

Diese Initiative ist nun in einem Gesetzesentwurf verankert, der bis gestern, 22. Jänner - bis zu diesem Zeitpunkt lag er an allen Magistratischen Bezirksämtern zur öffentlichen Einsicht auf -, entsprechend begutachtet werden konnte. Es ist daher so, dass ab sofort allfällige Einwände oder Ideen, die es gibt, entsprechend eingearbeitet und überarbeitet werden und daher folgend dem entsprechenden Ablauf einem Entwurf im Sinne der Aussagen unseres Bürgermeisters nichts entgegensteht.

Ich glaube, dass das auch deshalb sehr wichtig ist, sehr geehrter Herr Abgeordneter, weil wir durch verschiedene europäische Beispiele wissen, dass gerade eine Liberalisierung oder Privatisierung des Wassemarktes verheerende Konsequenzen gehabt hat. Auch wenn beim Gipfel von Nizza, zumindest was die Wasserversorgung betrifft, nach wie vor von der Bundesregierung ein Vetorecht festgelegt wurde, wissen wir doch sehr genau, dass viele europäische Mitgliedsstaaten der EU über diese bereits laufende Privatisierung der Wasserversorgung an eine weitere Deregulierung denken.

Ich meine daher, dass jene Zahlen, die wir von liberalisierten Wasserwerken präsentieren können, wie etwa dass von 3 500 in Großbritannien bestehenden Unternehmen lediglich 10 regionale und 40 lokale übrig geblieben sind, die jetzt nicht nur den Markt kontrollieren, sondern daher auch logischerweise Preis und Qualität gestalten oder von Frankreich, ein besonderes Beispiel, das gar nur mehr 4 große Wasserversorgungsunternehmen hat, abgeleitet werden kann, dass die Versorgungssicherheit dort wirklich gefährdet ist und die öffentliche Hand sich völlig von dieser privaten Initiative abhängig gemacht hat.

Ich meine daher eindeutig und klarstellend, dass es für uns als Stadt Wien wichtig und notwendig ist zu sagen, dass Wasser für uns ein Lebensmittel ist und kein Wirtschaftsfaktor. Ich möchte das ausdrücklich betonen: Für uns ist Wasser ein Lebensmittel und kein Wirtschaftsfaktor. Daher ist ein besonderer Schutz des Wassers notwendig.

Ich sage noch einmal: Das ist der Ausfluss der Initiative unseres Lhptm Dr Michael Häupl, nämlich Wiener Trinkwasser durch die Verfassungsbestimmungen im Wiener Wasserversorgungsgesetz vor dem Ausverkauf zu bewahren. Ich meine, dass das der einzig richtige Weg war und ist, um dieses kostbare Gut langfristig und auch entsprechend organisatorisch und politisch zu sichern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Damit ist die Frage beantwortet. - Auf die erste Zusatzfrage wird verzichtet.

Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Chorherr. - Ich bitte.

Abg Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus): Herr Stadtrat!*

*Sie haben gerade gut begründet, warum es wichtig ist, gegen den Ausverkauf des Wassers aufzutreten. Die Grundlage dessen ist ein Bundesgesetz, das auch die Veräußerung der Bundesforste vorsieht.*

*Wenn Sie so vehement dagegen auftreten, können Sie mir dann erklären, warum die Stellungnahme des Landes Wien zu diesem Bundesgesetz nicht Einwände sind, wie Sie sie jetzt gerade vorgebracht haben, sondern die Stellungnahme des Landes Wien zu diesem Bundesgesetz heißt: "Das Land Wien hat keinen Einwand." - Wem ist denn dieser Lapsus passiert?*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Bitte Herr Stadtrat.

Amts StR Fritz **Svihalek**: Darf ich dazu bemerken, dass das kein Lapsus war, sondern dass sich diese Gesetzesänderung, die die MA 58 betrifft, auf einen anderen Punkt bezogen hat - nachweislich. Ich bitte Sie, das nachzulesen. Es wurde auch mit den entsprechenden Juristen des Hauses geklärt, dass jene Passage und jene konkreten Ausflüsse etwa im Zusammenhang mit den Bundesforsten zu sehen sind, die im Übrigen, darf ich das auch noch bemerken, wöchentlich geändert werden, wie Sie wissen. Wir haben jetzt die einmalige Situation, dass ausgehend vom politischen Druck - nicht zuletzt auch dieses Hauses - etwas geschehen ist, und das ist sehr positiv als erster Schritt, dass viele dieser Spitzen im Zusammenhang mit den Bundesforsten genommen wurden.

Ich sage aber politisch deutlich, dass das nicht genug ist. Daher sind die Stellungnahmen der Stadt Wien klar: Wir lehnen diese entsprechenden Maßnahmen der Bundesregierung ab. Das ist politisch nicht nur artikuliert, sondern auch festgestellt und vor allem in entsprechenden Anträgen, die dieses Haus beschlossen hat, klargestellt.

Das, was Sie meinen, ist einen rechtlichen Passus betreffend, der nicht diesen Umstand, den Sie besprochen haben, betrifft. Das ist nachweislich. Sie können gerne die entsprechenden Verfassungsjuristen fragen.

Daher sage ich, wenn es hier Missverständnisse gegeben hat, dann sind sie jedenfalls mit den Be-

schlüssen dieses Hauses und mit den klaren politischen Aussagen des Landeshauptmanns und des zuständigen Stadtrats eindeutig widerlegt.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die dritte Zusatzfrage stellt Herr Abg Klucsarits. - Ich bitte.

Abg Rudolf **Klucsarits** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrter Herr Stadtrat!*

*Ist von der Gemeinde Wien in nächster Zeit vorgesehen, strategische Quellschutzgebiete, die ja zur Sicherung der Wasserversorgung Wiens mit hochwertigem Quellwasser dienen, im Zuge der Verkäufe der Bundesforste zu erwerben?*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat!

Amts StR Fritz **Svihalek**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Grundsätzlich darf ich bemerken, dass ich nach wie vor davon ausgehe, dass es unserem Haus entsprechend gelingen wird, den Verkauf der Bundesforste zu verhindern. Ich meine, so wie ich es vorher gesagt habe, dass auf Grund der Initiativen nicht zuletzt auch der verschiedenen Gremien der Stadt Wien und der klaren politischen Aussagen der Landesregierung und des Landeshauptmanns, Wesentliches an Maßnahmen schon entschärft wurde.

Grundsätzlich kann ich aber auch bemerken, dass die Stadt Wien immer entsprechende Kooperationen mit den Bundesforsten eingegangen ist und auch entsprechend klar dargestellt hat, wo es für uns Wünsche gibt. Aber das ist nicht das primäre Ziel der Politik, sondern das Ziel ist, dass die Bundesforste sich nach wie vor um diese öffentlichen und wichtigen Aufgaben kümmern.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Reinberger gestellt. - Ich bitte.

Abg Brigitte **Reinberger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Stadtrat!*

*Sie haben eingangs gesagt, es hat Verwirrung gegeben und zwar mit der Äußerung von Minister Molterer. Ich gebe Ihnen Recht, es herrscht Verwirrung, auch ich bin etwas verwirrt. Ich habe die vollmundigen Lippenbekenntnisse des Herrn Bürgermeister, das Wiener Wasser unter Verfassungsschutz stellen zu wollen, gehört. Ich habe auch Ihre Stellungnahme gehört. Umso mehr verwundert es mich, wie unterschiedlich das gesehen wird.*

*Man kritisiert die Bundesforste, die vorhaben, Wasser in Flaschen abzufüllen und zu verkaufen. In der unmittelbaren Nachbarschaft der Wiener Quellen, im Wildalpengebiet, ist geplant, in Zukunft 630 000 Liter pro Tag in Flaschen abzufüllen und zu verkaufen. Und die Gemeinde Wien, so wie ich dem "Kurier" vom Samstag entnehmen kann, hat sich daran beteiligt, das heißt:*

*Wie stehen Sie jetzt dazu, dass einerseits der Herr Bürgermeister und Sie sagen, wir wollen unser Wiener Wasser sichern, andererseits in unmittelbarer Nähe ein massiver Wasserverkauf von Hochquellenwasser stattfinden wird, an dem noch dazu die Stadt*

*Wien auch beteiligt ist, also sich sehr wohl am Geschäftemachen mit dem Wasserverkauf beteiligt? Wie wollen Sie sicherstellen, dass sich das nicht auf die Ressourcen der Wiener Versorgung auswirken wird?*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Fritz **Svihalek**: Frau Abgeordnete!

Die Stadt Wien ist nicht beteiligt. Ich sage das mit aller Deutlichkeit, damit diese Gerüchte (Lhptm Dr Michael Häupl: *Die Stadt Wien ist nicht beteiligt!*) ein für alle Mal ausgeräumt sind.

Zweitens ist das - noch einmal betont - eine Sache der Gemeinde Wildalpen (Abg Kurth-Bodo Blind: *Das steht aber im "Kurier"! - Lhptm Dr Michael Häupl: Es ist aber trotzdem nicht wahr!*), und Sie können sicher sein, dass das keinen Quellbereich der Stadt Wien betrifft. (Abg Kurth-Bodo Blind: *Dann soll der "Kurier" das dementieren! Dann sollen sie es hineinschreiben! Was soll man dann glauben?*)

Ich sage es kurz und bündig: Die Stadt Wien ist nicht beteiligt und es betrifft nicht das Wasser der Stadt Wien. Daher ist auch diese Initiative des Landeshauptmanns nicht nur richtig, sondern sie ist auch zukunftsweisend. Ich sage das kurz und bündig, damit hier alle möglichen Diskussionen ausgeräumt sind.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Göbl gestellt. - Ich bitte.

Abg Gerhard **Göbl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats): Herr Stadtrat!

*Sie haben vorhin gesagt, Wasser ist ein Lebensmittel. In Wien kann man sagen, ist es auch ein Genussmittel und es gibt mehrere dieser Lebensmittel, die sich so bezeichnen ließen. Fleisch gehört momentan nicht dazu.*

*Ich habe also noch eine Frage und zwar: Welche Vorsorge ist in der Trinkwasserversorgung für Wien bei Katastrophenfällen vorgesehen? - Es kann ja sein, dass kurzfristig dieses köstliche Nass ausbleibt, weil ganz einfach Umwelteinflüsse, von Menschen gemachte Umwelteinflüsse, das kurzfristig unterbinden.*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Fritz **Svihalek**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Diese Frage ist eine ganz entscheidende, noch dazu im Zusammenhang insgesamt mit unseren Vorsorgen, die wir ja im Bereich des Katastrophenschutzes betreiben.

Erstens ist es so, dass wir im gesamten Bereich der Hochquellenwasserleitungen Vorkehrungen, entsprechende Sicherheitsmaßnahmen haben, die gewährleisten, dass in dem Moment, wo entsprechende negative Einflüsse wären, die Zulieferung für Wien gestoppt wird. Es besteht daher überhaupt keine Gefahr, dass verseuchtes oder egal wie immer verunreinigtes Trinkwasser nach Wien kommt. Ausgehend vor allem aus jener Zeit, als Wien mit Dr Häupl als Stadtrat und heutigem Bürgermeister Umweltmuster-

stadt wurde, haben wir das in den letzten Jahren fortgesetzt und bewusste Vorsorge betrieben. Etwa nämlich, wenn ich an die acht Grundwasserbrunnen im Bereich der Donauinsel denke, wo wir ganz bewusst neben der Hochquellenwasserleitung mit Grundwasser die Alternative zu allfälligen Katastrophenfällen gewonnen haben.

Ich darf sagen, und sage das auch mit großer Freude, dass es uns gelungen ist, nach vielen Jahrzehnten auch die dritte Wasserleitung - ich betone "Wasserleitung", damit es hier keine Missverständnisse zum Hochquellenwasser gibt - rechtlich entsprechend durchzukämpfen, um auch hier wieder von der geographischen Situation wie auch von der Situation eines allfälligen Katastrophenbereichs Vorsorge zu treffen.

Nicht zuletzt sage ich auch ganz deutlich, ist es ja so, dass wir im Bereich des Grundwasserwerks Lobau alle Modernisierungen durchgeführt haben, die möglich sind.

Abschließend darf ich auch sagen, weil es sehr wichtig ist, es gibt ja auch Einflüsse, die sich nicht nur auf etwa Beeinträchtigungen im verunreinigten Wasserbereich beziehen, sondern auch auf Beeinträchtigungen, wenn es um bauliche Schäden et cetera geht. Hier darf ich vor allem an das große Projekt Scheibbs verweisen, wo es uns gelungen ist, Naturkatastrophen vorzubauen, indem diese große, wichtige Verbindung in der Hochquellenwasserleitung in den letzten Jahren erneuert wurde und damit jetzt wirklich ein großer wichtiger historischer Beitrag Wiens geleistet wurde, um die Hochquellenwasserleitung entsprechend darzustellen und in Form zu halten. Nicht zuletzt kann ich Ihnen mitteilen, dass wir pro Jahr über 30, 40 Millionen S - pro Jahr unterschiedlich - nur für die Sanierung der Rohrleitungen ausgeben, was ja nicht nur dazu dient, den Wasserverlust europäisch geringst zu halten, sondern das dient auch dazu, entsprechend bei Katastrophen gefestigter zu sein und auch entsprechend die Maßnahmen zu setzen.

Ich glaube daher, sehr geehrter Herr Abgeordneter, dass wir nicht nur durch die Initiative des Landeshauptmanns die politischen und rechtlichen Fragen sehr klar gelöst haben, um im Sinne der Wienerinnen und Wiener alles das, was sie sich wünschen, nicht nur wenn sie vom Urlaub heimkommen, sondern auch wenn sie da sind, zu garantieren, nämlich das großartige Hochquellenwasser, und dass wir auch die entsprechenden Vorkehrungen im Bereich des Katastrophenschutzes getroffen haben.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Danke, Herr Stadtrat! Damit ist die 3. Anfrage beantwortet.

Die 4. Anfrage wurde von Herrn Abg Mag Christoph Chorherr gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: *Im Zuge der aktuellen BSE-Debatte wird deutlich, dass die in den letzten Jahren in Österreich durchgeführten Budgetkürzungen im Bereich der Lebensmittelkontrolle ein Defizit bei Le-*

*Lebensmittelsicherheit verursachten. Mit welchen legislativen und sonstigen Maßnahmen wird das Land Wien sicherstellen, dass der Wiener Bevölkerung gesunde und unbedenkliche Lebensmittel (Stichworte BSE, Antibiotika, Gentechnik) garantiert werden?*

Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Das Land Wien und damit der Landeshauptmann ist zur Frage nach entsprechenden legislativen Maßnahmen zur Sicherstellung von gesunden und unbedenklichen Lebensmitteln wohl nicht der richtige Ansprechpartner, da die diesbezügliche Kompetenz beim Bund liegt im Sinne des Veterinär- beziehungsweise Gesundheitswesens.

Auf Grund dieser Kompetenzlage hat der Bund durch die These Tiermaterialbeseitigungsverordnung, durch eine Änderung des Katastrophenfondsgesetzes sowie durch ein Gesetz, betreffend das Verbot der Verfütterung von beziehungsweise des Verkehrs mit verarbeiteten tierischen Proteinen, bereits auf die besorgniserregenden Vorfälle reagiert und diesbezügliche erste legislative Schritte gesetzt. Inwieweit auch neue Regelungen im Lebensmittelgesetz, Fleischuntersuchungsgesetz, Tierseuchengesetz, Gentechnikgesetz und Futtermittelgesetz erforderlich sind, muss vom zuständigen Bundesministerium beurteilt werden.

Eine allfällige legislative Zuständigkeit des Landes Wien ist nur im Rahmen des Wiener Tierzuchtgesetzes gegeben. In diesem Zusammenhang wurden unter Berücksichtigung eines im Ausschuss des Landtags eingebrachten Änderungsantrags der GRÜNEN die entsprechenden legislativen Vorkehrungen zur Verhinderung von gentechnischen Eingriffen bereits im Jahre 1996 festgeschrieben. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Die Frage ist, ob es nicht mehr sein kann!*) Bei der Vollziehung der genannten Bundesgesetze ergibt sich hingegen eine Zuständigkeit des Landes Wien als im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung eine Kontrolltätigkeit durch Organe der Stadt Wien stattfindet. Konkret bedeutet dies, dass die Einhaltung der Vorschriften des Fleischuntersuchungsgesetzes, des Lebensmittelgesetzes, des Tierseuchengesetzes und des Gentechnikgesetzes von Bediensteten der MA 59 - Marktamt beziehungsweise 60 - Veterinäramt kontrolliert und allfällige Übertretungen zur Anzeige gebracht werden. Diese Kontrollen werden nach wie vor sehr intensiv durchgeführt.

So hat beispielsweise das Veterinäramt im Jahr 2000 insgesamt 10 680 Betriebskontrollen nach dem Fleischuntersuchungsgesetz vorgenommen. Darüber hinaus werden nicht nur die Produktion, sondern auch die Entsorgung der in Frage kommenden Materialien einer Kontrolle durch die Amtstierärzte unterzogen. Vom Marktamt wurden im Jahre 2000 14 408 Proben gezogen, wobei 4 732 Proben wegen Übertretung des Lebensmittelgesetzes beanstandet wur-

den. In allen Fällen, in denen die Beanstandung auch zu einer gerichtlichen Verurteilung geführt hat, wäre der Bund verpflichtet, Wien die Kosten der Untersuchung zur ersetzen. Seit 1995 refundiert der Bund Wien diese Kosten nicht mehr, sodass bis Ende 1999 bereits 31 Millionen S aushaften, die nunmehr auf 35 Millionen S angewachsen sind. Wien erwägt in diesem Zusammenhang und nach vergeblichen gütlichen Verhandlungen, eine Klage gegen den Bund einzubringen. Das hat aber in gar keiner Weise Einfluss darauf, dass Wien auch weiterhin in derselben Intensität Kontrollen mit Probeziehungen durchführen wird.

Zur BSE-Situation ist auszuführen, dass seit Beginn des letzten Jahres auch von jenen Wurstwaren, die als "Frei von Rindfleisch" deklariert werden, Proben gezogen werden, um allfällige Verfälschungen, das heißt Beimengungen von Rindfleisch, feststellen zu können. Das Marktamt hat darüber hinaus eine Probenziehungsaktion veranlasst, bei der bestimmte Wurstsorten hinsichtlich der Verwendung von unerlaubtem Separatormaterial untersucht werden.

Die MA 38 - Lebensmitteluntersuchungsanstalt bereitet derzeit eine Methode zum Nachweis von Hirn- und Rückenmark in Fleischwaren vor. Ein Einsatz dieser Methode sollte bereits in den nächsten Wochen möglich sein. Von der MA 38 werden zudem Untersuchungen über den Nachweis von Hemmstoffen, so genannte Antibiotika, im Zuge der bakteriologischen Fleischuntersuchung durchgeführt.

Selbstverständlich ist, dass sich die in Wien tätigen Aufsichtsorgane einer regelmäßigen Fort- und Weiterbildung unterziehen, um eine hohe fachliche Qualifikation für die Bewältigung ihrer Aufgaben zu gewährleisten.

Abschließend darf ich festhalten, dass die in der Anfrage erwähnten Budgetkürzungen im Bereich der Lebensmittelkontrolle in Österreich für das Land Wien keine Auswirkungen auf die Zahl der Untersuchungen beziehungsweise die Untersuchungshäufigkeit mit sich gebracht haben. Vielmehr werden auf Grund der aktuellen Situation verstärkte Kontrolluntersuchungen vorgenommen, um eine Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung soweit wie möglich ausschließen zu können.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke für die Beantwortung. - Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Chorherr. - Ich bitte.

Abg Mag Christoph Chorherr (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

*Ich glaube, die Frage, was können wir überhaupt noch essen und für die Nichtvegetarier erster Umstieg von vielen Verunsicherten von Rindfleisch auf Schweinefleisch, und jetzt die große und berechtigte Angst, im Schweinefleisch Reste von allem Möglichen bis hin zu Antibiotika vorzufinden, wo sogar Experten in den Nachrichtensendungen sagen, dass sie wirklich Nahverdacht auf Krankheitserreger in sich tragen, ist sehr hoch. Wir haben eine große Verunsicherung.*



cherung.

*Und meine Frage ist sehr wohl, was das Land Wien auch in den letzten Jahren getan hat, um Sicherheit im Wiener Fleisch in den Wiener Geschäften zu garantieren, denn vor allem die Antibiotika-Verfütterung, wenn man das so sagen darf, ist ja keine neue Geschichte. Ich spare mir jetzt vorzulesen, wie lange das schon passiert. Was hat die Stadt Wien getan, auch an Aufklärung, auch an Kontrolle und was ändert sich jetzt nach diesen unglaublichen Praktiken von Schweinezüchtern, um sicherzustellen, dass es keine Antibiotika im Schweinefleisch gibt, die sehr wohl bei der Lebensmittelkontrolle nachweisbar sind?*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Auch ich will mich nicht wiederholen, aber genau das habe ich versucht, vorhin auch darzustellen.

Denn was die Stadt hier tun kann, ist im Wesentlichen, wenn ich von dieser kleinen legislativen Maßnahme, die wir an sich schon gesetzt haben, absehe, Kontrolle und Aufklärung. Ich möchte jetzt nicht noch einmal im Detail erläutern, was an Kontrollen im Sinne des Konsumentenschutzes in Wien durchgeführt wird, unabhängig davon, dass der Bund seiner Zahlungsverpflichtung gegenüber der Stadt Wien im Hinblick auf die Untersuchungen seit mehr als fünf Jahren nicht nachkommt.

Ich denke, dass allerdings auch ehrlicherweise hinzugefügt werden muss, dass selbst bei dieser großen Dichte von Kontrollen und Untersuchungen - Veterinäramt und Marktamt miteinander haben mehr als 25 000 Kontrollen im vergangenen Jahr durchgeführt, einschließlich auch der Untersuchungen im Hinblick auf Antibiotika, einschließlich auch, was mir noch mehr Sorgen bereitet, die Untersuchungen vorhandener Hormongaben, mit denen Schweine entsprechend versehen wurden, und das bereitet mir noch mehr Sorgen als BSE, um es ganz offen zu sagen -, wir alle zusammen nicht garantieren und nicht ausschließen können, dass bei der Laxheit des Konsumentenschutzes, insbesondere auch durch die Gesetzgebung in dem abgelaufenen Jahr seitens des Bundes, wo man sehr viele Maßnahmen zurückgenommen hat, Kompetenzzuordnungen gemacht hat, die zu einer Einschränkung von Konsumentenschutzmaßnahmen geführt haben und die letztendlich auch auf Bundesseite durch die Kürzungen des Budgets zu einer Verringerung der Kontrollendichte selbst geführt haben, entsprechendes Fleisch auch auf den Markt kommt.

Was wir selbst als Stadt versuchen, das haben wir schon einmal diskutiert, aber ich möchte hier noch einmal den Verweis darauf anbringen, dass wir bei den Einrichtungen der Stadt Wien auf jeden Fall den entsprechenden Nachweis der natürlichen Haltung auch verlangen, sei es beim Fleischkauf in den

Spitälern, sei es aber auch beim Fleischkauf in den Kindergärten, nur als Beispiele, und selbstverständlich auch in den Alterswohnhäusern.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke. - Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Klucsarits. - Ich bitte.

Abg Rudolf Klucsarits (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

*Gibt es Überlegungen, welche Möglichkeiten sich seitens der Stadt Wien anbieten, um sich in die Tätigkeit der vom Bund geplanten Ernährungsagentur einzubringen, die sich hier unter anderem mit der BSE-Prävention auseinander setzen wird?*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Wenn Sie damit die "Agentur für Ernährungssicherheit und Lebensmittelkontrolle", wie dieser aktuelle Name heißt, meinen, dann kündige ich Ihnen jetzt schon an, dass ich ein entschiedener Gegner dieser Agentur sein werde. Denn von der ganzen Grundidee her ist das wohl eine der gewaltigsten Kontrollveränderungen, die ich seit langem erlebt habe, und das vor dem Hintergrund der BSE- und Hormonfleisch- und Antibiotikafleischdiskussion.

Da handelt es sich um nichts anderes, als dass man Kompetenzen aus dem Gesundheitsministerium - gerade was den Konsumentenschutz und die Lebensmittelkontrolle betrifft - in das Landwirtschaftsministerium verlagern will, um das dort auch entsprechend auszulagern. Das heißt, es kontrolliert sich die Landwirtschaft selbst in einer ähnlichen Form, wie wir das in der Vergangenheit gemacht haben. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass gerade in der Union der Weg genau in die umgekehrte Richtung gegangen wird. Dort hat man alle Fragen des Konsumentenschutzes und der Lebensmittelkontrolle aus dem Bereich von Herrn Kommissar Fischler ausgelagert und der eigenständigen Kontrolle, die von Gesundheitsaspekten her zu betrachten ist, zugewiesen. Österreich wird genau den diametralen Weg, nämlich eines Abbaus der Kontrollmöglichkeiten, eines Abbaus des Konsumentenschutzes durch diese Maßnahmen der Agentur. Da werden wir sicherlich in Zukunft - ich bitte um Verständnis dafür, aus meiner Sicht heraus gesehen - noch eine sehr heftige Diskussion haben, die keine Frage der Kompetenz ist, sondern eine Frage der ganz klaren Gewährleistung des Konsumentenschutzes, der Lebensmittelkontrolle in unserem Lande.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Saßmann gestellt. - Ich bitte.

Abg Gerold Saßmann (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Landeshauptmann!

*In der Diskussion um bedenkliche Lebensmittel ist immer wieder auf Vorteile von Produkten aus biologi-*



*scher Landwirtschaft hingewiesen worden. Die Frage der Ernährung ist ja vor allem für unsere Kinder und unsere Heranwachsenden von Bedeutung. Deshalb wurde in letzter Zeit auch öfter gefördert, dass Wiener Schulen und Wiener Kindertagesheime, was die Ernährung anbelangt, durch Produkte aus biologischer Landwirtschaft gesichert sein sollten.*

*Welche Maßnahmen haben Sie gesetzt, damit die Ernährung und Versorgung der Wiener Kinder in Wiener Kindertagesheimen und Schulen durch Produkte aus biologischer Landwirtschaft gesichert ist?*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Ich hatte schon einmal das Vergnügen, das hier zu berichten, aber es ist in der Zwischenzeit seit meiner letzten Berichterstattung über den Einsatz von Lebensmittel aus biologischen Landwirtschaften, insbesondere was den Bereich der Spitäler und auch den sonstigen Bereich der Kindertagesheime und ich sage dazu auch der Alterswohnhäuser betrifft, natürlich auch wieder Zeit ins Land gezogen. Sie ist natürlich im Ausbau begriffen.

Ich darf im Übrigen darauf verweisen, dass wir uns in einem anderen Zusammenhang auch zu bestimmten Zahlen verpflichtet haben, die wir mit Ende dieses Jahres auch bei weitem überschreiten werden, nahezu verdoppeln werden. Da geht es natürlich auch darum, dass man bei der Nachfrage das Angebot nicht überfordern kann. Da gibt es einfach nur eine bestimmte Menge, die hier auch hergestellt wird. Sukzessive nunmehr auch mit dem Ausbau des biologischen Landbaus in Österreich selbst, gelingt es natürlich auch, immer mehr an Angebot zu bekommen, das dann auch entsprechend aufgekauft werden kann. Aber grundsätzlich wird in allen drei von mir genannten Bereichen eine entsprechende Zertifizierung verlangt - ich wiederhole das nur mit einem Satz, also eine Nachweisprüfung, woher das Fleisch kommt, das gilt im Übrigen auch für das Gemüse, woher das kommt -, welche Untersuchungsergebnisse dafür auch entsprechend vorliegen, sodass wir nach menschlichem Ermessen heute sagen können, dass in diesen drei Bereichen ordentliche Lebensmittel den Kindern, den Kranken und den Alten auch verabreicht werden.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Auf die vierte Zusatzfrage wird verzichtet. - Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Chorherr. - Ich bitte.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Landeshauptmann!

In diesem Zusammenhang habe ich - es ist ja noch nicht so lange her - zur biologischen Versorgung von Kindergärten, Schulen et cetera eine Anfrage gestellt, die Sie sehr ausführlich beantwortet haben. Seitdem ist sehr viel passiert.

*Meine Frage jetzt nach diesen sehr, sehr bitteren Erfahrungen für Konsumenten ist: Können Sie sich vorstellen, dass jetzt mit mehr Nachdruck in Ausschreibebedingungen und dort, wo die Stadt*

*Wien selbst bestellt, viel rascher und viel forcierter mit Schwergewicht jetzt Fleisch, wo die biologisch erzeugten Produkte, wenn ich das so sagen darf, wo die mit Abstand höchste Sicherheit gewährleistet wird, damit wir hier viel, viel rascher zu einer möglicherweise vollständigen oder nahezu, möchte ich sagen, vollständigen Versorgung kommen auch angesichts dessen, was EU-Kommissar Fischler gesagt hat? - Er hat gesagt, das Hauptproblem des biologischen Landbaus ist die nicht gesicherte Nachfragemenge. Würde die Stadt Wien jetzt angesichts dessen, was passiert ist, und wofür, das muss ich jetzt auch einmal in dieser Fragestunde sagen, die Stadt Wien keinerlei Schuld trifft, die ist beim Bund und die ist hier klar zu lokalisieren, aber über Nachfrage kann Wien viel verändern, also würden Sie im Unterschied zur Beantwortung vor einigen Wochen jetzt nicht sehr wohl unterstützen, dass die Stadt Wien bei Kindergärten, Schulen, Spitälern, Altersheimen forciert den biologischen Anteil deutlich erhöht, insbesondere beim Fleisch?*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Klubobmann!

Ich kann keinen Unterschied zu dem erkennen, was ich vor einigen Wochen in der Beantwortung gesagt habe, denn ich habe das ja nicht verweigert, sondern ich habe mit dem ... (*Abg Mag Christoph Chorherr: Die Frage ist ja, ob es nicht doch mehr sein könnte!*) Ja, natürlich, aber es ist ja nicht eine Frage, was wir uns da wünschen. Wir setzen ja auch andere Rahmenbedingungen nicht so ohne weiteres außer Kraft, denn wir können 100 Prozent ausschreiben und wir bekommen sie nicht. Und in der Situation stehen wir ja auch dazu.

Aber was ich hier sicherlich zusagen kann, ist, und das wiederhole ich von der damaligen Fragestunde, dass wir den Prozentsatz so rasch wie möglich, wie dies auch dieser Markt von der Angebotsseite her entsprechend zulässt, hinaufsetzen.

Eines ist in diesen Wochen sicherlich dazu gekommen, nämlich das Argument "Das ist teuer" wird wahrscheinlich jetzt nicht mehr gelten und es mag sein, dass es dann das eine oder andere in der realen Durchführung etwas erleichtert. Für mich gilt das Argument "Das ist teuer" jedenfalls nicht mehr. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Danke, Herr Landeshauptmann. - Die 4. Anfrage ist damit beendet und die Fragestunde ist damit beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Von Herrn Abg Dr Johannes Hahn wurde eine Aktuelle Stunde mit dem Thema "Die Region Wien im kulturellen Wettbewerb" verlangt.

Das Verlangen wurde gemäß der Geschäftsordnung von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Ich bitte den Erstunterzeichner, Herrn Abg Dr Hahn, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich

bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

Abg Dr Johannes Hahn (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Danke. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wenn es nicht so ernst wäre, müsste man über den geradezu kindlichen Eifer schmunzeln, mit dem die GRÜNEN in die Stadtregierung drängen und es ist auch herrlich, im Zeitraffer zu beobachten, wie die inhaltlichen Latten immer tiefer gelegt werden. Ich glaube, mittlerweile kommen sogar schon die Schnecken drüber. Jedenfalls ob und inwieweit die GRÜNEN in die Regierung kommen, wird sich noch weisen, aber ich nehme an, die Koalitionsverhandlungen werden sich auf die saloppe Äußerung des Bürgermeisters und SPÖ-Vorsitzenden reduzieren lassen: Wenn's passt, seid's dabei und wenn's nicht passt, seid's nicht dabei. Das kann man wahrscheinlich heute schon voraussagen.

Aber nichtsdestotrotz, auch wenn das von manchen als eine vielschichtige Hetz betrachtet wird, sollte man die Wählerinnen und Wähler nicht im Unklaren darüber lassen, worin der fundamentale Unterschied zwischen einer Stadtregierung besteht, an der die GRÜNEN beteiligt sind und einer, der die Volkspartei angehört. Daher haben wir mit großem Interesse und ob der Deutlichkeit der grünen Klarstellung auch mit Entzücken einen Beitrag im jüngsten "News" registriert, der vordergründig die bisherige Kulturpolitik Peter Marboes kritisiert, hintergründig aber über den Kulturbereich hinausgehend das Politikverständnis der GRÜNEN offenbart.

Lassen Sie mich mit dem Vordergründigen beginnen, frei nach dem Motto "Solche Sachen lassen sich nicht erfinden":

Frau StR Huemer und eine zweite Kandidatin, beide genannt für den möglichen Job einer grünen Kulturstadträtin, werden mit folgender Aussage zitiert: "Was er" - nämlich Marboe - "fünf Jahre vorgewiesen hat, war ein eklatanter Mangel an Lust zur Kulturintervention". - Nur so nebenbei, es sind nur etwas über vier Jahre, weil Sie ja auch so wahnsinnig darauf drängen, dass diese Legislaturperiode vorverlegt, also verkürzt wird.

Und weiter: "Er hat gütig lächelnd verwaltet und alle Entscheidungen verzögert, wenn auch mit nicht unangenehmer Sprache." - Hört, hört! "Er stand also für massive Stagnations- und Fortschreibungspolitik und war eine Art Grüß-August, ohne Lust etwas weiterzubringen."

Also, meine Damen und Herren, für seinen eklatanten Mangel an Lust zur Kulturintervention dankt ihm die weitaus überwiegende Mehrheit der in Wien tätigen Künstler und Kulturschaffenden täglich mehrmals und das seit Jahren. Der Tränenstrom für Ursula Pasterk, deren Name ja geradezu als Synonym für die von den GRÜNEN geforderte Kulturintervention steht, war ein schnell enden wollender. Kulturinterventionen, und darin offenbart sich pars pro toto

Ihre gesamte politische Geisteshaltung, heißt, die GRÜNEN sagen und wissen, was richtig ist, was gut ist, was sein soll sein und was nicht sein darf und was nicht sein soll.

Das Credo von Peter Marboe und der ÖVP-Kulturpolitik lautet hingegen: Kunst darf, Kunst kann, aber Kunst muss nicht. Kunst kann schön sein - muss es aber nicht. Kunst kann aufregen - muss es aber nicht. Das ist halt der Unterschied. Wir bekennen uns zu einem Sowohl als auch, bei Ihnen dominiert das schwarz-weiße Entweder-Oder.

Nicht nur, dass diese Art von Kulturintervention, die Sie wieder einfordern, die Ausbildung von Seilschaften extrem begünstigt - übrigens einer der heftigsten Vorwürfe in und an der Ära Pasterk -, offenbart sie eine illiberale und intolerante Grundhaltung. Das ist also Ihr Modell. Ich würde sagen, das ist das Gutmenschen-Modell.

Interessant dazu ist, was Thomas Chorherr in einem "Presse"-Beitrag dazu im Juni 1999 geschrieben hat, übrigens unter dem Titel "Warum Gutmenschen oft mit guten Menschen verwechselt werden". Er schreibt unter anderem: "Gutmenschen, ob leise oder laut, viele von ihnen sind allzu laut, diese Gutmenschen sind selbstgerecht. Nicht nur gut und böse, auch richtig und falsch, meinen sie, präzisieren zu können. Sie allein denken, argumentieren, handeln richtig, glauben sie. Wer nicht denkt, argumentiert und handelt wie sie, ist bestenfalls einer, der nicht versteht, worum es geht." - Und weiter: "Also sind die Gutmenschen auch intolerant. Sie haben genau das nicht, was sie stets im Munde führen und predigen, die Toleranz nämlich. Gutmenschen üben so etwas wie Meinungsterror aus. Sie sind eine Art von Schreibtischtätern der gedanklichen Zwänge. Sie applaudieren, wenn in Schillers 'Don Carlos' Marquis Posa an Philipp II. seinen berühmten Appell 'Geben Sie Gedankenfreiheit!' richtet, aber insgeheim halten sie es unwillkürlich mit dem König." - Soweit Chorherr der Ältere, ich sage nicht zwangsläufig "der Weisere".

Um wie viel anders ist da das wirklich liberale, weltoffene, vielschichtige und vielseitige Konzept Peter Marboes und der Wiener Volkspartei: Zulassen, ermöglichen, strukturieren, Verlässlichkeit, Planbarkeit, Nachhaltigkeit, ein "Ja" zu Schwerpunktsetzungen, aber ein "Nein" zu Vorschreibungen, zum Besserenwissen, zu Bevormundungen und zu Einmischungen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich verstehe schon, dass Ihnen die Entparteipolitisierung der großen Kulturvereine, wie der Wiener Festwochen, der Wiener Symphoniker, der Kunsthalle oder der Viennale, eigentlich ein Gräuel sein muss. Einer grünen Kulturstadträtin Huemer wäre ein "vergleichbarer Fall Schlingensiefel" nicht passiert. Sie hätten sich vermutlich nicht gescheut zu intervenieren. Aber vermutlich wäre das gar nicht notwendig gewesen, weil die wahrscheinliche Etablierung einer Personalunion von Stadträtin und Festwocheninten-

dantin, wie wir es in der Vergangenheit schon hatten, dies bei der Programmgestaltung schon im Ansatz verhindert hätte.

Wenn sich im Gegensatz "das gütig lächelnde Verwalten", welches Sie Peter Marboe vorwerfen, auf die Schaffung von Dreijahresverträgen für viele Kulturinstitutionen wie Konzerthaus, Musikverein und alle Wiener Theater bezieht, dann kann Peter Marboe sicher damit leben und auch in Zukunft weiter milde lächeln, weil ihm der nachhaltige Dank der Betroffenen sicher ist.

Auch die Entschuldung der Theater sowie anderer Institutionen ist natürlich im grünen Selbstverständnis nichts wirklich Dynamisches. Apropos Dynamik: Wahrscheinlich ist es Ihnen in Ihrem Eifer überhaupt entgangen, dass die Ära Marboe mit über 50 Reformen das mit Abstand aktivste Büro eines Kulturstadtrats in der Zweiten Republik war. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich war es auch eine Reform, dass es bei den Vereinigten Bühnen in dieser Periode insgesamt zu einer Einsparung von einer Viertelmilliarde S kommen konnte. Aber wahrscheinlich ist das auch in Ihren Augen Ausdruck von Stagnation.

Dass die Filmförderung auf eine neue Basis gestellt wurde, besser dotiert und wie ich mich vor wenigen Tagen in einem Gespräch mit einigen Filmproduzenten auch selbst davon überzeugen konnte, als korrekt nachvollziehbar, transparent und insgesamt als sehr positiv empfunden wird, ist auch das Legen beziehungsweise Schaffen von Rahmenbedingungen.

Wir sind stolz darauf, den Künstlern, den Kulturschaffenden, den Kreativen dieser Stadt und dieser Region wieder diesen Freiraum, um nicht zu sagen die Freiheit, für ihr Tun zurückgegeben zu haben. Es mag Ihnen der Gedanke vielleicht schwerfallen, aber Kultur, Kulturwirtschaft ist auch ein Standortfaktor. Heute, mehr noch in der Zukunft, stehen Städte, stehen Stadtregionen mehr denn je im Wettbewerb. Wir bemühen uns gegenwärtig mehr oder wenig kläglich, Ideenmanager und Ideenexperten nach Österreich zu bekommen. Und ich sage Ihnen aus eigener beruflicher Wahrnehmung: Unabhängig von der Diskussion um die Quote werden wir uns hier schwer tun, weil wir auf diesem Sektor weder Tradition noch Kompetenz haben. Wien, die Region Wien ist aber nicht auf europäischer, sondern auf globaler Ebene ein kulturelles Kompetenzzentrum, sowohl was unsere Attraktivität für Besucher und Gäste ausmacht als auch, und daran müssen wir zugegebenermaßen noch mehr arbeiten als in der Vergangenheit, was unsere Attraktivität als Unternehmens- und Arbeitgeberstandort ausmacht. Ich gebe Ihnen allerdings gerne zu, und das ist die einzige Form von Interventionismus, die ich mit Ihnen teile, dass angesichts von Ressourcenknappheit die Konzentration auf weniger im Endeffekt mehr sein kann. Das soll also heißen, dass wir uns auf einige Dinge auch im Kulturbereich

stärker fokussieren müssen. Das haben wir in der Vergangenheit getan - ich nenne etwa Film, Theater aber auch Tanz - und das werden wir, sofern wir die Möglichkeit dazu bekommen, auch in den nächsten Jahren tun.

Meine Damen und Herren! Auf Grund der Voraussetzungen und der schon vorhandenen Gegebenheiten wäre es ein relativ Leichtes, Wien zu einem echten Zentrum für die Kreativwirtschaft in Europa zu entwickeln. Schon jetzt sind in diesem Bereich über 100 000 Beschäftigte tätig. Allerdings, und damit komme ich wieder zum Ausgangspunkt meiner Ausführungen: Kreative sind selber kreativ. Sie verlangen von der Politik das Zur-Verfügung-Stellen von Rahmenbedingungen, sie verbieten sich aber jegliche Form von Einmischung und Vorschreibung oder, wie es die GRÜNEN nennen, Intervention.

Auf diesen wesentlichen Unterschied und Politikverständnis zwischen Grün und Schwarz und seine praktischen Auswirkungen in der täglichen Politik werden wir uns in den nächsten Monaten konzentrieren und darauf deutlich hinweisen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herrn Abgeordneten nur einmal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es gehört zum Wesen auch in der ÖVP, dass dann, wenn jemand es wagt, Kulturpolitik in Wien nicht als devotes Verneigen vor StR Marboe und dezent bürgerliches Applaudieren zu bezeichnen, Sie mit Majestätsbeleidigung reagieren. Ja, wir werden uns in diesem Wahlkampf erlauben, auch Kritik an der Amtsführung Marboe anzubringen und Skandal, sogar eigene Ideen einzubringen. Und wenn jetzt der Kollege Hahn beleidigt herausgeht und sich beschwert, dann nehme ich das gerne zur Kenntnis, nehme aber auch durchaus als Anerkennung zur Kenntnis, dass die kulturpolitischen Ideen, Diskussionsbeiträge von uns GRÜNEN im Wahlkampf der ÖVP eine wichtige Rolle spielen.

Es ist ein gewisser Fortschritt der ÖVP, und ich danke Ihnen dafür, dass Sie jetzt zumindest sagen, das ist ÖVP Politik und im Wettbewerb, das ist grüne Politik und nicht nur, wie es VBgm Görg gemacht hat, Ihren Wahlkampf darauf richten werden, im Gleichklang mit Westenthaler vor dem Schreckgespenst Rot-Grün zu warnen.

Und jetzt zum Inhaltlichen dieser, unserer Kulturvorstellungen und Kunstvorstellungen, wie sie seit einigen Monaten im Internet sind. Offensichtlich hat es die ÖVP gebraucht, dass Teile davon im "News" abgedruckt wurden. Offensichtlich ist der Zugang zum Internet noch nicht so weit verbreitet, weil alles

das, was auszugsweise im "News" steht, sich seit einigen Monaten im Internet findet. Ich empfehle Ihnen, nicht auf den nächsten Artikel zu warten und im Bildungsbereich oder im Wirtschaftsbereich dort nachzusehen. Dort steht auch einiges derart Majestätsbeleidigendes, wie Sie es jetzt angeführt haben.

Nur drei Punkte der Kernkritik: Intervention ist hier gemeint als Vorgaben machen. Ein anderer Begriff für Politik. Und die Vorgaben, die von Seiten Ihrer Ressortführung gemacht werden – ja, Skandal –, die wollen wir verändern.

Erstes Ziel – und das kommt auch in dem Artikel heraus – ist mehr Schwerpunkt für Zeitgenössisches. So schön das Neujahrskonzert ist und viele das so empfinden, so interessant wäre es, darüber nachzudenken, dass wir uns hier Unterhaltungsmusik des 19. Jahrhunderts anhören. (*Amtsfr StR Dr Peter Marboe: Ohne Subventionen! Ohne Subventionen!*) Wir sollten über eine Intervention im Sinne von politischer Schwerpunktsetzung darüber nachdenken: Was macht denn die Kulturpolitik für die Unterstützung der zeitgenössischen Musik, damit vielleicht im nächsten Jahrhundert das eine oder andere, was heute produziert wird, nicht stiefmütterlich am Rande steht? – Da schauen Sie sich einmal genau die zeitgenössische junge Musikproduktion an und wie oft dort der StR Marboe zu finden ist!

Oder Artikulationsmöglichkeiten für junges Kunstkulturschaffen, Stichwort Freie Radios, Stichwort Diskussionen wie im Depot. Ihr Parteikollege Morak hat vollkommen klar entschieden: Alles, was nur Kritik und Majestätsbeleidigung ist, wird abgedreht. Einige 100 000 S für das Depot – off. Einiges im Bereich Public Netbase, das ist eine Institution, die international renommiert ist, gerade im Bereich zeitgenössischer Kunst und im Bereich des Umstiegs auf neue Medien – was hat hier Morak gemacht und Sie haben geschwiegen? – Abdrehen! Dafür gibt es Dutzende und Dutzende und Dutzende Millionen bis hin – und das muss ich Ihnen wieder einmal vorhalten – zu den 14 Millionen S für die Orgel in Mariazell. Dafür war Geld im Kulturausschuss da, aber ein Bruchteil dessen im Bereich Zeitgenössische ist nicht da. (*Amtsfr StR Dr Peter Marboe: Bei der Wahrheit bleiben! Bei der Wahrheit bleiben!*) Ich bleibe bei der Wahrheit: Das wurde im Kulturausschuss beschlossen! Ja! (*Amtsfr StR Dr Peter Marboe: Wer hat denn für das Depot subventioniert? Wer hat da subventioniert?*) Abgedreht! Aber in welchem Ausmaß und wo haben Sie kritisiert, dass das auf Bundesebene entsprechend abgedreht wurde? (*Amtsfr StR Dr Peter Marboe: Ich habe einen Brief geschrieben!*) Einen Brief haben Sie geschrieben! Entzückend!

Zweiter Bereich. Die Wiener Kunst soll international verstärkt auftreten. Da haben sich etliche wahnsinnig aufgeregt, dass die Kollegin Huemer gewagt hat, darüber nachzudenken: Warum sollte es in einem etablierten Theater nicht möglich sein, für jene Sprachen, die von Wienerinnen und Wienern auch

gesprochen werden, einmal die eine oder andere Aufführung zu bringen? – Da war ein großes Aufschreien! Ja, Wien ist international, Wien ist eine Weltstadt, nur hat es das noch nicht gemerkt und es hat auch letztlich der majestätsbeleidigte Kunststadtrat Marboe nicht gemerkt. Ein Viertel der Wienerinnen und Wiener wird nicht nur vom Wahlrecht ausgeschlossen – das ist ein anderes Thema –, sondern auch in einer breiten Diskussion über Kulturpolitik.

Der letzte Punkt – ich schaue auf die Zeit – ist Transparenz und Nachvollziehbarkeit. So wie sich derzeit die Nachbesetzung im Theater an der Josefstadt abspielt, dass fürstlich feudal der eine das dem anderen übergibt und der Bürgermeister und der zuständige Stadtrat das abwinken – das wollen wir ändern.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit, insofern eine moderne Kunstpolitik, zu dieser Intervention stehen wir und freuen uns auf eine Auseinandersetzung darüber im Wahlkampf. – Danke schön. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Mag Unterreiner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Heidemarie **Unterreiner** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Stadtrat!

Wir stehen am Anfang dieses Jahrhunderts im Zuge der europäischen Integration vor der Aufgabe, unsere kulturelle Identität zu bewahren und zu stärken. Die Kulturpolitik hat daher einen großen Einfluss und eine große Verantwortung für die Bewahrung und Weiterentwicklung unserer eigenen Kultur. Dazu gehört die Achtung der eigenen Kultur, die Achtung der eigenen Geschichte, der eigenen Werte, der eigenen Sitten und Gebräuche. (*Abg Mag Gabriele Hecht: Der anderen auch!*) Die Bewahrung unserer eigenen Identität ist unsere Zukunft und das ist unser Credo, Frau Hecht, und das ist auch der Schwerpunkt dieser Aussage. Der Stolz auf die eigene Kultur und das daraus entstehende Selbstbewusstsein ist das Herz, der Kopf und das Rückgrat zur Bewältigung der Aufgaben der Zukunft. Dazu gehören wichtige Meilensteine.

Punkt 1: Die Bildung und die Ausbildung kommender Generationen. Untersuchungen in den verschiedenen Mitgliedsländern der EU zeigen, dass eine bessere Ausbildung der Schüler auch das Interesse an der Kultur steigert. Je mehr Kunst und Kultur im Elternhaus und in der Schule gepflegt wird, desto interessierter und begeisterungsfähiger sind später die Erwachsenen in Bezug auf kulturelle Angebote, aber auch auf ihr eigenes kulturelles Wirken. Deshalb muss die Koordination von Schule und von Kultur ein Schwerpunkt sein. Hier sind in Wien schwere Versäumnisse geschehen. Der Ruf Wiens als eine der großen europäischen und internationalen Kulturmetropolen liegt im hohen Stellenwert der Musik in dieser Stadt begründet. Durch den Mangel des österreichi-

schen Musikernachwuchses besteht nun Gefahr, dass der gute Ruf Wiens als Musikstadt zur hohlen Formel wird.

Die bessere frühe Ausbildung in anderen Ländern bringt es mit sich, dass unser Nachwuchs bei Aufnahmeprüfungen ins Hintertreffen gerät und dadurch wird vielen österreichischen Talenten eine Karriere als Musiker oder Sänger verwehrt. Obwohl dieses erschreckende Defizit seit vielen Jahren bekannt ist - wir haben das in Ausschüssen oft diskutiert -, hat weder Herr Kulturstadtrat Marboe noch die für die Musiklehranstalten verantwortliche StR Laska Schritte gesetzt, die Musikerziehung zu verbessern und ihr als Kulturträger gerecht zu werden. Wir Freiheitliche haben diese Problematik erkannt, kritisiert und viele konstruktive Vorschläge gemacht. Die Wiener Ratshaussozialisten einschließlich StR Marboe haben hier versagt.

Zweites Beispiel: Film ist Kulturgut, aber auch Wirtschaftsfaktor. Während in Deutschland die neuen Filmfonds in Bayern und Berlin innerhalb weniger Jahre Filme produzierten, die ein Millionenpublikum gefunden haben, werden in Österreich Filme, wo nur 100 000 Menschen hineingehen, als ganz großer Erfolg gefeiert. Eine grundlegende Reform der Wiener Filmförderung wurde unter Marboe versäumt. Die Filmförderung bleibt provinziell. Gerade der Wirtschaftsfaktor Film mit einem Filmstandort Wien hätte im kulturellen Wettbewerb eine bedeutende Rolle einnehmen müssen. *(Amtsf StR Dr Peter Marboe: Sie müssen die Kulturseite lesen!)* Herr StR Marboe, ich bin neugierig, wie Sie mir erklären können, welche der Filme der letzten Jahre seit Sie Stadtrat sind ein Millionenpublikum gefunden haben und internationalen Erfolg bekommen haben. Ich bin neugierig, was Sie dann antworten werden. *(Amtsf StR Dr Peter Marboe: Sie müssen die Kulturseiten lesen! - Abg Mag Gabriele Hecht: Ich habe gar nicht gewusst, dass der Marboe jetzt Filme macht!)*

Drittes Beispiel: Die Wiener Festwochen haben eine jahrzehntelange Tradition und waren einmal die Visitenkarte Wiens. Während der Gesellschaftsvertrag der Festwochen vorsieht, das kulturelle Ansehen der Stadt als Pflegestätte der Kultur zu wahren und zu mehren, finden Manifestationen von Kulturlosigkeit statt. Das erbärmliche Schauspiel der Schlingensiefchen Containerkultur, wo auf wirklich niedrigstem Niveau vor der Oper mitten im Herzen Wiens Österreich diffamiert und herabgewürdigt wurde, ist eine Schande für Wien. Kein Intendant österreichischer Festivals würde sich dafür hergeben, mit billiger Politagitation den Ruf der Festivalstadt zu schädigen, angefangen von Bregenz bis zu Serafin in Mörbisch. Nur in Wien ist eine solche Kulturschande durch Bondy möglich!

Die Flucht in die Freiheit *(Amtsf StR Dr Peter Marboe: Aber es haben alle für Bondy unterschrieben!)* der Kunst, Herr Stadtrat, so wie Sie das gemacht haben, ist beschämend gewesen. *(Amtsf StR*

*Dr Peter Marboe: Es haben sich alle solidarisiert, nur die FPÖ ist dagegen! Nur die FPÖ!)* Herr Stadtrat, während Sie in Ihrer Ära ...

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs *(unterbrechend)*: Frau Abgeordnete, die Zeit ist um.

Abg Mag Heidemarie Unterreiner *(fortsetzend)*: In Ihrer Ära wurde die revolutionäre Linke an die Brust genommen, das WUK und so weiter sind Beispiele, und große Institutionen wie die Wiener Festwochen sind missbraucht worden.

Ich muss zum Ende kommen. Sie haben es weder geschafft, ein Mozarthaus einzurichten, noch Mozart in Schönbrunn fortzuführen, Magnete wie in Salzburg. In Wien ist das nicht gelungen. Statt diese einmaligen Chancen zu nützen, wurde durch diesen Fehler Wien im kulturellen Wettbewerb sehr geschadet. Eine Wende auch in Wien ist notwendig! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Woller zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Ernst Woller *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es amüsiert mich schon einigermaßen, wie sich in den letzten Tagen und auch heute hier in dieser Debatte die ÖVP und die GRÜNEN um das Kulturressort in der nächsten Stadtregerung streiten. Ich halte es da mit dem alten Sprichwort: Wenn sich zwei streiten, freut sich der Dritte, und das werden wir sein. *(Heiterkeit bei der ÖVP und FPÖ.)* Wir haben 50 Jahre bewiesen, in welchen guten Händen das Kulturressort bei der SPÖ war und auch in Zukunft wieder sein wird! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Wien unbestritten Kulturstadt ist, dann ist das primär natürlich ein Verdienst der Vielzahl von herausragenden Künstlerpersönlichkeiten, aber dann ist das auch das Ergebnis einer 50-jährigen Kulturpolitik, die bewiesen hat, dass Wien anders als andere Städte und Länder in Kultur investiert und die besten Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur in Wien schafft.

Wenn Kollege Hahn hier Kritik an Kulturinterventionen der Frau StR Pasterk geübt hat, dann kann ich nur sagen: Wenn der Verein der Wiener Festwochen als unabhängiger Verein in eine Gesellschaft umgewandelt wird, in eine Gesellschaft mit einem Gesellschafter, und das ist der Kulturstadtrat, der dann nicht Präsident des Vereins, sondern alleiniger Geschäftsführer ist, dann erkenne ich hier zumindest nicht einen Verzicht auf Kulturintervention, sondern auf ein Mehr an Kulturintervention. Aber wir waren ja immer dafür, dass der Kulturstadtrat die politische Verantwortung für städtische Festivals hat. Nur, ein Verzicht und eine Rücknahme von Kulturintervention war das sicher nicht.

Wenn auch Kritik geübt wird an Projekten der StR Pasterk, dann muss ich sagen, der StR Marboe ist sehr erfolgreich in der Umsetzung des Arbeitspro-

gramms der Frau Pasterk. Er ist jetzt fast fertig. Wir haben das Arnold-Schönberg-Center eröffnet, wir haben den Judenplatz eröffnet, wir eröffnen jetzt das Museumsquartier. Das sind alles Projekte, die weit zurückgehen und die alle sehr zur großen internationalen Beachtung Wiens beigetragen haben.

Wenn wir über das Museumsquartier reden, dann geht es uns vor allem darum, dass das Museumsquartier auch ein Biotop für die junge autonome Szene bleibt. Wir sind sehr froh, dass im Sinne unseres Gemeinderatsbeschlusses die freien kleinen Nutzer mit Unterstützung der Stadt Wien und unseres Bürgermeisters sich durchgesetzt haben und im Museumsquartier verbleiben können. Das ist ein großer Erfolg für die Zukunft der Kunst und das ist ein großer Erfolg für die Kulturstadt Wien.

Es ist aber auch notwendig, dass, um Wien im kulturellen Wettbewerb abzusichern, der Bund seinen Verpflichtungen nachkommt. Wenn der Bund in Person von Frau Bundesminister Gehringer zum einen sagt, ja wir wollen die kleinen Nutzer drinnen haben, dann verstehe ich einfach nicht, warum dieselbe Bundesregierung diesen Initiativen nicht die entsprechenden finanziellen Möglichkeiten gibt und der Bund hier Förderungen nicht gewährt, das Depot nach wie vor auf eine Antwort auf das Förderungsansuchen wartet und Public Netbase bis jetzt noch keine Antwort auf ihr Förderungsansuchen aus dem Jahr 2000 hat. Da frage ich mich, wo da das Engagement von Kulturstadtrat Marboe ist, dass endlich das Geld für 2000 kommt und wann endlich der Widerstand der Wiener ÖVP gegen die Förderung von Public Netbase aufhört?

Für uns ist dieser Druck durch Nichtförderung, durch Nichtsubventionierung, der auf Public Netbase ausgeübt wird, genauso unverständlich, wie der Vorschlag der grünen Kultursprecherinnen im "News", wo sie sagen, mittels Subventionen ist Druck auf die Wiener Symphoniker auszuüben. Wir Sozialdemokraten bekennen uns zur Freiheit der Kunst und dieses Bekenntnis ist unteilbar! Für uns sind alle Versuche abzulehnen, mit Subventionen Druck auszuüben, egal ob das jetzt Public Netbase oder die Wiener Symphoniker trifft. Wir sind die Einzigen, die Garanten dafür sind, dass mit Subventionen nicht Druck ausgeübt wird, und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Das gilt auch für die Nichtförderung. Das ist auch wichtig im internationalen Wettbewerb, wenn Städte wie Kopenhagen, Paris und Rom das jährlich in einer anderen europäischen Hauptstadt stattfindende Festival der homosexuellen Kulturinitiativen gefördert haben, so ist es für uns unverständlich, dass StR Marboe bisher keine ausreichende Förderung des künstlerischen Programms von Europride 2001 zugesagt hat. Wir wissen alle, dass die Zeit drängt. VBgm Laska hat bereits ausreichend ihre Subvention für das Festival zugesagt. Für das künstlerische Programm steht diese Zusage aus. Es geht einfach nicht, dass man immer nur sagt, wir haben kein Geld für Neues,

wir haben kein Geld für die Ausstellung "Der andere Blick", wir haben kein Geld für das Europride-Festival. Weil wir das wenige Geld natürlich hätten, wenn wir es politisch wollen. Aber ich habe den Verdacht, dass sich Kulturstadtrat Marboe hier in der ÖVP nicht durchsetzt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich komme zum Schluss. Um Wien im kulturellen Wettbewerb konkurrenzfähig zu halten, brauchen wir aber nicht nur eine Absicherung des Bestehenden, sondern wir brauchen auch eine Weiterentwicklung, wie wir Sozialdemokraten in unserem Zukunftsprogramm für Wien vorgeschlagen haben. Wir brauchen gerade als Stadt Wien an der Jahrhundertwende eine mutige, eine gestalterische Kulturpolitik. Wir brauchen Visionen auch in Kunst und Kultur, damit Wien nicht nur Kulturstadt bleibt, sondern Wien im Jahr 2010 auch die europäische Hauptstadt der jungen Kunst ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger **Stix**: Herr Präsident! Herr Kulturstadtrat, heute als Mitglied der Landesregierung! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Woller!

Ich bin nicht der Pflichtverteidiger des Kulturstadtrats, aber als gläubiger Ordoliberaler seit 1867 erinnere ich mich schon daran, dass die Weltgeltung Wiens als Kulturmetropole nicht nur, wahrscheinlich schon auch, aber nicht nur den ehrenwerten Bemühungen der Sozialdemokratie zu verdanken ist. Die Weltgeltung der Metropole Wien als Kulturmetropole verbinde ich eigentlich - bei allem Respekt vor Kollegin Dr Pasterk, sie kann sich heute nicht wehren - eher mit Namen wie Mozart, wie Beethoven, wie Freud. Wir könnten jetzt Hunderte Namen aufzählen, Ursula Pasterk wäre nicht dabei. Ich gebe schon zu, Rüdiger Stix auch nicht. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Ja, ja, einverstanden. *(Abg Dr Matthias Tschirf: Stix aber auch nicht!)* Leider. *(Amtsf StR Dr Peter Marboe. Vielleicht der Woller!)* Okay, Woller. In 100 Jahren dann Woller, Pasterk, dafür also Freud und Mozart dann etwas weniger, um die Relation herzustellen. Wie gesagt, ich bin nicht der Pflichtverteidiger, aber so schlecht war der Kulturstadtrat auch nicht.

Was mir fehlt, ist ein bisschen etwas im System. Wir haben heute schon darüber gesprochen: Was kann man vom System her ändern? - Das meine ich bitterernst, auch in der kurzen Zeit. Man kann im System etwas ändern. Man kann steuerlich etwas ändern. Man kann mit den Kulturbetrieben etwas ändern. Etwas boshaft formuliert, meine Damen und Herren, aber jeder politische Profi hier im Raum wird mir Recht geben, könnten wir die Kulturbetriebe blitzartig dadurch entlasten, dass wir sie so behandeln wie politische Parteien. Damit meine ich jetzt nicht, sie sollen um Himmels willen Parteipolitik machen, denn dafür gibt es ja politische Parteien. Das sollen sie nicht machen. Aber wenn sie so ökonomisch behandelt werden, steuerlich so behandelt werden,

mit ihren Mitarbeitern, mit den Freiwilligkeiten so behandelt werden wie politische Parteien, dann wären die Kulturbetriebe schlagartig aus dem Schneider.

Ich weiß schon, diese Debatte wäre jetzt eher beim Kollegen Rieder und auf jeden Fall beim Karl-Heinz Grasser zu führen, das ist mir schon bewusst, aber systemtheoretisch gibt es eine sehr rasche operationalisierbare Möglichkeit. Ich halte Kulturbetriebe steuertechnisch und arbeitsrechtlich parteiengleich. Das könnte ich von heute auf morgen machen. Ein Erlass des Finanzministers und die Sache hat sich. Das ist das Eine.

Das Zweite ist, nachdem wie gesagt ohne jetzt der Kollegin Pasterk da allzu sehr zu nahe zu treten, dass natürlich mit Begabungen wie Mozart, Freud, die so ein bisschen mitgewirkt haben - das haben wir schon besprochen, Woller natürlich -, das Ganze in einem geistigen Umfeld, in einem geistigen Klima ist und da ist schon die Wettbewerbsfähigkeit der Metropole gefragt. Da gibt es tatsächlich einiges, was man machen muss und einiges, was man sehr schnell machen muss.

Ein Beispiel: Ich würde mir wünschen, dass beispielsweise der Rest der Legislaturperiode dafür genutzt wird - die erste Fachhochschule haben wir in Wien -, dass wir noch ein, zwei künstlerische Fachhochschulen machen. Wir haben bis Oktober Zeit, wenn ich mich richtig entsinne. Da könnte man zum Beispiel eine Fachhochschule für Multimediakunst machen. Kollege Chorherr macht da sicher mit. Oder eine Fachhochschule für Filmmusik, wenn wir jetzt von der Weltstadt Wien als Musik sprechen. Es wäre ja kein Problem, das im nächsten halben Jahr ganz konkret zu operationalisieren.

Es gibt aber - wenn man jetzt sagt, Fachhochschulen genauso wie die bestehenden Kunstuniversitäten, die bisherigen Akademien - das Problem, dass man sagt: Gut, im Budget haben wir es nicht ganz vorgesehen, es wären aber wahrscheinlich genügend Manövriermassen drinnen, und dass man erst einmal mit einem ersten Schritt beginnt. Aber es gibt da die Möglichkeit, dass man jetzt wirklich in die modernen Medien einsteigt.

Ich möchte die letzte Minute, es ist das letzte Fünftel meines Redebeitrags, dafür nützen, Sie daran zu erinnern, dass beispielsweise "Times" und "News Week" in jeder Ausgabe voll damit sind, dass gestandene US-amerikanische Eliteuniversitäten unter dem Druck stehen, dass E-Commerce-Universitäten, E-Commerce-Anbieter im gesamten Bereich von Geisteswissenschaften bis zu den Naturwissenschaften erfolgreich auf den Markt drängen. Ich darf beispielsweise die derzeit weltweit erfolgreichste kommerzielle Universität, eine typische 24/7-Universität, eine Universität, die 24 Stunden am Tag und 7 Tage die Woche offen hat, nämlich die Phoenix-University in Arizona - das hat steuerrechtliche Gründe - mit weltweit, glaube ich, derzeit etwa 80 000 Studenten zum Vorschlag machen. Ein Vorschlag, der inzwi-

schen - und damit möchte ich schließen, Herr Präsident - auch von so amerikanischen Provinz-Universitäten wie Stanford aufgegriffen worden ist. Ein Vorschlag, den man jederzeit in dieser Legislaturperiode und ohne das Budget zu überlasten umsetzen kann und ein Vorschlag, der die Wettbewerbsfähigkeit Wiens auch im internationalen Vergleich, zumindest im Vergleich zu Stanford oder zu Phoenix Arizona, sicherstellt. - Danke.

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau StR Dr Huemer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

StR Dr Friedrun Huemer: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Zuerst einen Satz zum Kollegen Woller. Ich weiß nicht, ob er unbedingt Recht hat, wenn er gerade bei den Symphonikern und bei den Philharmonikern mit der Freiheit der Kunst argumentiert. Denn ist es tatsächlich, sehr geehrte Damen und Herren, ein Ausdruck der Freiheit der Kunst, wenn die großen Orchester von Österreich und von Wien ausschließlich männlich und weiß definiert sind? - Das kann es doch bitte heute nicht mehr sein und ich halte diese Art von Personalpolitik viel eher für einen Angriff auf die Freiheit der Kunst, als unsere Feststellung, dass es den Menschenrechten widerspricht, wenn es keine Frauen in den Orchestern gibt.

Es ist sehr bequem, kulturpolitische Interventionen grundsätzlich zu diffamieren und sich dann auf Ermöglichen und Zulassen zu reduzieren. Denn was soll denn eigentlich ermöglicht und zugelassen werden? - Diese Frage wird ja von den Herren der ÖVP nicht einmal angegangen, die ist ihnen egal. Das heißt, sie ist ihnen nicht egal, aber sie wird selbstverständlich verschwiegen.

Auch wir wollen Ermöglichen und Zulassen, aber eben auch Kunst und Kultur, die über den Menschen so eben hinausgeht. Das ist der wesentliche Knackpunkt und Unterschied zwischen ÖVP und grüner Kulturpolitik.

Ich möchte es, sagen wir einmal, an zwei wesentlichen Beispielen zeigen. Das eine ist die Geschichte mit dem Klangforum. Herr Stadtrat, Sie haben sehr viele Betriebe entschuldigt, das Klangforum aber nicht. Sie haben bei vielen Betrieben Budgets erhöht, beim Klangforum nicht. Das Klangforum ist - weil das wahrscheinlich viele hier herinnen noch immer nicht wissen - eines der ganz besonders bedeutenden Wiener Musikensembles, das überall auf der Welt abgefeiert wird, das sozusagen als eine der wenigen Erungenschaften Österreichs Wien als eine zeitgenössische Musikstadt herzeigt, etabliert. Davon kann man wohl nicht reden. Das ist Ihnen einfach kein Anliegen. Ich weiß nicht, ob das eine verbotene Intervention wäre, zuzulassen, dass die zeitgenössische österreichische Musik deutlich wahrgenommen wird.

An einem anderen Beispiel möchte ich sagen, Sie hören vom Kollegen Hahn ständig über Toleranz. Ich kann das Wort "Toleranz" wirklich nicht mehr hören.



Toleranz heißt tolerieren, sozusagen gerade noch aushalten. Es geht um einen völlig anderen Begriff in der Politik und speziell in der Kulturpolitik und der heißt Akzeptanz der Vielfalt, Akzeptanz des anderen, Akzeptanz dessen, was jenseits des Mainstream ist. Da möchte ich jetzt einmal darauf hinweisen, wie wenig bei der ÖVP anderes akzeptiert wird. Also nicht nur, dass man sich darüber alteriert, wenn ich sage: Vorstellbar muss es schon sein, dass in einem großen Haus, in einem großen Theater auch einmal in einer anderen Sprache gesprochen wird. Bitte das Burgtheater hat das ja auch gemacht und es war überhaupt kein Kulturskandal! Ganz im Gegenteil. Das wurde sehr gut angenommen. Aber das ist offensichtlich an Ihnen vorbeigegangen.

Ich spreche aber von etwas anderem. Da gab es das Angebot einer Ausstellung, die heißt "Der andere Blick". Eine Ausstellung mit dem Inhalt "100 Jahre lesbisch-schwules Leben in Wien". Noch vor ganz kurzem haben Sie, Herr Stadtrat, gemeint, man müsse noch darüber reden und das wird vielleicht und wir werden ja sehen. Inzwischen ist es abgesagt. Von Ihnen persönlich an die Veranstalter. Dass die SPÖ jetzt gnadenhalber wenigstens einen Katalog finanzieren will, der herausgebracht werden soll, ist geradezu ein Fortschritt. Es geht uns nicht darum, etwas selber zu gestalten, selber Kunst zu machen. Es geht lediglich darum, zu ermöglichen und zuzulassen, dass über dem Horizont des ganz normalen Kulturbegriffs, der in Wien bisher gegolten hat, hinausgegangen wird und dass Wien eine Stadt der zeitgenössischen Kunst und Wien eine Stadt der Vielfalt wird. Und ich bin neugierig, ob die SPÖ da mitgehen würde. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Salcher zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Andreas **Salcher** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Viele Szenarien und Untersuchungen zeigen, dass der Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte immer größer wird und bei den Wettbewerbsfaktoren, den so genannten harten Faktoren, wie Arbeitskosten, Telekommunikationskosten, Verkehrsanbindung, hat Wien zumindest keinen entscheidenden Vorteil gegenüber seinen wesentlichen Mitbewerbern. Vielleicht sogar auch Nachteile. Wir werden aber, Gott sei Dank, noch immer von der ganzen Welt als Kulturmetropole gesehen, einem weichen Standortfaktor, der für viele internationale Manager ein Vorzug ist, in Wien tätig zu sein. Strategisch glaube ich daher, dass wir alle darüber nachdenken müssen, wie wir diese Einzigartigkeit der Kernkompetenz Kultur ausbauen können.

Und da geht es um das Thema Wettbewerbsfähigkeit. Berlin zum Beispiel hat Theater zugesperrt. Wien hat gemeinsam mit dem Bund neue kulturelle Attraktionen geschaffen: Die neue Albertina, das

neue Museumsquartier, das neue Technische Museum, eine ungemein reiche Theaterszene, übrigens eine ungemein reiche neue Opernszene, eine ungemein reiche Musikszene, die eigentlich mit einem guten traditionellen Angebot Motivation für jeden Europäer sein sollte, einmal im Jahr nach Wien zu kommen.

Nun, was ist der Beitrag der GRÜNEN? - Über den sollten wir ein bisschen reden. Da steht zum Beispiel in diesem "News"-Interview: "Ein ineffizientes und teures Unternehmen zu sperren, ist eine durchaus legitime Vorgangsweise." - Die GRÜNEN führen also den Terminus "Zusperren" wieder in die Kulturdiskussion ein und ich nehme an, Sie wollen eine große Wiener Institution zusperren. Da sollten Sie so offen und ehrlich sein und sagen, wen Sie denn damit meinen, weil soviel gibt es ja nicht. Wollen Sie das Raimundtheater zusperren? Wollen Sie das Theater an der Wien zusperren? Wollen Sie die Festwochen zusperren, das Historische Museum der Stadt Wien, die Symphoniker, wenn sie die Frauenquote nicht erfüllen? Wen werden Sie zusperren? - Mit uns nicht, das sage ich gleich dazu! Wir stehen für Offenhalten und wir stehen für Aufsperrn. Sie stehen offensichtlich fürs Zusperrn! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und was würde unter einem Kulturstadtrat der GRÜNEN blühen? - Ich würde sagen "Verwelken". Das Interessante ist, Ihr Kulturkonzept haben Sie uns ja viereinhalb Jahre lang verschwiegen. Aber es ist gut, dass Sie es jetzt vor sich hertragen. Die Freiheitlichen tun das schon länger. Die ungemainen Gemeinsamkeiten, die Sie in Wirklichkeit mit den Freiheitlichen haben, die werde ich Ihnen auch sagen: *(Heiterkeit des Abg Mag Christoph Chorherr.)* Die Politik soll sagen, was gespielt wird. *(StR Dr Friedrun Huemer: Sie! Ja, Sie!)* Die Politiker sagen, welches Theater gut ist und welches schlecht ist. Ich sage es Ihnen: Die Josefstadt ist für Sie schlecht. Der Letzte dreht das Licht ab. Für die Freiheitlichen ist sie gut. Die Volksoper ist für Sie positiv. Der Herr Mentha ist das große Vorbild. Für die Freiheitlichen ist sie schlecht. Die Politiker sagen, was in den Museen gehängt werden soll. Die Sezession ist für Sie positiv, weil dort ein Mühl-Bild hängt gegen die Freiheitlichen, das für die FPÖ klarerweise negativ ist. Das Historische Museum der Stadt Wien ist ein Hauptangriffspunkt für die GRÜNEN, für die Freiheitlichen ist es positiv. Und interessant ist, beim Weltregisseur Luc Bondy treffen sich beide, gegen den sind Sie nämlich beide als Festwochenintendant aus unterschiedlichen Motivationen: Die Freiheitlichen, weil er für sie Teil der linken Kulturverschwörung ist und die GRÜNEN, weil er zu konservativ und rechts ist.

Die Lösung der Kulturpolitik für Sie, Frau Huemer, ist das Gesamtkonzept. Und ich werde Ihnen jetzt etwas zum Gesamtkonzept der GRÜNEN sagen: "400 Jahre 'Hamlet', Shakespeare sind genug. Soll das noch 60 Jahre so weitergehen?" *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Das steht in Ihrem Interview! "200 Jahre



Mozart sind genug. Soll das noch 100 Jahre so weitergehen?" - Ich muss Sie enttäuschen. Das wird nicht nur 100 Jahre, das wird noch 1 000 Jahre so weitergehen, weil Mozart und Shakespeare Jahrhundert-, Jahrtausendgenies sind und wir Österreicher froh sein können, dass einer davon ein Österreicher ist, nämlich Mozart, und wir werden sein Erbe pflegen! (StR Dr Friedrun Huemer: Herr Salcher! Lernen Sie einmal lesen!)

Und kommen Sie mit der Josefstadt. Ich sage Ihnen, wir gehen Ihnen überhaupt nicht in die Provokationsfalle. Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn türkisch an der Josefstadt gespielt wird, aber nur dann, wenn ein künstlerisches Konzept dahintersteht und nicht aus political correctness, aus politischem Spieltrieb und Zerstörungstrieb (StR Dr Friedrun Huemer: So lernen Sie doch einmal lesen!), weil das, was bei diesen ... (Beifall bei der ÖVP.) Immer dann, wenn die Provokation den künstlerischen Einfall ersetzt, ist das Ergebnis eine ungemeine Langeweile. Das wissen wir doch.

Das Burgtheater hat den Auftritt des Herrn Lugner genauso ausgehalten wie den des Herrn Mühl. Die Volksoper hat auch den Auftritt des Herrn Tony Vegas ausgehalten. Ich sage auch ehrlich, ich bin sehr für die Rehabilitation. Ich frage mich nur, ob die immer auf den Bühnen des Burgtheaters und der Volksoper stattfinden muss? Dort wird es irgendwann einmal eng werden. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Aber das soll nicht unser Problem sein.

Und ich bin froh, weil Sie das auch kritisiert haben, dass der Peter Brook mit seiner Weltproduktion mit dem "Hamlet" von Paris nach Wien kommt und ich werde ihn mir anschauen und ich werde mich darüber freuen.

Was Ihnen gelungen ist in dem Interview - und ich bin sehr froh, dass Sie es auch ins Internet gestellt haben -, ist der Terminus GAU, der ja aus der Atomwissenschaft kommt - größter anzunehmender Unfall -, den Sie auf die Wiener Kulturpolitik übertragen haben. Dort heißt GAU dann nämlich "Größtes anzunehmendes Unglück für die Wiener Künstler". Die wollen das nämlich nicht, die meisten Künstler. Zugegebenermaßen stehen die meisten weltanschaulich Ihnen wahrscheinlich näher als uns, nur eines wollen die mit Sicherheit nicht: Dass Sie ihnen irgendetwas in ihre künstlerische Freiheit dreinreden. Und die Besucher wollen das auch nicht! (Beifall bei der ÖVP.)

Rot-Grün in Wien in der Kultur wäre eine Renaissance des Ideologieressorts, wo allerdings die Rollenverteilung, wer Raimunds "Verschwender" und wer Gogols "Revisor" gibt, noch etwas unklar ist. Allerdings hat sich heute Christoph "Kojak" Chorherr schon als Kommissar profiliert, weil sein wichtigster Kommentar zu der Kulturpolitik von Peter Marboe war ja immer "entzückend". Das Einzige, was noch fehlt, ist der Lolly, aber ich nehme an, der wird sich im Wahlkampf auch noch auftreiben lassen!

Präsident Johann Römer (unterbrechend): Herr

Kollege Salcher! Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, die Redezeit ist bereits aus.

Abg Dr Andreas Salcher (fortsetzend): Ich wollte nur sagen: Unser Konzept heißt: Vertrauen in den Menschen, das sind die Künstler und die Besucher, ein Klima der kulturellen Offenheit, in dem die Künstler entscheiden, was auf der Bühne gespielt wird, in dem die Direktoren entscheiden, was in den Museen gehängt wird, und wo die Qualität der Produktionen und das Besucherinteresse darüber entscheiden, wer wie viel Geld bekommt und nicht Quoten und politische Vorgaben. Dafür brauchen wir einen Kulturstadtrat, der dafür steht, und mit Peter Marboe haben wir einen! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Kovacic zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Susanne Kovacic (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich weigere mich, wie einige Vorredner - nicht der Vorredner der ÖVP - hier das Thema "Region Wien im kulturellen Wettstreit" abzuhandeln, indem ich die neuen Medien gegen die Restaurierung einer Orgel abwäge! Ich denke, Kultur muss beides umfassen, wenn wir bestehen wollen. Wien und das Neujahrskonzert, das die beste Werbung weltweit ist, ist auf die Dauer zu wenig, denn wie sieht das kulturelle Angebot, und zwar der ganzen Region, übers Jahr aus?

Kurz zum Thema "Ausstellungen". In diesem Zusammenhang stelle ich nochmals fest: Es war ein Fehler, mit nachhaltigen Folgen für die gesamte Region, Guggenheim auszulassen, denn anders als Bilbao, und Bilbao möge es mir verzeihen, stimmt in der Region Wien auch das breite ergänzende kulturelle Angebot. Eine Kunsthalle Krems aber und ein Museumsquartier Wien sind kein adäquater Ersatz für einen Guggenheim. (Beifall bei der FPÖ.)

Das wirkliche Thema, die wirkliche Problematik im kulturellen Angebot der Region, liegt aber meiner Meinung nach woanders. Kritik ist gerade im Bereich Kultur um die Freiheit der Kunst eine unentbehrliche Form der Auseinandersetzung. Ich halte aber auch die Meinung und die Aussagen des Wiener Operndirektors, der hier die Wertigkeit von Operaufführungen in der Region Wien-Magarethen bewertet, für absolut entbehrlich, denn hier macht sich die Region intern Konkurrenz, statt sich über die Vielfalt zu freuen und diese Vielfalt auch weiter auszudehnen.

Wiens Theaterlandschaft dagegen weist eine ungeheure Vielfalt von der kleinsten Bühne bis zum großen Burgtheater auf, mit einem breit gefächerten Spielplan unterschiedlichster Themen und Qualitäten. Es sei nur kurz erwähnt, ich halte die Tendenz der Festwochen "Zukäufe statt Eigenproduktion" hier auch nicht für den richtigen Weg. Ich wäre eher dafür, internationale Regisseure einzuladen und hier mit Wiener Produktionen verstärkt Wien international zu

präsentieren. Das halte ich für den richtigen Weg.

Die aktuelle Angewohnheit nun einiger Programme einfach zu definieren "Ein Programm gegen die blauschwarze Regierung" zeigt, wie zahlreiche Studien festlegen, dem internationalen Besucher überhaupt nichts, denn ein interessant aufbereiteter Spielplan beinhaltet, wenn überlegt gestaltet, ohnedies jede Kritik an gesellschaftlichen Befindlichkeiten und die Auseinandersetzung mit den Menschen, was gutes Theater ja immer sein soll, und zwar unterhaltsam und/oder kritisch. Ein guter Spielplan, ein überlegter, beinhaltet all dies. Die Vielfalt muss bewahrt werden und ich weigere mich hier, diese Vielfalt politisch zu beeinflussen, politisch zu bremsen.

Es ist keine Richtung, das in dieser Form zu sehen und ich meine, die Region Wien ist mit dem Weg der absoluten Vielfalt, der absoluten Freiheit der Kunst auch in Zukunft in der Lage, Kulturbegiertere aus aller Welt erfolgreich anzuziehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Winklbauer zum Wort gemeldet. - Bitte.

Abg Renate **Winklbauer** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde nicht in den Reigen derer eintreten, die sich jetzt in ihrer Kulturpolitik gegenseitig bewertet haben, und auch nicht in irgendwelche Provokationsfallen eintreten. Ich mache auch den GRÜNEN nicht die Freude, dass ich ihnen wertvolle Werbeminuten - würde es im Fernsehen heißen - biete, indem ich Interviews allzu sehr aufwerte. Ich möchte mich wirklich mit dem beschäftigen, was Wien ist und was Wien im Kulturellen sein soll.

Wien ist im kulturellen Ranking in Topposition. Das verdankt Wien aber nicht nur der repräsentativen und der klassischen Kunst, die Wien zur Weltkulturstadt gemacht hat, sondern das verdankt sie einer konsequenten und dynamischen Kulturpolitik der Sozialdemokraten durch Jahrzehnte, die, und das muss man durchaus anerkennen, StR Marboe geerbt und auch passabel verwaltet hat. Das ist die Außenwirkung der Stadt. Wien ist, und das ist für die Menschen, die hier leben, viel viel wichtiger, auch eine junge, eine dynamische, eine lebendige Kulturmetropole. Von den Festivals über Kulturevents, von den Impulsen im Filmbereich, im Tanz, in der neuen Opernszene - es sind die jungen Künstler und Künstlerinnen, die das lebendige Wien gestalten. Kulturpolitik soll nicht dirigierend, nicht lenkend eingreifen. Dazu haben sich hier ja auch alle bekannt. In den Handlungen schaut es halt dann bei allen ein bisschen anders aus.

Wien ist hervorragend, aber Wien soll natürlich auch besser werden. Was uns als Ziel vorschwebt, ist, Wien soll bis zum Jahr 2010 Hauptstadt der jungen Kunst in Europa sein und das heißt, wir wollen fördern und unterstützen: erstens die jungen

Künstler und Künstlerinnen, zweitens junge Menschen und drittens junge Methoden, junge Medien, junge Ideen.

Wien als Stadt für junge Künstler. Das bedeutet, mehr zu investieren und ich sage, bewusst "investieren" und nicht "subventionieren", weil es Investitionen sind in Kulturinitiativen, in Kunst und Kunstschaffen der elektronischen Musik, der jungen Literatur, des jungen Designs, junger Regisseurinnen, junger bildender Künstlerinnen, junger Medienkünstlerinnen, und ich sage bewusst Künstlerinnen, weil in Wien gerade für Frauen sehr viel geschaffen wurde und noch vermehrt geschehen soll.

Zweitens. Wir wollen Kulturstadt der jungen Menschen sein. Das bedeutet, möglichst früh Kinder und Jugendliche zu eigener kreativer Entwicklung zu führen. Wir haben im Museumsquartier mit dem Kindermuseum als ersten Kristallisationskern vor vielen Jahren, vor etlichen Jahren es geschafft, einen Kunstentwicklungsraum zu schaffen. Das Kindertheaterhaus ist eine ideale Ergänzung. In diesem Punkt fordere ich auch von StR Marboe ein klares auch finanzielles Bekenntnis und klare Entscheidungen ein.

Wien ist hervorragend in der Musikausbildung und das geschieht nicht nur im Kulturressort sowie eben Kultur auch in anderen Ressorts einen wesentlichen Stellenwert hat. Gerade im Bereich der Musikausbildung ist es auch das Ressort von StR Grete Laska, das viele Kulturagenden für junge Menschen wahrnimmt.

Und Wien soll nicht zuletzt richtungsweisend bei den jungen Medien sein, den jungen Kunstsparten sein. Neue Medienkunst kann sich nicht nur in Österreich auf das Ars electronica-Center beschränken. Wien hat hier einen Nachholbedarf und eine Aufgabe. Gerade das Museumsquartier, aber auch die Donau City sollten jene Bereiche sein, wo sich innovative Kunst entwickeln kann und entwickeln soll.

Es sind die Künstler und Künstlerinnen, die das Kulturleben in dieser Stadt schaffen. Wir können nur die Rahmenbedingungen schaffen, wie wir das in vielen Bereichen tun, zum Beispiel im Filmbereich, den wir sehr aufgewertet haben.

Der Bund hingegen hat in diesem Bereich stark gekürzt. Es ist ein Parteikollege von Herrn StR Marboe, der das getan hat. In diesem Bereich sollte sich der Herr Stadtrat seinem Kollegen gegenüber vielleicht ein bisschen mehr durchsetzen.

Junge Medien heißt auch junge Methoden. Das heißt, Künstlern und Künstlerinnen den Raum zum Experimentieren zu ermöglichen und "Cross overs" zu schaffen. Das heißt, "Art in progress"-Projekte zu ermöglichen. Das heißt, in Netzkunst und Netzkultur zu investieren.

Präsident Johann **Römer** *(unterbrechend)*: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist bereits aus. Ich bitte, zum Schluss zu kommen.

Abg Renate **Winklbauer** *(fortsetzend)*: Ich komme zum Schluss.

Wir Sozialdemokraten wollen Wien auch zur Hauptstadt der jungen Kunst in Europa machen. Wir wollen einen Aufbruch erreichen, wie ihn Wien um 1900 hatte, einen Aufbruch, der uns heute prägt und auf den wir stolz sind. Wir wollen den Klimts, den Schönbergs und den Schieles des 21. Jahrhunderts zum Durchbruch verhelfen. Wir wollen das für die Wienerinnen und Wiener tun, damit sie auch weiterhin stolz sein können. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Abgeordneten des Grünen Klubs im Rathaus 1, von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen 1 und von den Abgen Mag Bolena und Dr Alkier 6 vorliegen.

Die Abgen Mag Alexandra Bolena und Dr Wolfgang Alkier haben einen Antrag betreffend Neuregelung der Immunität - öffentliche Tagung eingebracht. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt.

Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob Sie diesen Antrag unterstützen wollen, und bitte alle, die dafür sind, die Hand zu heben. - Danke, damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn dem Herrn Landeshauptmann zu.

Die Abgen Mag Alexandra Bolena und Dr Wolfgang Alkier haben einen Antrag betreffend fristgerechte Beantwortung von Anfragen durch den Landeshauptmann eingebracht. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt.

Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob Sie diesen Antrag unterstützen wollen, und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke, damit ist der Antrag genügend unterstützt. Ich weise ihn dem Herrn Landeshauptmann zu.

Die Abgen Brigitte Schwarz-Klement, Mag Helmut Kowarik, Heidrun Schmalenberg, Klemens Rehse und Frigga Wicke haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Wiener Krankenanstaltengesetz, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Gesundheits- und Spitalswesen zu.

Abg Susanne Jerusalem sowie Freundinnen und Freunde haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Abg Mag Christoph Chorcherr sowie Freundinnen und Freunde haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend proportionales Wahlrecht, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Abg Mag Maria Vassilakou sowie Freundinnen und Freunde haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Wahlrecht für

Migrantinnen und Migranten bei den Bezirksvertretungswahlen, eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Die Postnummer 1 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Wiener Stadtverfassung und die Wiener Gemeindevahlordnung 1996 geändert sowie das Wiener Unvereinbarkeitsgesetz, das Gesetz über das Gesetzblatt der Stadt Wien und das Wiener Wiederverlautbarungsgesetz aufgehoben werden.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Mag Renate Brauner. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte Sie, den bezeichneten Entwurf zu diskutieren und zu beschließen. - Danke.

Präsident Johann Römer: Gemäß § 30 c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Chorcherr. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph Chorcherr *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Präsident! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Eine nahezu unendliche Geschichte kommt zu ihrem - ich möchte sagen: aus meiner Sicht durchaus positiven - Abschluss. Es zeigt sich - das sage ich durchaus mit Selbstbewusstsein -, dass GRÜNE in dieser Stadt etwas verändert haben, dass GRÜNE durch permanente, hartnäckige und fundierte Oppositionspolitik, durch das permanente Erinnern in Fragestunden, mit Anträgen und mit Rechtsgutachten eine Regierung so unter Druck setzen konnten, dass wir heute guten Herzens zustimmen können. *(Heiterkeit des Abg Godwin Schuster.)*

Worum geht es? - In diesem Moment noch, vor dem Beschluss, ist Wien demokratiepolitisches Entwicklungsland. Was man niemandem in Österreich erklären kann - dass Untersuchungsausschüsse nicht nur nicht eingesetzt werden, weil es die Regierung nicht will, sondern dass Untersuchungsausschüsse nicht einmal möglich sind -, ist in diesem Moment noch Tatsache. Das wird sich damit ändern.

Lassen Sie mich aber, weil das heute ein wichtiger Beschluss ist, diese unendliche Geschichte kurz Revue passieren, auch mit all den Verzögerungen und Ausreden, die vor allem von Seiten der SPÖ gekommen sind.

Seit 1991 - seit wir hier dem Landtag und Gemeinderat angehören - sagen wir: Untersuchungsausschüsse, und zwar Untersuchungsausschüsse als Minderheitsrecht, sind eine Grundvoraussetzung. Es darf nicht Entscheidung einer Mehrheit sein, ob es Untersuchungsausschüsse gibt oder nicht.

Einer der Hartnäckigsten war Herr Klubobmann

Hatzl. Man darf seine Aussagen nicht vergessen. Möglicherweise - er spricht ja heute - wird er ein bisschen auch erklären, wie er zu all diesen Aussagen gekommen ist, die wir nicht vergessen haben.

Ich beginne - um es abzukürzen - nicht 1991, sondern erst 1997, und möchte hier noch einmal ein paar Zitate in Erinnerung rufen. 1997 erneuerte Hatzl seine Ablehnung von Untersuchungsausschüssen. Zitat: Wien ist Land und Gemeinde, und Untersuchungsausschüsse für Gemeinden sind nicht zulässig.

Wir überspringen ein Jahr. *(Abg Johann Hatzl: Herr Chorherr!)* Wir haben argumentiert, wir haben gestritten, wir haben es versucht. *(Abg Johann Hatzl: Sie haben richtig zitiert!)* Hatzl bleibt dabei: Im Übrigen wies er - Hatzl - darauf hin, dass es für Gemeindeangelegenheiten die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen nicht gebe und dafür erst eine gesetzliche Änderung auf Bundesebene stattfinden müsste. *(Abg Johann Hatzl: Auch richtig zitiert!)* Ich bin zutiefst aufrichtig, ich zitiere immer nur aufrichtig! *(Abg Johann Hatzl: "Auch richtig", nicht "aufrichtig"!)*

Irgendwie interessant ist auch das Zeitmanagement der ÖVP. Das muss man ebenfalls noch einmal in Erinnerung rufen. Görg, 1.6.1998: Im letzten Jahrtausend war ÖVP-Chef Görg fest entschlossen, bis Frühherbst 1998 die legislatischen Voraussetzungen zu schaffen. Heute haben wir - wir stimmen dem ja gerne zu - ein Jahrtausend später, einige Jahre sind ins Land gegangen. Görg gibt, nachdem diese erste Frist nicht zu halten war, eine weitere Frist.

Was hat dann die Wende gebracht? - Die Wende kam durch ein Rechtsgutachten, das durchaus auch die ÖVP hätte in Auftrag geben können. Die Telefonnummern sind soweit bekannt, Universitätsprofessoren stehen im Vorlesungsverzeichnis, man kann sie anrufen und fragen: Stimmt denn das eigentlich, was Hatzl und Häupl permanent behaupten, dass es rechtlich nicht möglich sei?

Man muss hier auch den Landeshauptmann daran erinnern. Es war ja nicht nur der für seine Hartnäckigkeit bekannte Klubobmann Hatzl, sondern es war auch der Landeshauptmann, der das wörtlich behauptet hat: Häupl bekräftigte die Meinung der SPÖ, dass für die Einführung von Untersuchungsausschüssen auf Gemeindeebene eine Änderung der Bundesverfassung notwendig wäre. Daran ändere auch das von den GRÜNEN vorgelegte Gutachten von Prof Mayer nichts. Prinzipiell, so der Bürgermeister, habe er relativ wenig Lust, mit Gutachten Papierflieger herumzuwerfen, die ohnedies niemanden interessieren. - Soweit zum Bürgermeister; das war, bitte, am 21.10.1998.

Also, gut, es geht nicht - Papierflieger: Wir wollen keine Untersuchungsausschüsse; wo kommen wir denn hin, wenn wir Derartiges machen!

Endlich war dann doch unser Gutachten entscheidend genug, dass Häupl einen Schwenk gemacht hat. Er verspricht - auch Zeitmanagement, das "gute"

Zeitmanagement der ÖVP springt auf die SPÖ über -, dass es Ende des ersten Quartals 1999 Untersuchungsausschüsse geben soll.

Ich überspringe jetzt wieder diverse Dinge. Es ist spannend, wie das Verfassungs- und Rechtsmittelbüro umgeschwenkt ist: Was bisher nicht möglich war, ist auf einmal möglich, es sind nämlich Untersuchungseinrichtungen zulässig. Es lohnt sich also, diese paar 100 Meter zur Universität hinüberzugehen oder dort anzurufen und entsprechende Gutachten einzuholen.

Ich überspringe jetzt vieles und komme gleich zum ersten Entwurf. Dieser erste Entwurf hat - unjuristisch - so gelautet: § 1 - wir führen Untersuchungsausschüsse ein; § 2 - wir regeln die Details so, dass es nie zu Untersuchungsausschüssen kommt.

Rechtlich hat das so ausgesehen, dass Mehrheitsentscheidungen getroffen werden müssen, dass die Vorladung von Zeugen durch Mehrheitsentscheidung erfolgt, dass es keine grundsätzliche Entbindung von der Amtsverschwiegenheit gibt - was vor allem bei öffentlich Bediensteten quasi ein Aussageverbot beinhaltet - und dass es vor allem keine Öffentlichkeit gibt. Was war die geniale Begründung für all diese Dinge? - Aha, das alles sei rechtlich nicht möglich - zurück an den Start!

Wir waren jetzt wieder ein bisschen flink und haben uns gedacht: Da könnte man doch ein Rechtsgutachten einholen, um das zu überprüfen, was SPÖ und ÖVP behaupten, dass nämlich ordentliche Untersuchungsausschüsse sehr wohl rechtlich möglich sind. Die Telefonnummer hatten wir bereits im Handy eingespeichert, wir haben Prof Mayer angerufen. *(Zwischenruf des Abg Dr Matthias Tschirf.)* Da hätten ja Sie auch etwas tun können! Sie bringen da eben nichts weiter. Aber das haben wir ohnehin ausführlich dokumentiert - ich lese es jetzt nicht vor -, dass alle die Vorhalte rechtlich nicht haltbar sind.

Wir sind sehr zufrieden, weil jetzt mit unseren Stimmen und dank unseres Drucks all das möglich ist, was wir am Anfang verlangt haben. Ja, das ringt sogar dem Kollegen Schuster ein Lächeln ab - das ehrt uns, Herr Kollege Schuster!

Warum stimmen wir dem jetzt gerne zu? Was sind die Eckpunkte?

Erstens gibt es Untersuchungsausschüsse sehr wohl für die Landes- und Gemeindeebene. Zweitens ist es - das ist ein wirklicher Fortschritt und ich bin froh darüber - kein Mehrheitsrecht, sondern es können 30 Abgeordnete Untersuchungsausschüsse einsetzen und auch den genauen Untersuchungsgegenstand festlegen.

Aus Zeitgründen spare ich mir den Hinweis auf jenen perfiden Schwenk, der geheißen hat: Ja, wir machen ein Minderheitsrecht, aber den Untersuchungsgegenstand legt dann letztlich die Mehrheit fest. - Das heißt, es gibt einen Untersuchungsausschuss zum Baukartell, aber überprüft werden dürfen dann die Bestellungen von Toiletteartikeln! Das kann

ja nicht der Punkt sein.

Viele, viele Stunden grüner Überzeugungskraft und oppositionellen Drucks haben auch hier gewirkt: Es kann eine Minderheit einen Untersuchungsgegenstand festlegen. Die Instrumentarien, die rechtlich auch nicht möglich gewesen wären - nämlich das AVG -, sind hier jetzt anzuwenden. Genau das hat Prof Mayer schlüssig nachgewiesen.

Zweiter wichtiger Punkt: Untersuchungsausschüsse sind öffentlich. Das ist ganz besonders wichtig. Die Öffentlichkeit hat Zugang und kann sehen, was hier ans Tageslicht kommt.

Dritter Punkt: Die Amtsverschwiegenheit kann aufgehoben werden. Weiters kann ein Minderheitenbericht verfasst werden. - Soviel zu den Untersuchungsausschüssen.

Ein weiterer Bereich sind die Kontrollamtsprüfungen. Auch hier: bisher Mehrheitsrecht - jetzt auch für oppositionelle Abgeordnete die Möglichkeit, Kontrollamtsprüfungen vorzusehen. 13 Abgeordnete können je zweimal jährlich einen Prüfauftrag an das Kontrollamt erteilen. Zusätzlich kann jeder Klub einmal im Jahr einen derartigen Auftrag erteilen. Das - einmal mehr gesagt: gut arbeitende - Kontrollamt, das in der Qualität seiner Arbeit zum Glück außer Streit steht, wird jetzt auf gewisse Dinge vielleicht frühzeitig die Aufmerksamkeit richten, auch wenn es die Regierungsparteien nicht so gerne sehen.

Was den Rechnungshof betrifft, erspare ich mir jetzt die ganze Geschichte darüber, wie vieler Zeit es bedurft hat, den Kollegen Hatzl zu überzeugen, dass das, was bundesverfassungsrechtlich geregelt ist, auch in Wien einmal Eingang finden muss. (*Abg Johann Hatzl: Überhaupt nicht!*) Das hat lange gedauert, es hat vier Jahre gedauert. Jetzt endlich können 33 Abgeordnete, also eine Minderheit, einen Prüfauftrag an den Bundesrechnungshof stellen.

Zu den kleinen, aber auch nicht unwichtigen Dingen gehört das Immunitätskollegium - wir haben heute wieder eine Frage der Auslieferung zu erörtern -, in dem aus unverständlichen Gründen GRÜNE noch nicht vertreten sind. Immunitätskollegium und Unvereinbarkeitsausschuss werden vergrößert, sodass alle Fraktionen drinnen sind.

Die Rotation im Kontrollausschuss wird eingeführt, und diverse Quoren werden verringert. Ich erspare mir die Details. Dringliche Initiativen können 6 statt 7 Abgeordnete, Anträge im Landtag 5 statt 7 Abgeordnete einbringen, eine nichtöffentliche Sitzung können 13 statt 17 Abgeordnete beantragen. Hier ist einiges durchgegangen und daher stimmen wir dem auch gerne zu.

Zusätzlich haben wir in den letzten Wochen - und das zeigt auch Beweglichkeit auf beiden Seiten - gesagt: Da fehlen noch einige wichtige Punkte, die wir gerne hineinbringen würden. Nicht alle haben wir durchgesetzt, aber es ist ja das Wesen eines Kompromisses, dass man sich findet. Ich möchte noch auf jene Punkte hinweisen, die insbesondere heute im

Abänderungsantrag eingebracht werden, die durchaus gescheit und vernünftig sind und uns letztlich dazu gebracht haben, trotz der Defizite, die dieses Projekt hat - diese Defizite, auf die ich noch eingehen werde, betreffen die Demokratie in den Bezirken -, dem Kontrollpaket zuzustimmen.

Die ursprüngliche Idee war ja - wie hört es Kollege Marboe so gern? - "entzückend". Wie stellten sich SPÖ und ÖVP den Vorsitz im Kontrollausschuss vor? - Rotation, aber unter allen! Das hätte zu der grotesken Situation geführt, dass ein Abgeordneter einer Regierungsfraktion Kontrollausschussvorsitzender ist. Na, so stellt sich eine moderne Kontrollinstitution wahrlich nicht dar! Es zeigt das Demokratiebewusstsein von SPÖ und ÖVP, dass man überhaupt über die Absurdität diskutieren muss, dass der für seine Leidenschaft für Kontrolle berüchtigte Klubobmann Hatzl Vorsitzender des Kontrollausschusses wäre. Das hieße, die SPÖ-Kontrolle irgendwie auf die Spitze zu treiben!

Es wird heute in dem Antrag festgehalten, dass ausschließlich Oppositionsabgeordnete Vorsitzende des Kontrollausschusses sein können. Man muss offensichtlich auch selbstverständliche Dinge länger diskutieren.

Lange haben wir gerungen und uns nicht vollständig durchgesetzt, aber immerhin hat sich etwas bewegt - und Kompromiss heißt Kompromiss -, betreffend Untersuchungszeitraum der Untersuchungsausschüsse, nämlich zurückgehend. Ich möchte prinzipiell festhalten, dass der Nationalrat zurückgehend keine Begrenzung kennt. Ich verstehe das Bedürfnis der SPÖ, das Baukartell nicht prüfen zu wollen. Also hat sie ursprünglich vorgeschlagen, maximal zehn Jahre zurückliegend etwas zu prüfen. Konkret hätte das geheißen: die laufende Periode und eine Periode zurück. Wir wollten das grundsätzlich nicht. Getroffen hat man sich jetzt in der Mitte: Es ist jedenfalls möglich, etwas bis zu acht Jahren zurück zu prüfen. Wir hoffen, damit noch wesentliche Bereiche des Baukartells beleuchten zu können. Das wäre notwendig, damit derartige Schädigungen der Steuerzahler in Zukunft nicht mehr eintreten.

Zum Thema Sondersitzung: Sondersitzungen von Gemeinderat und Landtag können jetzt - und das war uns wichtig - von einem Viertel der Abgeordneten sowie einmal jährlich pro Klub einberufen werden. Außerdem wird - auch das ist wichtig - die Frist, innerhalb der eine Sitzung stattfinden muss, erstmals geregelt und auf 21 Tage verkürzt. Es war ja interessant, dass zwar Abgeordnete eine Sondersitzung einberufen konnten, aber der Bürgermeister dann sagen konnte: Danke, wir werden sie schon einberufen, ich weiß aber noch nicht wann. - Das verzögert sich dann vielleicht eine Woche, zwei Wochen, drei Wochen, fünf Wochen, sieben Wochen, zehn Wochen. Es könnte ja möglich sein, die Sitzung entsprechend zu verschieben.

Das zeigt einen wichtigen Bereich der Reform der

Stadtverfassung für die nächste Periode. Demokratisierung heißt, die Rechte des Landeshauptmanns und Bürgermeisters, die viel zu weit reichend sind, zu begrenzen. Hierfür kann ich einen unverdächtigen grünen Zeugen anführen, nämlich Bgm Häupl, der selbst gesagt hat - man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen -: Würden wir eine Direktwahl des Landeshauptmanns oder Bürgermeisters vorsehen, dann hätten wir Zustände wie bei einem römischen Diktator auf Zeit. - So schätzt der Bürgermeister seine eigenen Kompetenzen ein! Daher gehört hier etliches verändert, es gehört demokratisiert. Weg von diesem monarchischen Prinzip!

Einige weitere Punkte, über die wir verhandelt haben: Es war geplant, dass dann, wenn ein Rechnungshof prüft, ein Untersuchungsausschuss ruht und überhaupt nicht eingesetzt werden kann. Jetzt ist es so: Wenn ein Rechnungshof prüft, unterbricht er den Untersuchungsausschuss nur, dieser kann aber trotzdem eingesetzt und abgehalten werden. Das ist ein wichtiger Punkt, weil es sonst ja nie einen Untersuchungsausschuss gäbe. Dann hätte es geheißen: Da prüft der Rechnungshof, das ist ein spannendes Thema, aber wir können leider keinen Untersuchungsausschuss einsetzen, weil der Rechnungshof prüft. Ab jetzt ist das trotzdem möglich.

Man muss sich vorstellen, wie die Regierungsparteien vorgehabt hätten, die Debatte über Untersuchungsausschüsse abzuhandeln. Die erste Idee war: ohne Debatte, er wird einfach eingesetzt, man gibt hier seinen Zettel ab - nur nicht darüber reden, keine entsprechende Debatte! Jetzt gibt es richtigerweise eine Debatte, aber nicht, wie das von Seiten der SPÖ ventiliert wurde, ein Reden pro und kontra, und dann ist Ruhe, sondern eine ordentliche Debatte, wie es angemessen und würdig ist, dies vorzusehen.

Jetzt überspringe ich noch ein paar Dinge, die der Kollegin Sander sehr wichtig waren. Dass in der Gemeindewahlordnung einige diskriminierende Bestimmungen im Sinne der Forderung von Behindertenorganisationen gestrichen werden, war ebenfalls ein wichtiger Punkt. (*Abg Dr Matthias Tschirf: Das hat Abg KARL gesagt!*) Gut, jeder sagt, er war es. Ich habe mehr Kommunikation mit Kollegin Sander als mit Ihnen, Herr Abg KARL, was aber nicht gegen Sie spricht. Sie engagieren sich da sehr, das möchte ich in keiner Weise bestreiten. Wir haben im Klub vehement darüber diskutiert, und Frau Kollegin Sander hat uns beauftragt, bei den Verhandlungen das noch einzubringen. Sie haben das auch gemacht - umso löblicher für alle, dass es jetzt drinsteht! Das ist auch ein Grund dafür, dass wir dem heute gerne zustimmen.

Ich möchte aber auch jene Punkte einbringen, die uns wichtig gewesen wären und die zeigen, wie es weitergehen muss. Das betrifft vor allem die Demokratisierung in Bezirken, da ist eigentlich gar nichts weitergegangen.

Erstens. Ist der Bezirksvorsteher oder die Bezirks-

vorsteherin an Beschlüsse der Bezirksvertretungen gebunden? - Ja und nein, bisher ist es einfach nein. Im Konfliktfall kann der Bezirksvorsteher tun, was er will oder was sie will, und die Bezirksvertretung kann sich, unjuristisch gesprochen, "brausen". Das geht nicht. Auch dieses Bezirksfürstentum soll hier abgestellt werden und die Beschlüsse von Bezirksvertretungen sollen Verbindlichkeit erhalten.

Ein zweiter Bereich ist die Wahl der Bezirksvorsteher. Jetzt kommen sie automatisch von der stärksten Partei. Wir meinen, dass die Bezirksvorsteher von der Mehrheit des Bezirksrats gewählt werden sollen und dass auch eine Reihe von Kontrollen des Bezirksvorstehers eingeführt werden müssen, die derzeit in keiner Weise gegeben sind.

Ich merke das an wegen jener Oppositionsabgeordneten - nicht nur von der Partei der GRÜNEN -, die in den Bezirken - ich sage es jetzt bewusst nicht parteipolitisch bezogen - die Präpotenz der Macht erleben müssen. Dort besteht vielleicht nicht jene Öffentlichkeit, die wir hier haben, wo ein gewisser feinerer Stil zumindest gelegentlich versucht wird. In den Bezirken gibt es aber brutale Machtpolitik, da macht man einfach Dinge nicht, da werden Tagesordnungen umgeworfen, da werden Geschäftsordnungen, sagen wir, extrem kreativ ausgelegt. Darüber gibt es sogar Rechtsgutachten, dass gewisse Vorgehensweisen von Bezirksvorstehern nicht der Geschäftsordnung entsprechen, et cetera. In den Bezirken muss endlich Demokratie eingeführt werden - das ist der nächste wichtige Schritt!

Dies hier ist ein Schritt zu mehr Kontrolle in Wien. Es zeigt - was immer nach der nächsten Wahl sein wird -, wie starke GRÜNE die Stadt verändern können, sei es aus einer Regierungsfunktion heraus, sei es aber auch als starke Opposition. Wir freuen uns auf die nächste Periode. - Danke schön. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Mag Bolena zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Alexandra Bolena: Herr Landtagspräsident! Frau Landesrätin! Meine Damen und Herren!

Wenn man dem Kollegen Chorherr zugehört hat, hätte man fast den Eindruck gewinnen können: Hier spricht schon ein zukünftiger Vizebürgermeister. Er ist von dieser Novelle wirklich überzeugt gewesen. Aber ein bisschen ist mir die Schärfe der Opposition abgegangen, auch die frühere Schärfe.

Man sollte sich eines vor Augen führen. Diese Stadtverfassungsnovelle erhält heute hier nur deshalb eine Mehrheit, weil wir einerseits eine Partei im Rathaus haben, die vergessen hat, was sie selbst als Opposition noch gefordert hat. Ich bringe eine OTS vom 26. Jänner 1996 in Erinnerung, worin Klubobmann Prochaska - er ist heute nicht hier, aber ich nehme an, der Rest der ÖVP teilt diese Meinung - ein faires, jede Stimme gleich wertendes Wahlrecht einfordert.

Erstens kann sich diese Partei also daran nicht mehr erinnern. Zweitens scheint sie auch kein Interesse mehr an dem zu haben, was sie im eigenen Regierungsübereinkommen festgeschrieben hat. Denn dort geht es darum, dass man eine umfassende Diskussion zum Thema Wahlrecht führt. Aber umfassend war die Diskussion nicht und das Ergebnis ist mehr als bescheiden. Drittens ist diese Mehrheit auch nur deshalb möglich, weil wir hier eine Partei haben, die offensichtlich selbst nicht ganz von dem überzeugt ist, was sie hier beschließt.

Sonst wäre es mehr als verwunderlich, dass wir in der heutigen Auflistung der mündlichen Anfragen eine Anfrage des Abg Johannes Prochaska an den Herrn Landeshauptmann haben, in der es heißt: Werden Sie Ihre jüngst geäußerten Vorstellungen zur Wahlrechtsreform zum Gegenstand einer - wie auch im Koalitionsabkommen festgeschrieben worden ist - noch in dieser Legislaturperiode zu beschließenden, umfangreichen Reform der Wiener Gemeindewahlordnung machen?

Es gibt sich die ÖVP also dafür her und stimmt einer Stadtverfassungsnovelle zu, von der sie selbst nicht überzeugt ist. Sonst wäre ja diese Anfrage nicht notwendig. - Das ist also der eine Helfer der SPÖ in dieser Frage.

Vom zweiten Helfer hatten wir soeben einen Vordner hier am Pult. Die Unterstützung kommt von einer Partei, die, wenn sie nur Regierungsluft wittert, offensichtlich bereits vergessen hat, was ihre ursprünglichen wichtigen und essentiellen Forderungen sind und waren. Da gibt es eine umfassende Punktion für die Reform der Geschäftsordnung und damit zusammenhängend der Stadtverfassung. Ich kann nur sagen: Wenig davon ist umgesetzt worden.

Weil Kollege Chorherr gesagt hat, dass jetzt doch all das möglich war, was die GRÜNEN wollten: Ich habe nicht das Gefühl, dass all das möglich war, was die GRÜNEN wollten. Ganz im Gegenteil, es war nur ganz wenig möglich. Aber wer Regierungsluft wittert, gibt offensichtlich der SPÖ gerne seine Zustimmung.

Was wir in dieser Stadtverfassungsnovelle tatsächlich beschließen, sind Mini-Mini-Verbesserungen, ist nur ganz, ganz wenig. Es ist weit von dem entfernt, was notwendig ist und was nach diesen langen Verhandlungen eigentlich erwartbar gewesen wäre.

Ja, wir haben Untersuchungsausschüsse. Allerdings darf man eines nicht vergessen: Diese Untersuchungsausschüsse sind zusammengesetzt wie die jetzigen Ausschüsse in den verschiedenen Geschäftsfeldern und dort hat die Regierung eine Mehrheit. Auch in den Untersuchungsausschüssen wird die Regierung eine Mehrheit haben. Was es heißt, wenn eine Regierung eine Mehrheit in einem Ausschuss hat, das konnten wir alle - die Opposition hat es wahrscheinlich stärker verspürt - in den letzten vier Jahren massiv mitbekommen. Denn es gibt ja keinen einzigen Beschluss, der gegen die Mehrheit, gegen die Regierungsmehrheit in diesen Ausschüssen ge-

fasst wird.

Ich frage mich daher: Untersuchungsausschüsse - fein, aber wenn man dort nicht irgendwelche anderen Mehrheitsverhältnisse auch nur theoretisch ermöglicht, dann ist das ein sehr zahnloser Tiger! Ich bin nicht davon überzeugt, dass das dazu beiträgt, dass wir Untersuchungsausschüsse wirklich als das Instrument nützen könnten, als das sie eigentlich gedacht waren.

Daher sollten wir uns auch anschauen, was in anderen Bundesländern möglich ist. Da gibt es in Salzburg die Möglichkeit, dass in den Untersuchungsausschüssen gleich viele Vertreter pro Partei sind. Das heißt, dort hat man wirklich die Möglichkeit, auch einmal Mehrheitsverhältnisse jenseits der Regierung herzustellen. Es ist schade, dass die ÖVP und die GRÜNEN einer solchen Mini-Mini-Variante ihre Zustimmung geben.

Ich bin überzeugt davon, es wäre besser gewesen, in diesen Fragen länger zu verhandeln, um ein vernünftiges Ergebnis herbeizuführen. Denn das ist schlichtweg zu wenig und daher werden wir auch nicht zustimmen.

Ein anderes Beispiel - ich habe es kurz schon angeschnitten - ist das Wahlrecht. Wir hatten 1996 - die ÖVP war noch Opposition - die Forderung nach einem gleichen und fairen Wahlrecht. Wir hatten laufend, immer wieder die Forderung der GRÜNEN. Wir haben heute die mündliche Anfrage von Klubobmann Prochaska. Wir haben das Regierungsübereinkommen, in dem eine umfassende Diskussion zu diesem Thema eingefordert wurde.

Jetzt kann man nur zwei Schlüsse ziehen: Entweder ist nicht viel diskutiert worden - ich denke, die Zeit war lang genug, man hätte viel diskutieren können -, oder die Diskussion hat nur ein sehr bescheidenes Ergebnis erbracht. Denn die Reformen im Wahlrecht sind zwar wichtig, aber sie sind wirklich mehr als bescheiden. Es sind zwei ganz kleine Eckpfeiler in einem großen und umfassenden Themenbereich. Ich denke, damit sollte man sich, damit darf man sich einfach nicht abfinden lassen, dabei hätte wesentlich mehr herauschauen müssen.

Wenn das Ganze eine selbst gestellte Aufgabe der Regierung war - und ein Regierungsübereinkommen ist eine selbst gestellte Aufgabe -, dann kann ich nur sagen: Wäre es eine Schulaufgabe und hätte man die zu bewerten und zu benoten, könnte man sie nur zurückgeben und müsste sagen, noch einmal, das reicht leider nicht, das ist wirklich zu wenig von dem, was du dir selbst vorgenommen hast und was auch die Wienerinnen und Wiener hätten erwarten dürfen.

Daher gibt es unsererseits für diese Novelle einfach keine Unterstützung. Es kann sie nicht geben, die Materie ist viel zu wichtig, umso halbherzig und derart mit Mini-Lösungen abgetan zu werden.

Ich möchte nur eines in Erinnerung rufen: Wir hatten auch andere Geschäftsmaterien, die so dringend zur Beschlussfassung anstanden. Das war der Perso-



nennungsverkehrsvertrag; er war sogar schon im Ausschuss. Dann hat sich die Regierung darauf besonnen: Das ist zu wichtig, das wollen wir jetzt nicht husch-pfusch noch schnell beschließen, das lassen wir in die nächste Legislaturperiode hineinwandern, weil dieser Personennahverkehrsvertrag tatsächlich zu wichtig ist.

Meine Damen und Herren! Aus Ihrer Unterstützung für diese Stadtverfassungsnovelle schließe ich nur eines: Die Stadtverfassung ist Ihnen offensichtlich nicht wichtig genug. *(Beifall des Abg Dr Wolfgang Alkier.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese Stadtverfassungsnovelle ist sicherlich der gewaltigste Demokratieschub, der in dieser Stadt gelungen ist. Diese Stadtverfassungsnovelle hat auch einen Namen. *(Abg Mag Christoph Chorherr: Gerne geschehen!)* Dieser Name lautet Bernhard Görg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Warum ist das so, meine sehr geehrten Damen und Herren? - Bernhard Görg war es, der bereits 1998 verlangt hat, dass tatsächlich auch in Wien Untersuchungsausschüsse installiert werden - sie sind gekommen -, und Bernhard Görg war es, der voriges Jahr klar und deutlich gesagt hat: Das muss als Minderheitenrecht kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Reform, die vor uns liegt und die wir jetzt umsetzen können, sieht Reformen der Stadtverfassung vor, wie man seit 1920 nur davon träumen konnte. Sie sieht eine Modernisierung der Strukturen, transparentere Entscheidungen und eine völlig andere Qualität der Kontrolle vor.

Untersuchungsausschüsse werden eingerichtet, sogar als Minderheitenrecht. Wir gehen hier viel weiter als andere Bundesländer, weiter auch als Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland bei einer ähnlichen Verfassungslage. Es bedeutet, dass erstmals in Österreich auch in einer Gemeinde Untersuchungskommissionen eingerichtet werden. Das heißt, dass hier auch verfassungspolitisches Neuland betreten wird.

Diese Novelle bedeutet, dass in dieser Stadt dem Rechnungshofpräsidenten das Rederecht eingeräumt wird bei den Sitzungen des Landtags und des Gemeinderats, die diesen Bereich betreffen. Diese Novelle bedeutet, dass die Möglichkeit der Anrufung des Kontrollamts zur Prüfung deutlich ausgeweitet wird und dass die Möglichkeit der Prüfung durch den Rechnungshof auch einer Minderheit eingeräumt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein gewaltiger Schritt, den Verfassungsrechtler sicherlich noch viele Jahre kommentieren werden, weil

hiermit ein Durchbruch erzielt worden ist, ein Durchbruch, der mit dem Regierungseintritt der Österreichischen Volkspartei in diese Stadtregierung im Jahr 1996 begonnen hat, ein Durchbruch, der sich durch die verschiedenen Politikfelder ziehen lässt, in der Wirtschaftspolitik durch die Privatisierung der Bank Austria ebenso wie durch die Umwandlung der Stadtwerke in eine Aktiengesellschaft, in der Stadtplanungspolitik durch ein völlig anderes Verständnis von Bürgerbeteiligung und ein anderes Großstadtgefühl, das in die Stadtplanung Eingang gefunden hat, sowie in der Kulturpolitik dadurch, dass Peter Marboe aus einem Ideologieressort einen Dialogpartner für die Kultur geschaffen hat, Unvereinbarkeiten entfernt hat und statt dessen - wir haben es heute schon gehört - in diesen Jahren über 50 Reformen durchgeführt hat.

Diese Reform, die uns heute gelungen ist, ist auch auf das Engagement und die zähe Verhandlungsführung unsere Klubobmanns Hannes Prochaska zurückzuführen, der heute wegen einer Grippe leider nicht hier an diesem Rednerpult stehen kann. Aber ich stehe nicht an, hier auch dem Klubobmann der SPÖ für die Handschlagqualität Respekt zu zollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist uns etwa gelungen, dass 30 Abgeordnete Untersuchungsausschüsse und Untersuchungskommissionen einrichten können, dass sämtliche Quoren gesenkt wurden und dass die Einsichtsfristen bei Akteneinschau verlängert wurden. Dass ein Rotationsprinzip im Kontrollausschuss eingerichtet wurde, zeigt, was mit dieser Reform uns allen, die wir hier zustimmen, gelungen ist.

Es ist mir daher der Redebeitrag der Kollegin vom Liberalen Forum unverständlich. Sie dürfte sich offensichtlich mit dem Entwurf in keiner Weise auseinander gesetzt haben. *(Abg Dr Wolfgang Alkier: Inwiefern? Beispiel!)* Beispielsweise, dass sie sagt, es sei das nur eine Mini-Reform - wenn Sie lesen, was hier drinsteht: dass 30 Abgeordnete einen Untersuchungsausschuss oder eine Untersuchungskommission einsetzen können, wie es in ganz Österreich nicht der Fall ist. Das zeigt, dass Sie sich nicht damit auseinander gesetzt haben. Ich weiß, Ihre Tage hier sind gezählt. Aber es wäre vielleicht doch interessant, sich auch noch in der letzten Zeit damit auseinander zu setzen.

Genauso eigenartig ist der Versuch der GRÜNEN, hier Geschichtsklitterung zu betreiben und etwas für sich in Anspruch zu nehmen, was einfach andere geleistet haben. *(Abg Günter Kenesei: Dann hätten ja ihr auch ...!)* Denn wir haben monatelang auf ein Gutachten hinsichtlich der Möglichkeit, die Amtsverschwiegenheit aufzuheben, gewartet. Da haben die GRÜNEN einige Monate lang brav sein wollen gegenüber einem kommenden ... Oder sie wollen eben unbedingt in die Regierung hinein und da wollten sie ja nicht irgendwie auffallen. *(Abg Günter Kenesei: Das ist aber ein peinliches Argument, Kollege Tschirf! Ein peinliches Argument!)*



Das ist nicht peinlich. Peinlich ist, was Sie hier aufgeführt haben. (*Abg Günter Kenesei: Jahrelanges Verzögern!!*) Peinlich ist es, wie Sie seit Jänner dieses Gutachten einfach nicht gebracht hatten. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg Günter Kenesei: Wann hat Dr Görg plakatiert, dass er Untersuchungsausschüsse durchsetzt?*) Ich weiß, es tut weh: Dr Görg hat es plakatiert und durchgesetzt. Das ist der Unterschied. (*Abg Günter Kenesei: Lesen Sie Ihre Vorschläge, und Sie werden erschrecken, wenn Sie sie lesen!*) Ich weiß, das tut weh. (*Abg Günter Kenesei: Sie werden sie nicht wiedererkennen!*) Sie sehen, genau hier hat eine Partei, die Österreichische Volkspartei, in dieser Stadt etwas verändert. (*Abg Günter Kenesei: Wir auch! Wir haben es aus der Opposition getan!*)

Sie möchten unbedingt an die Futtertröge. Das wird nicht gelingen. Wir werden ein gutes Wahlergebnis haben. Wir werden beweisen, dass wir in dieser Stadt etwas in den letzten Jahren verändert haben und sehr wohl etwas weiterbringen werden. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg Günter Kenesei: Sie haben Posten geschaffen für Parteigänger!*) Ich glaube, es spricht für sich, und man wird in Zukunft allein die Zwischenrufe nur schmunzelnd zur Kenntnis nehmen. (*Abg Günter Kenesei: MA-22-Leiter - wer wird das werden?!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben noch einiges vor uns. Wir haben auch eine Reform der Geschäftsordnung noch vor uns, und das ist für uns auch ein Grund, warum es wichtig, richtig und notwendig wäre, hier dieser Regierung noch entsprechend Zeit zu lassen, dass wir das umsetzen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Reformvorhaben, das hier gelungen ist, kann sich sehen lassen. Es war wichtig, dass wir das in dieser Legislaturperiode durchgebracht haben, damit Wien in der nächsten ein Vorzeige-Bundesland hinsichtlich der Kontrollrechte ist. Das ist ein großes Verdienst der Österreichischen Volkspartei, auf das wir stolz sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr GÜNTHER zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Helmut **GÜNTHER** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Präsident! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist schon interessant: Diese Verfassung hat mittlerweile zwei Väter, Herrn Mag Chorherr und die ÖVP mit Herrn Görg an der Spitze. Tschirf hat sich wenigstens beim Klubobmann der SPÖ bedankt, sodass es ihn auch noch gibt. (*Abg Heinz Huftnagel: Und einen freiheitlichen Stiefonkel!*) Aber man muss vielleicht ein bisschen zurückgehen. Bei dem jetzt so hoch gelobten Werk ... (*Abg Dr Wilfried Series: ... ein missratenes Baby!*) So ist es.

Bei dem jetzt so hoch gelobten Werk hat es im Jahr 1996 ein Koalitionsabkommen zwischen SPÖ und ÖVP unter dem schönen Titel "Wiens Weg ins

21. Jahrhundert" gegeben. Unter der Überschrift "Wiener Modell" hat man diese Koalition gegründet und dann gesagt, man wird in dieser Legislaturperiode Änderungen bei der Geschäftsordnung und bei der Stadtverfassung durchführen, sie in der Koalition selbst ausarbeiten - nicht hier unter Einbindung aller demokratisch gewählten Kräfte, sondern in der Koalition - und sie auch vor der Öffentlichkeit vertreten.

Knapp danach kam die Einladung von den Koalitionsparteien, über die Geschäftsordnungsreform und damit einhergehend natürlich über die Verfassungsreform politische Gespräche zu führen, und zwar auf Klubobmänner- und Klubdirektoren-Ebene. Da hat es dann einige Sitzungen gegeben, die durchaus interessant waren. Die Schwerpunkte waren also festgesetzt: Änderung der Geschäftsordnung, Änderung der Wiener Stadtverfassung, Einführung von Minderheitsrechten et cetera.

Dann kam es zu der Sitzung. Da ist Kollege Chorherr gekommen, hat ein Flipchart mitgebracht, hat da irgendwas aufgezeichnet und seine Vorstellungen präsentiert. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Nicht irgendwas ...!*) Hören Sie zu, Herr Kollege, Sie werden sich vielleicht noch daran erinnern. - In altbewährter realsozialistischer Weise hat Klubobmann Hatzl dort "njet" gesagt und nichts war es mit den ganzen Vorstellungen. Am Ende von zwei Stunden waren Sie schon wieder ganz glücklich, dass es nicht schlechter geworden ist, als es schon in der Geschäftsordnung gestanden ist, und haben das noch als Erfolg verkauft.

Schön langsam hat sich das dort weiterentwickelt, die Sitzungen sind weitergegangen. Im Jahr 1998 gab es einen ersten Entwurf, der dem heutigen - mit Ausnahme der Untersuchungsausschüsse - nicht unähnlich war. Er hat sich also nicht wirklich weiterentwickelt. Es hat dann weitere Gespräche gegeben. Den letzten Entwurf ohne Untersuchungsausschüsse kenne ich vom 10. oder 12. Jänner 2000. Seither hat es keine Kontakte mehr gegeben. Das nächste Mal ist das Ganze erst als Einladung zur Sitzung der Landesregierung gekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, in keinem Parlamentarismus der Welt gibt es so etwas, dass einem auf Grund von Parteiengesprächen etwas "hingeknallt" wird. Im Normalfall wird ein Ausschuss und dann ein Unterausschuss gebildet und man erarbeitet das demokratisch und parlamentarisch aus. Aber das ist eben nicht ganz so in diesem Hause. Man hat also auf Ebene der Koalitionspartner gearbeitet, dann hat sich mit aller Kraft Kollege Chorherr immer wieder hineingedrängt und seine Ideen durchaus vehement vertreten. Das will ich ihm gar nicht absprechen. Was herausgekommen ist, war nicht ganz so vehement wie das, was er jetzt dargestellt hat.

Dann ist es weitergegangen, der Akt kam nach dem Beschluss in der Landesregierung in den Ausschuss, wieder so, wie wir ihn heute vorgelegt be-

kommen haben. Der Vorwurf an Frau Kollegin Bolena - sie hat sich nicht damit befassen können - war ein bisschen ungerecht, weil man sich wirklich nicht damit befassen kann, wenn man so etwas auf den Tisch "geknallt" bekommt und im Ausschuss zum Beispiel die GRÜNEN sagen: Nein, heute stimmen wir noch nicht zu, weil wir ohnehin noch Parteienverhandlungen mit der SPÖ führen, und dann werden wir schon sehen, ob wir zustimmen oder nicht.

Im Ausschuss hat es notgedrungen keine Debatte dazu gegeben. Dort hätte ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden müssen, um das parlamentarisch zu behandeln.

Jetzt kommt es: Es hat also diese Gespräche mit den GRÜNEN gegeben, und gestern um 20.04 Uhr kommt ein Fax vom SPÖ-Klub. Das ist jetzt ein fünfseitiger Abänderungsantrag für die heute zu beschließende Stadtverfassung.

Meine Damen und Herren! Was ist Ihnen die Verfassung dieser Stadt überhaupt wert, wenn Sie sagen: Da habt ihr fünf Minuten vor der Sitzung Unterlagen, und dann stimmt zu oder stimmt nicht zu? - Das kann doch nicht sein, dass sich hier die Koalitionspartner - aufgefettet mit einem schon auf die Regierung hoffenden GRÜNEN - hersetzen und sagen: Hier haben wir eine neue Verfassung für Wien, ausdiskutiert haben wir sie auf unserer Ebene, und sonst brauchen wir dazu niemand. - Die Stadtverfassung geht alle Wienerinnen und Wiener an und ist auch hier von einem großen Forum zu tragen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt sind durchaus einige vernünftige Bereiche in diese Stadtverfassung aufgenommen worden. Da sind sowohl Tschirf als auch Chorherr so stolz darauf, dass die Quoren für die Einberufung von Sondersitzungen oder Untersuchungsausschüssen heruntergesetzt werden. Ja, das ist auch etwas Gescheites. Aber wenn man gleichzeitig unten kappt und sagt, es darf jeder Abgeordneter nur einmal seine Unterstützung geben, dann ist das genauso viel, als ob man größere Fraktionen einfach ausschließen möchte. Es heißt, den kleineren Fraktionen durchaus etwas Gutes zu machen, aber bei den größeren zu sagen: Na gut, einmal dürft ihr ja, aber ein zweites Mal kann es nicht gehen.

Überall dort, wo 30 Abgeordnete notwendig sind, um etwas einzuberufen, ist genau eine Sitzung möglich. Zweimal 30 geht sich schon wieder nicht aus, das heißt, hier ist nicht mehr als eine Sitzungseinberufung möglich. Ausnahmen sind dort gegeben, wo der Klub auch die Möglichkeit hat, in einer Periode etwas einzuberufen.

Meine Damen und Herren! Wir stehen hier vor einer Verfassung, die an sich nur ein Torso ist. Denn angetreten sind zu Beginn dieser Periode alle, um die Verfassung und damit einhergehend die Geschäftsordnung zu verändern. Jetzt rennt diese Regierung aus der Verantwortung, sagt aber auch: Schnell müs-

sen wir die Verfassung noch ändern. - Dann stellt sich Herr Kollege Tschirf hierher und sagt: Wir müssen natürlich weiterarbeiten, weil ja die Geschäftsordnung auch geändert gehört.

Da kann ich der SPÖ nur sagen: Das wäre ganz leicht möglich gewesen, wenn die Regierung bis zum Herbst, wie es im normalen Ablauf vorgesehen gewesen wäre, durchgearbeitet hätte, damit wäre es durchaus auch möglich gewesen, die Geschäftsordnung noch zu beschließen. Es wäre sogar möglich gewesen, sie heute noch zu beschließen. Denn es steht nirgends, dass vorher im Landesgesetzblatt die Stadtverfassung beschlossen sein muss. Hier muss sie beschlossen sein! *(Abg Johann Hatzl: Herr GÜNTHER! Jetzt beschweren Sie sich, wenn wir den Vorschlag der FPÖ aufgreifen?) Bitte? (Abg Johann Hatzl: Wir haben auch einen Vorschlag der FPÖ im Ohr, dass wir möglichst rasch wählen sollen!) Voriges Jahr ... (Abg Johann Hatzl: Jetzt beschweren Sie sich?)*

Nein, ich beschwere mich überhaupt nicht. *(Abg Johann Hatzl: Sie sagen, es ist zu kurz!)* Ich habe nur gesagt, Herr Klubobmann, die Idee, dass man schnell wählen sollte, hat sich deshalb zerschlagen, weil die Regierung in letzter Zeit nichts gearbeitet hat und darum sollte sie noch fertig arbeiten. Wenn Sie das alles erledigt hätten, hätten wir natürlich, weil keine Ideen mehr vorhanden gewesen wären, auch früher wählen können. Aber jetzt ist es wirklich eine Flucht aus dieser Regierung, indem Sie ... *(Zwischenruf der Abg Ilse Forster. - Abg Johann Driemer: Ihr wart ja nie da!)*

Der Bürgermeister wollte es, das weiß ich eh, und die ÖVP - das weiß ich jetzt nicht - hat sich an sich standhaft gewehrt. Görg hat einmal gesagt: Es wird keine vorgezogenen Wahlen geben, weil wir gewählt sind, um zu arbeiten. Die SPÖ hat nie gesagt, dass sie gewählt ist, um zu arbeiten. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Darum kann sie auch dazu stehen, dass sie hier frühzeitige Wahlen durchführt.

Wir haben also eine Verfassung und keine dazugehörige Geschäftsordnung. Wir haben vier Jahre in dem Bereich verhandelt - vier Jahre! - und jetzt liegt hier ein Husch-Pfusch-Vorschlag der Koalitionsparteien, dem, wie ich heute gehört habe, Herr Chorherr mit Begeisterung zustimmt, weil er sich durchgesetzt hat. Dabei merkt man: nur marginal, aber er hat versucht, uns das zu erklären. Kollege Schuster wird uns dann erklären, wo sich die SPÖ durchgesetzt hat. Es ist der größere Bereich, da bin ich mir ganz sicher. Aber der Wunsch, vielleicht in einer Regierung aufgehoben zu sein, ist groß, und deshalb verstehe ich auch den Kollegen Chorherr.

Zum Beispiel den Bereich, der in der Geschäftsordnungsdiskussion mit Redezeitbeschränkungen andiskutiert wurde, sieht man hier mit einem einzigen Wort erwähnt. Wenn man das nicht wirklich genau liest, kommt man auch darauf nicht. Es gibt Fraktionsvereinbarungen - die gab es immer - und jetzt gibt

es das auch über Wortmeldungen. Was soll das heißen? Heißt das dann auch, dass die Fraktionsvereinbarung getroffen wird, um Wortmeldungen beziehungsweise Redezeiten zu verkürzen? - Das ist aus keiner der Erläuterungen klar ersichtlich.

Immer dann, wenn man nicht genau gewusst hat, was man in die Erläuterung hineinschreiben soll, hat man geschrieben: Die Praxis lässt es geboten erscheinen. - Ich weiß nicht, was für eine Praxis das immer war, aber es ist eine schöne Formulierung, auf die man sich zurückziehen kann.

Abschließend, meine Damen und Herren: Was Sie hier vorgelegt haben, ist nicht der große Wurf, als den Kollege Tschirf es darzustellen versucht hat. Es ist wirklich ein Trauerspiel, was zwei Koalitionsparteien innerhalb von vier Jahren zusammenbringen, wenn sie für diese Stadt arbeiten. Aber es ist symptomatisch dafür und dafür werden wir nicht stimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Schuster zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Godwin Schuster *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Landtags!

Ich hätte an und für sich damit beginnen wollen, eine kurze Replik zu machen, dass wir erst vor wenigen Wochen hier in diesem Saal saßen und eine Feier anlässlich von 80 Jahren Verfassung in Wien abhielten. Wir haben bei dieser Feier auch einem echten Experten zugehört, der uns die Zeit der Verfassung in Wien und diese Entwicklung dargestellt hat, nämlich Herrn Prof Welan, der auch als ÖVP-Mandatar hier in diesem Haus tätig war. Er hat damals - zu Recht, sage ich - einzelne Punkte sehr ausgewogen kritisiert, die eigentlich auch in einer Verfassung ihren Niederschlag hätten finden sollen.

Er versuchte auch, gerecht gegenüber den Parteien verschiedene Zuordnungen zu machen. Ich hatte damals auch den Eindruck, dass Prof Welan nicht im Detail darüber informiert war, welche Entwicklung die Debatte zwischen den Koalitionsparteien im Besonderen, aber auch mit den anderen Fraktionen in der Zwischenzeit mit sich gebracht hat. *(Abg Dr Helmut GÜNTHER: Das ist ja nicht einmal im zuständigen Kollegium ...!)*

Das wäre also der Beginn gewesen. Ich schenke es mir jetzt, auf das Ganze einzugehen, sondern beschäftige mich einmal mit Redebeiträgen, die vor mir zu hören waren.

Der letzte Redebeitrag vom Kollegen GÜNTHER gibt für mich persönlich ein Beispiel dafür, dass er möglicherweise - und ich nehme ihm das gar nicht so übel - aus Berichten referiert hat, die er selbst nicht miterlebt hat, dass allerdings bei den Verhandlungen zumindest Personen anwesend waren - und zwar immer anwesend waren -, die jetzt nicht hier sitzen,

zum Beispiel in der Person des Klubvorsitzenden Kabas. *(Abg Dr Wilfried Serles: Das ist falsch! Schlicht und einfach falsch!)*

Wenn dem so wäre, wie Sie, Kollege GÜNTHER, gesagt haben, dann möchte ich nur Folgendes in Erinnerung rufen. Richtig ist, Kollege Chorherr ist vor dem Flipchart gestanden, vollkommen richtig. Ich weiß nicht, ob Sie damals dabei waren. Wenn Sie dabei gewesen wären, müssten Sie zum Beispiel wissen, dass er damals etwas über das Thema Redezeit und Redezeitbegrenzung, aber sonst nie etwas am Flipchart aufgezeichnet hat. Das war das Thema, über das wir uns unterhalten haben. Aber es zeigt das - ich sage es deshalb - ein bisschen die Oberflächlichkeit, mit der man auch an ein so wichtiges Thema herangehen kann. *(Abg Mag Christoph Chorherr - in Richtung FPÖ -: Werden wir alle Unterlagen aufheben müssen, gell! Unterschreiben!)*

Zweitens hatten wir in der Tat im Jänner 2000 ein Treffen aller Klubs. Wir hatten damals eine sehr interessante Debatte, die mit einem Vorschlag endete. Die Debatte begründete sich darin, dass wir überlegt haben: Wie machen wir das mit den Untersuchungskommissionen oder dem Untersuchungsausschuss, der jetzt hier auch eine rechtlich Grundlage erhält? Wie gehen wir mit so genannten Minderheitsrechten um?

Wir setzten uns damals mit einem Vorschlag der SPÖ auseinander. Von einer FPÖ-Regierungsbeteiligung war damals noch keine Rede, zumindest war uns das nicht bekannt. Ich glaube, es gab schon Vorgespräche. *(Abg Dr Wilfried Serles: Meinen Sie Wien?)* Ich rede vom Bund. - Wir sagten damals: Es gibt einen Vorschlag der SPÖ, vielleicht könnten wir abwarten, was mit diesem Vorschlag im Parlament passiert und in welcher Wertigkeit die Bundesregierung diesen Vorschlag der SPÖ aufnimmt, nämlich dass ein Drittel der Abgeordneten einen Antrag stellen kann, um Gremien einzusetzen.

Dann gab es einen sehr weisen Redebeitrag des Klubvorsitzenden der FPÖ, der meinte: Warten wir das ab, damit wir nicht vielleicht in der Entwicklung hinter dem nachhinken, wenn wir uns hier über etwas auseinander setzen; warten wir ab, was die Bundesregierung tut. *(Abg Dr Wilfried Serles: Ihr habt bis heute zugewartet! Jetzt müsst ihr erklären ...!)* Dann gab es die Regierungsbeteiligung FPÖ-ÖVP und dann haben wir abgewartet, was diese tolle FPÖ tun wird. Diese tolle FPÖ hat genau das getan, was wir gewohnt sind *(Abg Harry Kopietz: Nichts!)*: Nichts!

Wenn Kollege GÜNTHER meint: gewählt sind wir, um zu arbeiten, sage ich: vollkommen richtig, den Satz unterstreiche ich. Nur verlassen wir uns nicht darauf, dass die anderen arbeiten. Wir wollten hier einmal eindeutig dokumentieren, was für einen Stellenwert die FPÖ Wien in der FPÖ überhaupt hat. Wir wollten auch zeigen - das kann man jetzt sehr deutlich dokumentieren -, welchen Stellenwert Herr Kabas insgesamt hat. *(Abg Johann Hatzl: Das hat sich aus*

den letzten Tagen ergeben!) Er hat überhaupt keinen Stellenwert, weil er sich sonst bemüht hätte, ein bisschen umzusetzen, wie er es von uns als Selbstverständlichkeit verlangt hat. Nichts hat er gemacht! Wir sind es gewohnt, und das unterstreicht nur die Meinung, die wir von der FPÖ insgesamt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Zum Zweiten: Im Gemeinderatsausschuss gab es in der Tat keine Debatte. Aber wenn Kollege GÜNTHER hier herausgeht und kritisiert, dass es keine Debatte gibt oder gegeben hat, dann hätte doch er wenigstens einen Debattenbeitrag liefern können. Etwas zu kritisieren, was ich selbst nicht zu tun bereit bin, ist eine Null-Kritik. Ich glaube, Sie hätten sich das ersparen können.

Es ist auch richtig, Kollege GÜNTHER, dass es im Dezember eine Pressekonferenz gab. Bei dieser Pressekonferenz - sie war am 21. Dezember -, in der die beiden Klubvorsitzenden zu Recht gemeinsam - da komme ich noch ein bisschen auf den Redebeitrag vom Kollegen Tschirf zurück - ein Ergebnis der Koalitionsgespräche präsentiert haben, genau an diesem Tag, nämlich am Tag der Pressekonferenz - es war der 21. Dezember -, haben alle Klubs gemeinsam mit einer Einladung an die Klubs - das ist auch öffentlich so mitgeteilt worden: reden wir weiter, das, was heute präsentiert wird, ist das Koalitionsübereinkommen, aber nicht das Gesamtergebnis -, da haben die Freiheitliche Partei, die GRÜNEN und die Liberalen diese Unterlagen bekommen, genau an diesem Tag um die Mittagszeit. Das Pressegespräch war für ungefähr 10 Uhr angesetzt.

Interessant für mich persönlich war - weil ich auch weiß, wann die Unterlagen weitergegangen sind -, dass es fast reflexartig eine Presseaussendung der FPÖ gab: "Kabas: Regierungsvorschläge zu Untersuchungsausschüssen indiskutabel." Das heißt, er hat damals schon zwei Sekunden, nachdem er es bekommen hatte, gewusst, was drinsteht, und er hat damals schon gemeint - er ist ja ein "Überdrüberwuzzi" -, eigentlich brauchen wir nicht zu diskutieren, was da vorliegt, obwohl die Einladung an ihn ergangen ist.

Was hat er in dieser Presseaussendung zusätzlich von sich gegeben: Es kommt zu drastischen Einschränkungen der bisherigen Regelungen. - Da musste man wirklich sehr selektiv lesen, wenn es hier irgendwo drastische Einschränkungen gab. Und er sprach: Offenbar treten SPÖ und ÖVP jetzt die Flucht nach vorne an, um ihre Untätigkeit - ich habe gesagt, wer im vergangenen Jahr tatsächlich untätig war - in Sachen demokratiepolitischer Weiterentwicklung etwas zu kaschieren. Ohne die Opposition einzubinden, sei das passiert. Eine genaue Regelung zum Beispiel - das führt er auch an - über die Besetzung von Untersuchungsausschüssen fehlt.

Ich sage: Lesen ist eine Kunst, die man in der Volksschule lernt. Die müsste auch ein Klubvorsitzender einer Partei beherrschen. Er beherrscht sie

offenbar nicht oder es hat ihn nicht interessiert.

Dritter Punkt: Richtig, Kollege GÜNTHER, Sie haben gestern einen Antrag zugesandt bekommen, um 20 Uhr und noch einiges. *(Abg Dr Helmut GÜNTHER: Um 20.04 Uhr!)* Es wird bei uns relativ lange gearbeitet, und zwar auch deshalb, weil wir diesen Antrag gemeinsam mit einer anderen Partei vorher diskutiert haben. Diese hat nicht so wie Sie gesagt: Wir diskutieren nicht über einen Vorschlag und versuchen nicht, noch etwas einzubringen, sondern die hatte dieses Angebot sehr rasch aufgegriffen und einen Vorschlag eingebracht. Mit dem haben wir uns in insgesamt drei Runden auseinander gesetzt und dann mit dem Koalitionspartner diesen Abänderungsantrag mit den Zusagen, die wir schlussendlich gemacht haben und die darin ihren Niederschlag gefunden haben, formuliert.

So, wie wir es vereinbart haben - und wir halten uns immer an Vereinbarungen -, haben wir diesen Antrag den anderen Klubs am Tag vor der Sitzung zur Kenntnis gebracht. Wir haben nicht das Gefühl gehabt, dass ihr bei diesem Antrag mitgehen wollt. Sonst hättet ihr eine Sekunde dafür verwendet, um mit uns über den vorgeschlagenen Koalitionstext zu reden. - So weit, so gut; soweit zu den Aussagen des Vertreters der Freiheitlichen Partei.

Dann noch ein Kleines, Kollege GÜNTHER: Wissen Sie, wir haben in die Geschäftsordnungsnovelle, die ja erst kommen wird, natürlich auch eine Formulierung eingebaut, die etwas niederschreibt, was heute Praxis ist, zum Beispiel, welche Aufgaben die Präsidiale hat. Ein Punkt bei den Aufgaben der Präsidiale ist es, dass in der Präsidiale Fraktionsvereinbarungen zu Wortmeldungen getroffen werden, die heute die Praxis ergibt - nicht mehr und nicht weniger. Ich habe in all den Jahren zuvor kein einziges Wort von den Vertretern der Freiheitlichen Partei, die verhandelt haben, gehört, dass ihnen diese Formulierung missfallen hätte. Ganz im Gegenteil!

Mit Kollegen Tschirf teile ich erstens vieles von dem, was er gesagt hat. Ich teile mit ihm die Ansicht, dass wir heute eine Regierungsvorlage haben, die ich tatsächlich als einen Quantensprung in der Verfassung bezeichnen würde. Ich glaube, dass wir sehr stolz sein können auf dieses Produkt, das wir - und ich betone das jetzt bewusst - gemeinsam gemacht haben. Ich möchte, um die Befindlichkeit nicht zu stören, nicht persönlich werten, wer wen getrieben hat, wer stärker war und wer sich wo durchgesetzt hat. Ich mache das nicht.

Eines möchte ich aber schon vermerken. Ich hätte es sonst nicht gesagt und hatte es mir nicht vorgenommen, aber wenn Sie Herrn Dr Görg als den "Vater" dieser Verfassungsreform bezeichnen, muss ich es sagen. Ich habe kein einziges Mal einen Inhalt gehört, außer dass Kollege Görg hier gestanden ist und gesagt hat: Die Untersuchungsausschüsse werden kommen; was auch sei, sie werden kommen. - Ich sage dazu, er hat das so gesagt. *(Abg Dr Matthi-*

as Tschirf: Und hat es durchgesetzt!)

Aber Sie wissen ja, was für uns gilt, gilt auch für andere, Koalitionsvereinbarungen haben ihre Wertigkeit. Theoretisch könnten wir, wenn wir böse wären, sagen: Damals hat Dr Görg die Koalitionsvereinbarung nicht beachtet, wirklich nicht beachtet. *(Abg Dr Matthias Tschirf: Er hat überzeugt!)* Sonst wäre er den korrekten Weg gegangen, den wir normalerweise immer gehen. *(Abg Dr Wilfried Serles: Erst muss es Neuwahlen geben!)* - Das wollte ich nur sagen.

Nicht verstanden habe ich all die Beiträge, die zu StR Marboe und seinen Reformen gekommen sind. Die haben mit dieser Verfassung nichts zu tun.

Nächster Punkt: Ich kritisiere genauso wie Kollege Tschirf, dass wir das Gutachten von Univ Prof Mayer nicht kennen. Ich kann hier wirklich zusagen, es war für uns in den Gesprächen keine Entscheidungsgrundlage, ob Univ Prof Mayer Recht hat oder nicht. Wir hatten erst vorige Woche bei den Gesprächen darum gebeten, dass wir dieses Gutachten wenigstens einmal sehen.

Wer die Entwicklung unserer Debatte miterlebt hat, kann ohne Zweifel feststellen: Unendlich war die Geschichte nicht. Einen Druck der GRÜNEN haben wir auch nicht empfunden, sondern all die Entscheidungen, die wir getroffen haben, waren meines Erachtens - und ich versuche das hier wirklich so ehrlich wie nur möglich darzulegen - getragen davon, dass wir, weil wir ein ganz neues Gremium diskutiert haben - nämlich das Gremium von Untersuchungskommissionen im Gemeinderat -, sehr skeptisch waren, ob mit der Einrichtung eines derartigen Gremiums tatsächlich verfassungsrechtlich abgesichert werden kann, dass die dort agierenden Mitglieder dieses Hauses beziehungsweise die eingeladenen Zeugen nicht rechtliche Probleme hinsichtlich der Haftung bekommen könnten. Das war bis zum Schluss Inhalt unserer Debatte, und es zeigt sich auch hier in der Formulierung, dass sich sehr vieles verändert hat.

Ich möchte jetzt in dieser Replik auf vieles andere nicht mehr eingehen und nur noch versuchen, einige Dinge aus meiner vorbereiteten Rede - die ich jetzt nicht halten werde, damit es nicht zu lange dauert - unterzubringen.

Ich möchte die Gelegenheit hier benutzen, um - gleichfalls wie Kollege Tschirf - nicht nur unserem Klubvorsitzenden Hatzl, sondern auch dem Klubvorsitzenden der ÖVP meinen persönlichen Dank und, wie ich glaube, damit auch den Dank meiner Fraktion auszusprechen, und zwar deshalb, weil ohne das gute Gesprächsklima, das zwischen dem Klubvorsitzenden Hatzl und dem Klubvorsitzenden Prochaska existierte, vieles von dem, was heute zum Beschluss vorliegt, nicht möglich gewesen wäre. Ich bedauere es persönlich wirklich sehr, dass Klubobmann Prochaska heute krankheitsbedingt nicht anwesend ist, weil ich glaube, dass ein Gutteil von wichtiger Arbeit, die da geleistet wird oder wurde, nur gemeinsam hat

passieren können. Weil ich bei den meisten Gesprächen dabei war, weiß ich auch, wie konstruktiv diese Gesprächsebene war. Dafür möchte ich mich bei beiden Chefverhandlern auch hier herzlich bedanken. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Ich möchte aber auch nicht vergessen - weil jemand, der das nicht miterlebt hat, sich auch keine Meinung darüber bilden kann -, dass wir hier jene Mitarbeiter der Magistratsdirektion namentlich erwähnen sollen. Dazu fallen mir drei wichtige Persönlichkeiten ein, die ich wirklich aus tiefster Überzeugung nennen möchte.

Ich möchte ganz besonders herzlich danken für die enorme Zeit, die dafür aufgewendet wurde, aber auch für die enorme fachliche Unterstützung, der wir zuteil wurden, Frau Dr Bachofner, die uns von Beginn an rechtlich betreut und beraten hat und schlussendlich auch zu der Formulierung dieser Gesetzesvorlage ihren wichtigen Beitrag geleistet hat.

Sie hat diese Arbeit zu Beginn gemeinsam mit ihrem damaligen Vorgesetzten gemacht, dem viel zu früh aus dem Leben gerissenen Bereichsdirektor Dr Ponzer, dem man posthum nur Dank sagen kann. Ich kann mich persönlich noch gut erinnern, wie er sich, als wenige Tage vor unserer 80-Jahre-Festveranstaltung Publikationen öffentlich dargestellt wurden, schon darauf freute, dass eine der nächsten Publikationen auch dieses wichtige Thema der Geschäftsordnung und der Verfassungsänderung zusätzlich inkludieren wird.

Herzlich danken möchte ich auch Herrn Dr Moritz, ebenfalls aus der Magistratsdirektion, der vieles zu dem beigetragen hat, was wir heute zum Beschluss erheben werden.

Ich glaube, dass uns dies sehr stark von Diskussionen unterscheidet, die auf anderer Ebene, auf Bundesebene, geführt werden, ebenfalls um eine Verfassungsänderung herbeizuführen, nämlich zum Beispiel: Schaffen wir einmal Landtage ab, schaffen wir Regional-Landtage, reduzieren wir die Anzahl von Landtagsabgeordneten! Ich bin sehr froh darüber, dass dieses Thema nicht ein Thema bei uns wurde. Ich bedauere es sehr, dass man so etwas aufgesetzt macht, nur um vielleicht den einen oder anderen medialen Niederschlag zu finden. *(Abg Dr Wilfried Serles: Wollen Sie ein Diskussionsverbot erlassen?)* Nein, ich will das damit nicht erlassen, sondern ich würde gerne die Debatte dort führen, wo sie hingehört und wo die Betroffenen auch mitreden können. Das hat es geheißen, sonst soll man nichts hineininterpretieren. Wer mich kennt, weiß, dass ich das nicht tue.

Ich habe den Eindruck - da nehme ich diesen Zwischenruf einfach einmal als solchen auf - und habe am Anfang ja dargestellt, welches "große" Engagement die Freiheitliche Partei hat. Ich sage auch dazu, ich habe den Eindruck, das Engagement war deshalb so gering, weil die Freiheitliche Partei null Interesse hatte, dass kleinere Parteien nicht mehr von einer

anderen Oppositionspartei abhängig sind. *(Abg Kurth-Bodo Blind: Wer Sie kennt ...!)* Das haben wir in dieser Verfassung festgeschrieben, und vielleicht war das Engagement aus diesem Grund sehr gering. Das könnte sein, aber was soll es, ich will es auch nicht quantifizieren. Ich habe die Freiheitliche Partei in meinem Bild festgeschrieben, das lässt sich so dokumentieren. Jetzt kann man eben "demokratiefeindlich" noch dazugeben, wenn man will, aber menschenverachtend sind Sie. *(Abg Dr Wilfried Serles: ... unpassend!)*

Ich persönlich habe auch überhaupt nicht verstanden, Kollege Serles, dass man dieses Wochenende eine Großveranstaltung macht. Diese Großveranstaltung wird draußen von fast so vielen Menschen geschützt, wie Menschen drinnen sind. Das heißt, die Polizei muss dort einen Kordon aufziehen. *(Abg Dr Wilfried Serles: Wollen Sie Großveranstaltungen verbieten?)* Es gibt keine andere demokratisch gewählte Partei in diesem Haus, die eine Veranstaltung durchführt und so viel Schutz von außen braucht. *(Abg Dr Wilfried Serles: Wollen Sie die Versammlungsfreiheit verbieten? - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Da wird es doch irgendwo Ursachen geben, dass das so ist! Ich nehme das einmal so hin. *(Abg Dr Wilfried Serles: Wollen Sie die Versammlungsfreiheit einschränken? - Abg Kurth-Bodo Blind: Sozialistische Jugend ...!)* Aber wenn ich dann noch höre, was bei dieser ... *(Abg Kurth-Bodo Blind: Sozialistische Jugend! Euer Gesindel draußen, das verummmt!)* Würde Kurth-Bodo Blind und nicht ein anderer ...

Präsidentin Erika Stubenvoll *(unterbrechend)*: Herr Abg Blind! Würden Sie sich bitte ein bisschen zurückhalten! *(Abg Kurth-Bodo Blind: Verummmt sind sie draußen gestanden!)*

Abg Godwin Schuster *(fortsetzend)*: Kollege Blind! Diese Begriffe, die Sie jetzt verwenden, sind Begriffe, die wir aus Übermittlungen gehört haben, aus den Medien, die genau in dieser durch Polizei 100-prozentig abgesicherten Halle gefallen sind. Mir tut es wirklich weh, mir tut es innerlich weh, dass Derartiges derart weitergezogen wird *(Abg Kurth-Bodo Blind: Wer hat dort ...?)*, dass dort - jetzt sage ich einmal dazu, und zwar im Begriffe des Wortes - das einfache Mitglied, ich lege den Begriff jetzt bewusst auf "einfach", hinausgeht und vom "Mob" redet - Sie sagen "Gesindel" -, wenn das einfache Mitglied dort hinausgeht und dem Regierungspartner auf Bundesebene zum Beispiel sagt, die ÖVP muss anständig werden. *(Abg Kurth-Bodo Blind: Warum verummten sich eigentlich Demonstranten?)*

Die ÖVP, der Regierungspartner - es würde uns nie im Leben einfallen, dass wir Derartiges sagen *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* -, muss anständig werden. Wegen des Proporz muss sie anständig werden, diese ÖVP. Da denke ich mir: Super, was in dieser Regierung passiert, und toll, welche Aussprüche hier gekommen sind!

Ich möchte es diesem Haus jetzt wirklich ersparen

- wir sind nämlich bei der Verfassung -, die Aussprüche zu hören, die von dieser tollen, herausgezauberten Persönlichkeit, der Spitzenkandidatin in Wien, gekommen sind. Ich möchte dem Haus das ersparen, wir werden noch Gelegenheit haben, uns darüber zu unterhalten. *(Abg Kurth-Bodo Blind: War die Sozialistische Jugend dort oder war sie nicht dort?)*

Aber eines hat es mir gezeigt: Diese FPÖ wirft der ÖVP Proporz in der Vergabe von Dienstposten vor. Ich selbst bin als Aufsichtsrat in Institutionen tätig, in denen, als wahrscheinlich noch nicht einmal das Regierungspapier unterschrieben war oder die Unterschrift noch feucht war, plötzlich ausgewechselt wurde, in denen Ministersekretäre Aufsichtsräte wurden - total aus fachlichen Erwägungen; nur habe ich diese Personen noch nie gesehen, weil sie nur die Funktion besetzen. Das ist eben so, die FPÖ ist ein Proporz-Mensch durch und durch und besetzt alles. *(Abg Dr Wilfried Serles: Was hat das mit der Verfassung zu tun?)* Das hat mit der Verfassung nichts zu tun, Kollege Serles. Aber mit Ihrem Zwischenruf, den Sie gemacht haben, hat das etwas zu tun. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg Dr Wilfried Serles: Sind Sie in dem Ausschuss gegessen?)*

Wissen Sie, ich sehe die Verfassung als das wichtige Gerüst, das wir in unserer politischen Arbeit brauchen. Deswegen möchte ich hier doch einen Satz dieser tollen Spitzenkandidatin der FPÖ erwähnen, auf die man so lange gewartet hat. Die Bevölkerung hat interessiert zuhören müssen, wer denn da erfunden wird. Sie hat sich Tag und Nacht gewehrt, dass sie es nicht werden muss.

Wissen Sie, was mich auch gestört hat? - Wie kommt man auf die Idee, dass die SPÖ - irgendwann nur - Druck auf politisch Andersdenkende ausgeübt hat? *(Abg Dr Wilfried Serles: 55 Jahre! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Wie kommt man nur auf die Idee - wenn ich an Kärnten denke, an den Sturm auf den ORF, wenn ich daran denke, was Herr Westenthaler im ORF aufführt, wenn ich daran denke, wie Journalisten von der Freiheitlichen Partei unter Druck gesetzt werden, wie Richter, wie Beamte unter Druck gesetzt wurden und so weiter. *(Abg Barbara Schöfnagel: Also so naiv können Sie nicht sein, wie Sie jetzt tun!)*

Ich denke da in Bezug auf mich persönlich, was manche Beamte miterleben mussten, nur weil jemand die Spintisierer-Idee hatte, mich für etwas anklagen zu müssen, was ich nie gemacht hatte. Dann werden Beamte zig- und scharenweise vorgeführt und einvernommen. Ich weiß bis heute nicht, was wirklich der Inhalt war. *(Abg Barbara Schöfnagel: Ein bisschen sollten Sie das Gesicht noch wahren!)* Das alles ist wahr, was ich sage.

Dann spricht man: Sollte eine rot-grüne Regierung kommen, dann wird Druck auf politisch Andersdenkende ausgeübt werden. *(Abg Barbara Schöfnagel: So naiv können Sie nicht sein!)* Es ist lächerlich und naiv, was hier gesagt wird, aber so ist wahrscheinlich

großgeistig die Spitzenkandidatin insgesamt. Und daher ... (*Abg Kurth-Bodo Blind: Außer Schimpfen können Sie nichts?*) Ich habe nicht geschimpft, ich habe zitiert. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

Ich möchte daher, ohne es wiederholen zu müssen, darauf hinweisen - Kollege Chorherr hat darauf hingewiesen, Kollege Tschirf hat darauf hingewiesen -, dass wichtige Bestandteile dieser Verfassungsänderung darin liegen, dass wir Gremien für alle Parteien öffnen, die auch in Ausschüssen tätig sind - ich sage auch dazu: weil es selbstverständlich ist -, dass wir hier vorsehen, dass zum Beispiel im Immunitätskollegium, zum Beispiel in einem Ständigen Ausschuss, zum Beispiel in der Disziplinarkommission und anderen mehr ganz einfach alle Parteien vertreten sind. Ich bin sehr froh darüber, dass das so passiert, nämlich dass wir die Zahl der Mitglieder in diesen Gremien von 9 auf 15 angehoben haben.

Ich persönlich glaube auch, dass diese Korrektur, die wir durchgeführt haben - dass Klubs, so klein sie auch noch immer sein mögen, nicht Bittsteller bei anderen Klubs sein müssen, um ihren Inhalt vortragen zu können -, etwas ist, was tatsächlich zu dem zählt, was ich als einen Quantensprung in der Demokratie bezeichne. Ich persönlich glaube weiters - und möchte darauf nur hinweisen, weil es Kollege Chorherr hervorgestrichen hat -, dass das Rotationsprinzip beim Kontrollausschuss etwas ist, was richtig und wichtig ist.

Ich möchte aber schon vermerken, dass wir von dieser heutigen Möglichkeit, dass die stimmenstärkste Partei den Vorsitz stellt, nie Gebrauch gemacht haben, sondern dass immer andere diesen Vorsitz geführt haben. Wir haben das nur festgeschrieben, und wir haben - das haben zum Beispiel die GRÜNEN von uns bei der Korrektur verlangt - auch festgeschrieben: Sollte es nur eine Oppositionspartei geben, dann stellt diese eine Oppositionspartei schlussendlich den Vorsitzenden im Kontrollausschuss.

Auf die Untersuchungskommission und -ausschüsse brauche ich im Detail nicht mehr einzugehen - dazu ist schon sehr viel gesagt worden -, obwohl das der Kern dieser Gesamtthematik ist. Ich habe schon in den Repliken darauf hingewiesen.

Dass die Sitzungen grundsätzlich öffentlich sind - das möchte ich jetzt noch herausstreichen -, hat den Grund unter anderem auch darin, dass wir mit dieser Öffentlichkeit sicherstellen wollen, dass die Haftung für in diesen Gremien tätige Politiker eine rechtlich abgesicherte ist. Wir haben bis zuletzt darüber diskutiert, dass hier nicht ein Zustand der Rechtsunsicherheit passieren sollte. Dass die Amtsverschwiegenheit auch für Mitarbeiter dieses Hauses besonders geregelt ist, war Gegenstand einer sehr langen Debatte. Das ist aber schlussendlich rechtlich korrekt formuliert worden und auch das *Procedere* ist korrekt fixiert.

Auf die Anträge beim Kontrollamt und beim Rech-

nungshof wurde ebenfalls schon hingewiesen, ebenso auf Novellen innerhalb der Bezirksvertretung.

Ich möchte zum Abschluss auf einen Punkt im Besonderen hinweisen, bevor ich den Abänderungsantrag einbringe, nämlich auf etwas, was auch in der Debatte - ich sage das korrekterweise dazu - mit den GRÜNEN, aber im Besonderen in einer Debatte mit der ÖVP ihren Niederschlag gefunden hat: Was tun wir mit Behinderten, beziehungsweise - ein anderes Thema - was tun wir mit Obdachlosen?

Beide Änderungen haben wir in dem Sinne, wie das die GRÜNEN mit uns diskutiert haben beziehungsweise wie wir es mit der ÖVP diskutiert haben, auch eingebracht, einen Teil Kollege KARL und ich im Ausschuss - eigentlich ist alles im Ausschuss erledigt worden -, insofern, als wir hier vorsehen, dass Obdachlose künftig nicht wegen ihrer Obdachlosigkeit vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Wir haben auch genau das *Procedere* festgelegt, dass sie dort, wo sie vorher ihren Hauptwohnsitz hatten, auch künftighin ihre Wahlberechtigung verlangen und sich eintragen lassen können.

Das Zweite steht im Zusammenhang mit der Erreichbarkeit von Wahllokalen. Ich sage ehrlicherweise dazu, das ist ein großes Steckenpferd vom Mag KARL, der ursächlich etwas verlangt hat, was wir im Gesetz nicht niederschreiben konnten, nämlich dass ein gewisser Prozentsatz von Wahllokalen barrierefrei zugänglich ist. Das hat er auch eingesehen. Wir haben nun eine Formulierung, die lautet, dass mindestens ein barrierefreies Lokal pro Bezirk und weitere entsprechend den technischen Möglichkeiten vorzusehen sind.

Ich sage das auch deshalb in meinem Debattenbeitrag, weil ich weiß, dass Behindertenorganisationen mit dieser Formulierung wahrscheinlich nicht ganz zufrieden sind. Ich möchte aber trotzdem darauf hinweisen, dass wir für diese Forderungen der Behindertenorganisationen größtes Verständnis haben. Nur wollten wir nicht riskieren, dass wir wegen eines festgeschriebenen Prozentsatzes von behindertengerecht zugänglichen Wahllokalen die Anzahl der Wahllokale in Wien insgesamt hätten reduzieren sollen. Das war unsere Motivation. Ich bin aber überzeugt davon, dass wir uns alle bemühen werden, hier entsprechend eine Verbesserung des tatsächlichen Zustands zu erreichen.

Gleichzeitig haben wir auch eine Regelung durchgeführt, die die Form von Begleitung in der Wahlzelle rechtlich genau absichert.

Damit komme ich zum Schluss. Ich möchte, wie mit den GRÜNEN und der ÖVP vereinbart, einen Abänderungsantrag einbringen, der sich im Großen und Ganzen mit der Regelung für Sondersitzungen, mit der Rotation im Kontrollausschuss und zusätzlich mit der Debatte im Fall der Mitteilung, dass Untersuchungsausschüsse oder Kommissionen eingesetzt wurden, auseinander setzt und dies sehr korrekt und genau regelt.



Ich möchte mich herzlich bedanken, auch bei all jenen, die sich sehr intensiv in die Diskussion eingebracht haben. Ich hoffe, dass wir, so wie im Ausschuss jetzt auch um die grüne Partei bereichert, hier für diese Änderung der Verfassung die entsprechende, in Teilbereichen notwendige Zweidrittelmehrheit bekommen. Ich danke herzlich dafür. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Erika Stubenvoll: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Serles zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wilfried Serles *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn heute in diesem Haus die Einrichtung von Untersuchungskommissionen und Untersuchungsausschüssen sowie die Möglichkeit, Prüfanträge an das Kontrollamt und an den Rechnungshof in Form von qualifizierten Minderheiten zu stellen, beschlossen wird, so handelt es sich dabei zweifellos um einen Fortschritt - um einen Fortschritt, der allerdings schon längst, genau genommen seit Jahrzehnten, fällig war und der Wien von der Steinzeit der Demokratie in die Normalität der anderen acht Bundesländer bringt. Um nicht mehr und auch nicht weniger handelt es sich dabei.

Wir können auch mit Genugtuung feststellen, dass das jahrelange Rückzugsgefecht, das die SPÖ in diesen Fragen geliefert hat, heute ein vorläufiges Ende findet. Ich kann mit Genugtuung feststellen, dass einer der Hauptexponenten dieses Rückzugsgefechts, der Klubobmann der SPÖ, Herr Kollege Hatzl, heute hier persönlich eine Niederlage erleiden muss, weil er gegen all das, was heute hier beschlossen wird, unzählige Male in der Öffentlichkeit aufgetreten ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich halte es aber in einem hohen Maße für bedenklich und bedauere es sehr, dass diese Entwicklung zur Normalität in Wien mit einer Rückentwicklung in die Steinzeit verbunden sein wird, weil in der noch vorzulegenden Novelle zur Gesetzordnung dieses Gemeinderats Beschränkungen der Redezeit für Mandatäre dieses Hauses enthalten sein werden. *(Abg Godwin Schuster: Sind die im Parlament schon verändert?)* Lassen Sie mich dazu in aller Deutlichkeit feststellen: Diesem unsittlichen Tauschgeschäft werden wir nicht zustimmen! Es kann nicht sein, dass das wesentlichste demokratische Recht von Mandatären in diesem Haus - und ich sage Ihnen ganz offen, ich bin hier ein demokratiepolitischer Fundamentalist - durch Bestimmungen in der Geschäftsordnung eingeschränkt werden soll.

Wenn am Ende einer 55-jährigen Machtausübung der SPÖ in dieser Stadt und am Vorabend einer grünen Regierungsbeteiligung das elementarste Recht in dieser Stadt, in diesem Gemeinderat, nämlich das Recht auf freie Rede, eingeschränkt wird, dann gute Nacht Wien, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich bin auch bestürzt darüber, in welcher Art und Weise dieser Beschluss im Landtag zustande kommt. Seit Jahren wurde über die Einführung von Minderheitsrechten diskutiert, seit Jahren wurde die Einführung von Untersuchungskommissionen und Untersuchungsausschüssen verlangt und auch von uns mehrfach gefordert. Mehrfach wurden diese Dinge vom Herrn Bürgermeister und vom Herrn Vizebürgermeister zugesagt, mehrfach wurden zugesagte Termine nicht eingehalten.

Heute, am Ende dieser Wahlperiode, sozusagen fünf vor zwölf, wird uns hier nach hektischen Beratungen zwischen der SPÖ und der ÖVP ein Antrag vorgelegt, den wir gestern in Form eines Abänderungsantrags um 20.04 Uhr noch einmal erhalten haben. Das soll heute hier beschlossen werden.

Meine Damen und Herren! Jeder andere Landtag hätte zu diesem wichtigen Thema zweifellos - da kann ich Kollegen GÜNTHER nur beipflichten - einen Unterausschuss eingesetzt. Jeder andere Landtag hätte in einem ordentlichen parlamentarischen Verfahren - das ist das Verfahren in Ausschüssen und in Unterausschüssen - jede Fraktion hier in diesem Haus bei diesen wichtigen Änderungen eingebunden. Es geht um wichtige demokratiepolitische Fragen.

Jeder andere Landtag hätte möglicherweise auch Parteiengespräche geführt. Aber Parteiengespräche sind wohl nur dann notwendig, wenn es im Unterausschuss sozusagen stockt, wenn das ordentliche parlamentarische Verfahren stockt und Parteiengespräche hier Abhilfe schaffen können, nicht jedoch als Grundsatz für Gespräche zwischen den Fraktionen. Daher hätten bestimmte Regelungen in diesem Entwurf, wenn sie mit unserer Mitwirkung zustande gekommen wären, wohl auch ganz anders ausgesehen.

Meine Damen und Herren! Ich bin aus dem Stauen nicht herausgekommen, als ich die Neubestimmung des § 59 c der Wiener Stadtverfassung gelesen habe, die die Bestellung des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter dieser Untersuchungskommissionen und auch der Untersuchungsausschüsse regelt. Ich habe hier entnommen, dass der Vorsitzende - und sein Stellvertreter - rechtskundig sein muss, der Untersuchungskommission beziehungsweise dem -ausschuss nicht angehören darf und durch Los bestellt wird, durch Los aus einer Liste von drei Richtern, von drei in Wien ansässigen Rechtsanwälten und von drei in Wien ansässigen Notaren. *(Abg Godwin Schuster: Ihre Spitzenkandidatin ist nicht bereit, den Vorsitz zurückzulegen!)*

Nichts anderes dokumentiert wohl deutlicher, wie wenig sich Mandatäre dieses Hauses zutrauen. Wie weit ist es um das Selbstvertrauen von Abgeordneten bestellt, wenn sie den Vorsitz an einen Notar delegieren wollen? Wie groß ist die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, wenn diese politische Verantwortung an nicht gewählte Notare, Rechtsanwälte oder Richter überantwortet werden soll? *(Abg God-*



*win Schuster: Das wird politisch besetzt, ja?)* Wie groß ist das Vertrauen zu den eigenen juristischen Fähigkeiten, wenn man sich nicht einmal mehr zutraut, unter Anleitung und unter Unterstützung - denn das ist vorgesehen - der Magistratsdirektion hier ein ordentliches Verfahren nach den Grundsätzen des AVG zu führen? - Da werden doch demokratische Rechte preisgegeben, die von einem beispiellosen Verfall der demokratischen Kultur in dieser Republik und in Wien Zeugnis ablegen!

Ich gestehe ganz offen, dass ich den Modus der Bestellung des Kontrollausschussvorsitzenden nicht wirklich als Fortschritt begrüßen kann. Ich halte es - damit wir uns nicht missverstehen - für einen Fortschritt, dass das, was bisher der Gepflogenheit entsprochen hat, nämlich dass eine Partei, die hier die Verantwortung in Form von amtsführenden Stadträten und in Form einer Regierungsbeteiligung trägt, nicht gleichzeitig den Vorsitzenden des Kontrollausschusses stellt. Diese Zurückhaltung, die die SPÖ geübt hat, ist eigentlich eine demokratiepolitische Selbstverständlichkeit. Ich begrüße es daher prinzipiell, dass diese demokratiepolitische Selbstverständlichkeit auch in der Wiener Verfassung niedergeschrieben wird. *(Abg Godwin Schuster: Und im Parlament nicht? Sagen Sie der Frau Partik-Pablé, sie soll den Vorsitz aufgeben! Sagen Sie es ihr!)*

Was ist aber wirklich der Vorteil eines Rotationsprinzips zwischen den Oppositionsparteien? *(Abg Godwin Schuster: Das kann man nicht machen! Wo ist der Vorschlag, dass Frau Partik-Pablé den Vorsitz aufgeben soll?)* Dahinter steckt doch nur die Angst der Regierenden, dass sich eine Oppositionspartei über den Vorsitz im Kontrollausschuss zur Kontrollpartei profilieren könnte. Das ist die einzige Überlegung, die hinter dieser Rotationsklausel steckt. *(Abg Godwin Schuster: ... auf Bundesebene anders?)* Um wie viel selbstverständlicher wäre es, wenn man der stärksten Oppositionspartei dieses Recht zukommen ließe und hier festschreiben würde, dass die stärkste Oppositionspartei den Vorsitzenden im Kontrollausschuss stellt! *(Abg Dipl Ing Rudolf Schicker: Machen Sie das im Parlament auch?)* Ich kann an der derzeitigen Regelung keinerlei Vorteile erkennen.

Bezeichnend ist auch, dass alle diese Regelungen, die teilweise zu begrüßen sind, am Ende einer Wahlperiode umgesetzt werden. Sie haben sich damit die letzten fünf Jahre hindurch Peinlichkeiten erspart, Sie haben sich damit jede Menge politischen Sprengstoff erspart, und Sie haben damit sozusagen in den letzten Jahren ganz gut und ganz komfortabel gelebt.

Wir werden uns gut ansehen, wie sich beispielsweise Ihr neuer Regierungspartner zur Frage der Einsetzung einer Untersuchungskommission im Baukartell verhalten wird. Diese und andere Fragen werden uns in der nächsten Wahlperiode beschäftigen. Wir werden uns das genau ansehen und beobachten.

So gesehen, markiert dieser heutige Beschluss des Landtags letztlich einen Schritt zur demokratiepoliti-

schen Normalisierung in Teilbereichen in dieser Stadt - schade, dass er gepaart sein wird mit der Einschränkung des Rechts auf Redefreiheit in diesem Landtag! *(Abg Godwin Schuster: Das ist das Einzige, wogegen Sie sind?)* Damit wird letztlich der Demokratie nicht genützt, das schadet der Demokratie. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger **Stix**: Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich kann es kurz machen. Wenn ich in die Runde schaue, sehe ich, die Reihen sind gefüllt beziehungsweise alle sind in den Startlöchern. Ich glaube, man braucht da keine taktischen Spielchen zu spielen. Ich konzentriere mich daher auf die entscheidenden Argumente.

Ist das Glas voll, ist das Glas leer, ist es halb voll, ist es halb leer? - Meine Damen und Herren, ich habe nichts zu verbergen. Als gläubiger Ordoliberaler seit 1867 und als guter alter Freiheitlicher der Broesigke- und der Hirnschall-FPÖ erinnere ich mich daran, dass man als Bürgerlich-Liberaler eine Kontrollfunktion hat. Gerade unser verehrter Altpräsident Erwin Hirnschall, der durch die Kabas-Ära leider Gottes ein bisschen in Vergessenheit geraten ist - aber das ist eine andere Diskussion -, hat hier klare Standards gesetzt, klassische ordoliberale Standards, Standards, die in allen liberalen Parteien, allen bürgerlich-liberalen Parteien der Welt - bei uns, von der FDP bis hin zu den Schweizer Freisinnigen - selbstverständlich sind.

Kollege Serles hat vieles gesagt, was richtig ist. *(Abg Brigitte Schwarz-Klement: Es ist alles richtig, was er gesagt hat!)* Ich selber würde mich freuen, wenn sich Kollege Serles auch in der FPÖ diesbezüglich durchsetzen würde. Ich will jetzt nicht nur den Knebelungsvertrag, der ein Furz ist, und ein Furz, der nicht Nebel ist, in Erinnerung rufen, in der Hoffnung, dass du dich jetzt durchsetzt - wenigstens bei den Wahlen gibt es jetzt mit einer neuen Führung eine neue Möglichkeit -, sondern dich auch durchsetzt mit den Kritikpunkten, die du gesagt hast. Jeder Kritikpunkt stimmt, aber wenn man gleichzeitig gemeinsam mit den Grün-Alternativen - "man" gemeinsam mit den Grün-Alternativen, nämlich Jörg Haider gemeinsam mit den Grün-Alternativen - das Wahlalter auf 16 senkt - ich nehme an, das passive Wahlalter wird auch gesenkt -, kommt man genau in das Problem der Sachwalterung.

Natürlich hat Kollege Serles Recht, dass es schon ein bemerkenswertes Selbstverständnis von Mandatarinnen und Mandataren dieses Hauses ist, ihre Verantwortung an Notare, Richter oder wen auch immer zu delegieren. Da hast du völlig Recht. Aber wenn ich dann 16-jährige Mandatare hier drinnen sitzen habe, wenn sich Jörg Haider und die Grün-Alternativen durchsetzen, dann habe ich von vornherein Mandatare, die nur beschränkt geschäftsfähig sind - im un-

technischen Begriff -, aber auf jeden Fall nur beschränkt verfolgbar sind, weil das Jugendstrafrecht gilt, meine Damen und Herren!

Diese und ähnliche Ungereimtheiten sollten uns für den Rest der Legislaturperiode, also bis Oktober, vielleicht noch eine Nachbesserung überlegen lassen. Sollten wir bis Oktober nicht durchkommen, dann würde ich bitten, dass wir es in der nächsten Legislaturperiode machen. Wie gesagt, die Argumente sind auf dem Tisch.

Mir persönlich fehlt vor allem eine etwas umfangreichere Enquetekommission, eine Enquete-Möglichkeit. Mir fehlt vor allem auch die Möglichkeit - und mir wäre es am liebsten, wenn es ein verpflichtendes Verfahren wäre -, dass Amtsträger, vor allem exekutive Amtsträger, sich einem öffentlichen Hearing stellen. Meine Damen und Herren, denken Sie vielleicht noch einmal kurz darüber nach! Das gilt für alle, für Oppositionsparteien und für Regierungsparteien. Sie selbst ersparen sich unendlich viel! Wir alle sind politische Profis, ich kenne innerparteilichen Druck, da kann es dann sein, dass irgendwelche Parteisekretariate jemand hineinpressen.

Stellen Sie sich vor, Sie haben ein öffentliches Hearing, die entsprechende Dame und der entsprechende Herr muss sich einem öffentlichen Hearing stellen und wird rechtzeitig als Idiotin oder als Idiot entlarvt. Sie sparen sich die Peinlichkeit, diese dann als Ministerin, Minister, Stadtrat, Gemeinderatsvorsitzenden oder weiß der Teufel was bestellen zu müssen. Also nicht nur aus guten ordoliberalen Gründen, sondern auch aus ganz gewöhnlichen, pragmatischen, parteipolitischen Überlegungen sollte man sich doch damit beschäftigen, ob man so einen Filter akzeptiert.

Dieses als Beispiel für viele andere Elemente ... Bitte? (*Abg Heinz Hufnagl: Ein Überforderungssyndrom erkennen!*) Zum Beispiel, meine Damen und Herren! Das Überforderungssyndrom ist ja etwas, vor dem wir nicht gefeit sind.

Meine Damen und Herren! Es sind seit zwei Jahren Studien auf dem Markt, die bis heute unwiderlegt sind und die ein bisschen unter dem Begriff "Dummheitsfalle" diskutiert werden. Die Psychologen Dunn und Brandstat haben unter lebenswürdigen, netten kalifornischen Studentinnen und Studenten Tests gemacht, und zwar Intelligenztests und Bewertungstests, beispielsweise gute und schlechte Witze. Dann mussten die Studentinnen und Studenten sich selbst bewerten.

Jetzt kommt es, meine Damen und Herren! Sie alle kennen das aus dem politischen Alltag, natürlich nicht aus Ihrer jeweiligen eigenen Fraktion, sondern nur aus den Medien, aber Sie kennen es aus dem politischen Alltag. Bei diesen Tests ist herausgekommen, dass diejenigen, die am schlechtesten abgeschnitten haben, sich selbst am höchsten eingeschätzt haben. Undenkbar bei uns, ganz klar, Anwesende immer ausgenommen; das passiert selbstver-

ständig auch mir nie! Aber es ist tatsächlich so: Das schlechteste Viertel hat sich um ein Drittel überschätzt und lediglich ein Viertel der Getesteten hat sich leicht unterschätzt.

Das gilt übrigens nicht nur für Studentinnen und Studenten, meine Damen und Herren. Eine Parallelumfrage bei den Hochschullehrern hat ergeben, dass bei der Frage "Wie schätzen Sie sich im Schnitt zu den anderen Hochschullehrern ein?" selbstverständlich 95 Prozent der Meinung waren, dass sie besser als der Durchschnitt sind. Verständlich, das geht jedem von uns so, zumindest bis er an die Realität gerät, bis er in eine exekutive Funktion kommt, in der er dann plötzlich nackt dasteht und draufkommt, dass er keine Ahnung von Sozialpolitik hat, dass er keine Ahnung von Finanzpolitik und ich weiß nicht, was sonst noch, hat. Es ist auch völlig Wurscht, wir können im Prinzip alle Politikfälle durchgehen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie es mir nicht glauben, glauben Sie es diesen wissenschaftlich-empirischen Tests. Probieren wir, einen Filter einzubauen! Ein öffentliches Hearing rettet uns vor dem Druck eigener - nun, sagen wir - sich leicht überschätzender Parteifreundinnen und Parteifreunde. Es hilft wahrscheinlich der Stadt Wien sehr viel Geld sparen, es hilft dem einen oder anderen, der gerne Ministerin oder Minister oder Stadtrat geworden wäre, sich selbst ein halbes Jahr später demontieren lassen zu müssen, weil er eben vor seiner Unfähigkeit, vor den Scherben seiner Unfähigkeit steht. Ergänzen Sie beim jetzigen Anlass die Stadtverfassung um das Element dieses Filters!

Im Übrigen ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Ich sehe daher keinen Grund, nicht zuzustimmen, gebe aber zu, Sie würden mir einen großen Gefallen machen, wenn wir für den Rest der Legislaturperiode, also das halbe Jahr nützend, noch die restlichen Elemente ergänzen und einbauen würden. - Danke. (*Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Als nächster Redner ist Herr Abg Hatzl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats*): Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Dem vorletzten Debattenbeitrag habe ich einige Anregungen entnommen, zu denen man ganz kurz eine Bemerkung treffen sollte. Ich gebe zu, mein Mitgefühl mit diesem Teilbereich des Hauses hält sich in Grenzen, was die nahe Zukunft betrifft. (*Abg Heinz Hufnagl: Schlüssel's Schatten liegt über der FPÖ!*) Ich weiß natürlich, dass es unangenehm ist, wenn man täglich in den Zeitungen liest, dass zumindest zwischen acht und zehn abhanden kommen werden und dass es innerparteilich ein Problem ist, wer übrig bleibt und wer weg ist. (*StR Johann Herzog: Abwarten und Tee trinken, Hatzl!*) Das macht natürlich ganz extreme Bereiche.

Wenn es nach qualitativen Prinzipien geht, Herr

Blind, weiß ich: Sie finden wir nicht mehr, das ist dann in diesem Bereich wahrscheinlich ganz klar geklärt, und Sie möglicherweise auch nicht mehr, Herr Kreißl. Aber da sind vielleicht noch andere Entscheidungsgründe maßgeblich. Das sollte dann zumindest Herr ... *(Abg Heinz Hufnagl: Das kommt von höher oben! - Zwischenruf des Abg Kurth-Bodo Blind.)* Mein Mitgefühl hält sich in Grenzen. Die einzige Sorge habe ich - und das gebe ich zu - bei Kollegen Serles. Wer wird in Zukunft derjenige sein, der die heißen FP-Rede-Erdäpfel tragen wird, wenn es schon ganz schrecklich für die Partei aussieht? Der sich dann herausstellen wird, um zu versuchen, in diesem Bereich noch etwas als Politik zu verkaufen, was längst gescheitert ist?

Aber ich weiß natürlich auch, dass es Ihnen zur Stunde nicht leicht gemacht wird. Sie haben eine Parteivorsitzende, der es wahrscheinlich am liebsten wäre, wenn es jetzt keine Wiener Wahl gäbe. Sie haben einen Parlaments-Klubobmann, von dem jeder weiß, dass er am liebsten Wiener Parteibobmann wäre, aber erst nach dem 25. März, und vorher nicht belastet wird. *(Abg Dr Wilfried Serles: Wo ist denn der Zusammenhang mit der Verfassung?)* Sie haben ein einfaches Mitglied im Süden Österreichs, das vielen von Ihnen wahrscheinlich zu wenig deutlich seine Meinung ausdrückt, weil man gewohnt war, sich immer nach seinen Lippen zu orientieren, damit man ja die richtige politische Haltung einnimmt.

Sie haben einen Landesparteiobmann, der nach dem 25. vermutlich zum innerparteilichen Untergang verurteilt ist, und Sie haben eine Spitzenkandidatin, bei der Sie selbst das Gefühl haben, dass sie bei der Angelobung nach dem 25. März im Haus gar nicht antreten wird, weil sie ihre Aufgabe nicht übernehmen wird. Ich verstehe daher die Problematik der FPÖ. *(Zwischenruf des Abg Kurth-Bodo Blind.)*

Man muss in diesem Bereich dann natürlich versuchen, etwas vorzunehmen und zu behaupten, was ganz einfach nicht zutrifft. Daher möchte ich das eine gleich aufklären. *(Abg Kurth-Bodo Blind: Westenthaler wird Ihnen den Marsch blasen, Herr Kollege! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Natürlich, ich habe ja schon beim letzten Mal mit großer Freude eine Wahlbewegung gehabt, und da habe ich - nur weil Sie Westenthaler sagen - in Simmering den Abstand zwischen mir und Westenthaler gesehen. Ich weiß, dass der, nachdem man ihn besser kennt, zu meinen Gunsten noch viel größer wird. Das ist ja etwas Beruhigendes. Aber ich mag es noch nicht ganz still und ganz ruhig. *(Abg Kurth-Bodo Blind: Sie haben einen Kindertraum heute!)*

Ich sage das in diesem Zusammenhang noch einmal relativ einfach. Natürlich, die Gespräche hat es gegeben, und es wird am Schluss - nur weil das jetzt so in den Raum gestellt wird - sicherlich nicht mehr eines Untersuchungsausschusses bedürfen. Ich will das hier auch ganz einfach sagen. Wenn man so lange miteinander redet - und das ist im Detail extrem

durchgesprochen worden -, dann weiß man, wie das ist, und dann bedarf es dieser Wiederholungszeremonie nicht. Selten sind Verfassungsbestimmungen solange verhandelt worden, wie es in diesem Zusammenhang dieses Mal der Fall war, nämlich über einige Jahre.

Ich bin daher sehr erstaunt gewesen und wundere mich darüber, dass Kollege Serles dann meint, die heutigen Entscheidungen wären eine Abstimmungsniederlage für mich. Dann frage ich mich aber, warum mir die FPÖ da plötzlich helfen will und gegen etwas stimmt. Wollen Sie mir damit jetzt eine Freude bereiten? Wollen Sie mich schützen? *(StR Johann Herzog: Damit Sie uns erhalten bleiben!)* Oder wollen Sie hier noch eine Kraftanstrengung unternehmen? *(Abg Michael Kreißl: ... gefährdete Arten schützen!)* Denn wenn Sie wirklich eine andere Position als ich einnehmen, dann müssten Sie ja mit Begeisterung dafür stimmen, wenn es zu einer Abstimmungsniederlage von mir führt. *(Abg Michael Kreißl: Sie sind unser bester Wahlhelfer in Simmering!)* Das finde ich überhaupt dann wenigstens sehr freundlich und stauenswert.

Wissen Sie, ich möchte eines noch einmal aufklären, damit es nicht untergeht. Es hat solange gedauert, weil wir einen einzigen Fehler gemacht haben - und zu dem bekenne ich mich -, als Herr Kabas im Jänner 2000 sagte, er schlägt vor, dass wir über alle Fragen mit dem Untersuchungsausschuss erst weiterreden, wenn es im Parlament entschieden worden ist, und das wird sehr schnell sein. Ich habe ihm geglaubt! Ich habe ihm geglaubt, obwohl ich eigentlich gewusst habe, man soll ihm nicht glauben. Aber jeder gibt irgendwann die Hoffnung nicht auf und versucht eben, jemandem Glauben zu schenken. Daher haben wir zugewartet. Ich sage Ihnen ganz offen, wenn wir jetzt nicht mit dem Zuwarten aufgehört hätten und ihm noch immer glauben würden, hätten wir heute das Gesetz nicht zur Abstimmung. *(Zwischenruf des Abg Dr Wilfried Serles.)* Das ist nämlich die Tatsache.

Jetzt wieder zum tiefen Ernst: Die Freiheitliche Partei braucht das Wort "Demokratiereform" oder Demokratiebekenntnisse wahrlich nicht in den Mund zu nehmen. Kollege Schuster hat es Ihnen ja schon gesagt und ich wiederhole es nochmals:

Wenn eine Partei wie Sie auf der Bundesebene nicht einmal bereit ist, Termine des Geschäftsausschusses des Parlaments festzusetzen, damit über Demokratiereformen, die das Parlament betreffen, überhaupt verhandelt werden kann; wenn eine Partei wie die Ihre sagt, wir machen die Untersuchungsausschüsse für Minderheiten auf Parlamentsebene, und dann gibt es das ganz einfach nicht, weil Sie es blockieren und verhindern; wenn eine Partei wie die Ihre antritt und sagt, es ist doch undenkbar, dass Regierungsparteien den Vorsitz in Kontrollkommissionen oder Untersuchungsausschüssen führen, und Sie gar nichts dabei empfinden, dass

in dem jetzt auf parlamentarischer Bundesebene laufenden Untersuchungsausschuss ein Regierungsmitglied, nämlich Frau Partik-Pablé, den Vorsitz führt (*Zwischenruf des Abg Gert Wolfram.*) und diese Funktion nicht zurücklegt, ja wenn sie nicht einmal heute die Notwendigkeit sieht, seit dem Zeitpunkt, zu dem sie Spitzenkandidatin - sicher erfolglose, davon sind wir überzeugt, und nur vorübergehende - der Wiener FPÖ geworden ist und dabei weiterhin diesen Vorsitz im Parlament beibehält, dann sage ich: Wahrscheinlich ist der Demokratiebegriff, ist "Demokratiereform" für Sie ein Fremdwort, wie man eben "freiheitlich" mit F beginnt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Danke schön. (*Abg Johann Hatzl kehrt, nachdem er das Rednerpult verlassen hat, wieder dorthin zurück.*) Bitte, Herr Klubobmann. (*Rufe bei der FPÖ: Etwas vergessen?*)

Abg Johann **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats*): Es ist doch nur eine Formalität, die Sie kennen: dass auch in diesem Zusammenhang das Verlangen bezüglich der getrennten Abstimmung gestellt wird. Wir ersuchen auch in diesem Bereich darum, dass - was ich aber annehme - die Frau Präsidentin so vorgeht. (*Abg Michael Kreißl: Mit den Anträgen habt ihr eure Probleme! - Abg Johann Hatzl - das Rednerpult verlassend -: Aber nein!*)

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen.

Ich teile Ihnen noch mit, dass der Abänderungsantrag genügend unterstützt ist und in die Verhandlung einbezogen wird.

Ich erteile der Frau Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, die Diskussion war eine sehr ausführliche. Sie hat alle Argumente noch einmal sehr deutlich hervorgebracht und hat auch sehr deutlich bewiesen, dass die vorgelegte Änderung eine sehr weit reichende, eine sehr wohl diskutierte, eine wohl vorbereitete und eine sehr, sehr positive ist.

In diesem Sinne bitte ich Sie noch einmal, dieser Vorlage zuzustimmen, und erlaube mir nur eine persönliche Bemerkung: Bei den vielen Müttern und Vätern, die diese Vorlage offensichtlich hat, muss es bei den Verhandlungen sehr lustig zugegangen sein. Daher bedauere ich es, dass ich nicht häufiger dabei sein konnte. - Herzlichen Dank.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um ein bisschen Aufmerksamkeit. Es ist jetzt nicht ganz einfach.

Sie wissen, zu den Beschlüssen über eine Änderung dieser Verfassungsbestimmungen ist gemäß § 124 Abs. 2 der Wiener Stadtverfassung die Anwesenheit der Hälfte der Landtagsabgeordneten erforderlich. Diese stelle ich somit fest.

Gemäß § 124 a Abs. 1 der Wiener Stadtverfas-

sung ist für einen gültigen Beschluss auch eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich. Diese Bestimmungen gelten für beide Lesungen.

Ich komme zuerst zur Abstimmung über den Abänderungsantrag. Darin sind einige Punkte enthalten, die Verfassungsbestimmungen sind. Ich lasse zuerst über diese Punkte des Abänderungsantrags abstimmen. Der Antrag liegt Ihnen ja vor, sodass Sie das auch verfolgen können.

Wir kommen zuerst zum Punkt 8 des Abänderungsantrags.

Ich darf nun jene Damen und Herren, die diesem Punkt 8 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Ich stelle hier die Zweidrittelmehrheit fest.

Wir kommen zum Punkt 9, der ebenfalls eine Verfassungsbestimmung enthält.

Wer mit diesem Punkt einverstanden ist, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Auch dieser Punkt ist mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Wir kommen zum Punkt 10 des Abänderungsantrags.

Wer diesem Punkt zustimmen möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Auch dieser Punkt ist mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Wir kommen zum Punkt 11 des Abänderungsantrags.

Ich bitte diejenigen, die zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch dieser Punkt ist mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Wir stimmen nun über den Punkt 12 des Abänderungsantrags ab.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu den restlichen Punkten des Abänderungsantrags. Hier ist die einfache Mehrheit erforderlich.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Die restlichen Punkte des Abänderungsantrags sind mit Mehrheit angenommen.

Der Abänderungsantrag wird somit in die Gesetzesvorlage mit einbezogen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich lasse wieder über die einzelnen Artikel, die Verfassungsbestimmungen enthalten, einzeln abstimmen.

Das ist zunächst Artikel I § 73a.

Ich darf im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand bitten. - Auch dieser Paragraph ist mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Als Nächster folgt § 116.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch hier ist die erforderliche Mehrheit gegeben.

§ 117.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 118.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 119.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 120.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 121.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Ich hoffe, ich bin nicht zu schnell. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Das passt schon!*)

§ 124 a.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 125.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 125 a.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 126.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 128.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 129 a.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 129 b.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 129 c.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 129 d.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 129 e.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 129 f.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 129 g.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 130 a.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Ich hoffe, Sie werden noch nicht müde mit den Aufzeigen. Sonst würde dann ein Irrtum vorliegen. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Nein, bei Untersuchungsausschüssen werden wir nicht müde!*)

§ 131.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 138.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

§ 139.

Ich bitte im Falle Ihrer Zustimmung um ein Zeichen mit der Hand. - Auch das ist mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Jetzt gibt es eine kleine Abwechslung. Wir kommen zu Artikel III, Artikel IV und Artikel V. Da sind die Punkte 3 und 5 Verfassungsbestimmungen.

Ich bitte auch hier um ein Zeichen, wenn Sie zustimmen. - Danke, auch diese Bestimmungen sind mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Wir nehmen jetzt die Abstimmung über die restlichen Punkte vor.

Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich wieder um ein Zeichen mit der Hand. - Danke schön, das ist mit Mehrheit so angenommen. (*Abg Johann Hatzl: Ohne FPÖ!*)

Die Gesetzesvorlage ist somit in erster Lesung mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich gleich die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch in zweiter Lesung ist dieses Gesetz mit den Teilen, die Zweidrittelmehrheit erforderlich machen, so angenommen, und sind die übrigen Punkte mit einfacher Mehrheit beschlossen.

Ich danke schön, Sie haben hervorragend mitgemacht. Es war dadurch für mich sehr einfach. - Danke schön. (*Heiterkeit.*)

Wir kommen nun zur Postnummer 2. Sie betrifft die Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Landes- und Gemeindestatistik in Wien - Wiener Statistikgesetz - geändert wird.

Ich darf die Berichterstatterin, Frau amtsf StR

Mag Renate Brauner, bitten, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte Sie, der Änderung des Wiener Statistikgesetzes zuzustimmen.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke schön, das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zur Postnummer 3 der Tagesordnung. Sie betrifft den Bericht des Rechnungshofs gemäß Artikel 1 § 8 Bezügebegrenzungsgesetz über die Durchschnittseinkommen der Bevölkerung der Jahre 1998 und 1999 an den Wiener Landtag.

Ich bitte die Berichterstatterin, Frau amtsf StR Mag Brauner, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte, diesen Bericht zu diskutieren und zu beschließen.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es Wortmeldungen. - Ich darf Herrn Abg Dr Stix das Wort erteilen.

Abg Dr Rüdiger **Stix**: Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren, in dem Fall auch die hohen Herren des Rechnungshofs, die ich oben auf der Galerie sitzen sehe und auch im Namen der Kollegen recht herzlich begrüße!

Ich möchte es kurz machen, weil die meiner Ansicht nach sehr schön aufgearbeitete Darlegung der Diskussion des Tätigkeitsberichts des Rechnungshofs auf der einen Seite und die offizielle Position des Magistrats Wien auf der anderen Seite für jeden nachlesbar sind. Die GustostückerInnen sind ja schon in den Medien "verbraten" worden.

Eines möchte ich trotzdem hier anmerken, und zwar ein beispielhaftes Ceterum censeo, das sich in der Systemsteuerung durch alle geprüften Bereiche zieht. Unser Problem ist ja nicht, dass Wien nicht funktioniert, unser Problem ist nicht, dass Wien schlecht verwaltet ist, unser Problem ist, dass die Verwaltung relativ teuer ist, weil in manchen Bereichen die Transparenz - höflich formuliert - verbesserungsfähig ist. Ich darf das exemplarisch an einem Beispiel aufzeigen, aber das gilt für viele Bereiche: Der Rechnungshof hat das höflichkeitshalber in das Kapitel "In Verwirklichung begriffene Anregungen"

hineingegeben, man hätte auch sagen können - ceterum censeo -, er wird es jedes Mal wieder aufdecken beziehungsweise aufzeigen - es ist ja nicht wirklich geheim -, nämlich das Problem, das sich durch viele unserer kommunalen Tätigkeiten zieht.

In diesem Fall betrifft es den Bereich einer Kapitalgesellschaft, nämlich den Bereich der jetzt ausgliederten WIENER LINIEN, um präzise zu sein, der WIENER LINIEN GmbH & Co KG. Da moniert der Rechnungshof zu Recht - fast möchte man sagen: no na -, dass das Besteller-Ersteller-Prinzip nicht eingehalten und durchgehalten wird, und der Wiener Magistrat - um präzise zu sein, der Stadtssenat natürlich - wiederholt seine Auffassung, dass diesem vom Rechnungshof eingemahnten Prinzip, dass ein klarer Besteller und ein klarer Ersteller auseinander gehalten werden müssen, sehr wohl Rechnung getragen wird, und zwar dadurch, dass die jährlichen Zuschusszahlungen an die WIENER LINIEN in der jährlichen Budgeterstellung der Stadt Wien aufscheinen.

Meine Damen und Herren! Das ist nicht gelogen, aber das ist - höflich formuliert - ein bilanztechnischer Trick. Ich möchte das - und das meine ich jetzt bitter ernst - gerade im Hinblick auf die Entwicklung der Wiener Börse sagen - wobei ich völlig offen lassen möchte, ob Wien unter diesen Umständen überhaupt den Börsenstandplatz halten wird können - und im Hinblick darauf, dass wir natürlich Kapital von den internationalen Kapitalmärkten und von institutionellen Anlegern holen müssen, nicht zuletzt von institutionellen Anlegern, die natürlich sehr genau herschauen und für die eine derartige, nun sagen wir, bilanztechnisch akzeptable Antwort, eine formalrechtlich und auch verwaltungstechnisch akzeptable Antwort natürlich zu wenig ist. Denn wenn ich jetzt irgendein ehrenwerter institutioneller Anleger bin, irgendein Fondsverwalter internationalen Zuschnitts oder auch ein Fondsverwalter österreichischen Zuschnitts - von mir aus von der Bank Austria -, dann würde ich bei einem allfälligen Versuch der WIENER LINIEN GmbH & Co KG - die sich dann in eine weiß der Teufel was für eine AG oder was auch immer umwandelt -, Fremdkapital zu bekommen, sei es über die Börse, sei es in einer anderen Form, mir das sehr wohl überlegen und sagen: Kinder, bitte schön, wenn ihr sagt, formal ist das Besteller-Ersteller-Prinzip erfüllt, dann ist das nicht einmal ein schlechter Scherz.

Daher, meine Damen und Herren, lassen wir die Spiegelfechtereien! Die Antwort ist formal in Ordnung, sie nützt nur nichts. Sie nützt dahingehend, dass man sagen kann, es gibt keine Strafverfahren, es gibt keine Disziplinarverfahren, es sind alle Formalerfordernisse erfüllt. Es nützt nur nichts, wenn wir in Wien wettbewerbsfähig sein wollen, es nützt nichts, wenn wir versuchen, die ersten Schritte der Ausgliederung dahingehend weiterzutreiben, dass wir auch Kapital von außen hereinbekommen und damit natürlich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten können. Wir müssen wettbewerbsfähig sein und

wettbewerbsfähig sind wir eben nur, wenn die Zahlen kaufmännisch nachvollziehbar auf den Tisch kommen.

Das gilt für die WIENER LINIEN, das gilt für viele andere Bereiche.

Präsidentin Erika Stubenvoll (*unterbrechend*): Herr Abg Stix, wir sind beim Bezügebegrenzungs-gesetz, Bericht des Rechnungshofs; Bezügebegrenzungs-gesetz über die Durchschnittseinkommen der Bevölkerung. (*Ruf: Das rosa Buch!*)

Abg Dr Rüdiger Stix (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Ich entschuldige mich vielmals. Alles, was ich gesagt habe, gilt. (*Heiterkeit.*) Ich gehe weiter zum Bezügebegrenzungs-gesetz. Das ist das dicke rosa Buch. Ich habe es in der Bank. Keine Angst, ich lese Ihnen jetzt das dicke rosa Buch nicht vor. Ich bedanke mich. Im Prinzip gilt das natürlich auch für das dicke rosa Buch.

Das Bezügebegrenzungs-gesetz hat natürlich noch einen ganz anderen Aspekt, es hat einen Aspekt, der über diese Transparenz hinausgeht. Das Bezügebegrenzungs-gesetz und der erstmals vorliegende Bericht über das Bezügebegrenzungs-gesetz hat einen formalen Aspekt, nämlich den formalen Aspekt, dass der Rechnungshof, glaube ich, klagswegig gegen jene Organisationseinrichtungen vorgeht, die dem Bezügebegrenzungs-gesetz insofern unterliegen, als eben eine Offenlegung gegenüber dem Rechnungshof notwendig ist, und die dieser Pflicht bis jetzt noch nicht nachgekommen sind. Wir schauen also mit Interesse diese formale Fortentwicklung an, schauen mit Interesse an, wie diese Musterprozesse ausgehen werden.

Beim Bezügebegrenzungs-gesetz, zu dem ich mich als guter alter Freiheitlicher der Broesigke- und Hirnschall-FPÖ tatsächlich auch sehr bewusst gemeldet habe - Sie wissen, ich spreche von der bürgerlich-liberalen FPÖ, die leider Gottes dann in der Kabas-Phase sehr stark in den Hintergrund gedrängt worden ist -, beim Bezügebegrenzungs-gesetz liegt mir als gläubigem Ordoliberalen seit 1867 etwas sehr Grundsätzliches am Herzen, und ich möchte, da Präsident Hirnschall nicht mehr in der Lage ist, hier vom Rednerpult aus dazu zu sprechen, einige Erwägungen in Erinnerung rufen, die eben klassische ordolibereale Erwägungen sind.

Das eine ist: Das Bezügebegrenzungs-gesetz hat relativ wenig mit Gerechtigkeit zu tun. Es ist eine formalisierte Pyramide, die man akzeptieren kann oder die man nicht akzeptieren kann. - Das ist das eine.

Das Zweite ist: Ich persönlich würde es bevorzugen - ich gebe zu, dass wir lediglich über den Bericht abstimmen und relativ wenig Möglichkeiten haben, die Bundesverfassung, die ja dem zugrunde liegt, von hier aus und hier zu ändern -, wenn man sagte, die Richtwerte, an denen wir die Politikereinkommen messen, sind nicht eine artifizielle Pyramide von Politikern zu Politikern, indem man sagt, wir nehmen jetzt den Bundespräsidenten mit X und den Gemein-

derat mit Y und dazwischen ordnen wir halt mehr oder weniger den Landeshauptmann oder Landtagspräsidenten ein, sondern dass wir Richtwerte nehmen, die tatsächlich mit der realen Leistung - beispielsweise mit dem Bruttosozialprodukt, bei uns in Wien mit dem Bruttoregionalprodukt - gekoppelt sind. Man könnte von mir aus sagen, die Veränderung wird mit einem entsprechenden Hebel, einem entsprechenden Multiplikationsfaktor von weiß der Teufel was - eins Komma irgendwas - hinauf- oder hinuntergekoppelt, was eine Rückkopplung ermöglicht, eine Rückkopplung der - auf neudeutsch formuliert, auch wenn es aus dem Lateinischen kommt - Performance der entsprechenden Gebietskörperschaft, der entsprechenden in dem Fall jetzt natürlich für uns interessanten Wiener Gebietskörperschaft.

Ich nehme daher den Bericht zum Anlass - da passt es an sich ganz gut -, die Frage Besteller- und Ersteller-Prinzip nicht nur hinsichtlich betrieblicher und betriebsähnlicher Einrichtungen, sondern eben auch hinsichtlich des Einzelunternehmers, nämlich des freien Mandatars, der freien Mandatarin hier zu diskutieren. Das Problem ist, dass die politische Legitimation ja weit auseinander fällt mit der Legitimation der Wertschöpfung. Die politische Legitimation haben wir alle durch Wahlen, und die Wertschöpfung, die wir verteilen, erbringt der Steuerzahler und die Steuerzahlerin. Jetzt ist in allen OECD-Staaten meines Wissens seit 20 Jahren dasselbe zu beobachten: Es gibt - etwas salopp formuliert - unter den Wahlberechtigten in den westlichen Staaten etwa ein Drittel, die Steuerzahler sind, dem stehen - unhöflich formuliert - zwei Drittel Nettonehmer gegenüber. Das heißt, Sie werden in allen OECD-Staaten eine Mehrheit von Nettonehmern gegenüber Nettozahlern vorfinden.

Jetzt ist das sehr grob gerechnet, denn man müsste korrekterweise natürlich Wertschöpfung auch dort sehr konkret nachrechnen, wo sie eher in Kaufkraftparitäten zu rechnen ist und nicht in Kriterien der bisher üblichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Beispielsweise ist die Erziehungsleistung, die eine Mutter oder im Ausnahmefall auch ein alleinerziehender Vater erbringen, natürlich eine Wertschöpfung, die, wenn die Erziehungsleistung erfolgreich ist - und jeder von uns, der Kinder oder Enkel hat, weiß, wie schwierig das ist -, sich irgendwann einmal auch in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung niederschlagen wird, nämlich dann, wenn die junge Frau oder der junge Mann, gut erzogen, einen Job findet und Wertschöpfung erzielt. Aber die Investition da hinein scheint natürlich in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, so wie wir sie heute kennen, nicht auf. Man müsste das also nach anderen Kriterien rechnen. Das ändert aber nichts daran: Sie werden immer eine demokratische Mehrheit von Nehmern gegenüber Zahlern haben, wenn Sie die Struktur der OECD-Staaten anschauen, die eben auch unsere Struktur ist.

Sie haben daher das Problem, dass diese politi-



sche Legitimation nur so lange mit der Legitimation der Steuerzahler zusammenpasst, so lange das sozial akzeptiert wird, also, wenn Sie wollen, in relativ homogenen Gesellschaften. Angenommen, die EU nimmt jetzt nicht nur wunschgemäß die Türkei auf, sondern auch Russland - was ungefähr gleich gut argumentierbar ist; im Gegenteil, bei Russland, also bei der Russisch förderativen Republik sogar etwas leichter argumentierbar ist, wenn man Europa geographisch bis zum Ural nimmt -, dann wird wahrscheinlich die Akzeptanz in unseren Wahlkreisen gering sein, dass beispielsweise in Favoriten oder in Döbling jemand sehr gerne Transferleistungen nach Irkutsk oder noch einmal 3 000 Kilometer weiter nach Wladiwostok zahlt. Logisch! Da ist die Homogenität wahrscheinlich überdehnt.

Das ändert nichts daran, dass wir vor dem Problem stehen und das Problem bewältigen müssen. Wir müssen es demokratiepolitisch sauber lösen, wir müssen es aber gleichzeitig vom Ergebnis her sauber lösen. Ich glaube daher, dass die Maßgröße des Einkommens eines Volksvertreters - egal, ob die Dame oder der Herr im exekutiven Bereich, im Selbstverwaltungsbereich, der auch ein exekutiver Bereich ist, oder eben im gesetzgebenden Bereich tätig ist - tatsächlich in der Entwicklung des Gesamtergebnisses liegen sollte.

Etwas salopp formuliert könnte man sagen: Die Arbeitslosenzahlen in Wien haben sich so entwickelt, das Bruttoregionalprodukt hat sich so entwickelt, die internationale Wertschätzung, gemessen beispielsweise an einem - keine Ahnung - Standard- and Poor-Index für Metropolen, der vielleicht noch einzuführen ist - oder irgendein anderer Index; ich bin kein Dogmatiker -, hat sich so entwickelt, und daher sollte man Mandatarinnen und Mandatäre entsprechend entlohnen. Das, glaube ich, wäre ein ganz entscheidender Schritt, ein ganz entscheidendes Element in dieser Debatte und hätte gleichzeitig auch, würde ich sagen, psychohygienisch einen Effekt, den ich mir wünschen würde.

Ich habe vorhin bei der Stadtverfassung gebeten, man soll versuchen, demokratiepolitisch Transparenz zu erzielen. Ich habe gebeten, macht öffentliche Anhörungen, öffentliche Hearings. Ich habe gleichzeitig gesagt, macht es bitte, um euch vor den Idioten aus den eigenen Reihen zu schützen, denn wenn eine Sozialministerin oder ein Sozialminister öffentlich gefragt wird, wie sie oder er tatsächlich glaubt, das Amt wahrnehmen zu können, dann werden die Antworten entsprechend passen oder eben nicht passen. Also, es ist auch zum eigenen Schutz.

Dasselbe gilt hier für jeden von uns. Wenn hier Gemeinderätinnen oder Gemeinderäte aufstehen, die des Lesens oder Schreibens kaum mächtig sind, die keinen Beruf haben, die Sozialfälle sind, dann ist das, wenn es bei einem öffentlichen Hearing so akzeptiert wird, demokratiepolitisch in Ordnung. Wenn nicht, dann sollten wir doch alle froh sein und jeder für

seine eigene Fraktion natürlich besonders froh sein, dass es uns erspart bleibt, dann zum Beispiel in einer Legislaturperiode mit Sozialfällen, Vollidioten oder Sachwaltern - um Kollegen Serles in seiner Kritik ernst zu nehmen - zusammenarbeiten zu müssen.

Es gibt aber auch ein zweites Element beim Bezügebegrenzungs-gesetz, das darüber hinausgeht, und das ist eben das Element, dass ich sage, ich kopple es an messbare Indikatoren. Damit löse ich auch die Frage, welche Formalqualifikation jemand haben soll. Ich könnte mir vorstellen, dass Sie sich, wenn Sie beispielsweise ein internationaler Konzern wie Siemens sind, vielleicht überlegen werden, ob Sie die Kollegin Ederer nehmen oder den Kollegen Tschirf oder von mir aus den Kollegen GÜNTHER oder in dem Fall wahrscheinlich eher Serles - etwas in der Preisklasse. Das sind qualifizierte Leute, überhaupt keine Frage, die haben einen entsprechenden Marktwert, die werden entsprechend bezahlt. In dem Fall eben vom Siemens-Konzern nach dem, was er halt glaubt, beispielsweise dem Kommerzialrat Wolfram zahlen zu müssen auf Grund der Wertigkeit, die er - in dem Fall bei dir völlig unbestritten - hat.

Es könnte sein, dass beispielsweise ein von der FPÖ geleiteter Rechnungshofausschuss so etwas übernimmt, es könnte sein, dass der beispielsweise dem Kollegen Amhof das Doppelte zahlt wie dem Kollegen Serles, weil er der Meinung ist, dass der Kollege Amhof eine doppelt so hohe Leistung erbringt wie der Kollege Serles. Das ist denkbar. Ich gebe zu, auf die Argumentation wäre ich zwar gespannt, aber es ist denkbar.

Daher glaube ich, dass die Koppelung von Bezügen für öffentliche Funktionen an messbare Indikatoren sehr viel Emotion aus der Debatte herausnimmt. Wer gut ist, wird gute Resultate erbringen, völlig egal, welche Qualifikation er hat, also egal, ob er Analphabet ist oder dreifach habilitiert, ob er erfolgreicher Unternehmer ist oder erfolgreicher Freiberufler oder erfolgreicher Bauer oder erfolgreicher General im Tschetschenienkrieg - auf der tschetschenischen Seite natürlich. Er wird Ergebnisse erbringen und diese Ergebnisse wird man an real messbaren Indikatoren dingfest machen können.

Daher, meine Damen und Herren, zur Versachlichung der weiteren Debatte, denn spätestens im jetzt kommenden Wahlkampf, der bis spätestens 3. Oktober dieses Jahres wohl ausbrechen wird, werden wir uns mit Politikerbezügen herumschlagen müssen. Ab und zu hört man es bei der Diskussion um Ministerbezüge, beispielsweise bei Michael Schmid, wobei ich viel Verständnis für Michael Schmid habe, denn die Kriterien sind für mich ja wirklich nicht so ganz klar, aber da mische ich mich nicht ein. Aber noch einmal: Es würde nur, da es ja Steuergeld ist - in dem Fall zwar steirisches Steuergeld, aber wir Wiener sind ja doch auch Transferleister an das Bundesland Steiermark -, sehr viele Emotionen wegnehmen, es würde uns auch im Wahlkampf viele

Emotionen ersparen, wenn wir vielleicht anlässlich dieses Bezügebegrenzungsgesetzes hier in der Debatte versuchten, auf reale messbare Indikatoren zu kommen, die uns helfen, etwas zu objektivieren, was derzeit zwar transparent und objektiv, aber völlig künstlich und entkoppelt von der Realität ist. - Danke.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Ebinger zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Es ist ein bisschen schwer jetzt, nachdem mein Vordränger den Saal mehr oder weniger geleert hat, aber ich werde mich trotzdem bemühen, ein paar Worte dazu zu sagen.

Wir haben heute den Bericht des Rechnungshofs zum Artikel 1 § 8 des Bezügebegrenzungsgesetzes zu behandeln beziehungsweise zur Kenntnis zu nehmen. Dieses Gesetz ist in unseren Augen ein typisches Beispiel dafür, wie in Österreich mit Privilegien umgegangen wurde und zum Teil noch wird.

Bereits 1987 hat die FPÖ ein Volksbegehren zum Privilegienabbau initiiert. Zehn Jahre haben wir immer wieder Druck gemacht. Mit welchem Erfolg? Endlich gab es einen Anlassfall, den Herrn Höchtl, und dann hat sich die damalige Koalition von Rot und Schwarz ein Bezügebegrenzungsgesetz verordnet, ein Bezügebegrenzungsgesetz geschaffen. Unter dem Titel "Privilegienabbau" hat man sich noch mehr zugeschanzt, und das - und das sollte man auch nicht vergessen - in einer Zeit, 1997, wo drei Sparpakete waren, wo Rot und Schwarz den Österreichern durch drei Sparpakete 150 Milliarden S aus der Tasche gezogen haben. Man vergisst das halt so leicht, das ist ja der Jammer. Es sind so wenige von Ihnen da, ich hätte gerne ein breiteres ... (*Zwischenruf des Abg Johann Driemer*.) Gott sei Dank, der Herr Driemer ist da. (*Abg Johann Driemer: Jetzt vergessen Sie!*) Ich verstehe immer Schwarzgeldzahlungen. Nein? - Ist okay. Man vergisst das halt so leicht, speziell die SPÖ. Deshalb möchte ich Ihnen gerne ein bisschen auf die Sprünge helfen, damit Ihr Erinnerungsvermögen hier aufgefrischt wird, was die Maßnahmen betrifft, die Sie seinerzeit veranlasst haben.

Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, haben zum Beispiel die Kinderbeihilfe reduziert, Sie haben den Karenzanspruch auf 18 Monate verringert, Sie haben die Freifahrt für Studenten gestrichen, die Geburtenbeihilfe gestrichen, den Selbstbehalt für Schulbücher eingeführt, Sie haben die Rezeptgebühr erhöht, die Notstandsbeihilfe gekürzt. Sie haben das Mautpicken 1995 eingeführt, die Kapitalertragsteuer erhöht, die Absetzbarkeit von Sonderausgaben reduziert. Sie haben die Sozialversicherungspflicht für Werkverträge eingeführt, die Überstunden steuerpflichtig gemacht. Sie haben die Bausparprämie von 5 auf 3 Prozent gekürzt, die Stempelmarken um

50 Prozent erhöht und, und, und.

Aber ich will nicht nur von Ihren Sparpakten reden, und es ist jetzt ein echter Jammer, dass die Kollegin Bayr nicht da ist, denn ich bin wahrscheinlich der Einzige hier, der sich die Mühe macht, diese berühmten 13 Thesen der Kollegin Bayr ernst zu nehmen, oder sagen wir lieber, die berühmten Allgemeinplätze. Sie haben Österreich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen frühzeitig in das Experiment Euro hineingejagt. Sie erinnern sich vielleicht: Starker Schilling nur gegen einen starken Euro. Und jetzt kommt die Kollegin Bayr und verlangt in den 13 Thesen von uns eine sozial abgefederte Zinspolitik! Bitte, da soll sie nach Frankfurt gehen zur Europäischen Zentralbank. Wir können da nichts mehr machen.

Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, haben die Vermögensteuer abgeschafft. Sie haben Stiftungen eingeführt - das ist ja das Bubenstück schlechthin -, und die Freiheitliche Partei hat nun mit Hilfe der ÖVP-Regierung die Besteuerung der Stiftungen erhöht. (*Abg Johann Driemer: Prinzhorn!*) Und jetzt kommt die SPÖ und sagt, Stiftungen gehören mehr besteuert. Das ist die größte Chuzpe! (*Beifall bei der FPÖ*.) Sie haben das eingeführt, jetzt kommt die Kollegin Bayr und sagt: Keine Angst vor Vermögensbesteuerung! Das ist wirklich der Gipfel, oder sie versteht es nicht. Wahrscheinlich versteht sie es nicht; das ist ja auch nicht so wichtig.

Sie wollten zum Beispiel in den Verhandlungen mit der ÖVP auch die Kinderbeihilfe für Studenten ab dem 19. Lebensjahr streichen. Das hätte eine Belastung für die Studenten von 30 000 S im Jahr gebracht. Jetzt beschimpfen Sie uns wegen 10 000 S Studiengebühr.

Sie wollten generell die Mitversicherung von Ehegatten abschaffen. Sie wollten die Mineralölsteuer um 3 S erhöhen. Sie wollten das Frühpensionsalter um zwei Jahre erhöhen, nicht wie jetzt um eineinhalb Jahre.

All das und vieles mehr ist bei Ihnen so von heute auf morgen wie ausgelöscht. Glücklicherweise ist, wer vergisst! Und im Lichte all dieser Vergesslichkeiten bezüglich Ihrer unglaublichen Sparpakete, die übrigens ein - das muss man Ihnen auch sagen - für sozialistische Verhältnisse geradezu klassisches Ergebnis hatten, nämlich mehr Schulden als vorher - man darf ja auch nicht vergessen, meine Damen und Herren: 30 Jahre Sozialismus, das bedeutet für Österreich täglich 180 Millionen S neue Schulden (*Zwischenruf der Abg Mag Sonja Wehsely*.); Sie werden sich dann vielleicht ohnehin noch melden, Frau Kollegin Wehsely, obwohl Sie schon gestrichen sind, ich würde mich freuen -, also in diesem Lichte schimpfen Sie jetzt über unsere Budgetpolitik. Sie haben überhaupt keinen Genierer! Vor allem ist bemerkenswert, in welcher Art und Weise dies geschieht. Es gibt ja keine Mitteilung der SPÖ, in der nicht von Grauslichkeiten gesprochen wird, von Sozialabbau, von sozialer Käl-

te, von den Ärmsten der Armen, von Großkampftagen, von den Arbeiterverrätern, von der Menschenkette gegen Belastungen, dem blutenden Volk - die Gewerkschaft hat sich da sehr hervorgetan -, von der brennenden Republik, von Mobilmachung gegen die FPÖ. Mit allen Mitteln versuchen Sie, die Menschen in diesem Land zu verunsichern.

Wien hat sich da natürlich auch ausgezeichnet. Von "Sozialdarwinismus" hat die ehemalige StR Ederer gesprochen, bevor sie sich zu einem wohlbestallten Posten bei Siemens verschüsselt hat. *(Abg Mag Thomas Reindl: Nur nicht neidig werden!)* Ich bin nicht neidig. Schauen Sie, das sind halt die wahren Arbeitvertreter. Etwa der Herr Klima. Das neue Leben der Klimas als Millionäre in Argentinien. Aber 2 000 Milliarden S hat er dem kleinen Mann an Schulden hinterlassen, 400 Millionen hat er den kleinen Funktionären der SPÖ an Schulden hinterlassen, und jetzt ist er mit 10 Millionen Jahresgage als Millionär nach Argentinien entsorgt.

"Soziale Schieflage" haben Sie gesagt, "Wirtschaftsunfug" - da reden die Richtigen -, "Kriegserklärung an die Städte", "Aushungerungsanschlag auf Wien" und, und, und. Ich lese Ihnen das nur vor, damit Sie wissen, was Sie für ein Vokabular benötigen.

Steuerkrieg. Leider ist Ihr Herr Klubobmann jetzt nicht da. Der ist nämlich überhaupt immer der Härteste mit seinen Aussagen: "Fäulnis kommt von F", "zum Speiben" findet er uns, und so weiter. Ich kann dazu nur sagen: Hetzen kommt offenbar von Hatzl. Der Herr Bürgermeister hat gesagt, eine Staatskrise kommt. Er will die Regierung aus dem Amt jagen. Das, meine Damen und Herren, ist halt Ihre sozialistische Ausdrucksweise, Ihre Diktion - heute und nicht irgendwann einmal.

Angesichts der Privilegien, die Sie sich selbst gegeben haben, nicht zuletzt durch dieses so genannte Bezügebegrenzungsgesetz, ist das überhaupt eine Heuchelei und eigentlich abstoßend. Aber wahrscheinlich kommt das alles von der neuen Ausrichtung der Partei. Sie wissen ja, die Think Tanks - man spricht jetzt englisch; ich glaube, es war Englisch, was der Bürgermeister da beim Neujahrstreffen gesagt hat - sind jetzt abgeschafft, jetzt denkt der Funktionär wieder selber. Der Herr Bürgermeister und seine Genossen in Wien verordnen sich Visionen. Sie sind politische Visionäre. Und der Herr Gusenbauer sitzt, wenn man seiner Biografie glauben kann, jetzt irgendwo beim letzten beleuchteten Fenster in Ybbs und denkt über die Zukunft Europas nach. *(Abg Ursula Lettner: Sie denken überhaupt nicht nach!)*

Also, meine Damen und Herren, wenn ich mir die Wortwahl der Sozialisten so anschau, glaube ich wirklich, Sie denken an die Vergangenheit *(Abg Ursula Lettner: Sie denken an Humpi-Dumpi!)*, an die schöne Zeit in der Kolchose, an die russische Heimaterde, wo Sie gemeinsam mit den jetzigen so genannten GRÜNEN noch mit Hammer und Sichel ge-

gessen haben. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Aber für Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, wäre es wahrscheinlich besser, Sie würden an Ihre eigene Zukunft denken, an die Schulden Ihrer Partei, oder noch besser *(Abg Johann Driemer: Halten Sie eine Wahlrede?)* - ich beziehe mich auf das Bezügebegrenzungsgesetz, wie Sie ja bemerken - an die Zukunft unseres Landes, meine Damen und Herren, und nicht an Ihre Bezüge, Privilegien und an den Machterhalt. *(Abg Johann Driemer: Das ist eine missglückte Wahlrede!)*

Wir, meine Damen und Herren, denken an die Zukunft unseres Landes. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Wir wollen in Zeiten einer Hochkonjunktur, in Zeiten mit Gott sei Dank niedriger Arbeitslosigkeit und in Zeiten mit gutem Wirtschaftswachstum es zuwege bringen, endlich keine neuen Schulden mehr zu machen *(Beifall bei der FPÖ.)*, endlich ein ausgeglichenes Budget zu haben.

Und noch etwas. *(Abg Mag Thomas Reindl: Sie haben 3 Prozent Inflation bewirkt!)* Ich verstehe Sie eh nicht, Sie können reden, was Sie wollen. Sie können ja herauskommen. Sie können nachher herauskommen, das ist alles kein Problem.

Noch etwas: Wir wollen das auch zeitnah machen. Das ist wieder so ein typischer Beweis für die Wirtschaftskompetenz der Sozialisten. Wir wollen das zeitnah machen, Sie haben gesagt, langfristig. Zuerst haben Sie überhaupt von Kaputtsparen geredet *(Abg Ursula Lettner: Ja, so ist es!)*, Sie haben gesagt, die Regierung spart Österreich kaputt. Dann nach ein paar Monaten haben Sie gesagt, na ja, Budgetkonsolidierung, okay, aber vielleicht doch eher langfristig. *(Abg Johann Driemer: Sparen ja, aber gerecht!)* Im November letzten Jahres haben Sie gesagt, Budgetkonsolidierung ist super, aber nicht 2002, sondern 2004. Und jetzt im Jänner haben Sie gesagt, Budgetkonsolidierung ist vielleicht doch nicht das Beste, geben wir das, was wir gespart haben oder was wir sparen werden, einfach wieder aus. *(Abg Johann Driemer: Ja, geben wir das dem Steuerzahler zurück! Warum sind Sie denn dagegen?)*

Vielleicht haben Sie es nicht so gemeint. Genau weiß ich das nicht, denn Sie wissen es ja offensichtlich selbst nicht genau, denn aus dem vierzeiligen Antrag im Parlament lässt sich nicht genau herauslesen, ob Sie eine Steuersenkung oder eine Steuererhöhung wollen. *(Rufe bei der FPÖ: Erhöhung! Erhöhung! - StR Karin Landauer: Sie wissen nicht, was Sie wollen! - Weitere Zwischenrufe.)* Immerhin, der Herr Klubobmann gibt uns wieder die Ehre. Das wissen Sie selber nicht, und das, was Sie machen, Herr Klubobmann Hatzl, das ist der wirkliche Wirtschaftsunfug. *(Abg Johann Driemer: Geben wir es dem Steuerzahler zurück! - StR Johann Herzog: Hätten wir das annehmen sollen, die Steuererhöhung?)*

Wir jedenfalls, meine Damen und Herren, wir wissen, was wir wollen. Wir wollen heute und jetzt für diesen Staat etwas tun, für die Menschen dieses

Staates etwas tun, und wir machen das nach unserem besten Wissen und Gewissen, das können Sie mir glauben, Herr Kollege Driemer, besser jedenfalls, als Sie das jemals geschafft haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

So bleiben beispielsweise beim Budgetvoranschlag ... *(Zwischenruf des Abg Mag Thomas Reindl.)* Hören Sie doch zu! Sie könnten was lernen. Bildung ist keine Schande! *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* So bleiben beispielsweise beim Budgetvoranschlag 2001 von 3,5 Millionen Arbeitnehmern 2,6 Millionen von den Sparmaßnahmen einkommensteuerrechtlich verschont.

Sie sagen, ich beziehe mich nicht auf den Bericht. In dem Bericht haben Sie die Statistiken drinnen. *(Abg Johann Driemer: Die Unfallrentner besteuert ihr! Die Behinderten belastet ihr! Das ist eure Steuerpolitik!)* Bei einem Durchschnittseinkommen von 30 000 brutto sind es 75 Prozent der österreichischen Bevölkerung, die verschont bleiben. *(Abg Johann Driemer: Soziales Gewissen habt ihr keines!)* Ich verstehe immer nur: Schwarzgeldzahlungen bei der Gewerkschaft Bau/Holz. Sie reden so undeutlich, Herr Driemer.

Zum Vergleich 1996/1997 wurden von Ihnen von 3,5 Millionen Arbeitnehmern 3 Millionen zur Kassa gebeten. Das ist die Wahrheit. *(Zwischenruf des Abg Peter Juznic.)* So sind beispielsweise jetzt 75 Prozent der Steuerpflichtigen auch nach 2001 besser gestellt als 1999. Das untere Einkommensdrittel ist sogar mit 5,5 Milliarden nachhaltig entlastet. Nur die obersten 25 Prozent werden belastet. *(Abg Johann Driemer: Wer hat denn im Parlament gegen die Steuerreform gestimmt? Die FPÖ hat dagegen gestimmt!)* Damit - jetzt müssen Sie aufpassen - haben wir die Umverteilung von oben nach unten erreicht.

Wo ist die Kollegin Bayr jetzt? - Die ist wahrscheinlich in der Kantine. Die Kollegin Bayr schreit: Umverteilung von oben nach unten, das ist die oberste Prämisse. Das ist eben der Unterschied: Sie reden und wir handeln, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Johann Driemer: Aber wie?!)* Sie bringen mich nicht aus dem Konzept.

Wir sind uns auch unserer großen Verantwortung für unsere Kinder bewusst. Wenn wir etwa die Strafen für Kindesmissbrauch anheben, wenn wir etwa die Strafen für Drogendealer erhöhen, die Grenzmenngen verringern. Wo ist denn da die Verantwortung von der SPÖ, wenn die Sozialistische Jugend die Legalisierung der weichen Drogen verlangt und diese - Sie können es nachlesen in den Positionen - wie beim Tabakmonopol im Handel verkaufen möchte? Oder wenn beispielsweise die neue Gesundheitsstadträtin das zwar nicht will, aber allen Ernstes sagt, man soll sich das Haschisch halt zu Hause selber anpflanzen. *(Abg Mag Thomas Reindl: Ich glaube, Sie nehmen auch etwas! Ich glaube, die FPÖ ist für Haschisch!)*

Wir sind uns auch der Verantwortung für die Fa-

milien bewusst, wenn wir etwa mit dem 1.1.2002 ein Kindergeld einführen. Das tun wir ganz bewusst. Das ist ein gesellschafts- und familienpolitisches Zeichen, meine Damen und Herren. Trotz der von Ihnen gemachten Schulden werden wir hinsichtlich Stellenwert von Familie und Kindern in unserer Gesellschaft Maßstäbe setzen. Darauf sind wir stolz! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was haben Sie dagegen gewettert. Sie reden ... *(Abg Mag Thomas Reindl: Frauen zurück an den Herd! Das ist Ihre Politik!)* Ich verstehe Sie nicht. Hören Sie zu! Reden Sie nachher! Was haben Sie dagegen gewettert so wie jetzt: Wir zwingen die Frauen zurück an den Herd *(Abg Mag Thomas Reindl: Das tun Sie ja!)*, reaktionäre Familienpolitik, die verbrämte Mutterschaftsprämie. Aber so ist das mit Ihrer Glaubwürdigkeit: Zuerst ziehen Sie alles durch den Dreck, was wir machen, und dann stimmen Sie zu, wie das in der Landesregierung der Fall war. Einstimmig ist das in Kärnten angenommen worden. *(Abg Mag Thomas Reindl: Na in Kärnten!)* Sind das keine Sozialisten? Oder habt ihr die schon abgeschrieben? *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Na gut. Gehen wir weiter, denn sonst brauche ich zu lange. Ich darf zwar heute noch länger reden, denn die 15 Minuten gelten ja heute noch nicht. *(Abg Johann Hatzl: Das gehört ins Protokoll, dass Sie jetzt zwei Sätze frei gesprochen haben!)*

Wir haben auch Statistiken über Pensionisten in diesem Bericht drinnen. Das bringt mich zum Problem der Pensionen, zu unserer Verantwortung für die zukünftigen Pensionen. Wenn man sich vor Augen führt, dass in 15 Jahren auf einen Pensionisten ein Erwerbstätiger kommt, weiß jeder, dass etwas geschehen muss. Das wissen wir, das wissen Sie. Nur wir haben sozial verträglich gehandelt und Sie haben nur blockiert und die Menschen verunsichert. *(Abg Mag Thomas Reindl: Aber was sehen Sie jetzt für Lösungen vor? Sie haben keine Lösung!)*

Wir sind uns, meine Damen und Herren, schlussendlich auch der Verantwortung bewusst, die ein Mann als Frauenminister hat. Wir wissen, dass er eine 150-prozentige Leistung erbringen und sich profilieren muss.

Aber erlauben Sie mir auch noch ein kurzes Wort zu den Erfolgen Ihrer Frauenpolitik. In der Zeit, in der Sie Kanzler, Finanzminister und Frauenministerin stellten, ist der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen signifikant angestiegen, und zwar von 7,5 Prozent im Jahr 1977 auf 18 Prozent Unterschied bei den Anfangsgehältern im Jahr 1997. Und um wieder auf den Bericht zu kommen, denn sonst heißt es, ich rede am Thema vorbei: In diesem vorliegenden Rechnungshofbericht sehen Sie auch die Unterschiede der Durchschnittsgehälter von 1998 auf 1999. Die sind größer geworden, und die Steigerung bei Männern ist viel größer als bei Frauen.

Also, Erfolg würde ich das nicht nennen. Und das nach 30 Jahren sozialistischer Frauenpolitik. Es ist

kein Wunder, dass die Sozialistische Jugend in ihren Positionen jetzt schreibt: In jedem Falle ist es keine Frage, dass Frauen noch so gut wie in fast jedem Lebensbereich unterdrückt und benachteiligt werden.

Im Oktober 1999 haben Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, Ihr Unvermögen auch noch plakatiert: Gleiche Chancen für Frauen durchsetzen. Ja, was haben Sie denn all die Jahre gemacht? (*Abg Mag Thomas Reindl: Und was haben Sie plakatiert mit diesen Pfeilen gegen den Strom?*) Wer soll Sie denn in irgendeiner Weise noch ernst nehmen, wenn Sie jetzt kritisieren? Das fällt Ihnen jetzt ein als Bundesopposition? - Meine Damen und Herren von der SPÖ! Sie hatten 30 Jahre Zeit und in Wien 55 Jahre. Genützt haben Sie diese Zeit offensichtlich nur zur Absicherung Ihrer Macht und zur Sicherung Ihrer Privilegien.

Das bringt mich zum Abschluss wieder genau zum Bezügebegrenzungs-gesetz zurück. Was sagt denn dieser § 8? - Der sagt, es sollten einmal alle Personen aufgelistet werden, die Jahresbezüge von 1,2 Millionen S von Rechtsträgern, die der Kontrolle des Rechnungshofs unterliegen, bezogen haben, und quasi als Vergleich dazu das Durchschnittseinkommen der übrigen Bevölkerung. Das sind die Absätze 3 und 4, wenn Sie nachschauen wollen. Da ist das statistisch aufgearbeitet. Nur: Der erste Teil des Berichts existiert leider nicht und damit verkommt meiner Meinung nach dieser ganze Bericht zu einer Farce. Nicht, dass ich damit den Rechnungshof kritisiere, denn der Rechnungshof hat österreichweit informiert. Der Rechnungshof hat aufgefördert. 1 300 Rechtsträger sind ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung der Mitteilung nachgekommen. Dann hat er gemahnt - Sie haben das ja beschlossen; wir haben nicht zugestimmt, aber die GRÜNEN und die seinerzeitigen Liberalen haben zugestimmt mit Rot und Schwarz -, dann hat er plötzlich 6 400 Rechtsträger gehabt. Da haben viele das anonymisiert abgegeben. Ich glaube, der ORF hat sich da auch ausgezeichnet. Da sollen allein 500 Leute mit diesem Einkommen herumkriechen. Also, teilweise war das anonymisiert und somit unverwendbar. Dann hat er Einschau gehalten, denn er hat das Recht, Einschau zu halten. Das hat man ihm zum Teil verweigert. Fazit ist: Jetzt sind acht Fälle beim Verfassungsgerichtshof anhängig.

Das heißt, all die Arbeit über drei Jahre, der ungeheure Verwaltungsaufwand, das Steuergeld, das das verschlungen hat, waren vergeblich, denn nach all diesen Jahren gibt es den Bericht eigentlich nicht, zumindest nicht den für uns wesentlichen Teil. Der Rest allein ist von eingeschränkter Aussagekraft, entspricht nicht dem vollen Willen des Gesetzgebers und ist letztlich wertlos. Für diese statistischen Daten allein hätte man die Beamten des Rechnungshofs nicht bemühen müssen, das hätte das Statistische Zentralamt auch machen können.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren: Wir

nehmen diesen unvollständigen Teilbericht zur Kenntnis, aber mit dem Ausdruck des Bedauerns. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. - Sie hat zurückgezogen.

Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abg Mag Wehsely das Wort. - Bitte.

Abg Mag Sonja Wehsely (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte kurz auf den Bericht über die durchschnittlichen Einkommen eingehen, der ein sehr umfassendes Bild über die Einkommenssituation in unserem Land gibt. Wir sehen darin etwas, was man sicher nicht genug kritisieren kann und woran man nicht genug arbeiten kann, dass es besser wird, nämlich dass wir in unserem Land noch immer sehr, sehr große Unterschiede im Einkommen zwischen Männern und Frauen haben, insbesondere bei Arbeitern und Angestellten und Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten. Deutlich geringer sind die Unterschiede im öffentlichen Dienst, nämlich bei den Beamtinnen und Beamten.

Das liegt insbesondere auch daran, dass Frauen sehr stark Teilzeit arbeiten, dass Männer viel mehr Überstunden machen als Frauen, aber der Hauptgrund für diese Einkommensunterschiede und für die schlechteren Karriere-möglichkeiten von Frauen, insbesondere in der Privatwirtschaft, weil es im öffentlichen Dienst bei weitem besser aussieht, ist die Erwerbsunterbrechung. Alle Studien, die sich - im Gegensatz zu dem, was wir heute hier gehört haben - ernsthaft mit der Frage der unterschiedlichen Einkommen zwischen Männern und Frauen beschäftigen, sagen, dass der wesentliche Grund und der wesentliche Bruch die Erwerbsunterbrechung ist.

Ich glaube, dass es hier einige Punkte gibt, die man anführen muss. Insbesondere weil wir hier im Wiener Landtag sind, glaube ich, dass es wichtig ist, aufzuzeigen, was die Stadt Wien oder die Verantwortlichen in der Regierung dafür tun, damit sich diese Situation ändert.

Ein Punkt ist sicher der - und daran werden wir alle arbeiten müssen -, dass das Bewusstsein in Österreich - wir haben es jetzt gerade in der letzten Wortmeldung vorgeführt bekommen -, dass Erwerbsarbeit und Versorgungsarbeit zwischen Männern und Frauen zu teilen ist, noch nicht wirklich durchgedrungen ist. Also, die Realität in unserem Land und teilweise auch in unserer Stadt ist immer noch die, dass Versorgungsarbeit automatisch Arbeit von Frauen ist und dass daher Erwerbsunterbrechungen bei Frauen bei weitem öfter vorkommen als bei Männern, was dann auch zu diesen Einkommensunterschieden führt.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist - und damit komme ich schon ein bisschen zum Kollegen Ebinger, mit dem ich mich dann noch kurz befassen werde,

denn mehr ist, glaube ich, nicht notwendig -, dass in Österreich auch im Vergleich mit anderen europäischen Staaten das Bewusstsein, dass außerhäusliche Betreuung für Kinder etwas Positives ist, überhaupt noch nicht wirklich durchgedrungen ist. Es gibt in Wahrheit wenig bis keine anderen europäischen Staaten, in denen es nicht selbstverständlich ist, dass die Pflichtschule den ganzen Tag dauert. In Österreich ist Wien das einzige Bundesland, in dem man eine ganztägige Betreuung für Kinder im Pflichtschulalter anbietet.

Es ist auch so, dass Wien das einzige Bundesland ist, von dem wir sagen können, wir haben flächendeckend ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen. Und das lassen wir uns auch etwas kosten. 3,8 Milliarden S des Budgets der Stadt Wien werden jährlich für Kinderbetreuung ausgegeben, was dazu führt, dass wir eine Angebotsvielfalt haben, was dazu führt, dass die Kinder pädagogisch qualitativ hervorragend betreut werden, dass wir für alle drei- bis sechsjährigen Kinder in dieser Stadt einen Kindergartenplatz haben, dass wir auch bei den kleinen, bei den ein- bis zweijährigen Kindern immer besser werden, dass wir Betriebskindergärten fördern, weil das genau die Maßnahmen sind, die notwendig sind, um Erwerbsunterbrechungen möglichst kurz zu halten. Und da, wie ich vorhin gesagt habe, Erwerbsunterbrechungen das Hauptproblem bei unterschiedlichen Einkommen zwischen Männern und Frauen sind, ist das genau die Richtung, in die wir zukünftig auch weiterarbeiten müssen.

Da sind wir jetzt vor einige Probleme gestellt. Es laufen, wie wir bei den letzten Sitzungen auch schon besprochen haben, derzeit Verhandlungen zwischen dem Bund und der Stadt Wien bezüglich der Dienstposten von Lehrern im Pflichtschulbereich, weil es hier zwar an sich akzeptiert und auch zwischen dem Bund und Wien vereinbart ist, dass die Frage der ganztägigen Betreuung eine ganz, ganz wesentliche ist, aber der Finanzminister, der der FPÖ angehört, sich einfach hinstellt und sagt: So, hier werden aber Dienstposten gestrichen. Wir werden das in dieser Art und Weise sicher nicht hinnehmen. Und sollte es Ihnen, Herr Ebinger, wirklich ein Anliegen sein, dass die Einkommensverteilung zwischen Frauen und Männern angeglichen wird, dann würde ich bitten, ein Wörtchen mit Ihrem Herrn Finanzminister zu sprechen.

Ein weiterer wesentlicher Punkt, in dem sich Wien signifikant unterscheidet von dem, was sich im Bund gerade abspielt, ist die Frage des Gleichbehandlungsgesetzes. Wir haben in der letzten Landtagssitzung ein neues Gleichbehandlungsgesetz beschlossen, das die Frauenförderquote auf 50 Prozent angehoben hat, was natürlich dazu führt, dass Frauen noch mehr und verstärkt gefördert werden, um auch in höhere Funktionen zu kommen, was wieder dazu führt, dass eine Einkommensgerechtigkeit hergestellt wird.

Was der Bund tut, ist erstens, dass sich - und

nehme an, dass das auch nicht geplant ist - der Bund nicht an unser Gleichbehandlungsgesetz anschließt, obwohl wir mit der gesetzlichen Regelung, die wir letztes Mal in Wien beschlossen haben, meilenweit vom Bundesgleichbehandlungsgesetz entfernt sind, sondern es kommt viel ärger. Der Bund plant, ein Objektivierungsgesetz zu beschließen und einzuführen, was dazu führt, dass Frauenförderung einfach überhaupt nicht mehr möglich ist, was dazu führen wird - und wir werden das, nehme ich an, in den nächsten Berichten bezüglich des Durchschnittseinkommens der Bevölkerung sehen -, dass es auch im Bund nicht mehr so sein wird, dass es auch bei den Beamtinnen und Beamten nicht mehr so sein wird, dass das Einkommen zwischen Frauen und Männern relativ gleich ist.

Jetzt erlauben Sie mir, einige wenige Sätze - denn ich glaube, mehr wäre zu viel gesagt - zum Herrn Kollegen Ebinger zu sagen. Also, ich weiß nicht genau, wie ich das jetzt orten soll, was hier gerade stattgefunden hat. Ich würde es, um es ein bisschen wienerisch auszudrücken, so einschätzen, dass Sie jetzt um Ihr Leiberl gerannt sind. Ich hoffe für Sie, weil ich immer ein positiv denkender Mensch bin und für alle Leute das Beste will, dass Sie Ihr Leiberl jetzt mit diesem sonderbaren Sammelsurium haben. Andererseits bin ich nicht sicher, denn die Aufmerksamkeit in Ihrer Fraktion war nicht so großartig. Man kann es natürlich auch so einschätzen, dass Sie sich psychologisch langsam auf die kleinere Klubstärke einstellen wollen und jetzt schon üben, wie das ist, wenn Sie wieder weniger sind. Ich weiß es nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)* Also, ich wünsche Ihnen Ihr Leiberl, den Wienerinnen und Wienern wünsche ich es natürlich nicht, dass solche Inhalte vertreten werden.

Nur zu einigen Dingen, weil Sie hier einfach so haarsträubende Sachen gesagt haben. Ich denke doch, sprechen wir über das, was ist, und die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. Nachdem, was bis jetzt in dieser schwarz-blauen Bundesregierung geschehen ist, in der, wie Sie auch sehr lustig gesagt haben - ich hoffe, die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP haben das gehört -, Freiheitliche mit Hilfe der ÖVP regieren - das ist ja originell, das so darzustellen, denn wer der Bundeskanzler ist, ist, glaube ich, schon bekannt, zumindest mir ist es bekannt -, frage ich mich, was bis ins Jahr 2003 passiert, wenn - und davon gehe ich aus - in Windeseile all das durchgezogen wird, was hier geplant ist.

Das ist nämlich, dass die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und die Pensionistinnen und Pensionisten um 28 Milliarden S ärmer werden und die Unternehmerinnen und Unternehmer und Bäuerinnen und Bauern, insbesondere die Großen, um 3 Milliarden S reicher werden.

Was passiert weiters? - Offensichtlich - und das wird ja wirklich nur ausgesprochen halbherzig demontiert - ist geplant, die ÖIAG zur Gänze an den Verein der Freunde von Thomas Prinzhorn zu verscherbeln.

Also, ich weiß nicht, ob die Regierungsbeteiligung jetzt auch dafür da ist, dass es manchen Menschen nach der Regierungsbeteiligung persönlich ökonomisch besser geht. Das ist die neue Qualität der Politik, die meiner Ansicht nach nur abzulehnen ist.

Wir haben Steuererhöhungen, wie wir sie seit Jahren nicht gehabt haben, obwohl Ihr einfaches Parteimitglied noch im August gesagt hat, es wird zu keinen Steuererhöhungen kommen. *(StR Johann Herzog: Das haben Sie ja im Parlament beantragt!)* Wir haben die höchste Abgabenquote, die es jemals in der Zweiten Republik gegeben hat. *(StR Karin Landauer: Sie haben die Steuererhöhung bei der Sondersitzung beantragt!)*

Sie sprechen hier vom Kindergeld, und wenn Sie hier vom Kindergeld für drei Jahre sprechen, dann sieht man eindeutig, wohin der Zug ideologisch geht, nämlich dass es nicht darum geht, Kinderbetreuungseinrichtungen zu schaffen - Sie geben ja zukünftig auch keinen Groschen mehr für Kinderbetreuungseinrichtungen aus Bundesgeld aus -, sondern es geht darum, dass die Frauen Kinder kriegen sollen, dass die Frauen tunlichst zu Hause bleiben sollen und dass die Frauen von ihren Männern abhängig sein sollen. *(StR Karin Landauer: Das ist so ein Blödsinn!)*

Und wenn Sie, Herr Ebinger, hier als Beispiel anführen, was in Kärnten passiert ist, dann muss ich schon sagen, dass ich das zutiefst skurril finde, und zwar aus zwei Gründen.

Der erste Grund ist, dass Sie das als frauenpolitische Maßnahme dargestellt haben, was wirklich absolut skurril ist. Denn erklären Sie mir einmal, wie eine Frau von 6 000 S im Monat unabhängig mit ihrem Kind leben soll. Das ist schlicht und ergreifend unmöglich. *(StR Karin Landauer: Wie hat sie es denn bis jetzt gemacht mit der Geringfügigkeitsgrenze? Das ist so absurd, was Sie da draußen herumquatschen!)*

Sie sprechen dann auch immer von einer Wahlfreiheit, die einfach nur skurril ist, wenn es keine Kinderbetreuungseinrichtungen gibt beziehungsweise die über die Mittagszeit zusperren, denn das kann nur die Wahlfreiheit sein: Wasche ich zuerst die Windeln und putze ich dann die Fenster oder umgekehrt? - Von einer anderen Wahlfreiheit können Sie hier nicht sprechen.

Und insbesondere, weil Sie Kärnten anführen: Vor der Landtagswahl in Kärnten hat das einfache Parteimitglied Prospekte verteilt, in denen angekündigt wurde, jede Kärntnerin und jeder Kärntner können ab dem 1.1.2000 5 700 S Kindergeld für jedes Kind von null bis sechs Jahren bei ihm persönlich anfordern. Am 1.1.2000 war original nichts, und jetzt wird ein Kindergeld von 6 000 S eingeführt, aber nur vom ersten bis zum dritten Geburtstag, unter Anrechnung des Karenzgeldes - das heißt, 5 700 S sind sozusagen für die, die versichert sind, sowieso weg -, und es gilt nur für das erste Kind.

Also, es ist absolut skurril, dass Sie dieses Argument für sich ins Treffen führen. Es war für mich

wieder einmal der Beweis, dass man, wenn man sich auf Sie verlässt, verlassen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke meiner Fraktionskollegin Mag Wehsely und unterstreiche ihre engagierten Argumente für die gerechte Verteilung zwischen Hausarbeit, Kinderarbeit und Erwerbsarbeit. Ansonsten habe ich nicht den Eindruck, dass in der Debatte Argumente gefallen sind, die eine niveauvolle, ernsthafte Auseinandersetzung möglich machen.

Ich bitte daher um Abstimmung.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Danke. - Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Bericht des Rechnungshofs zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig zur Kenntnis genommen.

Die Postnummer 4 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Versteigerungsgesetz geändert wird.

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Dr Rieder. Ich bitte um seinen Bericht.

Berichterstatter amtsf StR Dr Sepp **Rieder**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Ich bitte, der Vorlage nach Eintritt in die Verhandlungen die Zustimmung zu geben.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Postnummer 5 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Einhebung von Umweltabgaben auf Wasser, Abwasser und Müll (Umweltabgabengesetz - UAG) geändert wird.

Der Berichterstatter hiezu ist ebenfalls Herr amtsf StR Dr Rieder. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Dr Sepp **Rieder**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Auch hier ersuche ich, falls eine Verhandlung gewünscht wird, in die Verhandlung einzutreten und



danach der Vorlage die Zustimmung zu geben.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Gemäß § 30c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr StR Herzog. - Bitte.

StR Johann Herzog: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Eingangs möchte ich Kollegin Wehsely für ihre Worte danken. Da waren sehr wichtige Bemerkungen dabei. Vor allem zum Beispiel, dass eben die Sozialistische Partei viel Übung hat, sich - wie sie es zwar nicht gesagt, aber sicher so gemeint hat - auf kleinere Klubstärken einzustellen. Ich glaube, darin hat die SPÖ große Übung (*Beifall bei der FPÖ.*), wenn man weiß, dass sie sich schließlich und endlich von 67 Mandaten, die es einmal gewesen sein müssen, doch deutlich gesundespeckt hat. Und ich gehe davon aus, dass Sie die Übung beibehalten werden. Das darf ich Ihnen schon sagen.

Frau Kollegin Wehsely, noch etwas: Was Sie gemacht haben, war auf weiten Strecken ein "mea culpa". Sie haben Zustände beklagt, die in 30 Jahren sozialistischer Bundespolitik und in 55 Jahren sozialistischer Rathauspolitik herbeigeführt wurden. (*Beifall bei der FPÖ.*) Sehr richtig! Das sind Zustände, die geändert gehören. Sie haben es nicht gemacht in einem halben Jahrhundert oder in 30 Jahren. Sie können davon ausgehen, wir werden es machen. Vielleicht nicht in einem Jahr, aber in zwei. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Dem vorliegenden Antrag über die Einhebung vom Umweltafgaben auf Wasser, Abwasser und Müll werden wir zustimmen, meine Damen und Herren, nicht ohne aber - das möchte ich feststellen - auf die Gebührenpolitik Wiens ein bisschen einzugehen, denn ich glaube, das muss man hervorheben. Hervorheben muss man, in welchem Ausmaß die Rathauskoalition und die sozialistische Mehrheit die Wienerinnen und Wiener über die Gebührenpolitik ausnehmen. Besonders zum Beispiel gerade bei den angesprochenen Wassergebühren wird Jahr für Jahr bis zu einer Summe von 1 Milliarde S zu viel eingehoben, mehr eingehoben, als notwendig wäre. Die Wiener Wassergebühren werden zur Deckung des Defizits der Stadt Wien benützt und für sonst gar nichts.

In der abgelaufenen Periode hat die Koalition aus Roten und Schwarzen alle Anträge der Freiheitlichen, die dahin gerichtet waren, eine Gerechtigkeit in der Gebührenpolitik herbeizuführen, abgeschmettert und abgelehnt. Anstelle der Einführung eines Kostendeckungsprinzips wird weiterhin 1 Milliarde S im Jahr - mal sind mehr, mal sind weniger - dafür verwendet, dass die Bürgerinnen und Bürger Wiens gezwungen sind, Zwangsabgaben zur Budgetsanierung abzuliefern. 1 Milliarde S wird auf diese Art und Weise den

Bürgern entzogen. Und das ist ja nur ein Beispiel unter anderen. Damit werden die Betriebskosten erhöht und damit wird das Wohnen in Wien natürlich teurer. Das ist festzustellen.

Hauptverantwortlich für diese Politik ist sicherlich die Stadt selbst, ist sicherlich die Verwaltung, die über die Gebührensseite eine massive Verteuerung des Wohnens in Wien herbeigeführt hat, denn immerhin machen die Wasser- und Abwassergebühren rund 11 Prozent der gesamten Betriebskosten aus. Das ist ein gewaltiger Brocken, der, wenn es gelänge, hier endlich eine Absenkung herbeizuführen, eine deutliche Entlastung aller Haushalte, der gut gestellten und auch der schlechter gestellten, herbeiführte.

Die Koalition hat aber in diesen Jahren durch Ablehnung von Anträgen, durch Außerachtlassen sämtlicher Initiativen in dieser Richtung bewiesen, dass sie an einer Senkung der Gebühren, an einer Senkung der Wohnkosten aus eigenem Antrieb im eigenen Bereich schlicht und einfach völlig uninteressiert ist.

Zum Beispiel: In den vergangenen 15 Jahren hat sich der Verbraucherpreisindex um zirka 40 Prozent erhöht, die Betriebskosten dagegen, meine Damen und Herren, sind um 120 Prozent explodiert, und das ist zum allergrößten Teil auf die öffentliche Hand zurückzuführen, und in der öffentlichen Hand haben Sie seit Jahrzehnten das Sagen. Sie haben aber immer alles getan, um zu verhindern, dass das Wohnen in Wien wirklich billiger werden kann. Es liegt in der Verantwortung der SPÖ und in den letzten Jahren auch der ÖVP, dass dieser Punkt so herbeigeführt und erreicht wurde.

Man wird daher auch den Wienern in der nächsten Zeit sagen müssen, wer Schuld an dieser Gebührenpolitik hat und wer schuld daran ist, dass Betriebskosten in Wien immer teurer werden. An vorderster Front steht nun einmal die Rathauskoalition, die sich, wie gesagt, durch Jahr und Tag geweigert hat, Veränderungen im Gebührenbereich herbeizuführen.

Die Betriebskosten von 1999, die sich in etwa vom Ende des Jahres 1998 bis zum Ende des Jahres 1999 entwickelt haben, sind um 6 Prozent gestiegen, um satte 6 Prozent angewachsen. Das ist eine unglaublich hohe Zahl, das ist ein Vielfaches der Teuerungsrate, und die Begründung hierfür ist sehr diffus. Herr Faymann hat dafür eigentlich keine Erklärung gebracht.

Aber es ist ja nicht so, dass es nur diese Punkte gäbe. Es ist nicht nur das Wasser, das ein besonders hartes Beispiel ist, wodurch die Wienerinnen und Wiener ganz besonders ausgesackelt werden, es ist ja auch in anderen Bereichen nichts geschehen - trotz Kenntnis der Umstände und trotz Kenntnis der Missstände.

Zum Beispiel: Es werden nach wie vor munter überhöhte Versicherungsprämien von Gemeindemietern eingehoben. Hier hat sich trotz aller Änderungsschwüre des zuständigen Stadtrats auch nichts geändert. Hier wird weiter munter eingehoben, indem

Prämiensätze von den Mietern kassiert werden, die von der Stadt Wien in Zusammenarbeit, in Absprache mit der Wiener Städtischen Versicherung weit höher liegen, als die Konkurrenz anbieten würde. Das muss man feststellen.

Gibt es schon Versicherer, meine Damen und Herren von der Koalition, die neben der Wiener Städtischen ihre Leistungen erbringen? Gibt es bereits andere Versicherer im Gemeindebaubereich, die dafür Sorge tragen, dass das Wohnen in Wien auch in diesem Bereich billiger wird? Haben Sie schon Ausschreibungen vorgenommen und sind diese Ausschreibungen EU-konform oder sind sie wiederum auf kleinere Einheiten hin orientiert und wird das sozusagen als Begründung vorgeschoben, dass man hier nicht EU-konform ausschreiben muss?

Werden die Vorteile der Wiener Stadtverwaltung endlich umgesetzt? - 220 000 Gemeindemieten in städtischen Wohnhäusern sind doch eine große Marktmacht, und wenn man hier versuchte, das Versicherungsunternehmen dazu zu bringen, vernünftige Konditionen anzubieten, hätte man sicher Erfolg. Die Gemeinde Wien, die sozialistische Stadtverwaltung hat das bisher noch nicht einmal versucht, sondern sie nimmt mehr zur Kenntnis als jeder kleinere Häuselbauer, der um sein Geld kämpft und versucht, zu einer günstigen Versicherung mit seinem Unternehmen oder mit seinem Makler zu kommen.

Die Gemeinde Wien hat es nie versucht. Sie wissen aber, dass die Prämien, die die Konkurrenz anbieten würde, um 30 bis 40 Prozent niedriger sind, als sie jetzt an die Wiener Städtische bezahlt werden. Immerhin - auch das ist festzustellen - machen die Versicherungsleistungen im Bereich der Betriebskosten noch immer mehr als 2 Prozent insgesamt aus. Also, auch das ist irgendwie ein Punkt, bei dem es wichtig wäre, dass er angegangen wird und dass eine Veränderung herbeigeführt wird.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe auch, dass zukünftige Ausschreibungen auf einer fairen Basis stattfinden, sodass andere Versicherungsunternehmen als das bis jetzt im Geschäft stehende auch eine faire Chance haben, Angebote zu stellen und Versicherungsleistungen zu erbringen. Aber nicht so, wie mir zum Beispiel bei einem Fall nahe gebracht wurde, wo ein Unternehmen im Bereich der Wiener Stadtwerke AG eine Ausschreibung vorgenommen hat, und zwar via Lieferungsanzeiger im Compass-Verlag, Ausschreibung vom 8.11., das war ein Freitag, das heißt, er wurde als Termin erst wirksam und zur Kenntnis genommen am 11.11., und der Abgabeschluss des Anbotes für Versicherungsunternehmen war bereits der 21.11. Die Personen, die zu mir gekommen sind von diesem Versicherungsunternehmen - ein großes, ein leistungsfähiges Versicherungsunternehmen -, haben mir glaubhaft versichert, dass sie natürlich zur Vorbereitung zwei bis drei Wochen brauchen, dass es darunter nicht geht.

Jeder weiß das, das weiß auch der Auftraggeber.

Das sind Dinge, wo auf subtile Art und Weise Konkurrenz verhindert wird. Ich hoffe, dass ich mich hier irre, und ich hoffe, dass es ein einmaliger Vorgang war. Ich hoffe, dass den Leuten in der dortigen Firma etwas durchgerutscht ist. Aber solche Vorgangsweisen sind genau das, was vielleicht auch in Zukunft auf uns zukommt.

Wir Freiheitliche, meine Damen und Herren, werden sehr genau aufpassen und darauf achten, wie die Abwicklung der Versicherungsausschreibungen durch die Stadt Wien gehandhabt wird, sodass ein faires Verfahren zugunsten der Mieter gewährleistet ist. Um die geht es ja in erster Linie.

Natürlich darf ich noch ein anderes Thema kurz ansprechen. Seit mehr als 15 Jahren zahlen Hunderttausende Gemeindemieten auf Grund fehlender Ausmessung der Nutzflächen zu viel Betriebskosten - unter anderem zu viel Betriebskosten -, natürlich auch viel zu viel und zu hohe Erhaltungsverbesserungsbeiträge. Nach wie vor sind mindestens 120 000 Wienerinnen und Wiener davon betroffen und 120 000 Wienerinnen und Wiener zahlen seit 15 Jahren Unsummen an Geld, das ihnen die sozialistische Stadtverwaltung vorsätzlich entzogen hat, denn die Stadtverwaltung kann sich wohl nicht auf Nichtkenntnis der Gesetze berufen und die Stadtverwaltung war natürlich über die Sachlage informiert.

Das heißt also, die sozialistische Stadtverwaltung hat seit 15 Jahren die Bevölkerung, die in den Gemeindebauten wohnt, ausgenommen und denkt gar nicht daran, den Schaden wieder gutzumachen. Ganz im Gegenteil! Nach wie vor sind die Gemeindemieten gezwungen, von sich aus ihre Anträge zu stellen, und nach wie vor kommt es immer wieder vor, dass eben in diesem Bereich mit bürokratischen Hürden versucht wird, den Mietern das Leben zu vermiesen und die Anträge zu behindern. Das geschieht nach wie vor und es gibt eine Fülle von Beweisen, dass das in diesem Sinne gemacht wird.

Als Beispiel noch angeführt: Erst Ende des Vorjahres haben die Mieter und Mietervertreter der Wohnhausanlage der Siemensstraße nach langem eine Rückzahlung von 737 000 S erkämpft. Es sind um 1 400 Quadratmeter zu viel verrechnet worden, und die Behauptung des Herrn StR Faymann, dass die Rückzahlung von sich aus vorgenommen wurde, ist einfach nicht richtig. Ganz im Gegenteil - ich habe hier die Unterlagen, falls Sie sich dann dafür interessieren -, natürlich mussten die Mieter ihren Kampf und ihren Erfolg gegen den Willen des Stadtrats und gegen Wiener Wohnen durchkämpfen und durchsetzen.

StR Faymann hat etwas anderes gemacht. Er hat publikumswirksam 250 Millionen S an Betriebskosten zurückgezahlt, die er ein Jahr zuvor durch überhöhte Berechnungen einkassiert hat. Er hat sich ein Körbchengeld gemacht, indem er das Geld ein Jahr benutzen und verwenden konnte, und dann hat er so getan, als wäre die Rückgabe ein Geschenk, mit dem er

sozusagen die Mieter erfreuen könnte. Ganz im Gegenteil: Hier wurde durch eine überhöhte Schätzung der Betriebskosten den Mietern ein Schaden zugefügt, indem sie der Stadt Wien 250 Millionen S borgen mussten.

Das sind Vorgangsweisen, die deutlich eines zeigen: Die Koalition und die Sozialistische Partei sind in keiner Weise an Kostensenkungen im Mietenbereich, dort, wo sie es in ureigenster Weise machen könnten, interessiert. Ganz im Gegenteil: Billiger Wohnen, meine Damen und Herren, steht für Rot und Schwarz nicht auf dem Programm. Für uns Freiheitliche schon. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter amtsf StR Dr Sepp **Rieder**: Die sehr geehrte Frau Präsidentin, von uns allseits geschätzt wegen ihrer großen Toleranz, hat heute einmal mehr bewiesen, wie tolerant sie im Umgang mit Reden ist, die eigentlich am Thema vorbeigehen.

Ich will mich jetzt nicht mit der Frage beschäftigen. Ich weiß schon, dass das ein Wahlkampfbeitrag war. Ich denke, dass all das, was Herr Kollege Herzog hier von sich gegeben hat, einen kleinen Schönheitsfehler hat, nämlich man muss das Ganze sehen im Lichte dieser massiven Hinaufschneiderei der Abgaben und Steuern, die von Politikern seiner Partei fast tagtäglich stattfindet, und da fragt man sich, in welcher Relation steht dann Ihre Bemerkung zu dem Verhalten der Bundesregierung und Ihrer Parteifreunde in der Bundesregierung.

Das Zweite ist: Er hat sich beschäftigt mit der Frage des Wassers. Und wenn ich daran denke, dass die Bundesregierung jeden Tag die Bevölkerung beunruhigt mit neuen Ankündigungen, was jetzt auf dem Gebiet der Wälder, der Wasserschutzgebiete, der Seen an Ausverkaufsplänen besteht, wenn man hört, dass aus dem Wasser, aus dem österreichischen Wasser, ein Geschäft gemacht werden soll, dass sozusagen Wasser verkauft werden soll (*StR Johann Herzog: Rot und Schwarz, die werden das Geschäft machen, sonst niemand!*), dann denke ich mir, Herr Kollege Herzog, es wird nicht lange dauern, dass auch die Österreicherinnen und Österreicher für das Wasser beachtliche Beträge zahlen müssen. Gott soll abhüten, der Wähler soll abhüten, würde ich meinen. Aber soviel zu Ihrem Beitrag. (*StR Johann Herzog: Da gibt es auch Geschäfte der Gemeinde Wien!*)

Im Übrigen bitte ich, der Vorlage zuzustimmen.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. (*Rufe und Gegenrufe bei der FPÖ und SPÖ.*) Ich bitte die Damen und Herren, wieder aufzupassen.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke. Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Postnummer 6 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Errichtung eines Fonds zur Finanzierung von Wiener Krankenanstalten (Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds-Gesetz) geändert wird.

Der Berichterstatter hiezu ist ebenfalls Herr amtsf StR Dr Rieder. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Dr Sepp **Rieder**: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auch hier ersuche ich, falls Verhandlungen gewünscht sind, in die Verhandlungen einzutreten und der Gesetzesvorlage die Zustimmung zu geben.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Gemäß § 30c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Kunz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Elena Alessandra **Kunz** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen!

Es ist ja fast wie in alten Zeiten, jetzt nicht als Gesundheitsstadtrat, sondern als Finanzstadtrat, Herr Dr Rieder, aber das Thema bleibt Ihnen nicht ganz erspart, das Thema Spitäler und Spitalsfinanzierung.

Jetzt könnte man meinen, dass das heute eine knochentrockene Materie ist, und wahrscheinlich ist deswegen sonst niemand zur Diskussion gemeldet, weil eine Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Fonds zur Finanzierung von Wiener Krankenanstalten, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds-Gesetz, klingt nicht wahnsinnig aufregend, ist auch nicht furchtbar substanziell. Aber was sich dahinter verbirgt, ist natürlich für uns alle die Ausgestaltung der nächsten Jahre, bis zum Ende des Jahres 2004, wie es uns in den Spitälern der Stadt Wien, und nicht nur in den städtischen Spitälern, sondern ab 2002 auch in den privaten Spitälern, als Patientinnen und Patienten ergehen wird. Ich möchte versuchen, diese trockene Materie vielleicht in nur einigen Punkten ein bisschen lebendiger für Sie zu machen, damit Sie sehen, was bei solchen Verhandlungen eigentlich herauskommt, wenn, so wie dieses Mal, nicht furchtbar viel herauskommt zwischen Bund und Ländern, die diese Art. 15a B-VG-Vereinbarung, die die Basis für die heutige Gesetzesänderung ist, verhandelt haben.

Im Wesentlichen, muss man sagen, haben wir die

Fehler bei der leistungsabhängigen Krankenanstaltenfinanzierung nicht geändert. Im Wesentlichen sind diese Fehler gleich geblieben und ich werde sie Ihnen dann auch an ein paar Bereichen aufzählen.

Dazu gekommen ist aber ein neuer Fehler, und das ist nicht ganz unerwartet gewesen, das ist ein Schiften, ein Schwenken, ein noch stärkeres Schwenken von der Solidargemeinschaft im Bereich der Krankenversicherung hin zu einer Risikoindividualisierung, die darauf abzielt, dass Menschen dann zur Kasse gebeten werden sollen, wenn sie krank sind.

Warum ist dieser Schwenk gemacht worden? - Na, der war unausweichlich, weil die anderen Fehler nicht beseitigt worden sind. Die leistungsabhängige Krankenanstaltenfinanzierung hat nicht dazu geführt, weil mit Fehlern behaftet, dass das System billiger wird. Der Finanzbedarf ist weiterhin gestiegen. Um diesen Finanzbedarf irgendwie abdecken zu können, hat man neue Geldmittel erschließen müssen.

Und jetzt sage ich Ihnen nur ein paar Beispiele für diese Individualisierung von Risiko.

Die Rezeptgebühr ist auf ein Ausmaß angestiegen - und Herr Kollege Kowarik weiß das selber aus Erfahrung mit seinen Kundinnen und Kunden -, das im Vergleich zu allen anderen Kostensteigerungen exorbitant ist. Wenn Sie das vergleichen mit dem Ansteigen der Lebenshaltungskosten in den letzten Jahrzehnten, dann werden Sie sehen, dass das total disparitätisch auseinander geht.

Das ist aber nur ein Bereich. Ambulanzgebühren werden eingeführt, ab 1. März 2001 in den Wiener Krankenanstalten zu bezahlen, natürlich nur von denen, die sie in Anspruch nehmen, das heißt nur von Kranken. Ein Beitrag zu den Spitalskosten. Wir haben ja früher einmal diskutiert: Eigentlich erspart man sich ja doch etwas zu Hause, wenn man in das Spital geht, und warum kann man nicht einen kleinen Kostenbeitrag leisten. Aber jetzt ein weiterer Beitrag von 20 S pro Tag, natürlich wiederum nur von denen, die das Spital stationär aufsuchen, das heißt nur von den Kranken.

Und dann kommt heute noch eine Schadensfallabgeltung von 10 S pro Tag. Das muss man sich vorstellen: 10 S pro Tag Spitalsaufenthalt, nicht von allen, nicht von der Solidargemeinschaft, wiederum nur von den Kranken. Nebstbei auch nicht von den Pharmafirmen, nicht von den medizinisch-technischen Firmen, nicht von der Ärzteschaft et cetera.

Also, das ist ein Schwenk in Richtung Individualisierung des Risikos, der, wie ich sage, nur notwendig geworden ist, weil die Reformen nicht gegriffen haben. Und dass die Reformen nicht greifen, liegt an ein paar grundlegenden Fehlern, und ich möchte Ihnen ein paar Beispiele dazu angeben.

Erster Fehler: keine Qualitätssicherung. Also, minimalste Verbesserungen im Bereich der Qualitätssicherung. Ich weiß nicht, ob Sie sich im Gesundheitswesen vorstellen können, was das heißt, wenn Qualitätssicherung nicht stattfindet. Ich höre zwar

immer vom Herrn Generaldirektor des Krankenanstaltenverbunds, wir haben Qualitätssicherung, denn wir bekommen ja sogar Qualitätspreise. Aber wenn Sie sich anschauen, was das für eine Qualitätssicherung ist, dann läuft es niemals darauf raus, dass harte Daten und Fakten kontrolliert werden, sondern immer irgendwelche netten, patientenfreundlichen Projekte, gegen die natürlich niemand was hat und die sehr schön sind, aber die mit Qualitätssicherung absolut null zu tun haben.

Lassen Sie mich Ihnen an einer Zahl, die für Sie alle, glaube ich, plausibel ist, klar machen, was ich mit den Folgen von fehlender Qualitätssicherung meine. Ich habe mir das Beispiel Kaiserschnittentbindungen angeschaut. Sie wissen, ich bin vor zehn Jahren mittlerweile als Referentin in dieses Haus gekommen und eine meiner ersten Arbeiten in Kooperation und im Auftrag von Jean Margulies war: Wir haben uns die Komplikationen bei Entbindungen angeschaut und wir haben uns diese Kaiserschnittquoten angeschaut.

Herr StR Rieder, heute als Finanzstadtrat, damals als Gesundheitsstadtrat, es gibt von Ihnen eine Antwort, eine Anfragebeantwortung aus dem Jahr 1991, wonach das Allgemeine Krankenhaus der Stadt Wien, schon damals das Zentrum für Risikogeburten, knappe 10 Prozent Kaiserschnittentbindungen hatte. Es gibt jetzt, an Sie gerichtet, aber beantwortet von Ihrer Nachfolgerin bereits, eine Anfragebeantwortung: Kaiserschnittquote am AKH 1999 25,3 Prozent. Das ist eine Steigerung, von 10 Prozent auf 25 Prozent, auf das Zweieinhalbfache. Eine Steigerung, wo ich sage, dass jedes funktionierende Controlling längst hätte schauen müssen, was da los ist. Ich sage ja nicht a priori, da wird gefuscht, aber ich sage, das gibt es doch nicht, dass sich bei Frauen, die sich eigentlich in den letzten 15 Jahren biologisch nicht so ändern konnten, die Kaiserschnittnotwendigkeit dermaßen ändert. Nichts ist geschehen. Dieses Controlling hat total versagt, und ich sage, es versagt in vielen Bereichen im Gesundheitssystem so.

Das medizinische, das fachliche, das ärztliche Controlling des Krankenanstaltenverbunds, behaupte ich, und nicht nur des Krankenanstaltenverbunds, sondern im österreichischen Gesundheitssystem sichtbar, messbar an diesen LKF-Verhandlungsergebnissen, kann nicht funktionieren, sonst könnten solche Ergebnisse nicht auf dem Tisch liegen.

Es ist das AKH selber, das irgendwann einmal, vor einem halben Jahr, gesagt hat, es ist uns aber schon aufgefallen, es ist ein bisschen hoch geworden, schauen wir einmal, was da los ist. Und in diesem Prozess stecken Sie gerade, zu schauen, was da los ist - mit einigen skurrilen Ergebnissen, die ich Ihnen auch nicht vorenthalten möchte. Oder was heißt skurrilen. Mit einigen bezeichnenden Ergebnissen.

Da schreibt immerhin der Vorstand der Abteilung, also Prof Husslein selber: "Bei differenzierter Analyse

für den Anstieg der Kaiserschnittfrequenz sind die Faktoren weniger medizinischer, sondern eher sozio-ökonomischer Natur." Das schreibt er selbst. Und er gibt zum Beispiel an, dass bei Privatpatientinnen in anderen Ländern - England, Amerika, Brasilien et cetera - die Frequenz signifikant höher ist als bei allgemein versicherten Frauen. Das schreibt er. Und er schreibt nicht nur das, er erwähnt auch das pekuniäre, also das materielle Interesse der betreuenden Geburtshelfer. Er erwähnt - einerseits noch verständlich - die abnehmende Duldungsbereitschaft von Frauen, aber auch - bitte, das muss man sich geben - die abnehmende Duldungsbereitschaft des Ehemanns oder Partners bei der Geburt. Weil der nicht mehr so lange Zeit damit verbringen möchte oder weil der vielleicht nicht zuschauen kann, wie seine Frau leidet oder was auch immer er für Probleme hat. Das soll jetzt ein Argument sein für die erhöhte Anzahl von Sektionen.

Er weist auf etwas anderes hin und das finde ich ganz bezeichnend für Wien. In Deutschland gilt die Sektio-Rate als eine der härtesten Parameter für Qualitätssicherung. Und das geht so weit, dass es bei korrekter - oder extensiver, schreibt er - Auslegung des Qualitätssicherungsreglements im Einzelnen sogar zu einem Verlust der Abrechnungsfähigkeit mit den Krankenkassen führen kann.

Herr Finanzstadtrat, das auch an Ihre Adresse. Das ist vielleicht ganz interessant. Es kann sein, dass man irgendwann einmal das Geld nicht mehr kriegt von dort, wo man es kriegen soll, wenn man solche Leistungsparameter oder solche Qualitätsparameter einfach ignoriert. In Wien setzen wir uns einfach total darüber hinweg. Und nicht nur in Wien, muss man ehrlicherweise sagen, sondern wir haben gehört, in Österreich gibt es Sanatorien - und dort sind keine Risikogeburten hoffentlich in Betreuung oder nicht an erster Stelle -, die 60 Prozent und mehr Kaiserschnittquoten haben, wo halt die privatversicherten Patientinnen entbunden werden.

Also, das ist etwas, wo ich wirklich sage, das hat für mich nur mehr mit Politik zu tun, das hat nicht nur mit Finanzen zu tun, sondern das hat zu tun mit der Belastung und auch mit den Leiden und mit den Risiken, die man Frauen zumutet, weil man da einfach schlechte Qualitätssicherung macht und dabei natürlich die Medizin nicht besser werden kann.

Eine ganz, ganz bescheidene Hoffnung auf die mit der neuen LKF-Vereinbarung leicht gestärkte Strukturkommission gestatten Sie mir, aber ich schwöre Ihnen, groß ist diese Hoffnung nicht, dass die da etwas tun wird. Ich glaube, wir werden in Wien selber etwas tun müssen.

Zweiter Bereich: Die ambulanten Leistungen, die ambulant erbrachten Leistungen, sei es im niedergelassenen Bereich, sei es in den Spitalsambulanzen, unterliegen mit wenigen Ausnahmen wiederum nicht der leistungsabhängigen Finanzierung. Das heißt, wir haben weiterhin eine riesige Belastung von Patienten,

die hin- und hergeschickt werden zwischen dem niedergelassenen Bereich und dem Bereich Spitäler und Spitalsambulanzen, und es gibt wiederum keinen Anreiz zu einer Neustrukturierung, mit allen finanziellen Konsequenzen.

Herr Finanzstadtrat, wenn Sie etwas tun wollen, um die ständigen finanziellen Belastungen von Patienten und Patientinnen in Zukunft zu verhindern, dann werden Sie hier jetzt vorbereiten müssen, dass wenigstens ab 2004 irgendwas sich in diesem Bereich ändert, weil sonst ist dieses Debakel nicht in den Griff zu kriegen.

Dritter Fehler: Die LKF lässt weiterhin einige Leistungen dramatisch unterdotiert. Ich habe es hier schon ein paar Mal erwähnt, ich nenne es heute wieder als Beispiel: die Strahlentherapie. Sie wissen, 90 Prozent der Leistungen werden ambulant erbracht. Diese ambulanten Leistungen werden aber nicht im Rahmen der LKF vergütet, sondern die Spitäler kriegen dafür eine Krankenscheinquartalsgebühr. Sie können sich vorstellen, dass bei Kosten von 50 000 S pro Patient oder Patientin und bei Einnahmen von 350 S oder 450 S - das ist jetzt egal - pro Patient oder Patientin niemand ein gesteigertes Interesse daran hat, diesen Bereich irrsinnig auszubauen.

Und ich sage: Die Bauentscheidungsverweigerung von Niederösterreich, denn die Kremser Geschichte ist ja letztlich nichts anderes, als dass da eine Entscheidung verweigert wird, die längst getroffen hätte werden müssen, aber auch die Verhandlungverschleppungen von Wien, und das ist schon ein Vorwurf an den jetzigen Herrn Finanzstadtrat, Verhandlungen, die man viel zügiger, mit viel mehr Druck, mit viel mehr öffentlicher Aufmerksamkeit hätte führen können und führen müssen, haben natürlich damit zu tun, dass in dieser LKF, in diesem LKF-System nach wie vor dieser grundlegende Fehler steckt und auch diesmal wieder nicht behoben worden ist.

Und es gibt - und das ist mir sehr wichtig, Herr Finanzstadtrat - diese Ausrede nicht, Wien zahlt zu viel für die Fremdpatientinnen und Fremdpatienten. Und bitte, schauen Sie sich den Antrag von Frau Dr Neck-Schaukowitsch, den Abänderungsantrag von Frau Dr Neck-Schaukowitsch und vom Herrn Kollegen Hahn zur KAG-Novelle an. Da wird explizit von diesen beiden, von SPÖ und ÖVP, angeführt, dass mit dieser neuen LKF auch verhandelt worden ist die Fremdpatientenabgeltung und dass das somit geregelt ist und dass wir das deswegen ins Wiener KAG aufnehmen wollen.

Meine Fraktion wird es sich angelegen sein lassen, jeden Nachfolger und jede Nachfolgerin von Ihnen daran zu erinnern, wenn diese Ausrede der Fremdpatientenregelung wieder kommt, dass das ein Antrag der SPÖ und der ÖVP war, wo explizit festgehalten worden ist, dass das damit erledigt worden ist. Stichwort § 51a Wiener Krankenanstaltengesetz.

Aber eine Verschlechterung ist noch zu erwähnen, die in diesem neuen Gesetzeswerk, in dieser Art. 15a

B-VG-Vereinbarung gekommen ist, und das ist schon eine ganz erstaunliche Maßnahme. Erstmals werden die Privatspitäler, und zwar die nichtgemeinnützigen Privatspitäler, einbezogen - ab 2002 - in die LKF. Jetzt glaube ich nicht, dass man ganz grundsätzlich dagegen sein müsste. Ich glaube, dass das in einem anders strukturierten System durchaus Sinn machen könnte. So wie das jetzt gemacht wird, macht es keinen Sinn.

Ein Beispiel, wovon wir reden, Häuser, die Sie alle kennen. Viele von Ihnen sind Zusatzversichert, viele von Ihnen sind in diesen Spitälern gelegen, viele von Ihnen haben Freunde, Bekannte, Verwandte, die in diesen Spitälern liegen. Es geht um das Rudolfinerhaus. Es geht um die Privatklinik Josefstadt. Es geht um das Goldene Kreuz. Es geht auch um das Sanatorium Hera. Mein Verdacht, dass das vielleicht auch ein bisschen dazu beigetragen hat, dem zuzustimmen, mag nicht ganz unbegründet sein. Es geht um die Wiener Privatklinik. Es geht um die Privatklinik Döbling. Es geht um alle diese - ich sage jetzt einmal - Luxushäuser. Nicht dass ich sie nicht in dieser Stadt haben möchte, aber man muss sagen Luxushäuser, wo Patientinnen und Patienten liegen, die im Vergleich zu ihrem Einkommen einen sehr, sehr niedrigen Beitrag leisten zur Finanzierung des Gesundheitssystems.

Wir haben eine Höchstbeitragsgrundlage nach wie vor in diesem Land, die es sehr gut verdienenden Menschen - auch uns - ermöglicht, sich eigentlich ein Stück weit aus der Solidargemeinschaft zu entfernen. Wir haben auf der anderen Seite eine Sozialversicherung, die enorme Defizite schreibt. Und was wir jetzt machen, ist: Wir verteilen 1 Milliarde S um von den weniger gut Verdienenden, die verhältnismäßig viel zahlen, zu den sehr gut Verdienenden, die verhältnismäßig wenig zahlen.

Na, wenn Sie mir erklären können, meine Damen und Herren von der ÖVP und von der FPÖ, diese Frage hätte ich schon ganz gerne von Ihnen beantwortet, wenn Sie mir erklären können, wie das mit dem Anliegen des kleinen Mannes oder wie das auch nur mit den Anliegen der Ökonomie im Gesundheitswesen zusammenpassen soll, dann, bitte, melden Sie noch jemand zu dieser Debatte. Es würde mich wirklich freuen, dazu Ihren Standpunkt kennen zu lernen. Nachvollziehbar ist dieser Standpunkt überhaupt nicht.

Die Patienten in den öffentlichen und gemeinnützigen Krankenanstalten werden zur Kasse gebeten, und die Begünstigten sind die Privatversicherungen, die durch die Bank nicht defizitär sind - das wissen Sie - im Krankenversicherungsbereich. Die Begünstigten sind die Träger der Privatspitäler und natürlich auch die Krankenversicherungen, aber auch einige andere, die im Gesundheitswesen schon wirklich genug verdienen.

Was soll man zu dieser Novelle sagen? - Natürlich, das, was wir jetzt in Wien machen, ist aus legisti-

scher Sicht gar nicht anders möglich. Es hat diese Bundesvereinbarung gegeben - Frau Dr Neck-Schaukowitsch ist mit mir einer Meinung - und jetzt muss das im Wiener Recht transformiert werden und das tun wir heute. Und deswegen werden wir jetzt aus ganz pragmatischen Gründen dieser Novelle zustimmen.

Und das möchte ich wirklich ganz explizit festhalten: Man kann ja sagen zu einer Legistik, die unvermeidbar ist, aber man muss nein sagen zu einem Verhandlungsergebnis, das wirklich eine Katastrophe ist, das das Gesundheitswesen auf weitere Jahre hinaus aussaugen und ausbluten wird, das die Defizite vergrößern wird, das die Risikoindividualisierung erhöhen wird. Und wer auch immer diese beiden Ressorts Finanzen und Gesundheit in der neuen Legislaturperiode übernehmen wird, wird gut beraten sein, allerdingendstes Augenmerk darauf zu richten, ab dem ersten Tag, dass ab 2004 bessere Ergebnisse herauskommen und dass Wien seinen Standpunkt besser begründet, klarer transportiert und hoffentlich erfolgreicher durchsetzt. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile dem Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter amtsf StR Dr Sepp Rieder: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Berichterstatter zur Vorlage sehe ich mich nicht veranlasst, jetzt zur gesundheitspolitischen Frage Stellung zu nehmen. Daher beschränke ich mich darauf, Sie zu ersuchen, der Vorlage zuzustimmen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Die Postnummer 7 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betreffend die Regelung des Kindertagesheimwesens geändert wird.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau LhptmSt Laska. Ich bitte Sie, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmSt Grete Laska: Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin!

Ich ersuche um Zustimmung.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Gemäß § 30c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird

gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag KARL. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Franz KARL (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine Damen und Herren!

Es handelt sich hier, wie schon so oft, um ein Euro-Umstellungsgesetz. Ich war ja am Anfang einer, der gemeint hat, man sollte das mit einem einzigen Gesetz umstellen beziehungsweise man könnte das irgendwie automatisch machen. Ich bin eigentlich jetzt sehr froh, dass wir diese Vorgangsweise gewählt haben, weil sie immer wieder die Gelegenheit bietet, kleine Änderungen im Sinne von behinderten Menschen vorzunehmen.

So hat der Arbeitskreis Rechtsbereinigung behindertendiskriminierender Bestimmungen sich auch mit diesem Gesetz befasst und hat folgenden Satz kritisiert: "Kinder, die infolge ihres geistigen oder körperlichen Zustands eine Gefährdung der übrigen Kinder befürchten lassen, können vom Besuch des Kindertagesheims ausgeschlossen werden." Das wurde mit den Worten "ihres geistigen oder körperlichen Zustands" durchaus zu Recht als behindertendiskriminierend empfunden.

Ich habe den Vorschlag gemacht, folgende zwei Sätze anzufügen: "Jedoch dürfen behinderte Kinder nicht vom Besuch von Kindertagesheimen ausgeschlossen werden. Entsprechende Gruppen (Integrationsgruppen) sind nach Maßgabe des Bedarfs zu schaffen."

Es ist hier etwas passiert, was ich durchaus als sehr positiv anmerken möchte, zum Unterschied von manchen anderen Dingen, wo es auch darum ging, behindertenfreundliche Bestimmungen in Gesetzesvorlagen hineinzubringen. Es hat mich die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin beziehungsweise richtigerweise das Büro der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin angerufen und hat gesagt, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin versteht die Intention dieses Antrags, sie möchte nur nicht diese Formulierung.

Na, daran soll es ja wirklich nicht scheitern, und man hat folgende Formulierung vorgeschlagen, die ich nun gemeinsam mit der Kollegin Prof Stubenvoll als Änderungsantrag einbringe:

"Im Art. 1 wird folgender Punkt 1 eingefügt:

§ 3 Abs. 3 wird wie folgt geändert: "Kinder, die infolge ihres Verhaltens eine Gefährdung der übrigen Kinder befürchten lassen, können vom Besuch des Kindertagesheims ausgeschlossen werden."

Damit ist eine völlige Gleichstellung zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern gegeben, und ich bin sehr froh, dass es zu dieser Einigung gekommen ist.

Wie ich schon am Anfang sagte, geben diese Euro-Umstellungsgesetze die Möglichkeit, hier etwas

weiterzubringen, und es ist ja bereits beim Volksbefragungsgesetz, beim Volksabstimmungsgesetz, in diesem Punkt hier, beim nächsten Punkt wird es auch so sein, und auch bei der Gemeindewahlordnung gelungen, Dinge unterzubringen. Ich sehe diese Entwicklung ausgesprochen positiv!

Das, was ich mir noch gewünscht hätte, ist Folgendes: Man hat mir gesagt, dieser letzte Satz, wo die Integrationsgruppen festgelegt werden sollten, würde nicht in dieses Gesetz gehören. Das hat sich allerdings als falsch herausgestellt. Ich habe hier eine Stellungnahme von Frau SR Dr Bachofner, für die ich sehr herzlich danke. Hier heißt es, das könnte verfassungsrechtlich entweder in diesem Gesetz oder im Behindertengesetz stehen. Die Problematik dabei ist eher die Finanzierung. Wenn das hier so ausdrücklich festgelegt wird, trifft es insbesondere auch nichtstädtische Kindertagesheimbetreiber.

Ich habe also durchaus Verständnis, dass man das nicht sofort übers Kreuz brechen kann, sondern dass man darüber reden und verhandeln muss. Das wäre aus meiner Sicht natürlich ein starkes Argument, diesen Landtag und Gemeinderat nicht jetzt aufzulösen, sondern ihn weiter arbeiten zu lassen; das wird leider nicht passieren. Ich bin aber guten Mutes, dass wir in der nächsten Legislaturperiode in dieser Sache auch wieder einen großen Schritt weiterkommen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächste Rednerin ist Frau StR Landauer zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

StR Karin Landauer: Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Es geht hier jetzt um eine Regelung des Kindertagesheimwesens, wie Herr Kollege KARL schon gesagt hat, um die Euro-Anpassung. Es wäre das die Gelegenheit gewesen, den Kindergartenplatz vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr den Familien kostenlos zur Verfügung zu stellen, so wie wir das schon seit einiger Zeit fordern, weil wir einfach glauben, dass Maßnahmen gesetzt werden müssen, die den Stellenwert des Kindes und der Familie aufwerten. Es wurde leider versäumt.

Frau Kollegin Wehsely hat gesagt, dass der Herr Landeshauptmann von Kärnten versprochen hat, mit 1.1.2000 gibt es das Kindergeld für alle. Ja, warum gab es das zu diesem Zeitpunkt nicht? - Weil es da eine SPÖ/ÖVP-Regierung gab und das mit 1.1.2001 eingeführte Modell ist ein Pilotprojekt. Es wäre toll gewesen, wenn zum Beispiel Wien dieses Pilotprojekt gemacht hätte.

Beim Kinderbetreuungsgeld handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Landes Kärnten. Die Abwicklung des Projekts erfolgt durch die zuständige Abteilung 13, Familie, der Kärntner Landesregierung mit Unterstützung der Gemeinden. Das Pilotprojekt beginnt mit 1. Jänner 2001 und endet mit Eintritt der Bundesregelung, die mit 1.1.2002 in Aussicht gestellt wurde. Mit dem Pilotprojekt sollen Erfahrungen



zur gesetzlichen Einführung des Kinderbetreuungsgeldes gewonnen werden.

Ich denke mir, dass es wirklich sehr wünschenswert gewesen wäre, wenn dieses Pilotprojekt zum Beispiel von Wien in Angriff genommen worden wäre.

Die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Laska hat am Samstag in der "Kronen-Zeitung" gemeint, das Kindergeld kann für viele Frauen eine Falle werden. Viele Frauen glauben, das von der Regierung geplante Kinderbetreuungsgeld soll zusätzlich zum Karenzgeld ausbezahlt werden. Das ist ein Irrtum. - Da hat sie nicht Recht, weil das Kinderbetreuungsgeld ist die Fortsetzung des Karenzgeldes. (*Zwischenruf des Abg Mag Helmut Kowarik.*) Doch! Es ist ein anderes Modell, mit anderen Schwerpunkten, mit einem höheren Betrag.

Ich würde nur meinen, wenn Sie quasi eine Aussendung oder eine Pressekonferenz machen, das geht da leider nicht hervor, aber ich nehme an, Sie werden mit dem Herrn Kalina ein Gespräch geführt haben, dass man da nicht unbedingt sagen soll, dass das eine Falle für die Frauen ist. Wir sind der Meinung, dass das für die Frauen, für die Familien und für die Kinder eine ganz, ganz wesentliche Verbesserung darstellen wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es hat am 15. und 16. September in Sevilla eine Jahrestagung gegeben, wo sich die Europäische Beobachtungsstelle für Familienangelegenheiten mit den geringen Geburtenraten befasst hat. Ich will Ihnen ersparen, das Ganze vorzutragen. Sie können sich das sicher alle selber ausheben. Aber gibt es einen ganz wesentlichen Punkt: "Die Verwirklichung der Lebensvorstellungen des Einzelnen, zu denen auch der Kinderwunsch zählt, bedarf der staatlichen Unterstützung."

Und daher denken wir, dass es ganz wichtig wäre, wenn das Kinderbetreuungsgeld kommt, das ja Gott sei Dank kommen wird, einmal bis zum dritten Lebensjahr, dass es dann den Kindergartenplatz vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr kostenlos gibt. Die Mittel dazu sind vorhanden, denn es gibt soundso viele Subventionen, die sehr zu hinterfragen sind, ob sie sinnvoll sind. Aber Steuermittel in die Kinderbetreuung zu investieren, das ist sicherlich Zukunftssicherung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Mag Lapp zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Christine **Lapp** (*Sozialistische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Ich denke mir, Wien darf nicht Kärnten werden. Denn bei solchen Aussagen, wie sie vorher von Frau StR Landauer gemacht wurden, kann man nur davor warnen.

Im Zuge der Euro-Umstellung, die wir heute hier diskutieren oder die heute hier zur Beschlussfassung

erhoben wird, stellt Frau StR Landauer wieder einmal den alten Hut der kostenlosen Kinderbetreuung dar. Ich denke mir, dieser alte Hut hat schon sehr viele Löcher, da regnet es schon sehr stark durch, und umgesetzt wird es nirgends in Österreich. Wien ist da wirklich anders. Und ich kann Sie nur warnen davor, denn die Pilotprojekte, die von Seiten der Freiheitlichen gestartet werden, die sind immer mit Absturz verbunden, nämlich mit Absturz für die Menschen und mit Absturz für die Kinder.

Wenn wir heute und sehr oft über den Stellenwert der Familien und der Kinder sprechen, dann, glaube ich, ist das ein Schuss, der in die Gegenrichtung losgeht. Das haben wir auch schon einige Male diskutiert, aber wir wiederholen es gerne wieder. Vielleicht können Sie dann einmal diese Argumentation mitverfolgen, aber das ist wahrscheinlich zwecklos.

Wien bietet für ganz Österreich zwei Drittel aller Kinderstubenplätze an. Das heißt, in Wien gibt es zwei Drittel davon, und die Frauen können in Wien Beruf und Familie vereinbaren. 70 Prozent der Mütter in unserer Stadt sind berufstätig, und unsere Maßnahmen setzen genau darauf an. Denn Familien brauchen nicht ein paar Almosen, ein bisschen Geld, das zum Sterben zu viel ist und zum Überleben zu wenig. Familien brauchen nicht Almosen und Brosamen, sondern Familien brauchen Infrastruktur, Familien brauchen Unterstützung und Familien wollen nicht abgedrängt werden.

Bis jetzt ist es so, dass das Karenzgeld eine Versicherungsleistung ist. (*StR Karin Landauer: Lassen Sie doch die Familien selbst entscheiden!*) Das Kindergeld, das eingeführt wird von Seiten der Bundesregierung, oder wahrscheinlich wird da noch lange hin und her überlegt und diskutiert, das bringt das volle Bummerl für die Frauen in Österreich. Ein Bummerl nämlich, dass sie weniger Geld zur Verfügung haben in Zeiten der Kinderbetreuung und dass sie dann auch weniger Geld haben in der Pension, wenn sie in den Ruhestand treten. Ich denke mir, das ist ein freiheitliches Pilotprojekt, wo man ganz einfach nur den Schleudersitz betätigen kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wien setzt auf das Angebot. Wir haben ein Angebot, dass - und Kollegin Wehsely hat das heute schon ausgeführt - alle 3- bis 6-jährigen Kinder in unserer Stadt einen pädagogisch wertvollen und sehr spannenden Kindergartenplatz bekommen können. Die Strukturierung ist so, dass jene Familien, die es sich leisten können, einen vollen Beitrag zu zahlen, diesen Beitrag zahlen und dass jene Familien, die eine Unterstützung brauchen, unterstützt werden von der Stadt. Das ist soziale Treffsicherheit à la Wien, denn die soziale Treffsicherheit dieser FPÖ/ÖVP-Bundesregierung trifft nämlich alle. (*Zwischenruf des Abg Kurth-Bodo Blind.*) Ich denke mir, es ist wesentlich, dass wir die Menschen unterstützen und dass wir nicht alle zur Kasse bitten und dass wir die Familien bei ihrer Alltagsarbeit unterstützen.

Im Bund werden die Menschen als Spielfiguren

gesehen, und die Tendenzen gehen ganz einfach in diese Richtung, dass gesagt wird, für 5 700 S, liebe Frauen, da könnt ihr euch das aussuchen und da habt ihr die Wahlfreiheit. *(StR Karin Landauer: Die Familien sollen selbst entscheiden können!)*

Diese Wahlfreiheit - da bin ich mir ganz, ganz sicher - werden die Frauen nicht annehmen, denn die Frauen lassen sich nicht mehr zurückdrängen, besonders in unserer Bundeshauptstadt, in Wien. Die Frauen wollen Berufstätigkeit und Familienleben vereinbaren und für diese Vereinbarkeit sind wir Wiener SozialdemokratInnen wichtige Partner. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Wir sehen die Dienstleistungen der Stadt Wien im Bereich der Kinderbetreuung als Dienst an den Kundinnen und Kunden, als Dienst, ein besseres Leben in unserer Stadt zu ermöglichen - ganz im Gegenteil zu den Maßnahmen, die auf der Bundesseite gesetzt werden, wo eher darauf geschaut wird, wie kann man möglichst vielen Leuten viel Geld aus der Tasche ziehen, damit man möglichst wenigen Leuten das ganz viele Geld wieder hineinschieben kann.

Jetzt möchte ich zum Schluss kommen. Ich denke mir, der Wiener Weg ist ein sehr erfolgreicher, und auch Ihre Schreiereien werden uns nicht abbringen, denn wir haben ganz einfach das erfolgreichere Modell und auch das zukunftsweisende Modell vor allem für die Kinder und Familien in unserer Stadt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin LhptmSt Grete **Laska**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Antrag, der eingebracht wurde, sage ich ein Dankeschön, dass er eingebracht wurde, und ein Dankeschön auch für den Hinweis. Wobei ich gleich dazusagen möchte: Die Ursprungsformulierung war nicht eine, die mit der Absicht, die Sie vermuten, formuliert wurde, denn auch sie war eine allgemeine Formulierung, die sowohl Kinder mit besonderen Bedürfnissen als auch nichtbehinderte Kinder betreffen hätte. Aber es ist richtig, und daher ist der Hinweis auch in Ordnung gewesen, dass man selbst mit missbräuchlichen oder missverständlichen Formulierungen vorsichtig sein muss. Daher habe ich dem gerne Rechnung getragen und bitte auch um Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag.

Nur zwei, drei Bemerkungen zu der jetzt zuletzt erfolgten Diskussion und zu dem, was Sie, Frau Kollegin Landauer, hier eingebracht haben.

Zum Ersten: Ich danke für das Angebot, mich in meiner Pressearbeit zu unterstützen. Nachdem Sie festgestellt haben, dass auch dieser Artikel in der "Kronen-Zeitung" inhaltlich richtig war und ich mich pressemäßig hervorragend betreut fühle, danke ich für das Angebot, nehme es aber nicht wahr.

Ich könnte dem vielleicht näher treten, sollte das

so vonstatten gehen, dass Sie in Zukunft auch nur das sagen, wovon man Sie beraten hat, dass es inhaltlich klug ist. Ich habe meine politische und ideologische Überzeugung, Sie haben Ihre. Wir werden die Kräfte messen, das Ergebnis am Abend des 25. März haben und dann damit leben müssen - jeder, wie es für ihn ausgeht.

Zum Zweiten aber, und da haben Sie die Kraft des Handelns in der Hand, und ich weiß nicht, warum Sie es nicht einfach tun. Wenn Sie sich den Gratiskinder-gartenplatz von 3 bis 6 wünschen, und zwar nicht zu Lasten eines Landesbudgets oder eines Stadtbudgets, sondern es soll ja generell für alle Bundesländer gleich gelten und für alle Kinder in ganz Österreich gleich gelten, na, dann machen Sie auf Bundesebene eine gesetzliche Regelung, wo auch der Kindergarten als pädagogische Einrichtung festgelegt wird, wo die Personalkosten so wie im Schulbereich vom Bund übernommen werden. Dann ist das überhaupt kein Problem, denn der große Brocken sind die Personalkosten. Und dann können wir auch darüber reden, wie sich das in weiterer Folge darstellt.

Ich glaube nach wie vor, dass durchaus die Regelung, wie wir sie in Wien haben, nämlich diese soziale Staffelung, eine ist, die jenen Menschen hilft, die es brauchen, und für jene, die es sich leisten können, eine auch gestützte, aber erträgliche finanzielle Leistung ist. Denn das muss man ja auch sagen: Auch in der familiären finanziellen Gestion soll es nicht so sein, dass Kinder nichts kosten dürfen, sondern dass das Geld durchaus dementsprechend eingesetzt werden soll.

Zu der ganzen Kindergelddiskussion nur eines, wobei ich mir über den pädagogischen Erfolg dieser meiner Anmerkungen bewusst bin. Man soll schon ein bisschen unterscheiden und dann auch richtigerweise sagen, was ist angekündigt, was ist durchgeführt. Und gerade wenn Sie das neue Argument der Geburtenrate hier einbringen: Also, mit der letzten Variante, die diskutiert wurde beim Kindergeld, nämlich das Kindergeld nur für ein Kind auszubezahlen, wird man die Geburtenrate nicht rasend in die Höhe schleudern können. *(StR Karin Landauer: Das stimmt ja nicht!)* Natürlich. Jetzt sind alle Vorschläge sozusagen in die Mixtur des Arbeitskreises eingegangen, und wir warten darauf, was dieser Arbeitskreis zustande bringen wird. Dann werden wir ja wieder über dieses Ergebnis diskutieren und weiterreden.

Nur, auch das, was in Kärnten jetzt im Pilotprojekt umgesetzt wird *(StR Karin Landauer: 6 250 S jetzt schon!)*, richtet sich nur an ein Kind, nicht an alle Kinder. Also, die Geburtenrate wird in Kärnten nicht rasend in die Höhe schnellen, wenn jeder weiß, das Geld kriegt er sozusagen nur für ein Kind. Für das jüngste Kind noch dazu. Also, wenn man nicht riskieren will, dass man unter Umständen kein jüngstes Kind mehr hat, dann muss man es gleich für das erste nehmen und sagen, das Risiko der anderen nehme ich gar nicht in Kauf.

Und die versicherungsmäßige Absicherung, und weil Sie 6 250 S dazwischengerufen haben: Na, was sind denn die 6 250 S? - Die ergeben sich ja nur dann, wenn 250 S in die Pensionsversicherung eingezahlt werden. Und die Sozialversicherung? - Die besteht überhaupt nicht. Das heißt, wenn jemand sozialversichert sein will, muss er erst recht diese Leistung zahlen und dann hat er weniger.

Die Alleinerzieherinnen, die jetzt karenzgeldmäßig besser bedient sind, die haben überhaupt weniger. Also, das ist keine Maßnahme im Sinne der allein erziehenden Frauen, die teilweise sogar notwendigerweise die Erhöhung brauchen. Auf die nehmen Sie überhaupt keine Rücksicht. Das ist ja auch nicht Ihre Zielgruppe. Ich verstehe es schon, denn das sind weder kleine Männer noch sonstige Menschen, denen Sie sich zuwenden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Übrigen meine ich, dass die Veränderung, die mit diesem Gesetz ... *(StR Karin Landauer: Die Menschen können jetzt dazuverdienen!)* Bitte, das ist ja die Lächerlichkeit zum Quadrat! Sie sagen, Sie geben ihnen das Geld. Sie können dazuverdienen. Und mit den 6 000 S sollen sie dann noch einen vollen Beitrag im Kindertagesheim schaffen und die Winzlinge nach der Schutzfrist in das Kindertagesheim geben? Das ist Ihre Familienpolitik? - Da sage ich: Danke, das wollen wir in Wien nicht! *(Beifall bei der SPÖ. - StR Karin Landauer: Lassen Sie doch die Menschen frei entscheiden!)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Es wurde ein Abänderungsantrag eingebracht, über den ich zuerst abstimmen lasse. Sie kennen den Inhalt. Es ist der Abänderungsantrag der Abgen Mag Franz KARL und Prof Erika Stubenvoll, betreffend eine Verbesserung in der Formulierung zugunsten behinderter Kinder.

Wer für diesen Abänderungsantrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Diesen Abänderungsantrag unterstützen alle Abgeordneten. Er ist somit einstimmig angenommen und wird in die generelle Abstimmung des Gesetzes einfließen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage inklusive Abänderungsantrag. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das ist in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Postnummer 8 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987, das Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz und das Wiener Leichen-

und Bestattungsgesetz geändert werden (Euro-Umstellungsgesetz Gesundheitswesen).

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Dr Pittermann. Ich bitte sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Dr Elisabeth Pittermann: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Ich ersuche Sie um Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetzesentwurf und bitte Sie, wenn es gewünscht wird, in die Debatte einzutreten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Gemäß § 30c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Sander. Ich erteile es ihr.

Abg Jutta Sander *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Im Prinzip handelt es sich bei dieser Veränderung des Krankenanstaltengesetzes, wie schon zuerst erwähnt wurde, um eine Euro-Anpassung.

Ich möchte diese Gelegenheit aber auch nutzen, um auf Behindertengerechtigkeit oder Nichtbehindertengerechtigkeit bezüglich der Krankenanstalten einzugehen.

Ich erwähne einmal, dass wir in unserer Arbeitsgruppe, wo es darum geht, behindertendiskriminierende Bestimmungen aus den Gesetzen herauszubekommen, sehr umfangreich über das Krankenanstaltengesetz, über die Krankenanstalten, über die Auswirkungen, über negative Auswirkungen für Behinderte, die es dort gibt, gesprochen haben und eigentlich sehr konsensual diskutiert haben. Ich habe eigentlich immer erwartet, dass diese Veränderungen dann auch hier im Landtag als Gesetzesänderungen im Krankenanstaltengesetz wiederzufinden wären.

Angesichts der Tagesordnung habe ich mich dann letzte Woche mit anderen Fraktionen besprochen und festgestellt, dass überhaupt nicht beabsichtigt ist, die Probleme, die im Krankenanstaltenbereich aufgezeigt wurden, gesetzlich zu verbessern. Ich habe bei dieser Gelegenheit aus dem Büro der Dritten Landtagspräsidentin, der Frau Stubenvoll, ein Fax bekommen, eine Stellungnahme zur Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes, eine Stellungnahme zu unserer Besprechung in der Arbeitsgruppe vom Februar 2000. Leider ist sie nicht datiert, es ist mir unbekannt, mit welchem Datum diese Stellungnahme gemacht wurde. Diese Stellungnahme ist auch nicht gezeichnet. Das heißt, ich weiß auch nicht, welcher Jurist oder welche Juristin sie erstellt hat. Aber immerhin denke ich mir, diese Stellungnahme ist sicher ein halbes oder ein dreiviertel Jahr alt. Ich bedaure, dass wir diese Stellungnahme in dieser Form in der Arbeitsgruppe nie zu Gesicht bekommen haben. Da steht nämlich sehr klar und deutlich drinnen, dass sich die Vorschläge zur Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes im Wesentlichen auf die Vorschreibung

barrierefreier Zugänge beziehen und dass diese Vorschläge dann eigentlich korrekterweise in der Bauordnung realisiert werden müssten. Soweit, sehr verkürzt dargestellt, was unsere Änderungsdiskussion zum Krankenanstaltengesetz betroffen hätte.

Jetzt haben wir die Bauordnung im Dezember hier auf der Tagesordnung gehabt, und da gab es einen Initiativantrag, unterstützt von der SPÖ, der ÖVP und den Freiheitlichen, der aber so wenig an Inhalt in sich hatte, dass wir GRÜNEN und die Liberalen dort nicht einmal draufgegangen sind, weil wir gesagt haben, das ist eine Farce, das ist wirklich ein Vor-den-Kopf-Stoßen der betroffenen Personen, die so abzuspeisen. Das kann nicht der Output für die Betroffenen, für das Krankenanstaltengesetz und für viele andere Gesetze, die wir besprochen haben, mit der Auswirkung auf die Bauordnung sein.

Also, ich finde, dass das eigentlich ziemlich schlecht koordiniert war, muss ich wirklich sagen, und dadurch, dass ich dieses Stellungnahme erst letzte Woche bekommen habe, zum ersten Mal gesehen habe, finde ich es umso sonderbarer, dass man sich nicht früher darum bemüht hat, diese Dinge in der Bauordnung unterzubringen.

Und nur um zu zeigen, wie dann in der Bauordnung damit umgegangen wird, wenn es nicht in der Bauordnung steht. Ich habe ganz neue Anfragebeantwortungen, die eine vom 10. und die andere vom 17. Jänner aus dem Stadtratbüro Faymann, wo ich gefragt habe, wie denn das aussieht. Ich möchte es hier sozusagen als Beispiel verwenden, wie es beim neu errichteten Geschäfts- und Entertainmentcenter W 3 in der Landstraße mit den Vorkehrungen für mobilitätsbehinderte, hörbehinderte und gehörlose, sehbehinderte und blinde Menschen aussieht. Die Antwort ist natürlich ernüchternd. Ganz klar steht drinnen: Für gehörbehinderte beziehungsweise gehörlose und sehbehinderte beziehungsweise blinde Menschen wurden keine zusätzlichen Einrichtungen vorgesehen und konnten solche seitens der Baubehörde und der Veranstaltungsbehörde nicht verlangt werden, da weder in der Bauordnung für Wien noch im Wiener Veranstaltungsgesetz, im Wiener Veranstaltungsstättengesetz oder im Wiener Kinogesetz diesbezügliche Forderungen enthalten sind. Es gibt dann noch einen Absatz ganz zum Schluss, in dem steht drinnen: Es gibt aktuelle Bestrebungen, die Bestimmungen der Bauordnung für Wien, des Wiener Veranstaltungsgesetzes, des Wiener Garagengesetzes im Sinne des barrierefreien Planens und Bauens zu ändern; dieses Vorhaben wird im Grundsatz aktiv unterstützt.

Ich frage von dieser Stelle aus schon: Was ist die aktive Unterstützung? - Ich merke eigentlich nichts davon, wenn ich vor allem an den Drei-Fraktionen-Antrag vom Dezember denke. Da ist nicht viel dran, da ist nicht viel drin, da sind ein paar Knochen, aber das Fleisch fehlt.

Genauso ernüchternd war die Antwort zu "Turm

und Riegel", das ist ein Bau, der in der Mariahilfer Straße, gleich beim Gürtel, realisiert werden wird. Da steht auch ganz kurz: "Grundsätzlich ist jedoch festzustellen, dass baubehördlich keine über die Bestimmung der Bauordnung für Wien hinausgehenden Forderungen hinsichtlich der besseren Benützbarkeit der Gebäude für mobilitätsbehinderte Personen gestellt werden könnten. So können insbesondere auch keine speziellen Vorkehrungen für hörbehinderte beziehungsweise gehörlose und sehbehinderte beziehungsweise blinde Menschen durchgesetzt werden."

Ja, so schaut es aus. Und so wird das auch ausschauen, wenn man in Zukunft danach fragt, wie es dann in den Krankenanstalten aussieht. Dann wird man auch die Antwort bekommen: Tut uns Leid, in der Bauordnung steht nichts drinnen und daher wird auch nichts geändert.

So kann es nicht sein, und ich bin irrsinnig unzufrieden über die tatsächlichen Ergebnisse der Arbeitsgruppe, denn auch wenn heute hier von Herrn KARL der eine oder andere kleine Antrag eingebracht wurde beziehungsweise noch wird, der Behindertendiskriminierung ein Stück weit verringern soll, so fehlen doch im Großen die maßgeblichen Schritte für die Integration der behinderten Menschen. Und wenn Sie es sich auch noch genauer anschauen, was aus den Antworten aus dem Büro Faymann herauskommt: Es gibt eigentlich nicht wirklich den Wunsch, diese Integration aktiv zu betreiben. Und das stört mich eigentlich am meisten.

So gesehen bedaure ich es noch einmal, dass im Krankenanstaltengesetz derartige Veränderungen nicht möglich sind und dass es versäumt wurde, bei der Bauordnung die entsprechenden Änderungen einzubringen. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Mag Franz KARL zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Franz KARL (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin auch nicht sehr zufrieden, aber man muss halt in gewissen Dingen realistisch sein.

Ich sage zuerst einmal zu dem von der Kollegin Sander zitierten Rechtsgutachten: Ich will es jetzt nicht beschwören, aber ich bilde mir ein, dass ich das als Vorsitzender der Arbeitsgruppe schon irgendwann im Frühjahr ausgeschickt habe. Es stammt von dem von mir und von vielen äußerst geschätzten und leider viel zu früh verstorbenen Bereichsdirektor Dr Ponzer. Man wird zwar mit mir schimpfen, aber ich nehme jetzt doch die Gelegenheit wahr, das genauer zu verlesen:

"Die Vorschläge zur Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes beziehen sich im Wesentlichen auf die Vorschreibung barrierefreier Zugänge. Gemäß Art. 12 Bundes-Verfassungsgesetz ist in Angelegenheiten von Heil- und Pflegeanstalten die Gesetzgebung über die Grundsätze Bundessache, die Erlas-

sung von Ausführungsgesetzen und die Vollziehung Landessache. § 3 Abs. 2 lit. c und § 4 Abs. 2 lit. c" - und ich darf noch ergänzen auch der § 6 Abs. 1 - "Wiener Krankenanstaltengesetz verlangen, dass das für die Unterbringung der Anstalt geplante oder bereits vorhandene Gebäude hinsichtlich der Ausführung oder Verwendung solcher Gebäude vorgesehenen bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften entspricht. Die Bauordnung für Wien beinhaltet in einer Reihe von Bestimmungen - §§ 97, 106a, 119a - Vorschriften über eine behindertengerechte Bauweise, deren Einhaltung im Rahmen einer Bewilligung nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz vorgeschrieben werden könnte und die in der Praxis von der MA 15 auch vorgeschrieben wird. Die ausdrückliche Festschreibung eines barrierefreien Zugangs im Wiener Krankenanstaltengesetz führt meines Erachtens jedoch zu einer Normenkollision, da Normierungen dieser Art Sache des Baurechts sind und auch in der Bauordnung für Wien bereits getroffen wurden. Im Sinne der Anliegen der Behindertenvertreter könnten diese Bestimmungen der Bauordnung für Wien auch noch verbessert werden." - Das glaube ich. "Schon aus kompetenzrechtlichen Gründen ist barrierefreies Bauen in der Bauordnung für Wien und nicht im Wiener Krankenanstaltengesetz zu regeln. Außerdem würden Normierungen über barrierefreies Bauen im Wiener Krankenanstaltengesetz zu einer unerwünschten Rechtszersplitterung führen."

Also, hier ist Ponzer für mich schon - wie soll ich sagen - ganz, ganz maßgeblich.

Natürlich hat Kollegin Sander Recht, dass das, was wir als Antrag für die Bauordnung eingebracht haben, nur ein Teil der Wünsche der Arbeitsgruppe ist, und niemand bedauert es mehr als ich, dass wir nur einen Teil eingebracht haben. Es war in Verhandlungen mit dem Büro Faymann nicht möglich, hier mehr durchzusetzen.

Im Veranstaltungsstättengesetz - ich glaube, da ist die Kollegin Sander sogar Mitunterzeichnerin des Antrags - steht zumindest einiges mehr drinnen, was für die Behindertenfreundlichkeit des Herrn StR Dr Peter Marboe spricht.

Wenn ich schon dabei bin, sage ich es jetzt gleich: Besonders traurig finde ich es, dass eine Novellierung des Wiener Tanzschulgesetzes, die im letzten Kulturausschuss gegen die Stimme der Frau Hecht vom Liberalen Klub, beschlossen wurde, nicht mehr zur Abstimmung gelangen kann, da wir diesen einen Satz nach Brüssel schicken müssen. Weil es im weitesten Sinn mit technischen Dingen zu tun hat, müssen wir das nach Brüssel schicken.

Also, wieder ein Argument, meine Damen und Herren, den Landtag und Gemeinderat jetzt noch nicht aufzulösen, sondern später. Hätten wir die normale Zeit auslaufen lassen, hätten wir dieses Gesetz noch beschließen können. Ich hoffe, dass es nicht so ist, wenn wir es neu einbringen, dass wir es dann noch einmal nach Brüssel schicken müssen.

Schließlich war es schon einmal dort, formal ist es aber ein neues Gesetz.

Die gleiche Vorgangsweise gilt auch für den von mir durchaus begrüßten Initiativantrag Schwarzklement und andere von der FPÖ.

Es gibt noch einen weiteren Punkt in der Wunschliste: Der Interessenvertretung behinderter Menschen soll Parteistellung eingeräumt werden. Hier argumentiert Ponzer auch in sehr nachvollziehbarer Weise.

Ich lese nur die einigen wenigen Sätze aus dem Ponzer-Gutachten vor: "Interessenvertretung" - nämlich der behinderten Menschen als bloß beratendes Organ - "ist nicht der Ärztekammer als eigener Rechtsträger mit Rechtspersönlichkeit gleichzuhalten. Davon abgesehen wirken die Mitglieder der Ärzte- und Dentistenkammer unmittelbar an der ärztlichen Versorgung mit. Dies rechtfertigt ihre Parteienstellung hinsichtlich der Bedarfsfrage. Gleiches trifft für die Interessenvertretung behinderter und pflegebedürftiger Menschen nicht zu. Daher ist eine Parteienstellung der Interessenvertretung nicht zu rechtfertigen. Außerdem ist die Parteienstellung der Ärzte- und Dentistenkammer schon im Grundsatzgesetz des Bundes vorgesehen. Die Parteienstellung der Interessenvertretung müsste daher auch grundsatzgesetzlich verankert sein."

Ich habe Dr Ponzer immer als einen auch besonders behindertenfreundlichen Menschen kennen gelernt und glaube daher nicht, dass das eine willkürliche Argumentation ist. Wir müssen diese eben leider beachten und wir müssen in weiteren Verhandlungen darauf schauen, dass wir über diese Einwände hinwegkommen, die sicher rechtlich ihre Bedeutung haben.

Ich darf mich auch noch einmal bei - ich glaube, man kann das fast schon sagen - der Nachfolgerin des Dr Ponzer, bei Frau Dr Bachofner bedanken, die mir in anderen Punkten in einer ähnlich raschen Art und Weise, wie das Dr Ponzer getan hat, zur Seite gestanden ist.

Der letzte Punkt, der nicht durchzuführen war und der auch ausführlich diskutiert werden muss, ist die Frage der Versuche an nicht einwilligungsberechtigten Personen. Hier hat es Einwände - meines Erachtens durchaus berechnete Einwände - der Frau amtsf StR Dr Pittermann gegeben. Ich erinnere auch an die sehr umstrittene Biomedizinkonvention, über die wir schon öfters diskutiert haben. Ich glaube nicht, dass man das wegschieben soll, aber man kann es leider - so leid mir das tut - heute nicht mit einem raschen Abänderungsantrag erledigen.

So ist ein einziger Punkt übrig geblieben, den ich Ihnen als Abänderungsantrag vorlegen darf. Im § 15 Abs. 4 ist folgende Ziffer 9 anzufügen: "In die Ethikkommission soll ein von der Interessenvertretung der behinderten Menschen gewählter Vertreter, wenn dabei behinderte Menschen betroffen sind, berufen werden."

Ich darf diesen Abänderungsantrag überreichen.

Eine letzte Bemerkung: Ich habe am vergangenen Sonntag die Rathausveranstaltung für behinderte Menschen, "Jeder für Jeden", erlebt. Ich darf grundsätzlich einmal Frau Präsidentin Stubenvoll, von der das ausgegangen ist, herzlich gratulieren. Es war das wirklich eine ganz wichtige Supersache. Ich bin auch froh, dass der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister dort öffentlich erklärt hat, dass das jetzt jedes Jahr stattfinden wird. Trotzdem darf ich einen kleinen Kritikpunkt hier anfügen. Wenn die Eröffnung - dagegen hätte ich noch nichts gehabt - durch zwei SPÖ-Stadträte erfolgt und dann auch die Podiumsdiskussion nur mit zwei SPÖ-Gemeinderäten stattfindet, sonst aber keine andere politische Partei vorhanden ist, so sollte man zumindest für die Zukunftsveranstaltungen ein bisschen mehr auf Ausgewogenheit achten. Trotzdem war das eine ganz großartige Veranstaltung!

Ich sage nur als Leiter des Arbeitskreises "Rechtsbereinigung behinderten diskriminierender Bestimmungen" mit Bedauern: Das ist natürlich ein Event, aber der Kampf um jedes einzelne Wort, um jeden einzelnen Halbsatz in Gesetzen, um das Behindertendiskriminierende wegzubringen - ich kann Ihnen das wirklich sagen -, ist ein sehr mühsamer und hat mich in den letzten Wochen sehr viele Nerven gekostet. Ich bin aber froh, dass ich es getan habe und ich bitte Sie alle, vor allem diejenigen, die in der nächsten Periode auch da sind, dass wir bei diesen Dingen mit voller Kraft weitermachen. Es ist ein sperriges Gebiet. Es ist nicht so leicht hinüberzubringen wie eine Superveranstaltung, aber ich halte es für ganz besonders wichtig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Dr Neck-Schaukowitsch zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats)*: Herr Präsident! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Wiener Landtags!

Die vorliegende Gesetzesnovelle ist eine relativ einfache, nämlich die Euroanpassung, aber sie wird natürlich auch benutzt, um andere Inhalte zusätzlich unterzubringen, was ich persönlich sehr gut verstehen kann.

Vielleicht zur Vorrednerin, Frau Sander: Ich denke, Herr Abg KARL ist auch in meinen Augen, was die Fragen der behinderten Menschen betrifft, für mich so ein seriöser Partner, dass ich dem eigentlich nicht sehr viel hinzuzufügen habe, weil ich glaube, dass er auch aus seiner eigenen Geschichte heraus - ich kenne ihn schon eine Weile - diese Sache gemeinsam mit Erika Stubenvoll und auch ihren Vorgängern seinerzeit schon sehr gut vertreten hat und sich immer wieder bemüht, die Anliegen der behinderten Menschen einzubringen.

Vielleicht nur eine Bemerkung zur Veranstaltung: Ich meine, die Ressortverantwortlichen waren halt

eingeladen. Das ist klar und es ist eben Frau Abg Forster für die Selbsthilfegruppen zuständig. *(Abg Mag Franz KARL: Man darf eine kleine kritische Bemerkung machen!)* Aber ich verstehe das schon. Es darf auch ein bisschen Neid da sein. Das ist auch gestattet.

Zu den Beispielen, die Sie selber im Zusammenhang mit der Bauordnung gebracht haben: Ich bin ohne weiteres bei Ihnen, zu sagen, bei Gesetzesnovellen darüber zu diskutieren und bei einer größeren Gesetzesnovelle, vielleicht im Krankenanstaltengesetz, könnte uns der Bund auch ein bisschen mehr vorgeben, als nur Geldbeschaffungsaktionen zu beschließen, denke ich. Da haben Sie völlig Recht gehabt in Ihrer Wortmeldung zu dem anderen Tagesordnungspunkt, nur die Beispiele, die Sie gebracht haben, waren nicht aus dem Gesundheitsbereich. Wir haben erst vorige Woche einen neu renovierten Pavillon im Krankenhaus Lainz eröffnet. Wenn Sie sich den angeschaut hätten, ich denke, dort, wo etwas neu gemacht wird, ist es gerade in den Gesundheitseinrichtungen und in den Krankenhäusern so - ich kenne etliche neu geschaffene Ambulatorien, gerade zum Beispiel für kleine Kinder -, dass dort im Vorhinein schon ein Selbstverständnis herrscht, dass all diese Dinge, ohne dass alles bis ins letzte Detail zwingend vorgeschrieben ist, durchgeführt werden, auch was Nebenräume, Sanitäräume betrifft. In einem Krankenhaus ist es klar, weil man da generell viel mehr Transporte oder auch Personen mit Rollstühlen et cetera hat. Ich denke mir, ich halte es für sinnvoll, dranzubleiben und darüber weiterzureden.

Zur Gesetzesvorlage selber, glaube ich, ist nicht viel zu sagen, außer, dass ich - Sie haben das auch schon gesagt - fast gezwungenermaßen mit dem Kollegen Hahn hier einen Abänderungsantrag einbringen muss, nämlich in Vollziehung, wie Herr OSR Dr Graf - wir haben es im Ausschuss schon besprochen - schon angekündigt hat, der Bundesgesetzgebung, Verpflichtung Artikel 15a B-VG. Das ist schon klar. Ihre Kritik war da auch richtig. Nicht dass hier eigentlich die Dinge, die hier beschlossen werden, nämlich die 20 S im Zusammenhang mit der Krankenanstaltenfinanzierung sowie die 10 S für die Patientenentschädigung ... Sie wissen, wir haben in Wien diese Einrichtung, ohne dass hier die Patienten sich das praktisch selber finanzieren, schon mit einem guten Erfolg geschaffen. Auf der Bundesebene ist man eben anderer Meinung, sodass man sagt, die Patienten sollen sich das selber finanzieren. Wir müssen es vollziehen. Wien hat hier Vorreiterrolle, nämlich in vorbildlicher Weise, ohne dass diese Finanzierung von Patienten im Vorhinein verlangt wurde, gemacht, so wie wir auch die Verpflichtung haben, dass im Zusammenhang mit dem Sozialrechtsänderungsgesetz, wo der Behandlungsbeitrag für die Ambulanzen eingeführt wird, für die Ermittlung der Daten, wir auch die Verpflichtung der Rechtspfleger hier beschließen müssen, eine Sache, wo ich schon ganz gerne den

Bundesgesetzgeber und die jetzt Verantwortlichen auffordern möchte, nicht nur zu schauen, wie Geld für den Finanzminister hereinkommt, sondern wie kann man gerade im Gesundheitsbereich, und hier sind der Herr Bundesminister und der Herr Staatssekretär aufgerufen, hier in Zusammenhang auch mit Weiterentwicklungen des Gesundheitswesens über Wien hinaus ... Ich denke, Wien ist hier beispielhaft, Wien hat ein hohes Niveau, auch wenn Frau Kollegin Kunz die Qualität gerne in Zweifel zieht. Wir haben hier viele Erfolge.

Vielleicht nur eine Bemerkung im Zusammenhang mit der Frage, die Sie angesprochen haben, was Geburten und Kaiserschnitte betrifft: Ich denke, da muss man sehr genau schauen und sehr genau differenzieren. Ich bin auch nicht dafür, dass vielleicht nur um des Geldes oder der Bequemlichkeit willen oder weil jemand ein Privatpatient ist, voreilig gehandelt wird. Im AKH ist es sicher so, dass wir dort auch auf Grund des Perinatalzentrums sicher mehr Risikogeburten haben. Man muss aufpassen, weil es auch eine Gratwanderung ist, zu sagen, wann die Entscheidung zu fallen hat oder nicht. Ich denke mir, man sollte darüber diskutieren. Da bin ich auch d'accord.

Ich bin ebenso davon überzeugt, dass wir in der nächsten Legislaturperiode im Gesundheitsbereich einiges zu tun haben werden.

Der Abänderungsantrag, den ich hier gemeinsam mit dem Kollegen Hahn einbringe, wurde eigentlich schon im Ausschuss vorbesprochen, aber da war die Gesetzesnovelle auf Bundesebene noch nicht rechtskräftig. Daher konnten wir es im Ausschuss noch nicht beschließen. Deshalb bringe ich ihn hier ein. Ich hoffe aber, dass auch auf Bundesebene vielleicht ein Umdenken geschieht und dass man sich einmal überlegt, dass man das Geld nicht nur zur Budgetsanie- rung verwendet, sondern auch zur Verbesserung der Qualität, nicht nur in Wien, wo wir ein hohes Niveau haben, sondern im Gesundheitswesen Österreichs überhaupt.

Ich ersuche um Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Kunz gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Elena Alessandra **Kunz** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Präsident! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren.

Was aus Sicht der Behinderten zu den Defiziten dieser Novelle zu sagen war, hat meine Kollegin Jutta Sander schon, glaube ich, sehr gut und sehr richtig auf den Punkt gebracht. Ich möchte mich jetzt hauptsächlich mit dem Abänderungsantrag befassen, den die Vorrednerin erwähnt hat, weil ich glaube, dass man zwar einerseits sagen kann - das habe ich auch selbst getan -, legislativ muss irgendwie die Bundesgeschichte umgesetzt werden, trotzdem hätte man aber für einige Probleme - ich werde Ihnen gleich sagen, welche - meiner Meinung nach in Wien andere Lösungen finden können und den Abänderungsantrag

nicht so stellen müssen.

Der erste Punkt, um den es mir geht, ist dieses Aufbringen von Geldern für eine Risikoabgeltung, die Patienten und Patientinnen natürlich haben, wenn sie sich im Gesundheitssystem betreuen lassen, diese 10 S pro Spitalstag und pro Patient, mit denen nicht ganz nachweisbare, aber mit Sicherheit aufgetretene Schäden abgegolten werden sollen. Das finde ich in einigen Punkten problematisch. Der erste problematische Bereich ist, dass wir mit diesen 10 S pro Tag österreichweit eine so geringe Mittelaufbringung erreichen, dass damit alle eingetretenen und nicht ganz eindeutig nachweisbaren Schäden nicht abgegolten werden können.

Was heißt das, wenn man so eine Situation produziert, wo man sagt - das sagt der ÖVP-Gesundheitssprecher Leiner, also ich zitiere nicht unsere eigenen Leute, sondern die Volkspartei: "Voraussichtlich haben wir abzugelten in etwa 800 Millionen S pro Jahr und voraussichtlich werden hereinkommen in etwa 200 Millionen S pro Jahr." - Was macht man in so einer Situation?

Man muss irgendwie ordnen und reihen und das heißt nichts anderes, als dass man drei Viertel der Fälle mangels Mittel ablehnen wird müssen, weil was wird man sonst machen? - Übersetzt und umgelegt auf Wien heißt das, dass unser Patientenanwalt eigentlich nur zum Beschwichtigungshofrat werden kann. Ich meine, ehrlich gesagt, dass er diese Rolle bisher schon ein bisschen gespielt hat, aber das ist eine andere Debatte. Wenn wir ihn jedoch zwingen, den Mangel zu verwalten, dann kann er eigentlich gar nichts anderes tun, als eine Reihung vorzunehmen - sicher nach bestem Wissen und Gewissen -, bei der wahrscheinlich auch in Wien drei Viertel der Betroffenen leer ausgehen werden. Man wird irgendeine Begründung finden müssen, warum sie leer ausgehen beziehungsweise werden sie doch wieder auf den Rechtsweg verwiesen werden müssen und Sie wissen, wie wahnsinnig geringe Chancen auf Erfolg dieser Rechtsweg für die Patienten und Patientinnen hat.

Der zweite Punkt ist, man schafft nicht nur eine Mangelverwaltung, die keineswegs zielführend sein kann, sondern es ist auch absolut ungerecht, es so zu regeln, wie es jetzt geregelt wird. Wir sagen, da geht es um Vorfälle oder Zwischenfälle oder Geschehnisse, deren Verschulden niemandem ganz genau nachzuweisen ist, aber die zweifelsfrei bei der Spitalsbetreuung passiert sind. Wem am allerwenigsten die Schuld daran nachgewiesen werden kann, sind doch wohl die Patientinnen und Patienten. Bei denen das Geld dafür einzuheben, dass ihnen Schäden zugestoßen sind, macht aus meiner Sicht überhaupt keinen Sinn.

Es hat vehementen Protest nicht nur, aber auch, von den GRÜNEN auf Bundesebene gegeben. Es gäbe eine bessere Lösung für diese Frage, von der ich auch glaube, dass sie gelöst werden sollte. Ich glaube



auch, dass es wichtig ist, eine verschuldensunabhängige Lösung zu haben und nicht immer allen Beteiligten mit dem Kriminal drohen zu müssen, aber so ist es ein bisschen merkwürdig. Ich denke, man hätte schauen können und man hätte schauen müssen, dass der notwendige Betrag zusammengezahlt wird und nicht nur so ein Mangelbetrag, sowohl von den Spitalsträgern als auch von den Angehörigen der Gesundheitsberufe über Versicherungen als auch natürlich von den pharmazeutischen Firmen als auch natürlich von den medizinisch-technischen Firmen. Vielleicht hat es Bemühungen seitens Wien in diese Richtungen gegeben. Wenn ja, dann ist davon - ganz traurig - nur wenig publik geworden. Schon alleine das ist, glaube ich, ein Grund, annehmen zu müssen, dass der gute Wille nicht ganz so intensiv war, wie er hätte sein können. Ich glaube, da wäre man zu einer Lösung gekommen, die trotz einer schlechten Bundeslösung eine gescheite Wienlösung ermöglicht hätte. Wir hätten da ein bisschen zeigen können, wie es besser geht. Wir hätten auch ein bisschen Widerstand leisten können, was mir im letzten Jahr sehr recht gewesen wäre.

Dieser Abänderungsantrag zeigt eigentlich nur, dass wir es uns sehr bequem gemacht haben, dass leider mit ziemlicher Fantasielosigkeit Frau Abg Dr Neck-Schaukowitsch und Herr Abg Hahn ans Werk gegangen sind. Das enthält gleichzeitig einen Zynismus gegenüber den Patientinnen und Patienten, den die GRÜNEN nicht so einfach unterstützen können, weshalb wir diesem Abänderungsantrag sicher nicht zustimmen werden.

Ein zweiter Punkt in dem Abänderungsantrag ist die Art und Weise, wie mit der Einhebung der Ambulanzbeiträge umgegangen wird. Ich weiß, die Ambulanzbeiträge werden eingehoben werden müssen, aber auch da zwei Punkte, wie man es besser und anders hätte machen können.

Der eine Punkt ist: Ich vermisste in diesem Abänderungsantrag sehr die Definition, was denn jetzt das Vorliegen eines medizinischen Notfalls sein wird. Wenn das wirklich so ist, dass wir das dem Leitstellenpersonal in den Spitälern überlassen werden, zu definieren, was ein medizinischer Notfall ist, und die Papiere dementsprechend auszufüllen, mit der Konsequenz, dass ein Patient oder eine Patientin in den Ambulanzen zur Kassa gebeten wird oder nicht zur Kassa gebeten wird, so tun mir diese Leitstellenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mehr als Leid. Dann sind das nicht Leitstellen, sondern Leihstellenmitarbeiter, weil die werden jeden Tag den Clinch mit den Patientinnen und Patienten haben, ob das jetzt ein medizinischer Notfall ist oder nicht, und das gehört dringendst geregelt. Wenn es geregelt worden ist durch den Krankenanstaltenverbund, dann hätte man uns das mitteilen können. Wir haben das auch im Ausschuss schon kurz diskutiert. Ich glaube nicht, dass man es sich da so leicht machen kann.

Zweiter Punkt: Wir haben dazu schon vor einigen

Sitzungen einen Antrag eingebracht. Aus grüner Sicht ist es unerträglich, dass Patientinnen und Patienten, die nicht über ihre eigenen ökonomischen Ressourcen entscheiden können, nämlich Kinder, gegebenenfalls nicht ambulante Spitalspflege in Anspruch nehmen werden können, weil die Eltern meinen, das kommt ihnen zu teuer. Das mag in Familien vorkommen, wo das Geld wirklich nicht da ist. Das ist tragisch und unbedingt zu vermeiden. Es mag auch in Familien vorkommen, wo das Geld da wäre, aber die Eltern es vorziehen, es für etwas anderes auszugeben. Das ist für die Kinder aber genauso tragisch und unbedingt zu vermeiden.

Wien hätte eine Lösung finden müssen, um wenigstens Kinder von dieser Ambulanzgebühr auszunehmen, das heißt, eine Refundierungslösung, wo ich mir ganz sicher bin, dass unsere Juristinnen und Juristen es geschafft hätten, uns einen Vorschlag zu machen, wie man das regeln kann, und dann hätte man an den Bund die Namen der Betroffenen gemeldet, aber mit einem Vermerk, dass es laut Paragraph soundso des Wiener Krankenanstaltengesetzes übernommen wird oder was immer uns eingefallen wäre von der Stadt Wien. Das haben Sie verabsäumt. Ich glaube, dass das wirklich - auch ein Wort an Sie, Frau Stadträtin, im Hinblick auf die gerade von Ihnen so betonten sozialmedizinischen Aufgaben dieser Stadt und der sozialmedizinischen Tradition, in der diese Stadt steht - der Tradition würdig gewesen wäre, da eine bessere und gescheitere Lösung zu finden.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf. Es ist erst ab 1. März so weit. Wir haben da zwar höchstwahrscheinlich keine Landtagssitzung mehr, aber irgendwann wird die nächste Landtagssitzung kommen und vielleicht kann man die nächste erste Landtagssitzung, oder welche es auch immer sein wird, dazu verwenden, dieses Defizit noch in Ordnung zu bringen und dafür zu sorgen, dass Kinder, wenn sie krank sind oder wenn der Verdacht auf Krankheit besteht, auf jeden Fall in den Genuss von ambulanten Spitalleistungen kommen. Dann könnten wir so einem Abänderungsantrag zustimmen, derzeit leider nicht. - Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann Römer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin amtsf StR Dr Elisabeth Pittermann: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Frau Abg Kunz, zu Ihrer Wortmeldung: Ich habe hier bei meiner Angelobung einen Eid auf die Befolgung der Gesetze der Republik geschworen. Ich kann die Gesetze - ob ich sie will oder nicht - nicht bewerten. Man hat sie zu vollziehen und sowohl die Ambulanzgebühr als auch der erhöhte Tagsatz sind ein Bundesgesetz und somit vom Landtag zu beschließen. *(Abg Elena Alessandra Kunz: Das ist juristisch*

falsch!)

Wenn Sie sagen, wir sollen Ausführungsbestimmungen in ein Landesgesetz nehmen, muss ich sagen, Sie wissen, wie wenig flexibel das ist. Wenn wir taxativ im Gesetz aufzählen, was alles nicht unter Ambulanzgebühr fällt, dann fällt natürlich alles, was nicht aufgezählt ist, darunter. Es wird sicher eine Anleitung für die Durchführung geben. Es ist auch festgelegt in dem einen Absatz, der natürlich sehr dehnbar ist und in der Eigenverantwortung des behandelnden Arztes liegt, wenn zum gleichen Zeitpunkt in erreichbarer Nähe eine adäquate Hilfe nicht vorhanden ist, dass dann keine Ambulanzgebühr einzuheben ist. Das liegt - wie gesagt - im Ermessen des Arztes. Wir können hier nicht beschließen, was wann auf den Patienten zutrifft.

Ich warne nur davor, alles immer in Gesetze gegossen haben zu wollen, weil damit dem Einzelnen überhaupt keine Entscheidung mehr bleibt und alles, was Sie vorher nicht ins Kalkül ziehen, dann im Vorhinein damit herausfällt.

Dem Kollegen KARL danke ich für seine Feststellungen. Er ist damals an mich herangetreten, dass keine Studien an einwilligungsunfähigen Patienten stattfinden. Es gibt derzeit schon vom Gesetz her die Beschränkung, dass diese nur mit Medikamenten überhaupt durchgeführt werden können, die für die Erkrankung sind, nicht für eine Begleiterkrankung. Ich bin sehr froh, dass er sich dann meiner Argumentation angeschlossen hat, dass wir nie Verbesserungen für jene Patienten oder Menschen finden würden, könnten nicht Medikamente in durch Ethikkommissionen gegangenen kontrollierten Studien durchgeführt werden. Dass in diesen Ethikkommissionen natürlich Vertreter der Behinderten sitzen sollen, ist für mich selbstverständlich und ich bin sehr froh, dass wir das so regeln konnten.

Alles andere, was zu dem Gesetz zu sagen war, wurde bereits von den Debattenrednern gesagt. - Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Präsident Johann **Römer**: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Es liegt ein Abänderungsantrag der Abgen Mag Franz KARL und Erika Stubenvoll vor, betreffend § 15 Abs. 5.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die diesem Abänderungsantrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist einstimmig beschlossen.

Es liegt ein zweiter Abänderungsantrag vor, und zwar von den Abgen Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch und Dr Johannes Hahn. Er betrifft mehrere Paragraphen.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die diesem zweiten Abänderungsantrag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, dieser Antrag ist mehrstimmig angenommen.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang inklusive der

zwei Abänderungsanträge zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, somit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Frau Abg Kunz hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. - Bitte.

GR Elena Alessandra **Kunz** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Es war keineswegs so, dass ich verlangt hätte, dass die Definition des medizinischen Notfalls taxativ ins Wiener Krankenanstaltengesetz aufgenommen werden soll, sondern ich habe verlangt, dass es eine Definition dafür gibt, die den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Spitälern das Leben erleichtert. Das kann natürlich in Form einer Anweisung, einer Anordnung, eines Erlasses, eines wie auch immer gearteten Bemühens zur Schaffung von Klarheit erfolgen.

Ich bin auch nicht Verfechterin einer Legistik, die alles und jedes im Gesetz festschreibt, aber ich bin ebenso nicht die Verfechterin eines Laissez-faire, das heißt, dass in den Spitalsambulanzen die Konflikte zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Patientinnen und Patienten ausgetragen werden müssen. Ich glaube, da lassen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krankenanstaltenverbunds in einem Bereich alleine, der völlig neu ist und wo sie unsere Interpretationshilfe ganz dringend nötig gehabt hätten. - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Römer**: Die Postnummer 9 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Naturschutzgesetz, das Wiener Nationalparkgesetz, das Wiener Baumschutzgesetz und das Wiener Artenhandelsbegleitgesetz geändert werden (Wiener Euro - Umstellungsgesetz - Umweltschutz).

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Svihalek. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Fritz **Svihalek**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Falls zu diesem Entwurf Wortmeldungen vorliegen, bitte ich Sie, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Johann **Römer**: Gemäß § 30c Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Reinberger. Ich erteile es ihr.

Abg Brigitte **Reinberger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Stadtrat!

Meine Damen und Herren!

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Umfang der Rechtsnorm vervielfacht. Viele neue, junge Materien sind dazugekommen, wie auch einige der Gesetze, die jetzt geändert werden sollen. Die Inhalte sind auf den ersten Blick meist zufrieden stellend und sinnvoll. Das Problem ist die Umsetzung. Sie ist häufig mangelhaft. Es ist ein Feigenblatt, weil keine ausreichenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Sie sind bürokratisch kompliziert und die Einhaltung wird zu wenig konsequent eingemahnt. Ich möchte das anhand der heutigen Gesetze plakativ zeigen.

Das Naturschutzgesetz darf nur so weit in Anspruch genommen werden, als der Wert der Natur auch für nachfolgende Generationen erhalten bleibt. In der Umsetzung des Naturschutzgesetzes zeigt sich, dass es manchmal nur schöne leere Worte, Lippenbekenntnisse, sind. Wie sind zum Beispiel die Kriterien, wenn es um die Interessenabwägungen bei der Bewilligung von Eingriffen in die Natur geht, beispielsweise anhand des Lainzer Tunnels?

Oder ein anderer Punkt: Das Naturschutzgesetz sieht vor, dass neben der Feuerpolizei, neben dem Forstschutz, Jagd- oder Fischereiaufsichtern und Ähnlichem auch freiwillige ehrenamtliche Naturwacheorgane bestellt werden können. Das ist an und für sich eine sehr gute Idee. Das ist sehr lobenswert und bewundernswert, insbesondere die Tatsache, dass hier Organe ehrenamtlich tätig werden. Traurig wird es dann, wenn man die Einsatzmöglichkeiten sieht. Kompetenzen sind im Gesetz geregelt, aber leider Gottes nicht weit genug, also zu wenig umfangreich.

Wenn es um finanzielle Unterstützung geht, ist das überhaupt lächerlich. Hier wird es wieder zu dem Feigenblatt, das ich eingangs erwähnt habe. Es reduziert die Möglichkeiten solcher Aufsichtsorgane erheblich, wenn kein Geld zur Verfügung steht. Das heißt, es müsste im Gesetz längst festgeschrieben sein, dass eine Naturwacht als öffentlich-rechtliche Institution auch auf eine gesicherte Finanzierung zurückgreifen kann.

Sie muss auch stärkere Rechte haben. Die Kompetenzen gehören erweitert. Es muss die Möglichkeit bestehen, Organmandate zu verteilen, bereits einen Erlagschein an Zuwiderhandelnde zu übergeben oder auch im ärgsten Fall zum Beispiel eine Festnahme auszusprechen, wie das nach dem Fischereigesetz möglich ist.

Wir Freiheitliche haben uns stets für eine Erhöhung der Unterstützungen solcher Einrichtungen ausgesprochen, aber der Stadtrat hat das abgelehnt.

Die Freiheitlichen haben auch mehr Kontrolle und Schutzmaßnahmen bei Großveranstaltungen, zum Beispiel dem Donauinselfest, verlangt. Die SPÖ hat dazu stets Nein gesagt.

Wir haben rigorosere Kontrollen beim Grillen im Freien gefordert. Insbesondere in den Bezirken ist heftig darüber diskutiert worden. Was war die Ant-

wort der Sozialisten? - Die Freiheitlichen sind ausländerfeindlich.

Im Nationalparkgesetz steht: "Die Sicherstellung des Charakters der Donauauen versus der Freizeitaktivitäten und Besucherattraktionen". Hier versucht der Stadtrat den Spagat, indem er einerseits den Nationalpark medial gut verkaufen will als die Sensation, ein Nationalpark in einer Großstadt, andererseits aber auch als Fremdenverkehrsattraktion und Massenbesucherattraktion zu bewerben.

Zuletzt das Baumschutzgesetz: Natürlich ist der Baumbestand vor ungerechtfertigter, unüberlegter Rodung zu schützen. Das ist richtig, das ist positiv. Aber sehen wir uns dieses Gesetz an, wie bürokratisch, wie kompliziert es ist, welche Härtefälle dadurch entstehen.

Die meisten Einfamilienhäuser und Reihenhäuser verfügen über kleinere Gärten. Wenn die Eigentümer Zu-, Um- oder Neubaumaßnahmen setzen, haben sie zwar wohl einen Anspruch auf Genehmigung zur Baumfällung, aber das geht teilweise nur mit einer erheblichen Auflage an Ersatzpflanzungen, da bereits ab 40 Zentimeter Umfang und dann umso mehr, je größer und je älter der Baum ist, Ersatzbäume zu pflanzen sind.

Oder was ist, wenn jemand in einem älteren Garten mit einem älteren Baumbestand für seine Kinder eine Spielweise erweitern will? Oder wenn ein Hausherr findet, dass ein Baum in seinem Hof zu starken Schatten wirft? - Die andere Möglichkeit, wenn ich die Ersatzpflanzung nicht auf eigenem Grund durchführen kann, besteht darin, sie auf fremdem Grund zu machen. Wer das schon einmal probiert hat im privaten Bereich, der weiß, wovon ich spreche, wenn ich sage, es ist bürokratisch und kompliziert.

Die dritte Alternative wäre, dafür zu zahlen.

Was ist die logische Konsequenz und die Gefahr? - Entweder ist dieses Gesetz ein Verhinderungsgesetz, weil ganz einfach generell dann schon die kleineren Bäume bis 40 Zentimeter abgeschnitten und gefällt werden, damit man nicht eine Genehmigung mit der Auflage der Ersatzpflanzungen braucht oder die andere Alternative, dass die Bäume förmlich zu Tode gepflegt werden. Das ist wirklich nicht das, was wir wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das heißt, es hätten längst Überlegungen angestellt werden müssen zur Vereinfachung, zur Entbürokratisierung und zur Bürgernähe, denn die Bürger verstehen den Druck nicht, der auf sie ausgeübt wird bei Ersatzpflanzungen, wenn sie andererseits das Gefühl oder den Verdacht haben, dass es im Großen nicht so rigoros zugeht. Wenn ganze Alleen oder halbe Parks gerodet werden, dann stellt sich schon die Frage der Bürger an die Politiker: Wo finden hier die Ersatzpflanzungen statt und wie leicht gibt es die Bewilligungen nach dem Naturschutzgesetz oder nach dem Baumschutzgesetz?

Die Conclusio ist daher: Vieles wurde von der Regierung auch bei diesen Gesetzen versäumt, nämlich

bei der Transparenz in der Umsetzung der Normen, bei der strengeren Kontrolle der Einhaltung, bei einer konsequenten Bestrafung von Übertretungen, bei der Reduzierung der Bürokratie beim Verwaltungsabbau und insbesondere bei der Bürgernähe.

Die Freiheitlichen werden auch in der nächsten Periode die Vertretung der Interessen der Wienerinnen und Wiener wahrnehmen. Auch bei der Vereinfachung dieser Gesetze.

Heute haben wir leider nur die Änderung der Euro-Umstellung. Diese muss natürlich sein. Daher stimmen wir dem zu. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Polkorab zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Rosemarie Polkorab *(Sozialistische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Es ist eigenartig, dass gerade immer die FPÖ an gut funktionierenden Einrichtungen etwas auszusetzen hat. Ich denke an die mangelhafte Umsetzung der Gesetze oder wenn Sie das Donauinselfest nennen. Da bin ich eigentlich sprachlos, denn gerade das Donauinselfest ist eines der tollsten Ereignisse Wiens.

Natur erleben heißt, Natur zu verstehen. Verständnis und Liebe zur Natur kann nur durch das Erleben mit Herz, Hand und Kopf vermittelt werden. Um dieses Verständnis bei Kindern und Jugendlichen, aber auch bei älteren Menschen zu erreichen, bietet zum Beispiel das Forstamt der Stadt Wien halbtägige Waldführungen im Wienerwald, in den Aufforstungsgebieten und im Nationalpark Donauauen an. Über 200 Schülergruppen und mehr als 600 000 Besucher im Nationalpark Donauauen haben im vergangenen Jahr diese Möglichkeit benutzt, Natur pur kennen zu lernen. Großen Zuspruch hat auch das Nationalparkboot bei den Besuchern gefunden.

In den wirtschaftlich schwachen Regionen im Rax-, Schneeberg- und Hochschwabgebiet spielt der Tourismus eine entscheidende Rolle. Tourismus bedeutet auch Schaffung einer Infrastruktur, wie Wanderwege, Radrouten, Schilifte, Hütten und so weiter. Diese Aufschließungen der vom Forstamt betreuten Waldbereiche erfolgten nach einer detaillierten Bedarfsanalyse und Abschätzung der zu erwartenden Auswirkungen auf den Wasser- und Landschaftshaushalt.

Das Wiener Jagdgesetz und das Wiener Fischereigesetz finden auch im Nationalparkgebiet ihre Anwendung, jedoch nur so weit, als durch das Wiener Nationalparkgesetz keine anderen Bestimmungen wirksam werden.

Es werden jährlich ein jagdlicher und ein fischereilicher Managementplan festgelegt. Diese werden jährlich am 30. Dezember für das folgende Jahr im Wiener Amtsblatt kundgemacht. In diesem Managementplan sind durch die Zusammenarbeit diverser Organisationen - Jagdverband, Fischereiverband und

so weiter - Abschusspläne, die zulässigen Jagd- und Fischereimethoden und die zulässigen Fütterungs- und Hegemethoden enthalten.

Die Rahmenziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Wien sind im Wiener Naturgesetz von 1998 formuliert. Naturschutz wird in diesem Gesetz definiert als der Schutz und die Pflege der Natur im gesamten Gebiet der Bundeshauptstadt Wien und die Gewährleistung der stadtökologisch notwendigen Erhaltungs-, Ergänzungs- und Erneuerungsmaßnahmen.

Der Grünanteil der gesamten Stadtfläche beträgt - wie wir wissen - zirka 50 Prozent und reicht vom Beseirpark bis hin zu großzügigen historischen Parkanlagen und Stadtwäldern am Rande der Stadt, auf die wir wirklich stolz sein können.

Die Bestimmungen des Wiener Naturschutzgesetzes, des Wiener Nationalparkgesetzes, des Wiener Baumschutzgesetzes und des Artenhandelbegleitgesetzes dienen letztlich dazu, um für uns und unsere Kinder eine intakte Natur zu erhalten.

Heute beschließen wir - wie wir schon gehört haben - das Wiener Euro-Umstellungsgesetz im Bereich Umweltschutz. Ziel ist die Anpassung aller Schillingbeträge im Bereich des Umweltschutzes ab 1.1.2002. Durch die legislatischen Anpassungsmaßnahmen entstehen keine Kosten. Ich ersuche um Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke. Das ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Postnummer 10 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz geändert wird.

Der Berichterstatter hiezu ist Herr amtsf StR Svihalek. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter amtsf StR Fritz Svihalek: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Falls zu diesem Entwurf Wortmeldungen vorliegen, bitte ich Sie, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Johann Römer: Danke sehr. - Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung der

Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Danke, das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 11 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abteilung 9a, vom 3. Jänner 2001, GZZ 9aE Vr 10057/00 und Hv 5889/00, um Zustimmung zur Verfolgung des Herrn Abg Michael Kreißl wegen des Verstoßes gemäß § 111 Abs. 1 und 2 und § 152 StGB.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg Schuster, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Godwin **Schuster**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Immunitätskollegium hat am 17. Jänner 2001 getagt und empfiehlt dem Landtag, der Auslieferung nicht zuzustimmen.

Präsident Johann **Römer**: Danke. - Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Vassilakou. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Maria **Vassilakou** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Verehrte Damen und Herren!

Ich werde heute sehr kurz sprechen. Das wird wahrscheinlich meine kürzeste Landtagsrede werden, weil es in diesem Fall, glaube ich, kaum Sinn macht, längere Reden hier zu halten. Ich möchte nur kurz begründen, warum wir der Auslieferung nicht zustimmen, das heißt, warum wir uns der Empfehlung des Immunitätskollegiums in dieser Causa anschließen möchten.

Zweifelsohne handelt es sich hierbei um eine Äußerung, die der Kollege Abg Kreißl im Zuge seiner politischen Tätigkeit, könnten wir sagen, getätigt hat und genau für solche Fälle gibt es nun einmal diese Immunität. In diesem Sinne sehen wir uns, fast möchte ich sagen, genötigt, nicht auszuliefern.

Das tun wir allerdings sehr ungern und ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, den Herrn Kollegen Kreißl zu ersuchen, falls ein Ersuchen überhaupt noch Sinn macht, von diesem erbärmlichen politischen Stil abzukommen, uns nicht ständig damit geradezu zu überfordern, dass wir einem solchen Antrag nach dem anderen - fast immer übrigens im Zusammenhang mit Kollegen von der FPÖ - zustimmen müssen und auch nicht mehr mit dieser Handlungsweise das Prinzip der Immunität in Wahrheit zu untergraben und so in Frage zu stellen, dass zum Schluss niemand mehr in dieser Bevölkerung im Stande sein wird, zu

verstehen, wozu wir das denn haben, wozu wir das denn überhaupt brauchen. Wenn wir das nicht mehr hätten, wäre das sehr wohl ein großes Problem für diese Demokratie.

Ich ersuche also - wie gesagt - abschließend nochmals und hoffe, erhört zu werden, auch weil uns der Wiener Wahlkampf bevorsteht und das bekanntlich eine Zeit ist, in der so scharfe Worte immer wieder gebraucht werden, vielleicht von diesem Stil abzukommen, denn es kann nicht sein, wenn ich mir so überlege, was wir allein in den letzten Monaten alles gehört haben. Ich wüsste gar nicht mehr, wo ich anfangen soll. Afrikaner als Drogendealer. Ausländer als Kriminelle. Der Wiener Bürgermeister, den ich jetzt nicht in Schutz nehmen möchte, als präpotent und inkompetent in der ZIB 2 vom Herrn Westenthaler bezeichnet und so weiter. Eine unendliche Liste von Beleidigungen, von Injurien und von einer Art und Weise, mit Menschen, mit Bürgern, mit der Bevölkerung, mit den Kollegen umzugehen, die wirklich beschämend, menschenverachtend und erbärmlich ist! Hören Sie damit auf! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger **Stix**: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Für alle, die, die sich nicht mehr daran erinnern: Ich vertrete die guten alten Freiheitlichen der Hirnschall-Zeit, die besseren Freiheitlichen, und bin gläubiger Ordoliberaler seit 1867 und da gibt es klare Prinzipien, ganz egal, ob der Hofratsliberalismus von 1867 eher bürgerlich-liberal, national-liberal, konservativ-liberal oder sozial-liberal ist. Mir ist schon klar, es war ein Hofratsliberalismus.

Klare Prinzipien: Die Immunität ist ein Schutzinstrument für den Wähler. Der Wähler wird geschützt, dass sein Mandatar genauso wie der Angeklagte geschützt wird, dass sein Rechtsanwalt, dass die Patientin oder der Patient geschützt wird, dass ihr Arzt oder ihre Ärztin, der Steuerberater für sie agieren kann. Alles andere ist kein Problem. Die Immunität ist ein Verfolgungshemmnis.

Ich meine, wenn Kollege Kreißl, den ich natürlich lange kenne, wirklich etwas Fürchterliches angestellt hat, dann wird es ihn schon erwischen, irgendwann einmal, wenn er im nächsten Landtag sitzt oder das übernächste Mal. So alt kann er gar nicht werden, als dass ihn nicht die Mühlen der Gerichte oder in dem Fall der Anklagebehörde einholen.

Ich lasse es jetzt völlig beiseite, dass die Transparenz der Anklagebehörde auch zu überdenken ist. Die Anklagebehörde ist weisungsgebunden. Der Justizminister, der ehemalige FPÖ-Anwalt Dr Böhmendorfer, mit dem ich schon ein paar Mal vor Gericht gestritten habe, gegen den ich aber nichts Böses sagen kann als Jurist, fährt eben seine Politik. Die Staatsanwaltschaft fährt ihre Politik. Ein bisschen ist daran zu erkennen, wie die jeweiligen Interessenvertreterinnen

und Interessenvertreter, der einen oder anderen Fraktion des Hauses nahe stehend, agieren. Eine ehrliche Lösung wäre eine amerikanische oder eine Schweizer Lösung, dass man die Staatsanwälte wählt. Dann kann jemand in New York sagen, jawohl, ich klage die Mafia an und Parksünder nicht oder umgekehrt. Dann wäre es transparent. Aber so sind es lauter verdeckte politische Auseinandersetzungen. Ich würde dasselbe bei grün-alternativen Kollegen, bei roten, schwarzen, gelbgepunkteten oder sonstigen Kollegen sagen.

Ganz egal, wenn jemand gewählte Mandatarin oder Mandatar ist, ist wie im Falle vom Kollegen Kreißl der Mandatar eben Vertreter seiner Wählerinnen und Wähler, genauso wie der Kollege Serles der Vertreter der Steuerpflichtigen ist, die er halt vertritt, oder der Kollege Wolfgang Ulm seine Klienten als Rechtsanwalt vor Gericht vertritt. Und diese Wählerinnen und Wähler sind zu schützen durch die Immunität.

Anmerkung: Ich würde mir wünschen, und wir haben in der Legislaturperiode noch bis 3. Oktober Zeit - aber sollten wir es nicht schaffen in dieser Legislaturperiode, dann spätestens in der nächsten -, dass wir uns auch selbst transparente Spielregeln geben, denn Auslieferungen können keine Frage von zufälligen Mehrheiten sein, genauso wenig wie die Immunität eines Rechtsanwalts oder die Schweigepflicht des Arztes oder der Ärztin bis hin zum Beichtgeheimnis eine Frage einer politischen Mehrheitsbildung sein kann. Ganz egal, wie man im Einzelnen dazu steht, wie man im Einzelnen zu dem Angeklagten steht, den der Rechtsanwalt vertritt, wie man zu dem Steuerpflichtigen steht, den der Steuerberater oder die Steuerberaterin vertritt oder wie man zu dem Mandatar oder zu der Mandatarin steht, der beziehungsweise die seine oder ihre Wählerinnen und Wähler vertritt.

Daher, meine Damen, ganz egal, ob grün, gelbgepunktet, ganz egal ob FPÖ, Grün-Alternative oder wie auch immer, ich mache das, was ich seit 1867 mache, klare, bürgerlich-liberale, ordoliberalen Prinzipien. Ich stimme für die Immunität und gegen die Auslieferung.

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Kopietz zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Harry **Kopietz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats*): Herr Präsident! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir beschäftigen uns heute mit einem Auslieferungsantrag, der gegen Herrn Kreißl gerichtet ist. Ein weiteres unrühmliches Kapitel, meine Damen und Herren, in der Geschichte der FPÖ und im Speziellen von Herrn Kreißl.

In dem Auslieferungsbegehren geht es darum, dass Herr Kreißl in einer Erklärung des freiheitlichen Pressediensts am 29. Oktober erklärte, dass Herr Prof

Ing Alfred Worm, Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift "News", in einer Darstellung in der ORF-Sendung "Betrifft" schlicht und einfach gelogen hätte bei seiner Behauptung, dass die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Freiheitlicher, genannt AUF, für angebliche Spitzeldienste gezahlt habe.

Meine Damen und Herren! Ich denke, es wird niemanden in diesem Raum geben, der sich meiner Meinung nicht anschließen wird, wenn ich meine, ich bin davon überzeugt, Herr Kreißl handelt wider seinem besseren Wissen und ich bin davon überzeugt, es war nicht Herr Ing Worm, der gelogen hat. (*Abg Dr Wilfried Serles: Das war allein schon grammatikalisch falsch!*)

Wenn ich die Ereignisse der letzten Tage und Wochen Ihnen und mir vor Augen führe, dann erübrigt sich eigentlich eine Abrechnung all jener Dinge, die zur Begründung meiner Meinung führen, aber gestatten Sie mir doch, einige wesentliche Punkte anzuführen, vom Beginn dieser Causa bis zur Veranstaltung am letzten Sonntag in Oberlaa. Keine Angst, ich nehme an, ich bin der letzte Redner des heutigen Tages und ich werde hier meine Zeit nicht allzu sehr in Anspruch nehmen, aber es sollte doch zumindest einiges angeführt werden.

Nachdem vor einigen Monaten die ersten Verdachtsmomente laut wurden, es gäbe einen Spitzelskandal in Österreich, standen wir eigentlich vor dieser Tatsache und wollten dies nicht glauben, denn meiner Ansicht nach ist nach wie vor diese Affäre Anlass, doch zu befürchten, dass an den Grundfesten der Demokratie gerüttelt wird, wenn eine politische Partei beziehungsweise deren Vertreter in derart ablehnenswürdiger Art und Weise versuchen, Politik zu machen. Es war letztendlich ganz einfach eine eindeutige Verflechtung, durchaus schon erkennbar auch in den Berichterstattungen von FPÖ-Bezirksräten und AUF-Funktionären, mit den Mittelsmännern Kabas und Kreißl, Kabas als mutmaßlichem Einfädler und Bezahler, Kreißl als Mittelsmann und direktem Auftraggeber, in den Medien auch so dargestellt, dass dies alles sein könnte.

Es ist noch nicht bestätigt, aber es ist schon katastrophal genug, dass wir das so zur Kenntnis nehmen müssen, wie es sich uns derzeit darstellt. Kollege Kreißl, der selbst im Verdacht steht, Geld von AUF-Konten bezogen zu haben, ist für alle Konten der AUF zeichnungsberechtigt und die Verhandler sprechen von Honoraren für Spitzeldienste. Dazu noch hat Kleindienst - Ihnen ja nicht unbekannt, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, er war ja einer Ihrer Spitzenfunktionäre - bis hin zum regelmäßigen Planieren von Verkehrssünden gesprochen, die Herr Kreißl auch durchgeführt hat. In den letzten Monaten haben sich die Verdachtsmomente gegen die Herren Kabas und Kreißl immer mehr erhärtet und nun stehen die beiden vor den Scherbenhaufen ihrer Machenschaften. Es wird sich zeigen, was noch herauskommt und ich benütze letztendlich auch die

Gelegenheit, obwohl Herr Kollege Kreißl sich nicht im Raum befindet, zumindest nicht sichtbar für mich ... *(Abg Michael Kreißl, hinter den Sitzreihen stehend: Hier bin ich!)* Entschuldigung, Sie sind sichtbar. Es ist vielleicht die letzte Gelegenheit, dass wir uns von dieser Position aus, Sie hinter den Bankreihen stehend und ich am Rednerpult, über diese Sache unterhalten. Ich garantiere Ihnen, ich werde nach dem 25. März sicherlich noch hier am Rednerpult stehen. Ob Sie dann noch in der letzten Bankreihe stehen werden, ist eine andere Frage. Das wird auch nicht unsere Aufgabe sein. Entweder machen es die Gerichte, Sie dementsprechend in die Schranken zu weisen, oder der Wähler oder die Wählerin.

Ich habe mir noch nicht angeschaut, auf welchem Platz Sie kandidieren, ich weiß nur, dass Sie eine neue Spitzenkandidatin haben. Das bedeutet aber nicht, dass der Kollege Kabas nicht auf der Liste steht, denke ich einmal. Frau Partik-Pablé ist offensichtlich nichts anderes als eine Maske, die man halt in Faschingszeiten für Wählertäuschung vor das Gesicht hält. Nach dem 25. März wird sie soundso nicht im Gemeinderat sitzen, unterstelle ich einmal, sondern eine andere Funktion, die sie anstrebt, einnehmen. Aber das wissen die Wählerinnen und Wähler auch und ich brauche es Ihnen nicht vorzuhalten. Als deutlicheres Feigenblatt für die menschenverachtende Politik von Ihnen, meine Damen und Herren, ist die Antwort nicht zu sehen.

Ich erspare Ihnen und mir diese Verdachtsmomente von Verwanzungen und sonstigen Dingen. Ich muss Ihnen ganz offen und ehrlich sagen, ich bin eigentlich noch nie auf die Idee gekommen, mein Büro nach Wanzen zu durchsuchen, weil ich auf die Idee gar nicht komme. Es sind immer nur jene, die sich offensichtlich selber mit solchen Gedanken tragen, dass sie einmal selber im eigenen Bereich nachschauen, ob da nicht etwas passiert. Ich glaube, wahrscheinlich müssen Sie eh Sorge haben, weil vielleicht gibt es innerparteilich auch gegenseitige Beobachtungen und man macht das aus dem Grund. Es passt auch perfekt in das Bild, das Sie bilden, meine Damen und Herren, im Speziellen Sie, Herr Kollege Kreißl!

Wie sehen Sie Ihren Altparteiobmann und einfaches Parteimitglied Haider, der den kleinen Schimanek in der Öffentlichkeit hoch preist, der nur kleine Wehrsportübungen getätigt hat? - Es war eh nichts anderes, was er vorgehabt hat, nämlich nur den Umsturz der Demokratie in Österreich vorzubereiten! Das war sein Sinn und sein Inhalt! *(Heiterkeit der Abg Brigitte Schwarz-Klement.)*

Sie lachen! Sie finden es lächerlich, Frau Kollegin! Das ist sehr bezeichnend, dass Sie das lächerlich finden! *(Abg Hubert Rogelböck: Das ist lächerlich!)* Aber das ist Tatsache und ich nehme das auch so zur Kenntnis, dass Sie das ganz einfach herunterspielen wollen. Ich möchte das nicht weiter kommentieren, aber es obliegt auch Ihrer Partei, den Bundespräsidenten

zu beleidigen. *(Abg Brigitte Schwarz-Klement: Das ist zum Lachen, was Sie zu sagen haben!)* Für jeden kleinen Schenkelklopfer in einer aufgeputzten Menge, wo immer man sich befindet, steckt man die Würde Österreichs zurück und erklärt anderen, Premierminister, Präsidenten und Ministerpräsidenten seien jämmerliche Figuren et cetera.

Ich denke, das passt alles in das Bild, dass man eigentlich sagen müsste, wir liefern aus, aber das sollte geregelt werden. Wir werden das nicht tun, meine Damen und Herren, aber nicht, weil wir von der Unschuld des Herrn Kollegen Kreißl überzeugt sind, mitnichten, ganz genau das Gegenteil ist für mich und meine Fraktion der Fall, sondern wir werden das nicht tun, weil es bisher gepflogene Praxis in diesem Haus war, so vorzugehen. Wir werden uns aber ganz sicherlich - dafür werden wir Sorge tragen und auch ich drängen - nach dem 25. März intern einmal in unserer Fraktion überlegen, wie wir mit Derartigem in Zukunft vorgehen werden wollen. Wir werden dann die anderen Parteien in diesem Haus einladen - auch Sie, meine Damen und Herren, es werden zwar ein paar weniger da sein, aber doch noch einige -, gemeinsam mit uns eine andere Vorgehensweise in den Fragen der Auslieferung zu diskutieren und festzulegen.

In dem mir heute vorliegenden Fall werden wir trotz der Gründe, die hier vorliegen, dem Antrag auf Auslieferung des Herrn Kreißl nicht zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Serles zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wilfried Serles *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach den Beratungen im Immunitätskollegium bin ich kurz unter dem Eindruck gestanden, ein möglicher Meinungsschwenk der SPÖ *(Abg Harry Kopietz: Das sagen gerade Sie!)* von einem Nein zur Auslieferung, wie das Herr Kollege Schuster bei mir persönlich im Vorfeld der Ausschusssitzung deponiert hat, hin zu einem Ja zur Auslieferung des Kollegen Kreißl sei einzig und allein darauf zurückzuführen, dass in der Zwischenzeit eine wichtige politische Entscheidung stattgefunden hat, nämlich die Entscheidung der SPÖ, die Wahlen mit Unterstützung der GRÜNEN und anderer Restgruppen in diesem Haus auf den 25. März vorzuverlegen. Kurzum, ich stand unter dem Eindruck, der Wahlkampf hält auch in das Immunitätskollegium Einzug.

Dieser Eindruck hat sich heute bestätigt, nicht so sehr deswegen, weil Sie dankenswerterweise bei Ihrer Meinung bleiben, Herrn Kreißl nicht auszuliefern. Hätten Sie anders entschieden, wäre das wieder der x-te Meinungsschwenk in dieser Immunitätssache gewesen, aber damit haben wir zu leben gelernt. Ich bestätige Ihnen, Sie sind wenigstens in dieser Frage konsequent bei dem, was Sie vor einigen Monaten



selbst in einem Positionspapier der SPÖ niedergelegt haben.

Der Auftritt des Kollegen Kopietz hat aber trotzdem bestätigt, dass der Wahlkampf selbstverständlich auch die Debatte um die Auslieferung des Herrn Kreißl nicht verschont. Herr Kopietz, ich darf Ihnen sagen, wenn Sie von menschenverachtender Politik der FPÖ gesprochen haben, dann haben Sie genau das heute vorexerziert! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Harry Kopietz: Vorgebracht!)*

Sie haben eigentlich gezeigt, dass ein Grundrecht, zu dem wir uns alle bekennen sollten, nämlich das Grundrecht auf Unschuldsvermutung, das im Verfassungsrang steht, das in der Menschenrechtskonvention niedergelegt ist, offenbar für Sie nicht gilt. Sie nehmen nämlich bereits heute den Ausgang gerichtlicher Verfahren vorweg, indem Sie dem Herrn Kollegen Kreißl diese Unschuldsvermutung nehmen. Sie sind damit in bemerkenswerter Weise viel weniger objektiv, als das beispielsweise der jüngste "Falter" schildert.

Der jüngste "Falter" hält fest, dass auch die Unschuldsvermutung für den Herrn Kreißl gilt. Die Überschrift über dem Artikel lautet: "Kreißl ist unschuldig". Der "Falter" kritisiert den Schnellschuss der Wiener Polizei, die auf einmal die plötzliche Entlassung des Herrn Kreißl verlangt hat. Der "Falter" hält in diesem Artikel fest, dass auch für Kreißl die Unschuldsvermutung gilt und dass solch politischer Aktionismus der Sache schadet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf daher festhalten, Herr Kollege Kopietz, es gibt keinen freiheitlichen Spitzelskandal, es gibt kein Spitzelnetz der Wiener FPÖ! Es gibt keine Spitzeltätigkeiten des Herrn Kollegen Kreißl! Ich würde einmal vorschlagen, Herr Kollege Kopietz, gehen Sie in sich und überlegen Sie in Zukunft, wie Sie es selbst mit der Unschuldsvermutung halten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Hatzl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann **Hatzl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats)*: Frau Präsidentin! Herr Berichterstatter! Hohes Haus!

Nur ganz kurz: Wenn etwas erfreulich ist an den Reden, die heute von der FPÖ gehalten wurden, dann zumindest ein Satz, den ich eigentlich festnageln möchte für die Zukunft, nämlich, dass die Frage der Unschuldsvermutung für die FPÖ etwas ganz Wichtiges ist *(Abg Dr Wilfried Serles: Das ist doch selbstverständlich!)* und dass damit diese Fragen auch eine entsprechende Würdigung in Zukunft haben werden. Wir nehmen das gerne zur Kenntnis, hat es dann doch wenigstens auch einen Erfolg gebracht, dass die FPÖ offensichtlich nunmehr bereit ist, von ihrer bisherigen Praxis und Politik, Politiker nicht unter dem Gesichtspunkt der Unschuldsvermutung zu bestimmten Ereignissen, die es gegeben hat, schuldig zu sprechen und schuldig zu machen, wegzugehen, denn ich kenne in der Vergangenheit keine Sache, wo

es um einen Politiker oder eine Politikerin einer anderen Partei als der FPÖ gegangen ist, wo die Frage der Unschuldsvermutung von Ihnen so in den Vordergrund gestellt wurde.

Gestatten Sie mir, das auch unter dem Eindruck zumindest eines Beispiels zu betrachten, das mir noch immer sehr wichtig ist, als es einen Zeitpunkt gegeben hat, wo man fälschlicherweise einen Mandatar für etwas beschuldigt hat, wo sich in der Zwischenzeit auch gerichtlich herausgestellt hat, dass das überhaupt nicht zutreffend hat, nicht stimmt und dass das nur ein einziger Politiker in die Öffentlichkeit gebracht hatte, eine sehr persönliche Angelegenheit. Der Politiker heißt Westenthaler und es ist heute, in der Zwischenzeit, für mich klar, wie er zu diesen Unterlagen kommen konnte, wenn man weiß, dass es diese Spitzelaktivitäten gegeben hat, denn davon war nichts in der Öffentlichkeit. Da hat es lediglich eine Feststellung innerhalb der Polizei gegeben, dass gegen jemanden eine Beschuldigung durch einen Beamten erfolgte, aber man gar nicht sicher ist, ob das so ist. Und das hat der damalige Generalsekretär Westenthaler, der auch Wiener Abgeordneter im Gemeinderat war, zum Anlass genommen, es in die Öffentlichkeit zu tragen. Meine Fantasie ist groß genug, dass ich mir vorstellen kann, dass die Person, die wir heute nicht ausliefern werden, damals aber bereits verantwortlich im Polizeidienst für die Freiheitskämpfer war, möglicherweise mit seinen Kumpanen einen Beitrag dazu geleistet hat, wie wir jetzt in der Zwischenzeit durch Spitzelaktionen wissen. *(Abg Mag Heidemarie Unterreiner: Namen!)*

Ich halte daher fest, die FPÖ ändert ihre bisherige Haltung. Wir nehmen das zur Kenntnis. Wir werden aber nach den Neuwahlen sehr wohl alle anderen Fraktionen einladen, um die Fragen der Immunität und unseres Verhaltens nochmals abzuklären. Ich sage Ihnen ganz offen, wir werden auch in unserer Fraktion sehr genau diese Frage noch einmal diskutieren, um Ihnen am Beginn der Funktionsperiode zu sagen, wie wir künftig grundsätzlich bei solchen Anlässen unsere Stimme auf Aufhebung oder Nichtaufhebung abgeben werden. Sie haben natürlich die Möglichkeit, das heute von Ihnen Gesagte nochmals zu korrigieren, aber fürs Erste bin ich dankbar für dieses deutliche Zeichen veränderter FPÖ-Politik, nämlich von der bisher menschenverachtenden Beschuldigungspolitik wegzugehen *(Abg Kurth-Bodo Blind: Jetzt hören Sie doch auf!)* und jetzt das in Anspruch zu nehmen, was offensichtlich für Sie wichtig ist, nämlich die Unschuldsvermutung. Das ist immerhin schon ein Schritt zum Positiven! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg Dr Wilfried Serles: Das ist ja ungeheuerlich!)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Das Immunitätskollegium empfiehlt - ich wiederhole es nur - die Nichtauslieferung des Kollegen Kreißl.

Ich bitte jene Damen und Herren des Wiener Landtags, die dem Antrag des Immunitätskollegiums zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das ist einstimmig so angenommen.

Bevor ich jetzt die heutige Landtagssitzung schließe, möchte ich, nachdem bekannt geworden ist, dass morgen der Wiener Gemeinderat einen Neuwahlantrag beschließen wird, für den Wiener Landtag eine kleine Statistik über die abgelaufene Funktionsperiode, nämlich vom 29. November 1996 bis zum 23. Jänner 2001, bekannt geben: Es sind 32 Sitzungen mit 203 Tagesordnungspunkten durchgeführt worden. Davon sind 130 einstimmig und 73 mit Stimmenmehrheit beschlossen worden. Es gab 6 Mitteilungen, 25 Aktuelle Stunden, 10 dringliche Initiativen, 108 Anfragen, 195 Anträge, 67 Initiativanträge und 170 Beschluss- und Resolutionsanträge beziehungsweise Abänderungs- und Zusatzanträge. 18 Tagesordnungspunkte wurden vom Immunitätskollegium behandelt. 20 Beschlüsse wurden vom Unvereinbarkeitsausschuss gefasst. Es ist eine enorme Ausweitung der Tätigkeit des Wiener Landtags in dieser abgelaufenen Funktionsperiode gewesen.

Abgesehen von meiner geschäftsordnungsgemäß noch sehr wichtigen Aufgabe, nämlich bei der Konstituierung des neuen Landtags der nächsten Legislaturperiode dabei zu sein und noch den Vorsitz zu führen, endet für mich persönlich eine mehr als 20-jährige Zugehörigkeit zum Gemeinderat, Landtag und Stadtssenat beziehungsweise zur Landesregierung.

Es waren Legislaturperioden mit jeweils unterschiedlichen politischen Schwerpunkten und Ergebnissen. Die absolut schlimmsten Ereignisse waren für mich die Ermordung des amtsf StR Heinz Nittel und die Morde in Lainz.

Mein Engagement galt immer dem Sozial- und Gesundheitsbereich, wo wesentliche Modernisierungen, Verbesserungen der Personalausstattung und Strukturänderungen, wie die Verselbstständigung der Spitäler vorgenommen wurden. Durch die Einführung des Pflegegelds hat die Betreuung daheim, vor allem mit Hauskrankenpflege, besondere Bedeutung erlangt.

An wirklich wesentlichen Höhepunkten in meiner politischen Laufbahn neben den vielen Erfolgen, die im Wiener Landtag und Gemeinderat natürlich zu Gunsten der Wienerinnen und Wiener erreicht wurden, möchte ich den Fall des Eisernen Vorhangs und den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union sehen. Für mich persönlich war die Regierungsbeteiligung der Österreichischen Volkspartei, die mir die

Position der Ersten Landtagspräsidentin gebracht hat, die Krönung meiner politischen Laufbahn.

Es war mein besonderes Bemühen, dem Wiener Landtag durch verschiedenste Aktivitäten und Initiativen, wie zum Beispiel dem Rederecht der Anwälte, besondere Bedeutung zu geben.

Es ist mir ein großes Anliegen, Dank zu sagen. Dank den Putztrupps, die dafür gesorgt haben, dass dieser Saal in Ordnung ist. Dank dem technischen Dienst, der dafür gesorgt hat, dass wir einander hören und sehen können und etwas zu lesen haben. Dank der Rathauswache und der Feuerwehr, die für die Sicherheit zuständig sind. Dank den Stenografen, die dafür sorgen, dass auch die Nachwelt unsere großen Reden lesen kann. Dank den Gebärdendolmetschern, die dafür sorgen, dass auch behinderte Menschen unsere Arbeit verstehen können. Dank allen Beamten in Vorbereitung und Durchführung der Landtagssitzungen, im Besonderen der Rechtsabteilung, Herrn SR Dr Moritz in der Funktion eines Landtagsdirektors, dem Landtagsbüro, Herrn RegR Kusta und seinen Mitarbeiterinnen, den MitarbeiterInnen meines Büros und meinem Fahrer.

In besonderer Weise möchte ich den Spitzen der Verwaltung und den Spitzen der Exekutive und Legislative danken, dem Herrn LADior Dr Theimer, dem Herrn Landeshauptmann, dem ich wirklich für die kollegiale Zusammenarbeit sehr danke, allen Regierungsmitgliedern, allen Abgeordneten, die mit mir eine Weiterentwicklung des Landtags ermöglicht haben, meinen beiden Präsidentenkollegen, Herrn Zweiten Präsidenten Johann Römer und Frau Dritte Präsidentin Prof Erika Stubenvoll. Es war immer auch in der Präsidialkonferenz, wo die Klubleitungen beziehungsweise die Klubdirektoren vertreten sind, ein besonders harmonisches und gutes Zusammenarbeiten, um eine erfolgreiche Arbeit hier im Landtag leisten zu können.

In besonderer Weise möchte ich für das Vertrauen danken, das mir ÖVP und SPÖ als Regierungspartner entgegengebracht haben. Wenn die Achtung der Würde des Menschen, der Respekt vor politischer und weltanschaulicher Überzeugung des politischen Mitbewerbers gegeben ist, dann ist mir um die Zukunft des Wiener Landtags nicht bange.

Ich wünsche Ihnen Herz, Mut und Tatkraft zu Gunsten der Wienerinnen und Wiener, alles Gute, Glück und Segen für Sie persönlich, für unsere Stadt und für unser Land! *(Lange anhaltender allgemeiner Beifall mit Standingovations.)*

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

*(Schluss um 16.13 Uhr.)*

